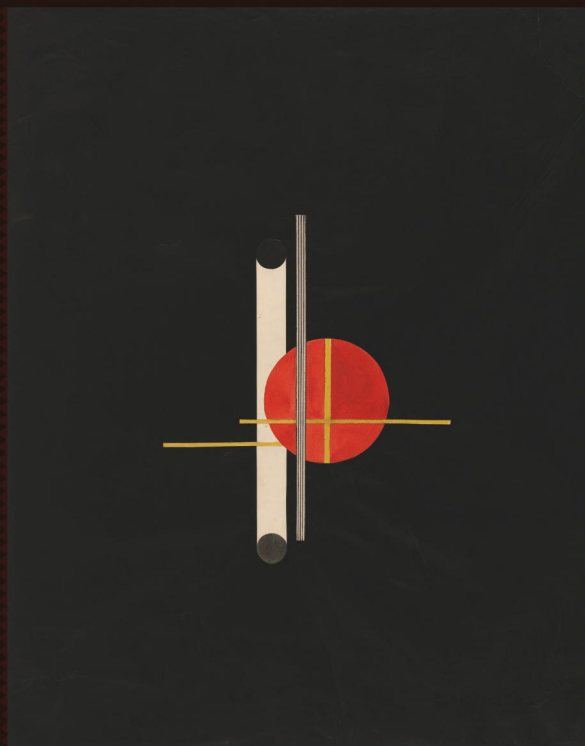


Oliver Decker, Elmar Brähler (Hg.)

Autoritäre Dynamiken

Alte Ressentiments – neue Radikalität



Leipziger Autoritarismus Studie 2020



Psychosozial-Verlag

Oliver Decker, Elmar Brähler (Hg.)
Autoritäre Dynamiken

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG



Oliver Decker, Elmar Brähler (Hg.)

Autoritäre Dynamiken

Neue Radikalität – alte Ressentiments

Leipziger Autoritarismus Studie 2020

Mit Beiträgen von Elmar Brähler, Kazim Celik, Oliver Decker,
Chana Dischereit, Barbara Handke, Aylene Heller,
Nele Hellweg, Charlotte Höcker, Johannes Kiess, Julia Lang,
Lydia Lierke, Massimo Perinelli, Gert Pickel, Susanne Pickel,
Katrín Reimer-Gordinskaya, Clara Schließler, Andre Schmidt,
Julia Schuler und Alexander Yendell

Psychosozial-Verlag

Die Veröffentlichung der Leipziger Autoritarismus Studie
erfolgt in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung
und der Otto Brenner Stiftung.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Originalausgabe

© 2020 Psychosozial-Verlag, Gießen

E-Mail: info@psychosozial-verlag.de

www.psychosozial-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung
des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagabbildung: László Moholy-Nagy, *A19*, 1927

Umschlaggestaltung nach Entwürfen von Hanspeter Ludwig, Wetzlar

www.imaginary-world.de

Lektorat: Barbara Handke, Leipzig

www.centralbuero.de

Satz: Barbara Brendel, Leipzig

ISBN 978-3-8379-3000-9 (Print)

ISBN 978-3-8379-7461-4 (E-Book-PDF)

Inhalt

Vorwort der beteiligten Stiftungen	9
Vorwort der Herausgeber	11
1. Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität <i>Oliver Decker & Elmar Brähler</i>	15
Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft	
2. Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf <i>Oliver Decker, Johannes Kiess, Julia Schuler, Barbara Handke, Gert Pickel & Elmar Brähler</i>	27
3. Zersetzungspotenziale einer demokratischen politischen Kultur: Verschwörungstheorien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt? <i>Gert Pickel, Susanne Pickel & Alexander Yendell</i>	89
4. Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt: <i>industrial citizenship</i> zur Stärkung der Demokratie <i>Johannes Kiess & Andre Schmidt</i>	119

5. Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft?
Der Wandel der AfD-Wählerschaft
von 2014 bis 2020 149
Kazim Celik, Oliver Decker & Elmar Brähler

Autoritäre Dynamiken

6. Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung
der Demokratie-Feindlichkeit 179
*Oliver Decker, Julia Schuler, Alexander Yendell,
Clara Schließler & Elmar Brähler*
7. Antisemitismus als antimodernes Ressentiment:
Struktur und Verbreitung eines Weltbildes 211
Johannes Kiess, Oliver Decker, Aylene Heller & Elmar Brähler
8. Antifeminismus – das Geschlecht im Autoritarismus?
Die Messung von Antifeminismus und Sexismus
in Deutschland auf der Einstellungsebene 249
Charlotte Höcker, Gert Pickel & Oliver Decker
9. Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität
in Zeiten der Pandemie 283
Clara Schließler, Nele Hellweg & Oliver Decker

Zum Stand der Zivilgesellschaft

10. Kinder und Kindertagesstätten:
Die Gestaltung demokratischer Alltagskultur
in der »Vielfachkrise« 311
Katrin Reimer-Gordinskaya
11. Dreißig Jahre Mauerfall: Ein Perspektivwechsel
mit dem Projekt »Erinnern stören« 327
Lydia Lierke & Massimo Perinelli

12. Zwischen Tradition und Moderne: Frauen in neuen rechten Gruppierungen <i>Juliane Lang</i>	341
13. Antiziganismus im Ländle: Ein Bericht aus dem laufenden Prozess am Landgericht Ulm <i>Chana Dischereit</i>	353
Übersicht aller bisher erschienenen Studien dieser Reihe 2002–2018	379
Autorinnen und Autoren	381

Vorwort der beteiligten Stiftungen

Die Leipziger Studien zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen liefern seit nunmehr 2002 regelmäßig aktuelle und damit auch langfristig vergleichbare Daten. Die kontinuierlichen Erhebungen und Auswertungen ermöglichen deshalb seit fast 20 Jahren empirisch gesättigte Debatten über die jeweilige gesellschaftliche Stimmung im Land. Die Publikationen liefern seit Jahren wichtige Beiträge für eine breite und fundierte gesellschaftspolitische Diskussionen – auch in unruhigen Zeiten helfen ihre analytischen Tiefenbohrungen beim Erklären aktueller Fragen und unterstützen uns beim Deuten gesellschaftlicher Entwicklungen.

Die aktuelle Studie zeigt: Autoritäre, extremistische Einstellungen bleiben eine beständige Bedrohung für die offene, demokratische Gesellschaft. Auch wenn sich die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen insgesamt zwar reduziert hat, haben sich aber gerade bei rechtsextrem eingestellten Personen neonazistische Ideologien verfestigt, wie sie etwa in der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur oder von Antisemitismus zum Ausdruck kommen. Hinzu kommt, dass ethnozentrische Einstellungen, Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit auf einem hohen Niveau verbleiben. Die Polarisierung in der Gesellschaft scheint sich verfestigt zu haben.

Für die politische Bildung ist und bleibt die Auseinandersetzung mit rassistischen, chauvinistischen und extremistischen Einstellungen ein wichtiges Handlungsfeld. Nicht nur die besonders dramatischen Ereignisse in Halle und Hanau, sondern auch die vielen fast schon alltäglichen politisch-ideologisch motivierten Gewalttaten im Land sollten uns mahnen: Einen Gewöhnungseffekt an solcherart Gedankengut darf es nicht

geben. Es bedarf vielmehr des demokratischen Widerstands und einer demokratiefördernden politischen Bildung für die Zukunft des Landes, der Institutionen und der offenen Gesellschaft.

Die Herausforderungen sind unübersehbar. Seien es Gedankenlosigkeit, mangelnde politische Reflexion oder gar stillschweigende Tolerierung, wenn bei den COVID-19-Protesten Rechtsextremisten ungehindert mitmarschieren. Seien es Angriffe auf eine freie Presse, Anfeindungen gegen oftmals ehrenamtliche Politiker und Politikerinnen oder Künstler und Künstlerinnen oder Übergriffe gegen diverse Menschen: Die Radikalität einer enthemmten Minderheit bedroht das Gesellschaftsmodell einer offenen Mehrheit, und diese Mehrheit darf diese Bedrohung nicht länger ignorieren. Die Zivilgesellschaft muss ihrer Rolle als Hort der Demokratie gerecht werden.

Positive Erfahrungen der Beteiligung, Solidarität und Anerkennung sind dabei wesentliche Bausteine einer demokratiestärkenden Arbeit. Dies gilt über den rein politischen Bereich hinaus, denn viele demokratische Enttäuschungen sind erst im Kontext der früheren und der sich abzeichnenden Umwälzungen in der Arbeitswelt zu sehen. So kann die Studie erstmals zeigen, dass demokratische Enttäuschungen – aber auch demokratische Resilienzen – eng mit Partizipations- und Beteiligungserfahrungen (oder deren Ausbleiben) am Arbeitsplatz zusammenhängen. Daher ist neben dem gesellschaftskulturellen stets auch der Bereich der Wirtschaft als wichtiger Ansatzpunkt mit zu denken, wenn den neuen autoritären Dynamiken demokratische Standfestigkeit entgegengesetzt werden soll.

Die aktuelle Studie wurde von der Heinrich-Böll-Stiftung und der Otto Brenner Stiftung unterstützt. Sie bietet wichtige empirische Evidenzen zur Weiterentwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Wir hoffen, dass die Studie zudem zu einer informierten Diskussion und einer die Demokratie stärkenden gesellschaftspolitischen Debatte beiträgt.

Berlin, Frankfurt am Main im September 2020

Heinrich-Böll-Stiftung

Otto Brenner Stiftung

Vorwort der Herausgeber

Mit der Studie *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität* legen wir die 10. Leipziger Autoritarismus Studie vor.¹ Die Daten dieser Erhebungswelle bestätigen erneut das dauerhaft hohe Niveau antidemokratischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. Gleichzeitig stellen wir durch unsere Langzeitbeobachtung aber auch einen Wechsel der antidemokratischen Motive fest.

Weiterhin ist das Denken vieler Menschen in der Bundesrepublik durch Chauvinismus und die Abwertung von Migrantinnen und Migranten geprägt. Neben diesem Ethnozentrismus ist nach wie vor die Neo-NS-Ideologie verbreitet: Mit dem tradierten Antisemitismus, der Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus, dem Sozialdarwinismus und der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur wird diese Ideologie zwar weniger offen geäußert als der Ethnozentrismus, gehört aber seit Langem zum geteilten Ressentiment in antidemokratisch-autoritären Milieus. Als wir das Ausmaß der Verbreitung dieser Denkweisen in unseren ersten Untersuchungen veröffentlichten, war das Erschrecken groß. Jetzt, nach fast 20 Jahren, darf dieses weiterhin ungelöste Problem nicht zu einer Gewöhnung führen. Diese Warnung gilt besonders, weil die antidemokratischen Ressentiments zwar gleich bleiben, sich aber immer neue Ausdrucksmöglichkeiten suchen. So findet beispielsweise der Antisemitismus neue

1 In den Jahren 2006 bis 2012 bestand eine Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Seit 2016 wird die Leipziger Autoritarismus Studie in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Otto Brenner Stiftung durchgeführt, 2016 war auch einmalig die Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligt.

Ausdrucksformen in Verschwörungsmythen, der Antifeminismus wird zu einer weiteren Brückenideologie antimoderner Bewegungen und viele Menschen sind inzwischen für Muslimfeindschaft und Antiziganismus empfänglich. Gegenwärtig nimmt die Gewalt gegen Juden und Jüdinnen zu, nicht nur in Deutschland, aber hier ist diese Tatsache ein besonders großer Skandal. Auch andere Menschen können Opfer von Ideologien der Ungleichwertigkeit werden – und durch die Radikalisierung der antidemokratisch-autoritären Milieus ist dies auch immer häufiger der Fall. Dieser Umstand erfordert eine breite Solidarisierung und Allianzen gegen die Feinde der Demokratie und für einen demokratischen Zusammenhalt. Mit unserer Studienreihe wollen wir einen Beitrag dazu leisten.

Auch diese Leipziger Autoritarismus Studie wäre ohne die Unterstützung und Arbeit vieler Menschen nicht möglich gewesen. Wir danken an dieser Stelle unseren Autorinnen und Autoren, deren Beiträge in diesem Band versammelt sind. Ebenso gilt unser Dank den Kolleginnen und Kollegen des Meinungsforschungsinstituts USUMA, die uns in gewohnter Qualität beratend zur Seite standen und die Erhebung durchführten. Ferner danken wir Gabriele Schmutzer für ihre Unterstützung bei der Datenaufbereitung und -berechnung. Die Fertigstellung der Leipziger Autoritarismus Studien geschieht immer unter einem großen Zeitdruck. Ohne das hervorragende Team von Barbara Handke (Lektorat), Barbara Brendel (Satz) und Tilman Meckel (Korrektorat) hätten wir auch in diesem Jahr die Studie nicht fertigstellen können. Ihnen danken wir besonders für ihre engagierte und höchst qualifizierte Arbeit.

Leipzig im Oktober 2020

Oliver Decker und Elmar Brähler

1. Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität

Oliver Decker & Elmar Brähler

Seit 2002 erheben wir im zweijährigen Rhythmus die rechtsextreme Einstellung in der Bundesrepublik Deutschland mit bevölkerungsrepräsentativen Befragungen. Lange war diese Studienreihe unter dem Namen *Leipziger »Mitte«-Studien* bekannt, bis wir 2018 entschieden, unseren neuen Fokus auch im Titel abzubilden. Seitdem sprechen wir von den *Leipziger Autoritarismus Studien*, kurz LAS. Mit der diesjährigen Studie legen wir nun die zehnte Untersuchung in dieser Reihe vor und dokumentieren damit die Entwicklung der rechtsextremen Einstellung über 18 Jahre hinweg.

Den Begriff der Mitte hatten wir 2006 in die Studienreihe eingeführt. Mit ihm wollten wir auf den Punkt bringen, dass rechtsextreme Einstellungen schon lange in der Mitte der Gesellschaft angekommen waren, aber wir wollten auch die seit den 1970er-Jahren bemühte Rede von den »Extremismen« ad absurdum führen. Denn schon damals war die Idee falsch, es gebe einen Schutzraum der Demokratie, der durch klar abgegrenzte Ränder bedroht sei. Diese Vorstellung entsprang dem Wunsch, dass es so sein möge – und wie alle Gedanken, denen verleugnete Wünsche zugrunde liegen, schottete sich auch dieser gegen die Realität ab. Die Verleugnung reichte weit, bis hin zur Existenz extremer Rechter und Neonazis überhaupt. Ein Beispiel dafür ist das erste Bundesprogramm, das auf die grassierende Gewalt von Neonazis und extremen Rechten Anfang der 1990er-Jahre reagierte – das »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« (AgAG). Es hatte nur gewalttätige Jugendliche im Blick, während deren politische Motivation völlig ausgeblendet wurde.¹ Trotz

1 https://www.vielfalt-mediathek.de/data/biknetz_agag_faktenblatt.pdf (05.10.2020).

der massiven Pogrome in Ost- und Westdeutschland, trotz zahlreicher politisch motivierter Morde und Gewalttaten zogen die meisten Menschen eine klare Grenze zwischen rechtsextremer Gewalt und der Mehrheitsgesellschaft.

Die Erkenntnis, dass diese Grenze damals wie heute nicht existierte, hat sich mittlerweile durchgesetzt. Doch scheint das Verhältnis zu diesem Wissen ambivalent zu bleiben, wie sich aus den Wortmeldungen etlicher Politiker und Politikerinnen ablesen lässt, die bis heute rituell über die Mitte als Stabilitätsanker sprechen, wenn sie sich zu neuerlichen Gewalttaten mit rechtsextremer und neonazistischer Motivation äußern. Das lässt sich zum Teil damit erklären, dass die meisten Parteien ihre Wählerinnen und Wähler in jener schwer zu verortenden Mitte der Gesellschaft zu finden hoffen. Die Mitte wird aber auch jenseits des Wahlkampfes adressiert, denn wo auch immer sie liegt, sie gilt als Hüterin stabiler Verhältnisse. Als solche wird sie in Momenten von Krisen und sozialen Konflikten unweigerlich angerufen: Sie möge sich zügeln, sei durch die Extreme bedroht oder laufe gar Gefahr, in diese abzugleiten.

Ein aktuelles Beispiel hierfür sind die »Hygiene-Demonstrationen«. Ganz unterschiedliche Gruppen können sich zu diesen Protesten vereinigen, in Erscheinungsbild, Alter oder Bildungsgrad könnten sie unterschiedlicher nicht sein. Wenn man ihnen zuhört, offenbaren viele ihre Weltsicht, sie sind etwa Impfgegner, Reichsbürgerinnen, Esoterikerinnen. Ihnen ist nicht nur gemeinsam, dass sie die Berechtigung der im Zuge von COVID-19 erlassenen Einschränkungen bestreiten. Über diese kann man in einer Demokratie berechtigterweise streiten – muss man sogar, will man nicht einen »Notstands-Staat« legitimieren, wie der Romanist und Historiker Hans Ulrich Gumbrecht das Regieren mit dem Argument des Notstands analysiert (Gumbrecht, 2020). Die Krux an den Hygiene-Demonstrationen ist nicht die Kritik einer Instrumentalisierung der Krise. Vielmehr sehen die Demonstrierenden verschiedenste geheime Organisationen am Werk, die aus dem Hintergrund das Geschehen lenken würden. Während die einen eine »Weltregierung« imaginieren, die einen »Bevölkerungsaustausch« vorbereitet, sind für andere die »Pharmalobby« oder gleich ganz offen die »jüdischen Milliardäre« verantwortlich für die Pandemie. Dies legt frei, was sich in jeder Erhebungswelle unserer Studie gezeigt hat: wie weitverbreitet die antidemokratische Orientierung in der Gesellschaft ist, auch wenn die Menschen keiner rechtsextremen Partei oder Organisation

angehören. Obwohl es Menschen aus der Mitte der Gesellschaft sind, die hier demonstrieren, sieht Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier genau diese Mitte in der Verantwortung, sich gegen Affekte zu wappnen, die vom Rande in sie vordringen: »Die Mitte der Gesellschaft muss gegen Respektlosigkeit und Hass aufstehen.«² In der Vergangenheit haben wir die Ausländerfeindlichkeit als Einstiegsdroge in den Rechtsextremismus bezeichnet, weil der Hass auf Migranten und Migrantinnen von vielen Menschen geteilt wurde. Das ist noch immer richtig. Allerdings treten nun die Verschwörungsmythen hinzu, die oft genug einen kaum noch kaschierten Antisemitismus verraten.

Die Beschwörung der Mitte lässt sich auch als Fortschritt verstehen, immerhin werden die Staatsbürgerinnen und -bürger nicht mehr als »Volk« angesprochen, wollen seit einigen Jahren die großen Parteien keine »Volksparteien« mehr sein, sondern sehen ihre Mehrheiten nun als Parteien der »Mitte«. Gerade in Deutschland ist der Begriff des Volkes eng mit imaginierter ethnischer Homogenität assoziiert; ferner grenzt ein »Volk« sich entweder gegen ein »Außen« bzw. »Fremde« ab oder gegen ein »Oben«, die »Eliten« oder »Mächtigen«. Die Motive werden auch nicht selten dahingehend vermischt, dass die »Eliten« das »Volk« verraten würden, weil sie eigentlich »falsche« oder »fremde« Eliten seien, denen der Bezug zur »Nation« fehle. Auch hier werden, scheinbar aus dem Nichts, die antisemitischen Grundmotive trotz der gegenwärtigen sozialen Ächtung dieses Ressentiments wieder in den Diskurs eingeführt (Decker, 2018, S. 30; Rensmann, 2020). Viele Politiker und Politikerinnen wollen heute dagegen nicht mehr ein exklusives Volk repräsentieren, sondern eine integrative Mitte. So fortschrittlich dies vor dem historischen Hintergrund auch ist: Im Kern sind sich »Volk« und »Mitte« allzu ähnlich, denn auch die Anrufung der Mitte ist ein performativer Akt, der die Angesprochenen als Gruppe konstituieren und »Fremdes« ausschließen soll – zur Mitte gehören schließlich nicht alle. Beim Volk ist es der Bezug zur Nation, der die Masse nach innen und außen auf einen Nenner bringt, oder wie es der Historiker Étienne Balibar formulierte: »Nation-Form stellt Gemeinschaft über das imaginäre ›Volk‹ her« (Balibar & Wallerstein, 1992, S. 115). Dabei biete gerade diese »Nation-Form« einen handfesten Vorteil für ihre

2 <https://www.rnd.de/politik/steinmeier-gegen-hass-und-gewalt-4GOACRVUATZQ6BF45-ROMLAEOKM.html> (23.09.2020).

Mitglieder: Sie schafft mit der geografischen Außengrenze eine psychische Binnengrenze, »die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft [wird damit] zu einem Teil individueller Identität« (ebd., S. 116), zu einer »innere[n] Grenze« (ebd., S. 119). Anders als die Nation ist die Mitte jedoch ortlos – sie verfügt nicht über Gebiete. Gerade die Ortlosigkeit bindet das Individuum jedoch in die Kontrolle ein – indem seine Zugehörigkeit und sein Schicksal nicht mehr an die Nation bindet, sondern an seine Selbstkontrolle.

Die enge Verbindung von Mäßigung und Mitte wurde in der europäischen Kulturgeschichte mit der Mesotes-Lehre von Aristoteles etabliert (Kalchreuter, 1911; Aristoteles, 1999). Ohne eine gemäßigte Mitte, so der Tenor des griechischen Philosophen der Antike, sei kein (demokratischer) Staat zu machen. Zur Mitte konnten damals allerdings nur die Männer gehören, und von ihnen auch nur die Freien und Besitzenden, denn wer keinem Haus vorstand, wurde auch nicht beteiligt. An die Gruppe aber, die die Chance zur Mitsprache hatte, richtete Aristoteles die Forderung, ihr Maß zu finden: »Die sittliche Tüchtigkeit entfaltet sich auf dem Gebiet der irrationalen Regungen und des Handelns, wobei das Zuviel ein Fehler ist und das Zuwenig getadelt wird, das Mittlere aber ein Treffen des Richtigen ist und gelobt wird«, schreibt er in seiner *Nikomachischen Ethik* (Aristoteles, 1999, NE 1106b 3ff.). Die Verhandlung der *res publicae*, der öffentlichen Sache also, könne nur gelingen, wenn das Überschießende und Ungebändigte ausgeschlossen werde.

Mit Beginn der modernen Gesellschaften Anfang des 19. Jahrhunderts tauchte dieses Problem mit neuer Dringlichkeit auf. Die Demokratie, wie wir sie heute kennen, stand nicht hoch im Kurs. Im Gegenteil galt die Herrschaft durch den Demos, das ganze Staatsvolk als Garant für den Verlust jeder Stabilität, begann ja gerade das »lange 19. Jahrhundert« – wie der Historiker Eric Hobsbawm die Zeitspanne von 1789 bis 1914 bezeichnete – als Epoche der Revolutionen und Hungerrevolten (Hobsbawm, 1962). »Die Menge – flatterhaft in ihrem Urteil, unbeständig in ihren Haltungen, niedrig in ihren Begierden, einfach zu verführen und zu manipulieren [...] – erschien völlig unfähig zur Herrschaft«, fasst der Politikwissenschaftler Philip Manow die Sicht der Staatstheorie bis weit ins 20. Jahrhundert zusammen (Manow, 2020, S. 31). Deshalb erlebte schon in der Französischen Revolution der aristotelische Mitte-Begriff eine – zunächst unauffällige – Renaissance. In der französischen Natio-

nalversammlung von 1789 teilte sich der Plenarsaal auf, indem rechts die rückwärtsgewandten Vertreter der Monarchie saßen, links die Verfechter revolutionärer Veränderungen und zwischen ihnen die Fraktion der »gemäßigten« Kräfte. Sie saß also in der Mitte. Es wirkt, als würde das bis heute gültige politische Koordinatensystem seinen Ursprung in dieser Sitzordnung haben. Auch wenn die zufällig erscheinen mag – in Kenntnis der aristotelischen Vorarbeit zur Mitte sollte man nicht übersehen, dass mit dem Übergang vom Feudalismus zur Demokratie auch das rechte Maß wieder auf die Agenda kam und somit die Frage, wer es erfüllte. Im Frankreich des 19. Jahrhunderts kam diese Aufgabe dem *juste milieu* zu.

Einerseits sollte das »Volk« der Souverän sein, nicht mehr der Adel. Andererseits galten die Äußerungen der breiten Masse als glatter Verstoß gegen die Forderung nach Maß und Mäßigung. Der Ausweg war die demokratische Repräsentation. Mit ihr ließ sich vermeiden, dass der neue Souverän sein Recht selbst ausübte (ebd., S. 35). Gleichzeitig zementierte diese Organisation die Unterscheidung zwischen Repräsentierbarem und Nicht-Repräsentierbarem (ebd., S. 36) und verdrängte – da auch die Gesellschaften des 19. und 20. Jahrhundert von Antagonismen durchzogen waren – mit den gefürchteten Affekten auch politische Interessen aus dem politischen Diskurs. Die Frage, was in eine Demokratie eingeschlossen und was ausgeschlossen werden soll, was als repräsentierbar und was als nicht-repräsentierbar in ihr angesehen wird, ist also schon seit ihrem Aufkommen als Herrschaftsform ein Streitfall und Gegenstand politischer Kämpfe gewesen. Dieser Kampf ging nach Manow über die reine Politik hinaus: »Mit der Politisierung des gemeinen Mannes muss das Verbotene an ihm unterdrückt werden« (ebd., S. 45). Wie der Antisemitismusforscher und Historiker Uffa Jensen feststellt, ist eine solche Verbindung gefährlich, denn was für die Einhaltung der Selbstkontrolle versprochen wurde, ist oft genug nicht zu bekommen: »Moderne Gesellschaften produzieren [...] Ressentiments, weil sie ihre Partizipationsversprechen niemals vollständig einlösen können« (Jensen, 2017, S. 35). Das Ressentiment speist sich aber nicht nur aus der Quelle der Frustration über nicht eingehaltene Versprechen. Ein Verbot macht den verpönten Wunsch besonders stark, eine Alltagsweisheit bringt dieses Wissen auf den Punkt: »Verbotene Früchte schmecken am besten.« Durch Verbote wird der Wunsch gleichzeitig gesteigert und oft genug zu dem, was er zu Anfang gar nicht war: unkontrollierbar drängt sich die Sehnsucht an seine Erfüllung auf. Das

galt, wie Manow feststellt, für den »gemeinen Mann«, aber natürlich nicht nur für ihn. Doch solange Männer in der patriarchalen Gesellschaft die Einzigen waren, deren Beteiligung an bzw. Ausschluss von der politischen Partizipation abgefedert werden musste, schienen zumindest alle anderen zur Kompensation geeignet zu sein: Frauen, Fremde, Kinder konnten zum Objekt des Ressentiments werden, die Wut genauso an ihnen ein Opfer finden, wie das Verpönte an ihnen verfolgt werden.

Diese Verbindung von Mitte und Mäßigung auf der einen Seite und dem Ressentiment auf der anderen Seite reicht bis in die Gegenwart hinein. Die Ablösung des »Volkes« durch die »Mitte« ist ein unbestreitbarer Fortschritt – immerhin schließt der Mitte-Begriff im gegenwärtigen politischen Diskurs viel mehr Menschen in den Bereich des Repräsentierten ein: Frauen und Kinder, Migrantinnen und Migranten, Lesben, Schwule und Transpersonen oder People of Colour. Aber auch heute verbindet er sich mit dem Appell der Mäßigung, fordert also von allen die Kontrolle ihrer Bedürfnisse. Das ist einerseits berechtigt, denn ohne ein gewisses Maß an Trieb- und Affektkontrolle lässt sich das Gemeinwesen sicherlich nicht organisieren. Andererseits ist es durch die damit notwendige Zurichtung und Gewalt immer auch bedroht. Denn die Bedürfnisse und psychischen Konflikte sind selbst der Gesellschaft entsprungen, auch wenn sie sich mit ihrem Eigensinn der gesellschaftlichen Rationalität entgegenstellen (Lorenzer, 1993). Je mehr Mäßigung die Gesellschaft den Individuen zumutet, desto ambivalenter bleibt die Gesellschaft für ihre Mitglieder. Das wird jedoch nicht nur dadurch deutlich, dass die Menschen sich diesen Imperativen zu Mitte und Mäßigung entziehen würden, sondern in ihrer paradoxen Haltung. So begreift sich fast die gesamte Bevölkerung zur Mitte gehörig, während sich kaum jemand im Extrem verortet: In der Leipziger Autoritarismus Studie 2018 sahen sich beispielsweise gerade einmal 49 der 2.416 Befragten als dezidiert links-außen und nur 20 als dezidiert rechts-außen (Decker, Kiess & Brähler, 2018, S. 204). Allerdings unterscheiden sich Selbstbild und tatsächliches Denken und Handeln voneinander, wodurch das Paradox sichtbar wird (vgl. Kap. 2, weite Verbreitung von NeONS-Ideologie, Ethnozentrismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit).

In unserer Untersuchung von 2016 sprachen wir nicht nur von einer Polarisierung der Gesellschaft, sondern auch von einer Radikalisierung

der antidemokratisch-autoritären Milieus. Dabei hatten wir zweierlei vor Augen: zum einen die steigende Gewaltbereitschaft, der Legitimationsverlust der demokratisch verfassten Gesellschaft und die Abwendung bestimmter Milieus von ihr, zum anderen den Liberalisierungsschub, der in der Bundesrepublik zur Anerkennung und Repräsentanz von mehr Lebensentwürfen und Bedürfnissen geführt hat. Denn der Kampf um Anerkennung ist für viele Menschen erfolgreich gewesen (Honneth, 1992). Die Emanzipation von Frauen, von Schwulen und Lesben, von Kindern sowie von Migrantinnen und Migranten prägte das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts und bestimmte die gesellschaftspolitische Entwicklung seit dem Millennium. So wurde erst im Juli 1997 durch eine Strafrechtsänderung die Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt. Durch eine Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Jahr 2000 gelten die Menschenrechte auch für Kinder – nun erst wurde das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung festgeschrieben. Im selben Jahr wurde das Staatsbürgerrecht liberalisiert. Dadurch wurde es möglich, nicht nur qua Abstammung Bürger oder Bürgerin der Bundesrepublik zu werden (ein im Grunde rassistisches Recht), sondern auch durch Geburt auf deutschem Territorium oder durch ein vereinfachtes Einbürgerungsverfahren. Im Juni 2017 stimmte das Parlament für die Ehe für alle, sodass nun auch gleichgeschlechtliche Paare heiraten können. Keiner dieser Schritte hin auf eine offene und liberale Demokratie vollzog sich ohne massive politische Debatten – aber trotz mancher Gegenkampagnen auch vonseiten demokratischer Parteien scheinen diese Freiheitsrechte zum Kernbestand der Berliner Republik zu gehören.

Diese Liberalisierung ist mit der Radikalisierung der antidemokratisch-autoritären Milieus auf das Engste verbunden. An dieser Stelle wäre durchaus ein Repräsentationsproblem auszumachen, aber anders, als es üblicherweise gemeint ist. Es ist nicht so, dass die autoritären, antifeministischen, muslimfeindlichen und antisemitischen Ansichten nicht repräsentiert wären. Spätestens mit dem Einzug der AfD in alle Landesparlamente und in den Deutschen Bundestag ist diese These nachhaltig entkräftet (vgl. Kap. 5). Vielmehr radikalisieren sich Ressentiments, die bereits vor Gründung der AfD in der Mitte der Gesellschaft weitverbreitet waren und nun in ihr sichtbar werden. Um diese autoritäre Dynamik zu verstehen, muss man die Repräsentation genau wie die Nicht-Repräsentation als einen immanent psychischen Vorgang begreifen. Schon die Politikwissen-

schaftlerin Karin Priester wie auch ihr Kollege Philipp Manow konnten sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich hier eine »Wiederkehr des Verdrängten« zeige (Priester, 2012, S. 38; Manow, 2020, S. 51; vgl. auch Arditì, 2003, S. 25). Dass sich so viele Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler auf die Psychologie beziehen, spricht für die Erklärungskraft sozialpsychologischer Ansätze. Denn die »Wiederkehr des Verdrängten« ist zunächst keine Gesetzmäßigkeit der Politologie, sondern ein zentrales Motiv der Psychoanalyse. Dabei stellt sich aber ein neues Problem: Die Wiederkehr ist Folge einer Verdrängung von psychischen Inhalten aus dem Bewusstsein, doch selbstverständlich vollzieht sich eine solche psychische Leistung als Reaktion auf ein soziales Geschehen, auf eine gesellschaftliche Repression. Mit anderen Worten: Es wird verdrängt, was unter dem Druck der lebenslangen Vergesellschaftung ausgeschlossen werden muss – und dann ein Eigenleben beginnt.

Aber was ist es genau, was sich mit Macht Geltung verschafft? Schon Sigmund Freud stellte fest, dass Verdrängtes nicht in seiner ursprünglichen Gestalt wiederkehrt. Was jetzt als Rassismus, Ethnozentrismus und Neo-NS-Ideologie, als Antisemitismus und Antifeminismus seinen Ausdruck findet, speist sich aus anderen Quellen. Unsere These ist, dass sie Ergebnis einer autoritären Dynamik in der Mitte der Gesellschaft sind (vgl. Abschnitt »Autoritäre Dynamiken«). Man könnte argumentieren, dass es daher konsequent gewesen wäre, weiterhin den Titel *Leipziger »Mitte«-Studien* zu führen. Sicherlich ist es immer noch dringend, auf die Gefahr hinzuweisen, welche von der Mitte der Gesellschaft ausgeht, doch ist die Verwendung dieser Metapher problematisch geworden, insofern sie eine andere Gefahr überdeckt: die zunehmende Polarisierung und Radikalisierung der antimodernen und autoritären Milieus. In ihrem Selbstverständnis gehören auch diese Milieus in die Mitte der Gesellschaft. Aber spätestens seit wir ihre Radikalisierung in unserer Studie von 2016 »Die enthemmte Mitte« erstmals beschrieben hatten (Decker & Brähler, 2016), erfüllt der Hinweis auf eine drohende Gefahr aus der gesellschaftlichen Mitte den Tatbestand der Verharmlosung. Diese Verharmlosung ist vergleichbar mit der Bezeichnung »Alarmzeichen« für den Anschlag auf die Synagoge in Halle, wo doch der Ernstfall eingetreten ist und seit nunmehr 30 Jahren anhält. Denn bereits 1990, als die Mauer gerade gefallen war und mit der DDR ein Staat unterging, der noch viele Institutionen und die autoritäre Tradition Deutschlands aus dem 19. und 20. Jahrhundert

konserviert hatte, kam es in Ost- und Westdeutschland zu massiven Ausschreitungen und Morden an Migrantinnen und Migranten, zu antisemitischen Anschlägen und Gewalttaten. Die von der Amadeu Antonio Stiftung geführte Liste der aus rassistischen Gründen ermordeten Menschen nennt als erstes Opfer Mahmud Azhar, der am 6. März 1990 erschlagen wurde. Seitdem haben 208 Menschen als Opfer rassistischer Gewalt ihr Leben verloren, 13 weitere werden als Verdachtsfälle geführt. Dabei lassen sich in den letzten Jahren nochmals deutliche Radikalisierungsprozesse beobachten, denn allein im laufenden Jahr sind bis zum Redaktionsschluss an dieser Studie weitere zehn Menschen ermordet worden.³ Auch die hohe Zahl der in den letzten Monaten aufgedeckten Waffen-, Munitions- und Sprengstofflager, nicht selten von Polizeibeamten und -beamtinnen sowie Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr angelegt, oder die Radikalisierung auf Online-Plattformen machen die Bedrohung durch Rassismus und die Neo-NS-Ideologie überdeutlich. In diesen Milieus ist die Stimmung von der Erwartung einer »Schwellenzeit« geprägt, wie sie von den Propagandisten und Agitatorinnen des mittlerweile angeblich aufgelösten AfD-Flügels beschworen wird (Decker, 2018, S. 30). Mit diesem apokalyptischen Sehnen wird nicht nur die Hoffnung auf das Ende der liberalen Demokratie ausgedrückt, sondern auch die auf eine Erneuerung der »völkischen« Einheit. Kaum verstellt zeigt sich hier – ähnlich wie in vielen Verschwörungsmysen – eine Sehnsucht nach einem faschistischen Führer als »a quasi messianic figure« (Arditi, 2003, S. 18; vgl. Kap. 6).

Gesellschaftliche Anerkennung und politische Regression der autoritären Flucht waren in den letzten Jahrzehnten eng miteinander verflochten. Doch auch historisch betrachtet gehen Emanzipation und Ressentiment nicht zum ersten Mal eine solche Verbindung ein. Die Ressentiments verweisen auf eine Ambivalenz moderner Gesellschaften bzw. gegenüber dem Prozess der Moderne selbst (Decker & Kiess, 2013). Für die Wegbereiter des Nationalsozialismus und die Entwicklung des Antisemitismus hat der Historiker Fritz Stern diese Diagnose früh gestellt. Nachdem er die Schriften von Paul de Lagarde, Julius Langbehn und Arthur Moeller van den Bruck untersuchte, die durch ihre Ideen zu einer »konservativen Revolution« dem Faschismus den Weg bahnten, stellte er eine »latente[n]

3 <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/> (23.09.2020).

Aufstandsbereitschaft gegen die Modernität« fest (Stern, 2018, S. 14). Nicht nur die Autoren, auch ihre begeisterten Leserinnen und Anhänger wollten »die von ihnen verachtete Gegenwart zerstören, um in einer imaginären Zukunft eine idealisierte Vergangenheit wiederzufinden« (ebd., S. 7). An der Verachtung der Gegenwart hat sich wenig verändert – die Motive der Autoren und ihrer Zeitgenossen ähneln stark denen, mit denen auch die heutige Realität abgelehnt wird. Auch damals nahm das Ressentiment ausgerechnet in dem Moment zu, als diejenigen mehr Rechte erhielten, die dann zum Objekt des Hasses wurden. Die ganze Gesellschaft, so schreibt es die Historikerin Shulamit Volkov, war durch einen »Prozeß der kulturellen Polarisierung« geprägt (Volkov, 2000, S. 23). Damals war es vor allem die Emanzipation der Jüdinnen und Juden, welche viele in Deutschland in ihrem Hass verband:

Die meisten dieser Ideologen waren der Überzeugung, diese Welt sei durch böse Hände zerstört worden; infolgedessen glaubten sie fest, daß Verschwörungen in Geschichte und Gesellschaft eine wesentliche Rolle spielen. Den Bösewicht sah man gewöhnlich im Juden, der immer häufiger als die Verkörperung der Modernität hingestellt wurde. (Stern, 2018, S. 11)

Um den Antisemitismus gruppieren sich demnach auch andere anti-emanzipatorische Einstellungen, er »wurde zu so etwas wie einem permanenten Verbündeten des Anti-Liberalismus und Anti-Kapitalismus« (Volkov, 2000, S. 26; vgl. Kap. 7). Aber schon im deutschen Kaiserreich war es nicht der Antisemitismus allein, mit dem sich die Abkehr von der Moderne und die Sehnsucht nach einer ursprünglichen Reinheit artikulierte (Bohleber, 1998). Die »anti-emanzipatorische Kultur« (Volkov, 2000, S. 5) fand ihren Ausdruck auch im Antifeminismus (vgl. Kap. 8). Allerdings wurde der Antisemitismus zu einem, wie Volkov es nennt, »kulturellen Code« (Volkov, 2000, S. 23), über den sich die unterschiedlichen autoritären und anti-emanzipatorischen Milieus erkennen konnten, und zwar über Standesgrenzen und etwaige Differenzen in anderen Politikfeldern hinweg. Deshalb spricht der Historiker Reinhard Rürup mit Blick auf die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in Deutschland vom »Antisemitismus als »Weltanschauung«:

Antisemitismus ist mehr als ein antijüdisches Programm, mehr als eine jüdenfeindliche Bewegung. Er zielt nicht nur auf Aufhebung der Emanzipation und die »soziale Ausgrenzung« der Juden [...], sondern glaubt, über die

»Judenfrage« die Gesamtheit aller Probleme lösen zu können. Er offeriert ein Erklärungsmodell für die nicht verstandenen Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Gesellschaft und suggeriert damit zugleich Lösungsmöglichkeiten für die wirtschaftliche, politische und kulturelle Krise der Gegenwart. (Rürup, 1975, S. 91)

Demnach hilft das manichäische Weltbild – das heißt, die Unterteilung der Welt in »Gut« und »Böse« und hier konkret die Zuschreibung des Bösen auf die »Juden« –, die Welt überschaubarer zu machen. Darüber hinaus bietet es die Möglichkeit, die eigenen Aggressionen auszuleben und dem Hass auf die eigene Zurichtung ein Ventil zu geben. Heute wie damals wird die zunehmende Organisierung der autoritären Milieus von einer immer offeneren Artikulation der Ressentiments begleitet. Die Ressentiments erfüllen dabei verschiedene Funktionen, die wir in diesem Band ausführlich analysieren. Jenseits ihrer psychischen Funktion haben Antisemitismus, Antifeminismus, Verschwörungsmentalität und Muslimfeindschaft eine zentrale politische Funktion übernommen: Sie codieren eine antimoderne Weltanschauung. Auch in unserer Milieubeschreibung von 2016 (Decker & Brähler, 2016) war deutlich geworden, dass der Antisemitismus in den antidemokratisch-autoritären Milieus zwar mal mehr, mal weniger offen geäußert wurde, dass seine Bedeutung aber an einem Punkt gewachsen war: Entlang dieses Ressentiments beginnen sich die antimodernen Milieus untereinander zu erkennen; über Schichtgrenzen hinweg können sie sich hiermit ihr geteiltes Ressentiment gegen die moderne und liberale Gesellschaft mitteilen. Darin besteht die Herausforderung. Nachdem wir seit fast zwanzig Jahren trotz aller Schwankungen einen dauerhaft hohen Sockel an ethnozentrischen Einstellungen und Neo-NS-Ideologien in Deutschland nachgewiesen haben, wäre eine Gewöhnung daran der schlimmste Fall. Denn mit dieser rechtsextremen Einstellung in der deutschen Bevölkerung wird auch in diesem Jahr nicht nur ihre Verbreitung und Stärke untersucht, sondern auch das Scharnier, das Menschen mit antiliberaler und antimoderner Weltsicht verbindet. Im Zentrum stehen gegenwärtig wieder der Antisemitismus, der Antifeminismus und die Verschwörungsmentalität – und zwar nicht unbedingt, weil sie zugenommen haben, sondern weil sich durch sie eine neue antimoderne Bewegung formiert.

Literatur

- Arditi, B. (2003). Populism, or, politics at the edges of democracy. *Contemporary Politics*, 9, 17–32.
- Aristoteles (1999). *Nikomachische Ethik; übersetzt von Franz Dirlmeier*. Stuttgart: Reclam.
- Balibar, É. & Wallerstein, I. M. (1992). *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten*. Hamburg: Argument-Verlag.
- Bohleber, W. (1998). Die Volksgemeinschaft – lebensbekleidender Uterus und ausstoßende Gewalt. Zu den unbewußten Wurzeln rechtsextremer Gewaltphantasien. *Werkblatt*, 40, 83–105.
- Bröckling, U., Krasmann, S. & Lemke, T. (Hrsg.) (2000). *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Decker, O. (2018). Flucht ins Autoritäre. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 15–63). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O. & Brähler, E. (2016). Ein Jahrzehnt der Politisierung: Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland* (S. 95–135). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O. & Kiess, J. (2013). Moderne Zeiten. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 13–64). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., J. Kiess & E. Brähler (2018). Antisemitische Ressentiments in Deutschland: Verbreitung und Ursachen. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 179–216). Gießen: Psychosozial.
- Gumbrecht, H. U. (2020). Der Notstand-Staat. *Neue Zürcher Zeitung*, 24.3.2020. <https://www.nzz.ch/feuilleton/hans-ulrich-gumbrecht-coronavirus-notstand-und-die-zukunft-des-staates-ld.1548096> (09.10.2020).
- Hobsbawm, E. (1962). *The Age of Revolution 1789–1848*. New York: Vintage Books.
- Honneth, A. (1992). *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Jensen, U. (2017). *Zornpolitik*. Berlin: Suhrkamp.
- Kalchreuter, H. (1911). Die mesotes bei und vor Aristoteles. *Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde einer Hohen Philosophischen Fakultät der Universität Tübingen*.
- Lorenzer, A. (1993). *Intimität und soziales Leid. Eine Archäologie der Psychoanalyse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Manow, P. (2020). *(Ent)Demokratisierung der Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.
- Priester, K. (2012). *Rechter und linker Populismus. Annäherungen an ein Chamäleon*. Frankfurt am Main: Campus.
- Rensmann, L. (2020). Die Mobilisierung des Ressentiments: Zur Analyse des Antisemitismus in der Partei Alternative für Deutschland. In A. Heller, O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland* (S. 309–344). Gießen: Psychosozial.
- Rürup, R. (1975). *Emanzipation und Antisemitismus*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Stern, F. (2018). *Kulturpessimismus als Politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Volkov, S. (2000). *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*. München: C.H. Beck.

***Rechtsextreme Einstellungen
in der Mitte der Gesellschaft***

2. Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf

*Oliver Decker, Johannes Kiess, Julia Schuler, Barbara Handke,
Gert Pickel & Elmar Brähler*

Seit 2002 untersucht unsere Arbeitsgruppe die rechtsextreme Einstellung in Deutschland und führt dazu alle zwei Jahre Repräsentativerhebungen durch. Zunächst als »Mitte«-Studien der Universität Leipzig bekannt geworden, trägt unsere Untersuchungsreihe seit 2018 den Titel *Leipziger Autoritarismus Studien zu rechtsextremen und politischen Einstellungen in Deutschland (LAS)*. Für die LAS 2020 wurden 2.503 Menschen in Deutschland befragt. In diesem Kapitel stellen wir die Verbreitung und Ausprägung politischer Einstellungen sowie ausgewählter Aspekte von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland vor, vergleichen sie mit den Ergebnissen der Vorjahre und schließen mit einer Beschreibung des rechtsextremen Typus.

Methode und Stichprobe

Wie die vorherigen Erhebungen unserer Untersuchungsreihe wurde auch die diesjährige Befragung in unserem Auftrag durch das Meinungsforschungsinstitut USUMA durchgeführt. Der für die Studie verwendete Fragebogen bestand aus zwei Teilen. Im ersten Teil wurden die Befragten gebeten, soziodemografische Angaben über sich selbst und zum Haushalt nach den demografischen Standards des statistischen Bundesamtes zu machen, und erhielten dabei Hilfe vom Interviewer bzw. von der Interviewerin vor Ort. Neben Alter, Geschlecht und Wohnort (Bundesland) wurden auch der höchste erreichte Bildungsabschluss, die Religionszugehörigkeit, das monatliche Haushaltsnettoeinkommen, der Familienstand sowie die Berufstätigkeit erhoben (vgl. Tab. 1). Danach wurde den Befragten der

zweite, inhaltliche Teil des Fragebogens übergeben, den sie aufgrund der teilweise sehr persönlichen Angaben eigenständig beantworten sollten. Der Interviewende stand nun lediglich beratend zur Verfügung. Bei dieser Form der schriftlichen Befragung ist die Offenbarungsbereitschaft höher als zum Beispiel bei mündlichen Befragungen oder Telefoninterviews. Da unsere Erhebungsmethode seit 2002 unverändert ist, bietet sie den weiteren Vorteil, dass wir die Ergebnisse der Untersuchungen von 2002 bis 2020 vergleichen können.

Die Interviews wurden im Zeitraum vom 2. Mai 2020 bis 19. Juni 2020 geführt. Damit fiel die Datenerhebung der LAS 2020 in jene Phase der COVID-19-Pandemie, in der die einschneidenden Beschränkungen zum Schutz vor Erkrankungen sukzessive gelockert wurden. Die Interviewenden wurden schriftlich über die geltenden Hygieneregeln informiert und erhielten Hinweise zur Durchführung von Interviews in der Pandemiezeit. Beispielsweise galt während der gesamten Erhebungsphase das Abstandsgebot, ferner waren die Interviewenden verpflichtet, Masken zum Fremd- und Eigenschutz zu tragen.

USUMA setzte insgesamt 215 Interviewende ein, die damit im Durchschnitt jeweils zwölf Interviews führten. Sie hatten den Auftrag, vor Beginn der Interviews sowohl den Forschungsauftrag und die Studienziele kurz zu beschreiben und die Befragten über die datenschutzrechtlichen Vorkehrungen gemäß der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) aufzuklären. Ferner holten sie die informierte Einwilligung zur Teilnahme ein, für Personen ab 14 und unter 18 Jahren in Absprache mit einem oder einer Erziehungsberechtigten.

Die Auswahl der Teilnehmenden erfolgte als geschichtete Zufallsstichprobe. Auf der Basis einer überschneidungsfreien Flächenaufteilung des Bundesgebietes wurden zunächst 258 *Sample Points* gezogen (für die alten Bundesländer 210, für die neuen 48). Die dort eingesetzten Interviewenden waren damit betraut, die Haushalte im Random-Route-Verfahren auszuwählen und die Zielperson im Haushalt mit dem Schwedenschlüssel zu bestimmen. Die Rücklaufquote betrug in diesem Jahr 47,3%, womit sie als hoch zu bewerten ist, besonders im Vergleich zu anderen Verfahren wie zum Beispiel Telefon- oder Internetbefragungen. Um auf mindestens 2.500 Interviews zu kommen, wurden insgesamt 5.418 Haushalte aufgesucht. Für die LAS 2020 konnten 2.503 Befragungen durchgeführt werden. Im Anschluss reichten die Interviewenden die ausgefüllten Frage-

bögen an USUMA zurück, wo sie zu einem digitalen Datensatz aufbereitet wurden. Dieser Datensatz wurde unserer Studiengruppe zur Auswertung übergeben.

Tabelle 1: Soziodemografische Beschreibung der Stichprobe LAS 2020 (mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit, 14–91 Jahre)

		Gesamtgruppe (N = 2.503)	
Alter in Jahren	Mittelwert	46,0	
	Standardabweichung	17,8	
		absolut	in %
Altersgruppen	bis 24 Jahre	379	15,1
	25 – 34 Jahre	402	16,1
	35 – 44 Jahre	378	15,1
	45 – 54 Jahre	471	18,8
	55 – 64 Jahre	450	18,0
	65 – 74 Jahre	285	11,4
	ab 75 Jahre	138	5,5
Geschlecht	männlich	1.173	46,9
	weiblich	1.329	53,1
	divers	1	0,04
Partnerschaft	lebe in einer festen Partnerschaft	1.443	59,9
	lebe nicht in einer festen Partnerschaft	967	40,1
Schulabschluss	kein Schulabschluss	60	2,4
	Haupt-/Volksschulabschluss	507	20,3
	Mittlere Reife/Realschulabschluss	842	33,7
	POS/10. Klasse	170	6,8
	Fachschulabschluss (ohne Anerkennung als FHS)	78	3,1
	Abitur/ohne abgeschlossenes Studium	399	16,0
	abgeschlossenes Hochschul/ FHS-Studium	364	14,6
	Schüler(in) einer allgemeinen Schule	76	3,0

Fortsetzung Tabelle 1

		absolut	in %
Berufstätigkeit	Vollzeit mit ≥ 35 h/Woche	1.069	43,2
	Teilzeit mit 15–35 h/Woche	329	13,3
	stundenweise erwerbstätig	82	3,3
	Freiwilligendienst oder Mutterschutz/Erziehungsurlaub	23	1,0
	arbeitslos/0-Kurzarbeit	146	5,9
	in Rente/Vorruhestand	505	20,4
	nicht berufstätig/Hausfrau/Hausmann	72	2,9
	in Berufsausbildung (auch Fachschule für gewerbliche Berufe)	61	2,5
	in Schulausbildung (auch Uni, Hochschule)	185	7,5
Beruf	noch nie berufstätig	205	8,5
	Arbeiter(in)	182	7,5
	Facharbeiter(in)	155	6,4
	Selbstständige Landwirte	4	0,2
	freie Berufe	39	1,6
	Selbstständige	203	8,4
	Angestellte	1.529	63,1
Beamte	105	4,3	
Haushaltsnettoeinkommen/Monat	weniger als 750 €	80	3,5
	750 bis < 1.250 €	263	11,3
	1.250 bis < 2.000 €	475	20,5
	ab 2.000 €	1.501	64,7
Kirchenzugehörigkeit	nein	903	36,8
	ja	1.553	63,2
Befragte in	Ostdeutschland	503	20,1
	Westdeutschland	2.000	79,9
deutsche Staatsangehörigkeit	mit Migrationsgeschichte ¹	291	11,7
	ohne Migrationsgeschichte	2.109	84,6
	keine	94	3,8

Den Kern unserer Untersuchungsreihe² bildet der *Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF)* (Decker et al., 2013a; Heller et al., 2020). An anderer Stelle haben wir uns bereits ausführlich mit den politischen und gesellschaftlichen Widersprüchen des Rechtsextremismus-Begriffs beschäftigt (Kiess & Decker, 2010; Kiess, 2011; Decker, 2018) und wollen hier deshalb nur kurz auf ihn eingehen. Uns ist wichtig, das Bild einer von »außen« – von den »extremistischen Rändern« in die »Mitte« – kommenden faschistischen oder neo-nazistischen Bedrohung zurückzuweisen, das in diesem Begriff angelegt ist. Diese Externalisierung der eigentlich in der gesellschaftlichen Mitte aktiven und gepflegten Ressentiments und autoritären Wünsche ist nicht ohne Beispiel. Bis heute sind im Narrativ vieler nichtjüdischer Deutscher die Verbrechen des Nationalsozialismus vor allem von wenigen »Nazis« begangen worden, während die breite Bevölkerung weder als Täter, noch als Mitläufer des mörderischen Systems wahrgenommen wird. Dies gilt sowohl für Familienerzählungen (vgl. Lohl & Moré, 2014) als auch zum Beispiel für deutsche Filme, in denen die Figur des »Nazis« als Bedrohung der »aufrechten Deutschen« dargestellt wird, etwa in »Unsere Mütter, unsere Väter« von 2013 oder »Der Untergang der Gustloff« von 2008 (vgl. Schmid, 2019). Die Vorstellung, man könne die Bedrohung einer demokratisch-liberalen Gesellschaft an den »Rändern« verorten und ausschließlich dort wirksam bekämpfen, ist ein Wunschtraum. Nichts könnte mehr über die realen Gefahren hinwegtäuschen, wie unsere Ergebnisse seit 2002 immer wieder belegen. Die mit dem Rechtsextremismus verbundenen völkisch-nationalen Ideologien und Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind nicht auf einen Rand zu begrenzen, sondern in der Mitte der Gesellschaft verankert.

Trotz der Schwierigkeiten, die mit der Verwendung des Rechtsextremismusbegriffs verbunden sind, behalten wir ihn in der Studie weiterhin bei, da er präziser als andere Begriffe das zu untersuchende antidemokratische Phänomen bezeichnet (Kiess, 2011; Decker, 2018). Als dessen Grundlage nehmen wir allerdings eine autoritäre Dynamik in den Blick,

-
- 1 Nach unserer Definition liegt eine Migrationsgeschichte vor, wenn eine Person oder mindestens einer ihrer Elternteile eine Wanderungsbewegung über nationale Grenzen hinweg durchgeführt hat.
 - 2 Im Folgenden sprechen wir zusammenfassend für die Studienreihe seit 2002 von den Leipziger Autoritarismus Studien.

die die Gesellschaft durchzieht und die von Menschen mit autoritären Orientierungen getragen wird (Decker et al., 2018a). Genau wie rechtsextreme Einstellungen sind auch die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und die Verschwörungsmentalität Ausdruck dieser autoritären Orientierung – wir sprechen daher von einem autoritären Syndrom (vgl. Kap. 6). Den zentralen Platz unserer Langzeitbeobachtung nimmt aber nach wie vor die Forschung zum Rechtsextremismus ein. Wir definieren die rechtsextreme Einstellung als »Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen« (Decker & Brähler, 2006, S. 20; Heller et al., 2020). Damit sind die sechs Dimensionen der rechtsextremen Einstellung genannt. Sie lassen sich inhaltlich und statistisch zwei Faktoren zuordnen: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus sind Bestandteil einer *Neo-NS-Ideologie*; Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit bilden zusammen den *Ethnozentrismus* (Heyder & Decker, 2011). An diese Kategorisierung angelehnt, werden wir die Ergebnisse im Folgenden vorstellen.

Der Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung wird in den Erhebungswellen jeweils durch weitere Fragebögen ergänzt, die entweder zusätzliche Einstellungsdimensionen erfassen oder zur Erklärung der rechtsextremen Einstellung herangezogen werden. 2020 waren das zunächst Fragen zur Akzeptanz der Demokratie (wie schon in den Jahren 2006 und seit 2010). Die Bereitschaft, bestimmte Personengruppen abzuwerten, wurde mit Fragen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer, 2012) erfasst, wie schon 2014, 2016 und 2018. In diesem Jahr richteten wir besondere Aufmerksamkeit auf die Einstellung gegenüber Muslima und Muslimen (Muslimfeindschaft), Sinti und Roma (Antiziganismus) sowie Homosexuellen (Homophobie). Außerdem kam, wie schon 2006, 2016 und 2018, ein Fragebogen zur Erfassung von Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft zum Einsatz (Ulbrich-Herrmann, 1995). Der in diesem Jahr wieder aufgenommene Fragebogen zur Sozialen Dominanzorientierung (Stellmacher, 2004) gehörte bereits in den Jahren 2002 und 2006 zur Erhebung.

Da wir dem Antisemitismus ein eigenes Kapitel gewidmet haben (Kap. 7), stellen wir die Verbreitung dieses Ressentiments hier nur mit Blick auf den tradierten Antisemitismus vor, der zum Kernbestand unserer Untersuchung gehört. Die Verbreitung und Stärke des autoritären Syndroms beschäftigt uns insgesamt im Abschnitt »Autoritäre Dynamiken« dieses Bandes, wo wir uns auch mit dem Antifeminismus (Kap. 8) und der Verschwörungsmentalität (Kap. 9) auseinandersetzen.

Anders als bisher gehen in die diesjährige Auswertung alle Befragten ein. Bislang hatten wir uns auf die deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger beschränkt, um ihre politische Einstellung zu erfassen. Der Hintergrund dieser Entscheidung war, dass wir uns zu Beginn unserer Untersuchungsreihe im Jahr 2002 einem großen Vorbehalt ausgesetzt sahen: Unser Ergebnis, dass die Mitte der Gesellschaft von Einstellungen durchzogen war, die gerne nur am Rand gesehen wurden, war eine Provokation. Um diese Befunde nicht zusätzlich angreifbar zu machen, entschieden wir uns, nur Befragte mit deutscher Staatsbürgerschaft in die Berechnung aufzunehmen. Man muss dabei bedenken, dass es vor 20 Jahren bereits starke Ressentiments hervorgerufen hat, Migrantinnen und Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft in der Stichprobe zu berücksichtigen. Ein Staatsbürgerschaftsrecht, das die Zugehörigkeit nicht über die Abstammung sichert, sondern inklusiv allen Menschen die Möglichkeit bietet, sich in die demokratische Gesellschaft einzubringen, war 2002 nicht in Sicht. Wir ändern unsere Praxis nun, weil wir alle, die in der Bundesrepublik wohnen, als Teil der deutschen Bevölkerung verstehen. Aus diesem Grund wurden auch die für den Langzeitvergleich herangezogenen Daten der Leipziger Autoritarismus Studien seit 2002 jeweils unter Einschluss aller Befragten neu berechnet. Die Werte verändern sich dadurch in der Regel lediglich geringfügig, können aber von den bisher veröffentlichten Daten bis 2018 leicht abweichen.

Außerdem stellen wir die Ergebnisse nicht nur als gesamtdeutschen Wert dar, sondern differenzieren zusätzlich nach Ost und West. Obwohl diese Darstellungsweise seit Beginn der Studienreihe konstant geblieben ist, prüfen wir sie für jede Erhebungswelle erneut. Gegen diese Aufschlüsselung würde sprechen, dass die rechtsextreme Einstellung kein Spezifikum des Ostens ist, sondern bundesweit auftritt; und auch andersherum leben ja in Ost wie West Menschen mit stabilen anerkennenden und

demokratischen Überzeugungen. Gleichzeitig gibt es auch zwischen den Bundesländern – beispielsweise im Norden und im Süden des Landes – Differenzen. Für eine Aufschlüsselung nach Ost und West spricht allerdings, dass die Stichprobengröße repräsentative Aussagen für die Bundesrepublik, für Ost- und Westdeutschland und für die bevölkerungsstarken Bundesländer zulässt – und hier zeigen sich insbesondere in der Gegenüberstellung von Ost- und Westdeutschland die auffälligsten Differenzen. Um Strukturvergleiche anstellen zu können, erscheint uns die Beibehaltung der Ost-West-Differenzierung deshalb noch immer sinnvoll.

Die Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studie 2020

Wir beginnen unseren Ergebnisbericht mit dem zentralen Fragebogen zum Rechtsextremismus. Hierfür werden wir zuerst die Zustimmungswerte zu seinen Aussagen wiedergeben, dann die Veränderungen und Entwicklungslinien von 2002 bis 2020 in den Blick nehmen und zuletzt die Zusammenhänge zwischen diesen Einstellungen und soziodemografischen Merkmalen betrachten.

Der Rechtsextremismus-Fragebogen (FR-LF) erfasst sechs Dimensionen: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus (Elemente einer Neo-NS-Ideologie) sowie Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit (Elemente des Ethnozentrismus). Jede dieser Dimensionen wurde mit drei extrem-rechten Aussagen operationalisiert (siehe Grafiken 1 bis 6). Im Interview sind die Befragten aufgefordert, zu diesen Aussagen Stellung zu nehmen, wofür eine fünfstufige Likert-Skala zur Verfügung steht. Sie reicht von »lehne voll und ganz ab« (Wert = 1) bis »stimme voll und ganz zu« (Wert = 5) (siehe Tab. 2). Demnach bilden höhere Werte stärkere Zustimmung ab. Tabelle 3 stellt die Zustimmungswerte zu den 18 Aussagen gesammelt dar, und zwar jeweils mit den fünf wählbaren Antwortkategorien.

Die Verwendung einer fünfstufigen Skala ermöglicht es, den Grad der Zustimmung relativ genau zu erfassen und die Befragten nicht in eine Entscheidung für oder gegen die vorgelegte Aussage zu zwingen. Allerdings ist die Antwortmöglichkeit »teils/teils« (die zum Beispiel bei einer vierstufigen Skala fehlt) auch geeignet, ein latentes Potenzial für den Rechtsextremismus zu übersehen, da mit ihr bereits eine gewisse Nähe zum Inhalt

der jeweiligen Aussage bekannt wird, ohne dass sich die Befragten eindeutig darauf festlegen müssen. Damit haben sie auch die Möglichkeit, im Sinne der sozialen Erwünschtheit zu antworten. Deshalb werden wir die Unterscheidung zwischen den manifesten und latenten rechtsextremen Einstellungen, die wir seit 2018 explizit in unsere Ergebnisdarstellung einbeziehen, beibehalten.

Tabelle 2: Übersicht der Antwortkategorien des Fragebogens zu rechtsextremen Einstellungen

Antwort-kategorie	lehne völlig ab	lehne über-wiegend ab	stimme teils zu, teils nicht zu	stimme über-wiegend zu	stimme voll und ganz zu
Skalenwert	1	2	3	4	5
inhaltliche Zuordnung	Ablehnung		latente Zustimmung	manifeste Zustimmung	

Tabelle 3: Der Fragebogen zu rechtsextremen Einstellungen – Zustimmung auf Item-Ebene (in %; N = 2.503)

Rechtsextremismus		lehne völlig ab	lehne über-wiegend ab	stimme teils zu, teils nicht zu	stimme über-wiegend zu	stimme voll und ganz zu
1	Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	64,0	16,0	14,2	3,8	1,1
2	Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.	55,8	19,1	17,1	5,6	2,7
3	Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	44,9	16,8	21,2	10,2	6,9
4	Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	62,7	15,6	13,1	5,2	3,4
5	Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	49,6	24,2	18,6	5,8	1,9
6	Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	24,7	15,9	31,0	16,9	11,5

Fortsetzung Tabelle 3

Rechtsextremismus		lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme teils zu, teils nicht zu	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu
7	Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	42,8	22,3	24,6	6,9	3,4
8	Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	21,4	14,2	29,6	21,7	13,1
9	Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.	49,6	18,0	21,4	8,0	3,0
10	Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	36,9	20,5	23,5	11,6	7,6
11	Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.	55,8	19,9	17,9	4,3	2,1
12	Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	30,4	19,8	29,5	13,6	6,7
13	Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	50,5	22,0	19,9	4,7	2,8
14	Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	34,4	21,6	26,9	11,9	5,3
15	Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	68,5	12,5	12,8	3,7	2,4
16	Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	28,4	18,8	27,2	14,6	11,0
17	Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	53,0	22,1	18,7	4,0	2,3
18	Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	56,5	18,5	19,6	3,4	2,1

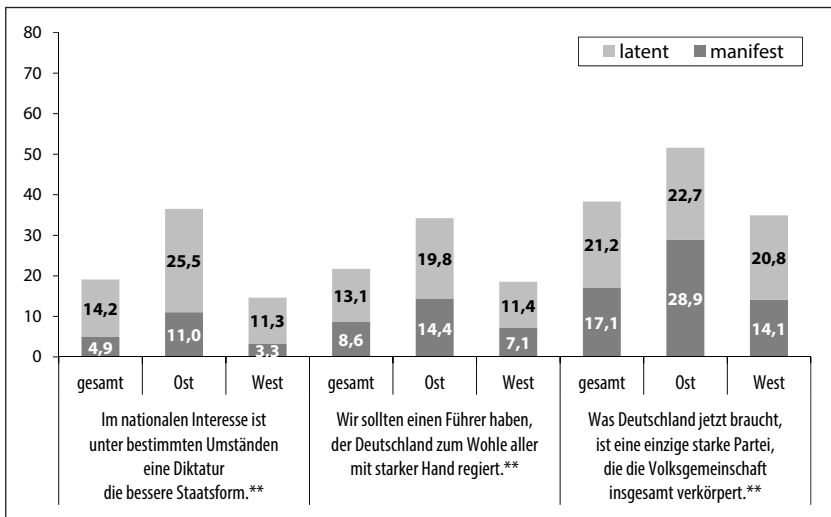
Als manifeste Zustimmung bezeichnen wir das offen geäußerte Einverständnis mit den vorgelegten rechtsextremen Aussagen (»stimme überwiegend«)

gend zu« und »stimme voll und ganz zu«). Dem steht die Zurückweisung dieser Aussagen gegenüber, weswegen wir die beiden Antwortkategorien »lehne völlig ab« und »lehne überwiegend ab« als manifeste Ablehnung einordnen. Als latente Zustimmung bezeichnen wir jene Positionierung, die schon eine Unentschiedenheit zugibt und sich partiell zum Inhalt der rechtsextremen Aussagen bekennt (»stimme teils zu, teils nicht zu«).

Rechtsextreme Einstellungsdimensionen der Neo-NS-Ideologie

Die erste zur Neo-NS-Ideologie gehörende Dimension ist die »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur«. Sie wird in jeder Erhebungswelle mit drei Aussagen erfasst, die klar antidemokratische, antipluralistische, aber auch völkische und nationalistische Motive aufrufen, nicht zuletzt durch Begriffe wie »Diktatur«, »nationales Interesse«, »Führer«, »starke Hand« oder »Volksgemeinschaft«. In Grafik 1 sind die Zustimmungswerte zu diesen Aussagen abgebildet, und zwar sowohl die prozentuale manifeste Zustimmung (»stimme überwiegend zu« und »stimme voll und ganz zu«) als auch die latente (»stimme teils zu, teils nicht zu«).

Grafik 1: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« (in %)



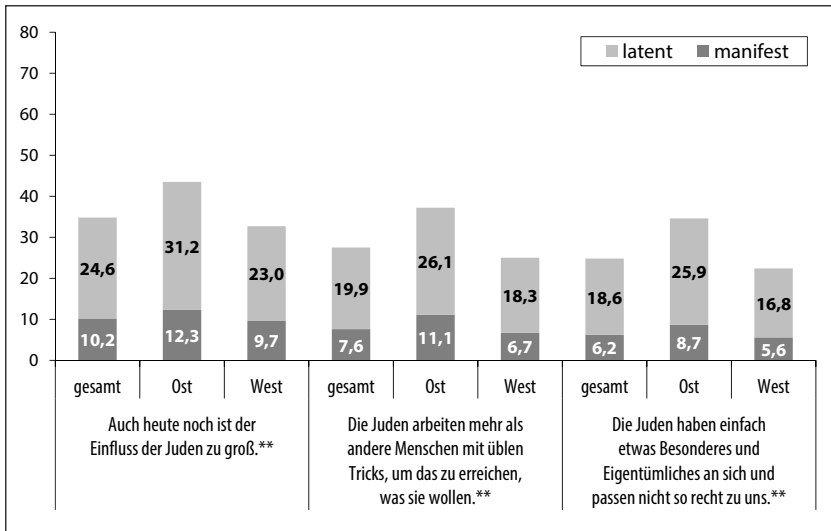
Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, signifikante Unterschiede zwischen Ost und West

Die stärkste manifeste Zustimmung erhielt die Aussage, Deutschland brauche »eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert«. Über 17% der Befragten konnten sich dieser Aussage anschließen. Dabei zeigt sich ein deutliches West-Ost-Gefälle: Mit etwa 29% Zustimmung ist der Wunsch unter Ostdeutschen weitaus verbreiteter als im Westen (14%), nur eine Partei mit Alleinvertretungsanspruch für die völkische Gemeinschaft einzusetzen.

Die beiden ersten Aussagen finden etwas weniger Zuspruch, doch auch bei ihnen ist der Unterschied zwischen den Befragten aus den alten und den neuen Bundesländern deutlich. Etwa jeder zehnte Befragte in Ostdeutschland hält eine Diktatur im »nationalen Interesse [für] die bessere Staatsform«, weitere 25% können der Aussage teilweise zustimmen. In Westdeutschland sind es hingegen nur 3,3% manifeste und 11,3% latente Zustimmung. Einen »Führer« wünschen sich 14,4% in Ost- und 7,1% in Westdeutschland und damit insgesamt etwa jeder bzw. jede zwölfte Deutsche.

Grafik 2 zeigt die Zustimmungswerte zur Dimension »Antisemitismus«, deren drei Aussagen auf tradierte Ressentiments abzielen. Allerdings rechnen wir, bedingt durch die Kommunikationslatenz (Bergmann & Erb, 1986), in dieser Einstellungsdimension mit einem großen Dunkelfeld. Aus diesem Grund haben wir auch 2020 weitere Ausdrucksformen des Antisemitismus untersucht, die in Kapitel 7 ausführlich behandelt werden. In Hinblick auf die tradierten antisemitischen Ressentiments zeigt sich, dass jeder bzw. jede zehnte Befragte glaubt, der »Einfluss der Juden« sei auch heute noch zu groß. Ein weiteres Viertel stimmt dieser Auffassung noch teilweise zu (latent). Zudem sind 7,6% manifest der Ansicht, Juden würden »mit üblen Tricks« arbeiten und 6,2%, Juden hätten »etwas Besonderes und Eigentümliches« an sich. Die latenten Zustimmungswerte liegen auch bei beiden Aussagen deutlich höher: Fast jeder bzw. jede Fünfte wollte diesen Positionen keine eindeutige Absage erteilen.

Grafik 2: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Antisemitismus« (in %)



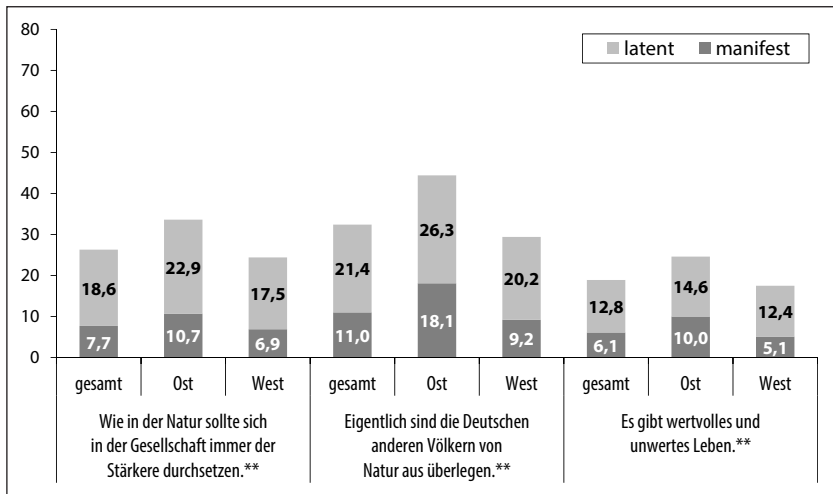
Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, signifikante Unterschiede zwischen Ost und West

Grafik 3 stellt die Zustimmungswerte zur Dimension »Sozialdarwinismus« vor. Mit diesem Begriff werden jene Elemente der Neo-NS-Ideologie bezeichnet, mit denen Annahmen der Evolutionstheorie von Charles Darwin auf die Gesellschaft übertragen werden. Neben dieser an sich schon problematischen Biologisierung des Sozialen ist der Sozialdarwinismus auch eng mit rassistischen Vorstellungen verknüpft. Darwins Evolutionstheorie nimmt an, dass in der Natur jene Individuen einer Art überleben, die zufällig am besten an die Umweltbedingungen angepasst sind. Welche Eigenschaften dies sein werden, ist vorab ebenso offen wie die Naturentwicklung selbst. Nur mit einem »finalen« Darwinismus kann rückblickend die beste Anpassung an die Umwelt verstanden werden, keinesfalls aber mit einem »kausalen«, bei dem der »Stärkere« schon im Vorfeld feststeht. Der kausale Sozialdarwinismus ist auf das Engste mit der rassistischen Ideologie verbunden, die aus der imaginierten »Höherwertigkeit« bestimmter »Menschenrassen«, die sich die Anhänger und Anhängerinnen dieser Ideologie vorstellen, deren gesellschaftliche Vorrechte ableitet. Er ist Bestandteil fast aller völkischen Ideologien und hatte bereits vor dem

Nationalsozialismus seine Anhängerinnen und Anhänger (Sontheimer, 1978[1962]).

Insgesamt sind die drei Aussagen zum Sozialdarwinismus für nur einen kleineren Teil der Befragten explizit zustimmungsfähig. Allerdings fällt insbesondere bei der zweiten Aussage, die eine Überlegenheit der Deutschen behauptet, ein deutlicher Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland auf. 9,2% der Westdeutschen, aber mit 18,1% etwa doppelt so viele der Ostdeutschen bestätigen diese Aussage. Ein ähnliches Bild zeigt sich für die Vorstellung, es gäbe »wertvolles und unwertes Leben«. Während dem 5,1% der Befragten in den alten Bundesländern beipflichten, sind es in den neuen 10,0%. Bundesweit sind zudem 7,7% der Ansicht, dass sich »wie in der Natur« auch in der Gesellschaft der Stärkere durchsetzen sollte.

Grafik 3: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Sozialdarwinismus« (in %)



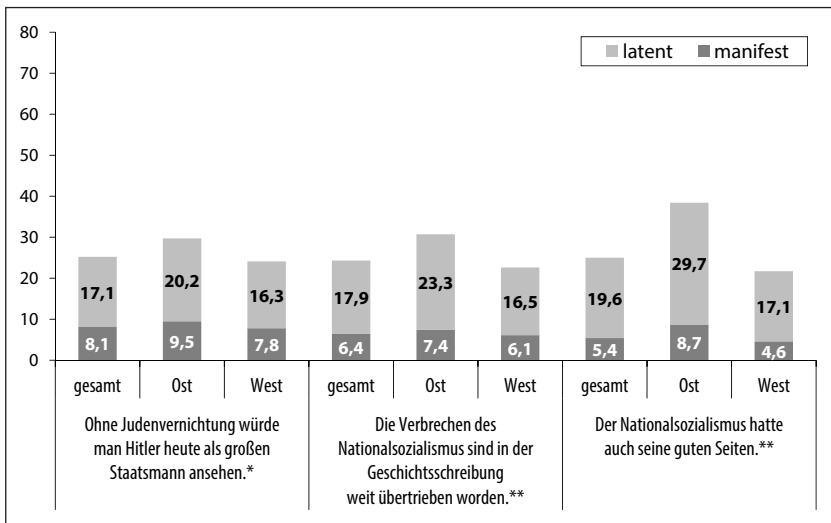
Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, signifikante Unterschiede zwischen Ost und West

Grafik 4 bildet schließlich die Zustimmungswerte zur Dimension »Verharmlosung des Nationalsozialismus« ab. Die enge Verbindung von geschichtsrevisionistischen Aussagen, wie sie in dieser Dimension abgefragt werden, und einer Neo-NS-Ideologie zeigte sich in den letzten Jahren besonders deutlich im Schuldabwehrantisemitismus (vgl. Kap. 7), wie ihn

beispielsweise der »Flügel« der AfD offen vertritt. Die eingesetzten Aussagen drücken den Wunsch aus, die Auseinandersetzung mit den deutschen Verbrechen im Nationalsozialismus zu beenden und sie stattdessen zu beschönigen und herunterzuspielen.

Der Aussage, Hitler würde ohne den Holocaust als »großer Staatsmann« gelten, stimmen 8,1% der Befragten zu. Weitere 6,4% sind der Auffassung, die nationalsozialistischen Verbrechen seien in der Geschichtsschreibung »weit übertrieben worden«. Und 5,4% der Befragten meinen, »der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten«. Die latenten Zustimmungswerte sind bei allen drei Aussagen deutlich höher: zwischen 17 und 20% der bundesweit Befragten stimmen ihnen zumindest teilweise zu. Den höchsten latenten Wert erzielen mit fast 30% die ostdeutschen Befragten bei der dritten Aussage, die dem Nationalsozialismus positive Seiten attestiert. Wie beim Antisemitismus ist davon auszugehen, dass die gesellschaftliche Tabuisierung geschichtsrevisionistischer Bemühungen selbst in einer anonymen Befragungssituation wirksam bleibt, weswegen diese Fragen mit Zurückhaltung beantwortet werden.

Grafik 4: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Verharmlosung Nationalsozialismus« (in %)

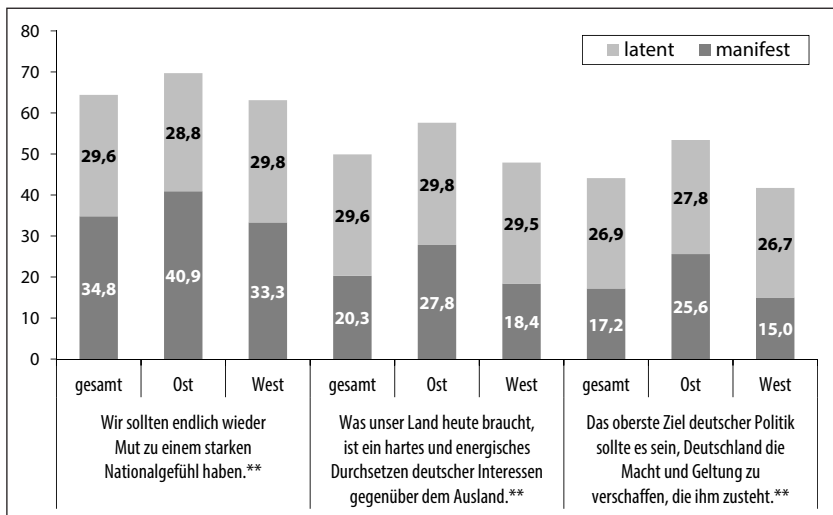


Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < .05, signifikante Unterschiede zwischen Ost und West

Rechtsextreme Einstellungsdimensionen des Ethnozentrismus

Die Dimension »Chauvinismus« erfasst ein übersteigertes und gegenüber Dritten aggressives Nationalgefühl. Insgesamt sind die Zustimmungswerte bundesweit hoch, im Westen jedoch etwas niedriger als im Osten (Grafik 5). Insbesondere der Wunsch, »endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl [zu] haben«, wird von vielen geteilt: Etwa jeder dritte Befragte erkennt seine Meinung in dieser Aussage wieder. Aber auch die Durchsetzung »deutscher Interessen« wird von über 20% der Befragten gefordert, und mehr als 17% gehen von einem deutschen Anspruch auf »Macht und Geltung« aus. Diese Überhöhung der Eigengruppe geht oft mit der Ausgrenzung und Abwertung all jener einher, die als nicht zugehörig definiert werden. Gerade in der Aggressivität gegen andere, die in den Items deutlich formuliert wird, äußert sich ein großes antidemokratisches Potenzial.

Grafik 5: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Chauvinismus« (in %)



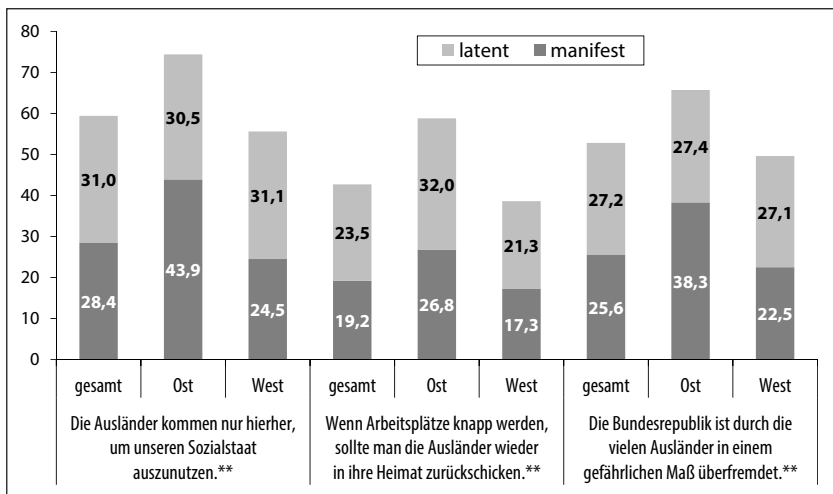
Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, signifikante Unterschiede zwischen Ost und West

Auch die Aussagen der Dimension »Ausländerfeindlichkeit« treffen in ganz Deutschland auf viel Einverständnis (Grafik 6). Die Ausländerfeind-

lichkeit gehört wie der Chauvinismus zur Ideologie des Ethnozentrismus, und beide stehen in einem Ergänzungsverhältnis: Während der Chauvinismus die Aufwertung der Eigengruppe betreibt, ist es bei der Ausländerfeindlichkeit die Abwertung und Aggression gegenüber einer konstruierten Fremdgruppe. Mit unseren Items erfragen wir in dieser Dimension rassistisch motiviertes Konkurrenzdenken um Sozialeleistungen und Arbeitsplätze (von Neid getriebene Ausländerfeindlichkeit), aber auch die völkische Angst vor »Überfremdung«.

Mit 28,4% schließt sich über ein Viertel der Befragten der Aussage an, dass »die Ausländer« den Sozialstaat ausnutzen. 19,2%, und damit etwa jeder bzw. jede Fünfte, sind der Ansicht, dass »die Ausländer« nur bei Bedarf auf dem Arbeitsmarkt geduldet werden sollten. Dass die Bundesrepublik »in einem gefährlichen Maß überfremdet« sei, bejahen 25,6% der Befragten manifest. Unter den in Ostdeutschland lebenden Befragten finden die Aussagen abermals deutlich mehr Beifall als in Westdeutschland. Das erste und das dritte Item werden im gesamten Bundesgebiet nur von weniger als der Hälfte der Befragten explizit abgelehnt. In Ostdeutschland erreichen alle Items zumindest latent eine mehrheitliche Zustimmung.

Grafik 6: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Ausländerfeindlichkeit« (in %)



Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, signifikante Unterschiede zwischen Ost und West

In der Gesamtschau ist bemerkenswert, dass die Unterschiede zwischen Ost und West durchgängig signifikant sind (vgl. Tab. 4, S. 52). Darüber hinaus fällt auf, dass der Ethnozentrismus in der deutschen Bevölkerung stärker ausgeprägt ist und offener geäußert wird als die Neo-NS-Ideologie. Für diese allerdings gibt es keine Entwarnung, denn offenbar vertreten relevante Bevölkerungsteile eine Haltung, die antisemitisch, NS-verharmlosend, rassistisch-sozialdarwinistisch und diktaturbefürwortend ist.

Die Entwicklung der rechtsextremen Einstellungen in Deutschland von 2002 bis 2020

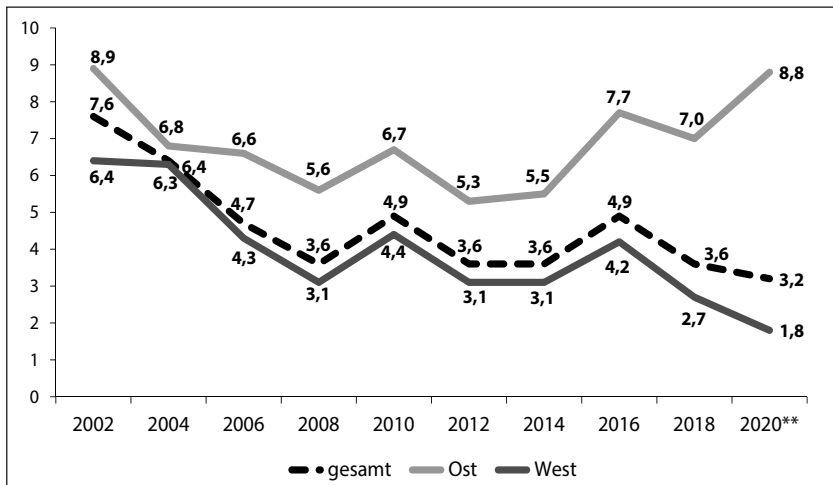
Unsere Studienreihe ermöglicht es, die Entwicklung der extrem-rechten Einstellung für inzwischen fast zwei Jahrzehnte abzubilden, da wir die Befragungen stets in derselben Weise und mit demselben Instrumentarium durchgeführt haben. Für die Darstellung des Zeitverlaufs von 2002 bis 2020 betrachten wir erneut die sechs beschriebenen Dimensionen, fassen jedoch die jeweils drei Items pro Dimension zusammen. Nur jene Befragten gehen in die folgenden Darstellungen ein, die in der jeweiligen Dimension eine manifeste Einstellung bekundeten. Aus der beschriebenen fünfstufigen Skala ergibt sich für jede Dimension ein Wert zwischen 3 (alle Aussagen wurden vollständig abgelehnt) und 15 (allen Aussagen wurde vollständig zugestimmt). Wir berücksichtigen hier nur jene Befragten, die in einer Dimension den Wert von 12 erreichten oder überschritten und damit den Aussagen im Durchschnitt *mindestens überwiegend zustimmten* (manifeste Zustimmung). Daraus ergeben sich teils niedrigere Zustimmungswerte als für die Einzelitems. Um den Anteil manifest extrem-rechts eingestellter je Dimension im Zeitvergleich abzubilden, ist diese Darstellung aber vorzuziehen, weil damit ein robusteres Maß für die jeweilige Einstellungsdimension vorliegt. Im Folgenden werden die Dimensionen wieder nach Neo-NS-Ideologie und Ethnozentrismus getrennt.

Die rechtextremen Einstellungsdimensionen der Neo-NS-Ideologie im Zeitverlauf von 2002 bis 2020

Grafik 7 zeigt die Zustimmung zur Dimension »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« im zeitlichen Verlauf von 2002 bis 2020. Während sich für die alten Bundesländer – und aufgrund des deutlich höheren

Bevölkerungsanteils für Gesamtdeutschland – ein abnehmender Trend erkennen lässt, sind die zwischenzeitlich ebenfalls niedrigen Werte in den neuen Bundesländern wieder gestiegen. Mit 8,8% befürworten 2020 fast ebenso viele ostdeutsche Befragte wie 2002 (8,9%) eine rechtsautoritäre Diktatur und damit signifikant mehr, als dies unter Westdeutschen der Fall ist (mit 1,8% im Jahr 2020). Dadurch stimmen im gesamten Bundesgebiet 2020 nur 3,2% der Befragten diesen Aussagen zu, im Vergleich zu 7,6% zu Beginn der Zeitreihe.

Grafik 7: Anteil der geschlossen manifesten Zustimmung zur Dimension »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« 2002–2020 (in %)

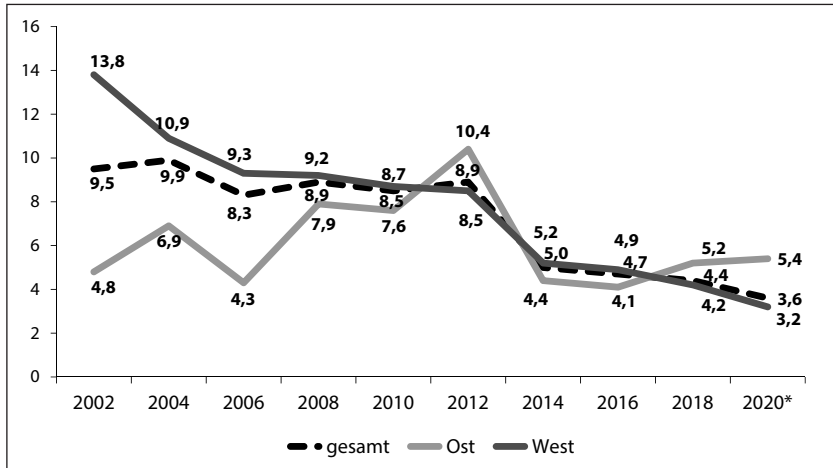


Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, signifikanter Unterschied zwischen Ost und West in 2020

Wie aus Grafik 8 hervorgeht, sinkt im Zeitverlauf der Anteil an geschlossen antisemitisch Eingestellten. Dass dies nicht unbedingt Entwarnung bedeutet, ist spätestens seit den Arbeiten von Bergmann und Erb (1986) zur Kommunikationslatenz des Antisemitismus bekannt. Das gegenwärtige Aufflammen antisemitischer Gewalt ist für uns Anlass, eine umfassendere Analyse anzubieten (Kap. 7). An dieser Stelle ist allerdings noch der Ost-West-Vergleich von Interesse: War die manifest-geschlossene Zustimmung zum tradierten Antisemitismus zu Beginn der Zeitreihe im Westen deutlich verbreiteter als im Osten (13,8%), sank sie dort relativ kontinuierlich auf mittlerweile 3,2%. Der Osten startete dagegen 2002 mit einem re-

lativ geringen Wert (4,8%), verzeichnete stärkere Schwankungen und liegt mit seinen Antisemitismus-Werten aktuell bei 5,4% und damit – wie schon 2018 – über dem Wert des Westens.

Grafik 8: Anteil der geschlossen manifesten Zustimmung zur Dimension »Antisemitismus« 2002–2020 (in %)

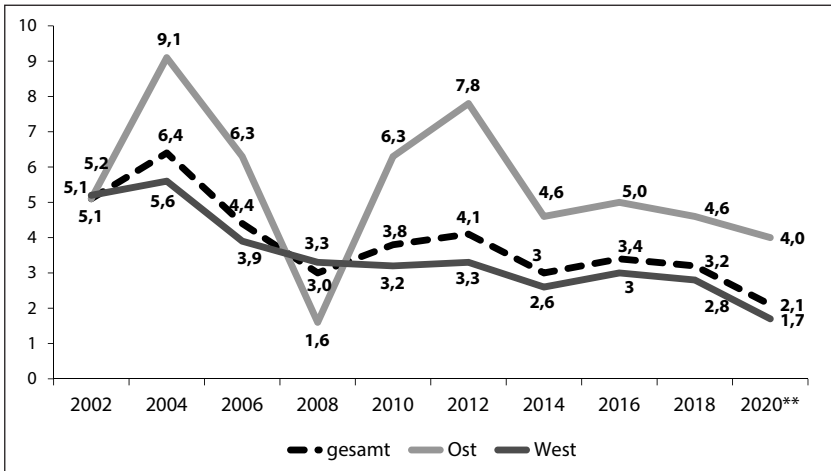


Pearsons Chi-Quadrat: *p < .05, signifikanter Unterschied zwischen Ost und West in 2020

Die Zustimmung zur Dimension »Sozialdarwinismus« ist relativ gering und tendenziell rückläufig (Grafik 9). Über den gesamten Erhebungszeitraum ist der Anteil an Befragten, die diese Aussagen positiv beantworteten, im Osten fast durchgehend etwas höher als im Westen. Insgesamt bekunden in diesem Jahr 2,1% der Befragten eine geschlossen manifeste sozialdarwinistische Einstellung; die Zustimmung zu den Einzelitems liegt jedoch, wie wir bei der Präsentation der Einzelitems gezeigt haben, teils deutlich darüber.

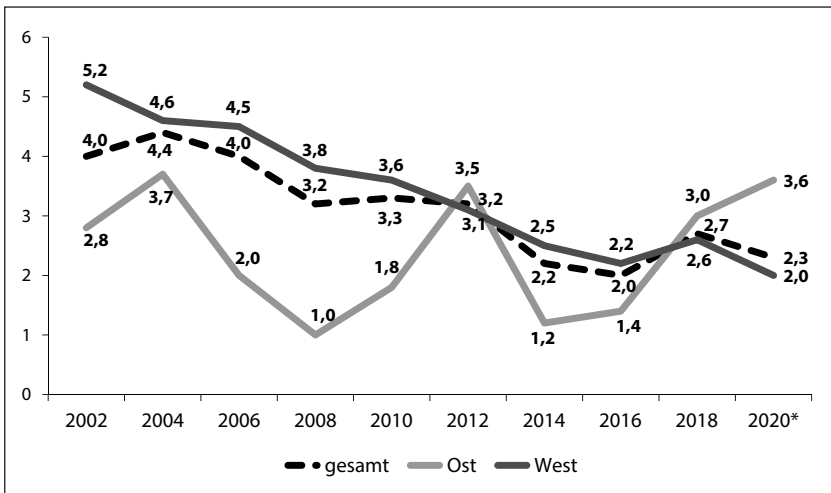
Die Verharmlosung des Nationalsozialismus ist ebenfalls leicht rückläufig: von 4% in 2002 auf 2,3% in 2020 (Grafik 10). Im Osten zeichnen sich allerdings wieder Konjunktoren mit erhöhten Werten in den Jahren 2004, 2012 und 2020 ab. Derzeit ist die Zustimmung in den neuen Bundesländern – bei insgesamt niedrigem Niveau – signifikant höher als in den alten Bundesländern (siehe auch Tab. 4).

Grafik 9: Anteil der geschlossen manifesten Zustimmung zur Dimension »Sozialdarwinismus« 2002–2020 (in %)



Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, signifikanter Unterschied zwischen Ost und West in 2020

Grafik 10: Anteil der geschlossen manifesten Zustimmung zur Dimension »Verharmlosung des Nationalsozialismus« 2002–2020 (in %)



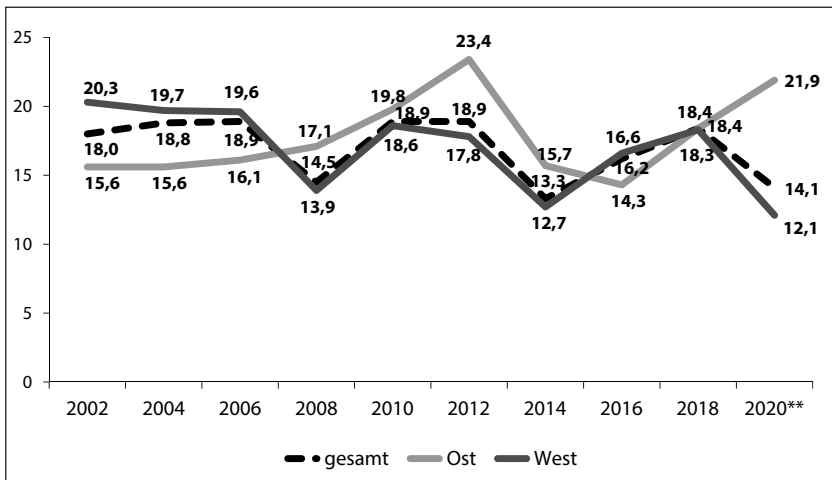
Pearsons Chi-Quadrat: *p < .05, signifikanter Unterschied zwischen Ost und West in 2020

Die rechtsextremen Einstellungsdimensionen des Ethnozentrismus im Zeitverlauf von 2002 bis 2020

Die geschlossen-manifeste Zustimmung zum Chauvinismus scheint demgegenüber stärkeren Schwankungen zu unterliegen (Grafik 11). In den alten Bundesländern lässt sich ein Auf und Ab beobachten mit Höchstwerten in den Jahren 2002 bis 2006, 2010, 2012 sowie 2018. Dazwischen sinkt die Zustimmung immer wieder deutlich ab, im Jahr 2020 auf 12,1%. In den neuen Bundesländern sind ebenfalls Konjunkturen erkennbar: Zunächst lag die geschlossen-manifeste Zustimmung 2002 bis 2006 sichtbar unter der im Westen, stieg aber 2012 auf den bisherigen Höchstwert von 23,4% an. Auch 2018 ist ein Anstieg zu beobachten, im Gegensatz zu Westdeutschland aber kein erneuter Rückgang im Jahr 2020. Einerseits könnten hier Krisenwahrnehmungen (nach 2008 die Wirtschafts- und Finanzkrise, nach 2016 die sogenannte Flüchtlingskrise) eine Rolle spielen, worauf die parallelen Wellen in Ost und West hindeuten. Andererseits scheinen diese Krisenwahrnehmungen in Ostdeutschland stärker zu sein oder zu wirken. 2020 haben sich die Verlaufskurven der beiden Landesteile zum ersten Mal voneinander entkoppelt. Der Anstieg seit 2014 (West), bzw. 2016 (Ost) hält nur in Ostdeutschland an.

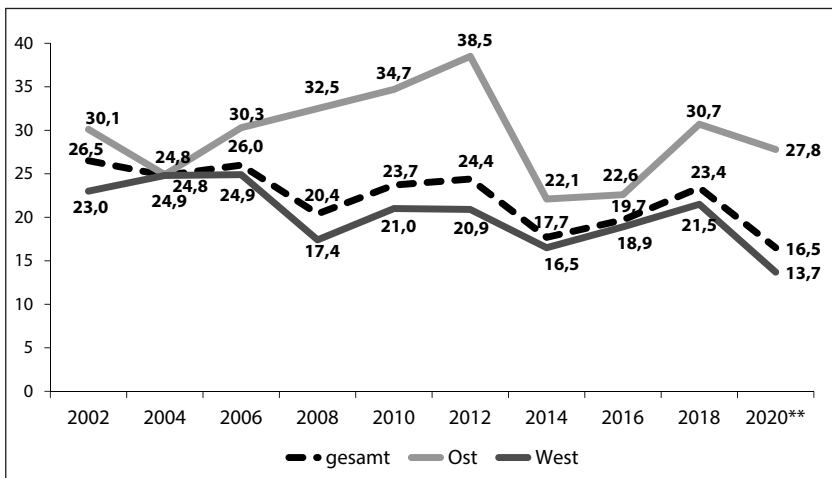
Ähnlich verlaufen die drei Kurven bei der Dimension »Ausländerfeindlichkeit« (Grafik 12). Die Konjunkturen der aggressiven Überhöhung der Eigengruppe (Chauvinismus) gehen sichtbar mit der Abwertung konstruierter Fremdgruppen einher, hier der »Ausländer«. Mit Ausnahme des Erhebungszeitpunkts 2004 war die Ausländerfeindlichkeit in den neuen Bundesländern immer höher ausgeprägt. Dieser Befund lässt sich teilweise mit der Kontakthypothese erklären: Da der Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund im Osten gering ist, sind Gelegenheiten zur Interaktion zwischen »Eingesessenen« und »Zugezogenen« selten, was die Korrektur von Vorurteilen erschwert (Decker et al., 2013b, 193f.; siehe grundsätzlich Pettigrew, 1986). Dieser Ansatz begründet allerdings nicht die parallele Entwicklungsdynamik im gesamten Bundesgebiet. Hier liegt die Erklärung näher, dass die Bereitschaft zur Ausländerfeindlichkeit mit der Wahrnehmung von Bedrohungen zusammenhängt, zum Beispiel mit ökonomischen Krisen, aber auch mit grundsätzlicheren, die mit den Lebensbedingungen in einer modernen Gesellschaft zusammenhängen (siehe Decker et al., 2013b).

Grafik 11: Anteil der geschlossen manifesten Zustimmung zur Dimension »Chauvinismus« 2002–2020 (in %)



Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, signifikanter Unterschied zwischen Ost und West in 2020, **p < .01, signifikanter Unterschied zwischen 2018 und 2020 für Gesamtdeutschland

Grafik 12: Anteil der geschlossen manifest ausländerfeindlich Eingestellten 2002–2020 (in %)



Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, signifikanter Unterschied zwischen Ost und West in 2020, **p < .01, signifikanter Unterschied zwischen 2018 und 2020 für Gesamtdeutschland

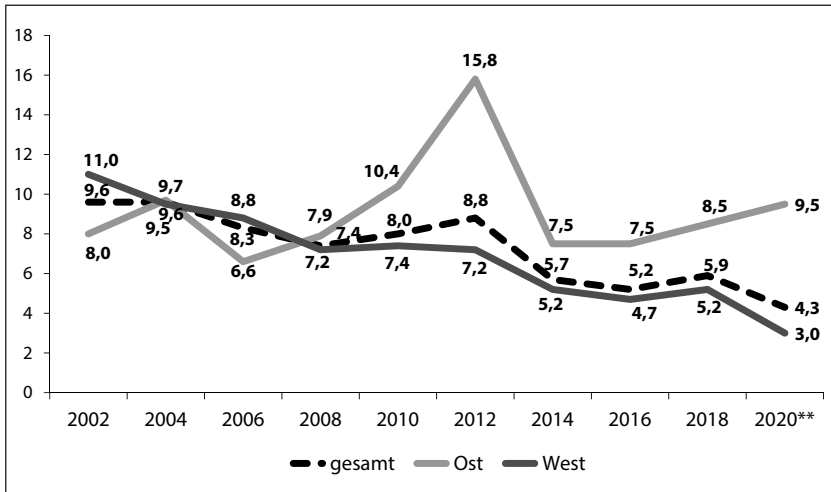
Das geschlossen rechtsextreme Weltbild im Zeitverlauf von 2002 bis 2020

Um den Anteil an Personen zu bestimmen, die nicht nur einzelnen rechts-extremen Aussagen beipflichten, sondern ein geschlossen rechtsextremes Weltbild hegen, verwenden wir, wie in den Vorjahren, einen weiteren Indexwert. Dazu definieren wir jene Befragten als Trägerinnen und Träger eines solchen Weltbildes, die über alle Dimensionen hinweg einen Wert von größer 63 erreichen. Sie kommen damit bei den Einzelaussagen über einen mittleren Wert von 3,5, stimmen also durchschnittlich allen 18 Aussagen des Fragebogens zu rechtsextremen Einstellungen manifest zu. Zwar legen wir damit den Durchschnittswert beim Index für die Gesamtskala etwas niedriger an als bei den Einzeldimensionen, aber dennoch müssen wir einschränken, dass die alleinige Verwendung des Indexwertes zu falschen Schlüssen führen kann. Die Wandelbarkeit, Inkonsistenz und »Vielfalt« rechtsextremer bzw. antidemokratischer Ideologien (Sontheimer, 1978[1962]; Reichhardt, 2007; Adorno, 1967; Klare & Sturm, 2016) wird damit in der Tendenz unterschätzt. Um es klar zu sagen: Auch eine hohe Zustimmung in nur einer oder zwei Dimensionen ist eine Gefährdung der Demokratie. Indexwerte können deshalb die vertiefte Analyse nicht ersetzen, die in den folgenden Kapiteln geleistet wird.

Grafik 13 zeigt die Verbreitung und Stärke des geschlossen rechtsextremen Weltbildes im Zeitverlauf. Bundesweit ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen, der sich auch für Westdeutschland feststellen lässt. Hingegen ist die Verbreitung dieses Weltbildes in Ostdeutschland 2020 auf ähnlichem Niveau wie zu Beginn der Studienreihe zu konstatieren. Allerdings deutet der starke Anstieg zum Messzeitpunkt 2012 auf fast 16% darauf hin, dass in den latenten Zustimmungswerten ein größeres, unter bestimmten historischen Umständen mobilisierbares Potenzial steckt.

Rechtsextreme Einstellungen und Soziodemografie

Im folgenden Abschnitt schlüsseln wir die Verteilung der rechtsextremen Einstellung nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen auf. Diese Darstellung soll als Hinweis auf die Verbreitung antidemokratischer Einstellungen in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen dienen, wobei sich allerdings auch zeigt, dass keine Gruppe wirklich frei davon ist.

Grafik 13: Anteil an Befragten mit geschlossen rechtsextremem Weltbild 2002–2020 (in %)

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, signifikanter Unterschied zwischen Ost und West in 2020, **p < .01, signifikanter Unterschied zwischen 2018 und 2020 für Gesamtdeutschland

Signifikante Unterschiede werden unter den Tabellen angegeben (Pearsons Chi-Quadrat-Tests). Keine Signifikanztests wurden durchgeführt, wenn die Anzahl der Zellen zu groß war oder diese zum Teil nicht gefüllt waren.

In Tabelle 4 ist die prozentuale Zustimmung zum Rechtsextremismus-Fragebogen in Abhängigkeit vom Wohnort der Befragten in den neuen oder alten Bundesländern abgebildet. Insbesondere die Dimensionen Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit sind unter den im Osten lebenden Befragten überrepräsentiert. Wie schon bei den einzelnen Aussagen finden sich auch mit Blick auf die Dimensionen durchgängig signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland.

Tabelle 4: Geschlossen manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension in Ost- und Westdeutschland (in %)

	gesamt	Ost (N = 503)	West (N = 2.000)
Neo-NS-Ideologie			
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur**	3,2	8,8	1,8
Antisemitismus*	3,6	5,4	3,2
Sozialdarwinismus**	2,1	4,0	1,7
Verharmlosung Nationalsozialismus*	2,3	3,6	2,0
Ethnozentrismus			
Chauvinismus**	14,1	21,9	12,1
Ausländerfeindlichkeit**	16,5	27,8	13,7

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < .05

In Bezug auf den Bildungsgrad (Tab. 5) zeigte sich bereits in der Vergangenheit, dass Befragte, die als höchsten Abschluss mindestens das Abitur angeben, über (fast) alle Dimensionen hinweg seltener rechtsextrem eingestellt sind. Einschränkend ist anzumerken, dass der Effekt der Bildung womöglich überschätzt wird, da mit einem höheren Bildungsabschluss auch ein größeres Wissen um sozial erwünschte Antworten erworben wird (Rippl, 2002; Heyder, 2003). Zu vermuten ist außerdem, dass es sich hierbei nicht nur um einen Effekt des Bildungsabschlusses selbst handelt, sondern auch um unterschiedliche Sozialisationserfahrungen, die mit unterschiedlichen Schulformen einhergehen. Aus sozialisationstheoretischer Perspektive und im Hinblick auf Ansatzpunkte für die politische Bildungsarbeit sollten daher eher die Erfahrungen in den Blick genommen werden, die auf dem Bildungsweg gemacht werden (z.B. Batt, 2007; Roth 2011; Kiess, in Druck).

In die Berechnung der geschlechtsabhängigen Zustimmungswerte geht aus statistischen Gründen die Person mit der Angabe »divers« nicht mit ein (N = 1). Wie Tabelle 6 zeigt, sind geschlossen rechtsextreme Denkmuster bei Männern häufiger als bei Frauen; lediglich bei der Dimension Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur unterscheidet sich die Verteilung zwischen den Geschlechtern kaum. Damit sind Frauen aber keineswegs frei von diesen Einstellungen: Signifikante Unterschiede finden

sich nur bei der Ausländerfeindlichkeit und dem Antisemitismus. Diese beiden Dimensionen zeichnet aus, dass in ihnen das Ressentiment gegenüber »anderen« geäußert wird. Entweder ist dies bei Frauen grundsätzlich seltener oder mit ihrer Geschlechterrolle schwerer in Deckung zu bringen, sodass die offene Äußerung womöglich vermieden wird.

Tabelle 5: Geschlossen manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension und Bildungsgrad (in %)

	mit Abitur (N = 763)	ohne Abitur (N = 1.733)
Neo-NS-Ideologie		
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur**	1,6	4,0
Antisemitismus*	2,3	4,3
Sozialdarwinismus	1,5	2,5
Verharmlosung Nationalsozialismus**	1,0	2,9
Ethnozentrismus		
Chauvinismus**	9,1	16,2
Ausländerfeindlichkeit**	8,3	20,1

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < .05

Tabelle 6: Geschlossen manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension bei Männern und Frauen (in %)

	Männer (N = 1.173)	Frauen (N = 1.329)
Neo-NS-Ideologie		
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	3,3	3,2
Antisemitismus*	4,6	2,8
Sozialdarwinismus	2,5	1,8
Verharmlosung Nationalsozialismus	2,7	2,0
Ethnozentrismus		
Chauvinismus	15,5	12,8
Ausländerfeindlichkeit**	19,4	14,0

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < .05

Tabelle 7 birgt einige interessante Details zur Altersstruktur im Ost-West-Vergleich: Bei den jüngeren Ostdeutschen sind die Werte deutlich höher, und zwar sowohl gegenüber den Gleichaltrigen im Westen als auch gegenüber den Älteren im Osten. Die Gruppe der älteren Ostdeutschen (ab 61 Jahre) ist fast durchgehend weniger rechtsextrem eingestellt als die Generation der 31- bis 60-Jährigen in Ost wie West. Anders dagegen die Verteilung im Westen: Hier sind es die älteren Jahrgänge, die in den Dimensionen Antisemitismus und Chauvinismus stärker nach rechts neigen als die Jüngeren. Vor allem aber sind die über 60-Jährigen im Westen insgesamt nicht mehr oder weniger rechts eingestellt als die ostdeutsche Vergleichsgruppe. Zwischen den Angehörigen dieser Alterskohorte in den alten und den neuen Bundesländern bestehen keine signifikanten Unterschiede.

Tabelle 7: Geschlossen manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension in Abhängigkeit vom Alter (in %)

		14–30 Jahre ¹	31–60 Jahre ²	ab 61 Jahre ³
Neo-NS-Ideologie				
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	Ost	15,7**	8,5**	2,0
	West	2,2	2,0	1,1
Antisemitismus	Ost	6,5*	5,8*	3,1
	West	2,6	3,2	3,9
Sozialdarwinismus	Ost	5,6*	4,4*	1,0
	West	1,8	1,5	1,9
Verharmlosung Nationalsozialismus	Ost	3,7	3,8*	3,1
	West	2,2	1,8	2,1
Ethnozentrismus				
Chauvinismus	Ost	18,5**	24,6**	17,5
	West	7,8	13,5	13,7
Ausländerfeindlichkeit	Ost	27,8**	32,5**	13,4
		11,2	15,2	13,0

¹ Ost: N = 110; West: N = 206

² Ost: N = 294; West: N = 1.020

³ Ost: N = 99; West: N = 473

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < .05, signifikante Unterschiede im Ost-West-Vergleich der jeweiligen Altersgruppe

Dieser Befund geht mit großer Wahrscheinlichkeit auf Kohorteneffekte zurück, sind die Älteren doch mit ähnlichen Sozialisationserfahrungen – viele von ihnen noch vor Gründung der beiden postnationalsozialistischen Teilstaaten – aufgewachsen, sodass sie Erziehungsnormen und Identifikationsprozesse offenbar bis heute teilen. In der mittleren Altersgruppe (31 bis 60 Jahre) unterscheiden sich ost- und westdeutsche Befragte dagegen beträchtlich, wobei die Werte im Westen stets niedriger sind. Dieser Befund zeigt dringenden Handlungsbedarf in der politischen Bildungsarbeit im Jugend- und Erwachsenenalter in Ostdeutschland an.

Ein ähnliches Bild ergibt sich für die nach gegenwärtiger Erwerbstätigkeit gebildeten Gruppen (Tab. 8). Während Arbeitslose häufiger extremrechts eingestellt sind als Erwerbstätige und Auszubildende, tendieren Hausfrauen und Hausmänner auffällig zahlreich zum Chauvinismus und zur Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur. Doch ist auch die Erwerbstätigkeit an sich offenbar noch kein Schutzfaktor, denn auch unter denen, die im Arbeitsleben verankert sind, finden sich viele Befragte mit geschlossen ausländerfeindlichen und chauvinistischen Einstellungen.

Tabelle 8: Geschlossen manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension nach Erwerbsgruppen (in %)

	Schul/ Berufsaus- bildung (N = 269)	Erwerbs- tätige (N = 1.480)	Arbeits- lose (N = 146)	Hausfrau/ Hausmann (N = 72)	Ruhe- stand (N = 505)
Neo-NS-Ideologie					
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur**	3,4	3,3	7,6	8,3	1,2
Antisemitismus	2,6	3,3	6,2	5,6	4,4
Sozialdarwinismus	2,6	2,1	3,4	5,6	1,4
Verharmlosung Nationalsozialismus	2,6	1,9	5,5	2,8	2,4
Ethnozentrismus					
Chauvinismus	10,5	14,0	14,4	23,9	15,5
Ausländerfeindlichkeit	13,1	17,8	19,2	11,1	15,1

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Tabelle 9 illustriert die Verbreitung der rechtsextremen Einstellung nach Parteipräferenz. Die Befragten wurden gebeten anzugeben, welche Partei sie wählen würden, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre (Sonntagsfrage). Daher handelt es sich bei den dargestellten Werten um Wahlpräferenzen bzw. Wahlintentionen, und nur im Sinne der besseren Lesbarkeit sprechen wir von Wählerinnen und Wählern. Die Befragten, die angaben, der AfD ihre Stimme geben zu wollen, sind mit Abstand am häufigsten rechtsextrem eingestellt (vgl. Schuler et al., 2020; siehe Kap. 5). So ist über die Hälfte von ihnen manifest ausländergefeindlich, während dies bei den Nichtwählerinnen und Nichtwählern auf ein Viertel zutrifft und bei den Wählerinnen und Wählern aller anderen Parteien noch einmal auf deutlich weniger: Am höchsten ist hier der Anteil unter den CDU/CSU-Wählerinnen und -Wählern mit 13,7%, am niedrigsten unter denen der Grünen mit 2,1%, gefolgt von der Linken (9,3%) und der SPD (9,4%). Insgesamt kann hier von einer relativ klaren und durchaus naheliegenden Rechts-links-Verteilung gesprochen werden. Vergleichsweise hohe Werte in den Dimensionen Chauvinismus und Antisemitismus erreicht schließlich das FDP-Klientel. Auch für diese Aufschlüsselung gilt also: Rechts-extreme Ansichten finden nicht nur in einigen wenigen gesellschaftlichen Gruppen Zustimmung, auch wenn sie bei denen überwiegen, die sich selbst als politisch rechts verorten.

Bei der Kirchenzugehörigkeit (Tab. 10) gibt es keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen evangelischer und katholischer Konfession, wohl aber zwischen Kirchenangehörigen und Konfessionslosen. Letztere sind durchgehend häufiger rechtsextrem eingestellt. Zum Teil dürfte dies damit zusammenhängen, dass in Ostdeutschland weniger Menschen konfessionell gebunden sind. Ein weiterer Erklärungsansatz könnte die Sozialisation von Kirchenmitgliedern sein, die innerhalb ihrer Glaubensgemeinschaften bestimmte Tabus verinnerlichen. Doch auch hier gilt, dass die Mitglieder der beiden großen christlichen Kirchen eher die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Gesellschaft abbilden, als dass sie frei von solchen Tendenzen wären. Eine Aufschlüsselung für andere Religionsgemeinschaften, wie etwa für evangelikale Freikirchen, ist aufgrund der geringen Fallzahlen nicht möglich.

Tabelle 9: Geschlossen manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension unter den Parteiwählerinnen und -wählern (in %)

	CDU/CSU (N = 423)	SPD (N = 235)	FDP (N = 46)	Grüne (N = 239)	Die Linke (N = 119)	AfD (N = 104)	Nichtwähler und Nichtwählerinnen (N = 318)	Parteiwahl unsicher (N = 245)	Wahlteilnahme unklar (N = 289)
Neo-NS-Ideologie									
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	2,1	2,6	–	–	3,4	8,8	5,4	2,9	3,9
Antisemitismus	2,4	3,4	4,4	0,4	1,7	13,7	6,8	2,9	3,2
Sozialdarwinismus	1,7	2,1	–	0,8	0,8	5,9	2,2	2,5	2,8
Verharmlosung Nationalsozialismus	1,4	1,7	–	–	–	6,9	4,8	0,8	3,9
Ethnozentrismus									
Chauvinismus	13,6	9,8	17,4	2,9	7,6	46,1	18,9	11,0	19,1
Ausländerfeindlichkeit	13,7	9,4	10,9	2,1	9,3	54,9	24,9	12,2	25,1

Wegen freier Felder keine Signifikanzberechnung

Tabelle 10: Geschlossen manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension und Kirchengliederung (in %)

	evangelisch (N = 676)	katholisch (N = 694)	keine Konfession (N = 903)
Neo-NS-Ideologie			
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur**	1,5	1,6	4,6
Antisemitismus**	1,9	2,9	4,3
Sozialdarwinismus**	0,8	1,6	3,3
Verharmlosung Nationalsozialismus	1,6	1,5	3,0
Ethnozentrismus			
Chauvinismus*	11,0	12,0	17,3
Ausländerfeindlichkeit**	13,7	13,7	22,5

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < .05

Für den Zusammenhang von Gewerkschaftsmitgliedschaft und rechts-extremer Einstellung hat der Politologe Richard Stöss (2007; siehe auch Stöss, 2017; Zeuner et al., 2007) bereits vor einigen Jahren die Spiegelthese aufgestellt: In der Mitgliedschaft der Gewerkschaften finden sich demnach die politischen Einstellungen der Breite der Gesellschaft wieder, weswegen auch rechtsextreme Einstellungen unter Mitgliedern ähnlich verteilt sind wie unter Nicht-Mitgliedern. Unsere Daten bestätigen diese These noch einmal: Aus Tabelle 11 lässt sich ablesen, dass sich das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen bei Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen nicht signifikant von Personen ohne Gewerkschaftsbindung unterscheidet (siehe ausführlicher Kap. 3).

Tabelle 11: Geschlossen manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension und Gewerkschaftsmitgliedschaft (in %)

	Mitgliedschaft (N = 300)	keine Mitgliedschaft (N = 2.180)
Neo-NS-Ideologie		
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	3,8	3,2
Antisemitismus	2,4	3,9
Sozialdarwinismus	1,4	2,0
Verharmlosung Nationalsozialismus	1,0	2,5
Ethnozentrismus		
Chauvinismus	14,6	14,0
Ausländerfeindlichkeit	15,3	16,7

Keine signifikanten Unterschiede

Zuletzt zeigt Tabelle 12 die Zusammenhänge zwischen monatlichem Äquivalenzeinkommen und den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen. Im Gegensatz zum Nettoeinkommen eines Haushaltes berücksichtigt das Äquivalenzeinkommen die Anzahl der im Haushalt lebenden Personen, wodurch auch unterschiedlich große Haushalte und deren ökonomische Situation miteinander vergleichbar werden. In der Tabelle lässt sich erkennen, dass die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur und der Antisemitismus mit steigendem Einkommen abnehmen. Dieser Trend ist

jedoch nicht für alle Dimensionen generalisierbar. Zwar erreichen Befragte, die mehr als 3.000 Euro pro Kopf im Haushalt zur Verfügung haben, in allen Dimensionen die niedrigsten Werte, aber jene mit mittleren Einkommen liegen teilweise über den Geringverdienenden.

Die Gruppe mit 1.000 bis 2.000 Euro erreicht die höchsten Werte bei der Verharmlosung des Nationalsozialismus und der Ausländerfeindlichkeit; sie teilt diese Position beim Chauvinismus mit der Gruppe, die über 2.000 bis 3.000 Euro verfügt, in der wiederum der Sozialdarwinismus am meisten verbreitet ist. Die umstrittene Modernisierungsverliererthese (Spier, 2010; Kiess et al., 2017; Lux, 2018; Rippl & Seipel, 2018), nach der Niedrigverdiener und Arbeiterinnen eher zu extrem-rechten Einstellungen und zur Wahl extrem-rechter Parteien neigen, sollte differenziert und zum Beispiel mit besonderem Augenmerk auf die mittleren Einkommen diskutiert werden.

Tabelle 12: Geschlossen manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension und Äquivalenzeinkommen (in %)

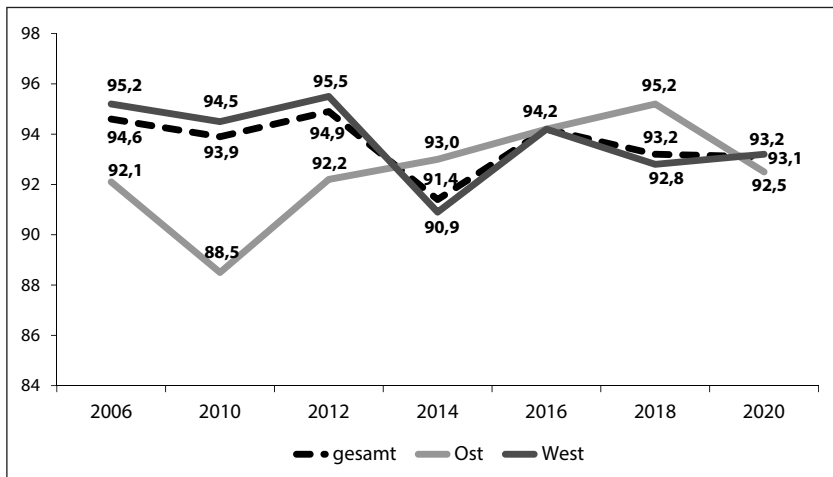
	bis 1.000 Euro (N = 341)	1.000–2.000 Euro (N = 939)	2.000–3.000 Euro (N = 577)	mehr als 3.000 Euro (N = 184)
Neo-NS-Ideologie				
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur**	5,7	3,5	2,3	1,5
Antisemitismus	5,7	3,9	3,7	2,2
Sozialdarwinismus*	2,7	2,0	2,8	0,4
Verharmlosung Nationalsozialismus*	2,1	3,3	2,3	0,7
Ethnozentrismus				
Chauvinismus	13,7	15,7	15,7	10,9
Ausländerfeindlichkeit**	16,6	19,1	16,9	11,3

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < .05

Weitere Dimensionen der politischen Einstellung

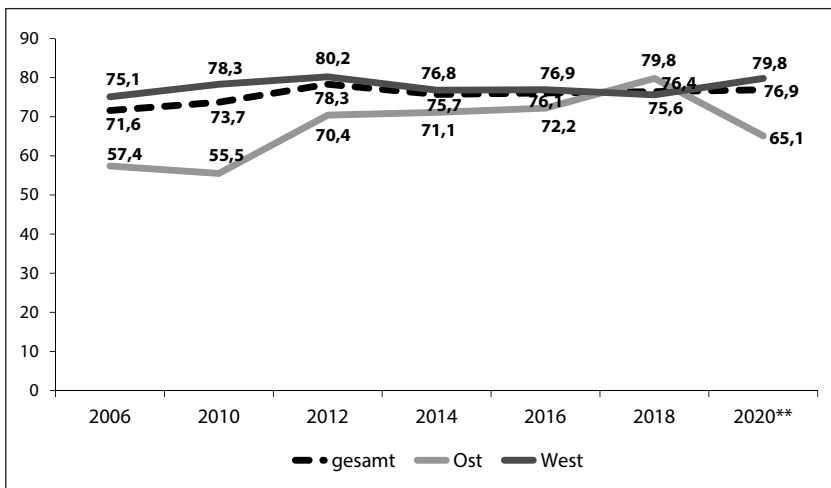
Neben der rechtsextremen Gesinnung haben wir in der LAS 2020 eine Reihe weiterer Einstellungen untersucht: die Haltung zur Demokratie, die Soziale Dominanzorientierung, die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (hier speziell Muslimfeindschaft, Antiziganismus und Homophobie), die Gewaltbereitschaft und -akzeptanz, die politische Deprivation und die Anerkennung. Im Folgenden stellen wir unsere Ergebnisse im Einzelnen vor. Beginnen werden wir mit der Akzeptanz der Demokratie in der Bevölkerung, die wir seit 2006 erheben. Gefragt wurde nach der Zustimmung zur »Demokratie als Idee«, nach der Zufriedenheit mit der Verfassungsnorm (»Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist«) und nach der Zufriedenheit mit der Verfassungsrealität (»Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik funktioniert«). Wie beim Zeitverlauf der rechtsextremen Einstellungsdimensionen verzichten wir auf die Signifikanzberechnungen für den Zeitverlauf, geben aber die signifikanten Unterschiede für 2020 an. Grafik 14 gibt das positive Ergebnis wieder, dass die große Mehrheit hinter der Demokratie als Idee steht. Auch die Ost-West-Unterschiede, die in den Jahren 2006, 2010 und 2012 gemessen wurden, sind derzeit kaum sichtbar.

Grafik 14: Zustimmung zur »Demokratie als Idee« 2006–2020 (in %)



Einzuschränken ist hier jedoch, dass die Vorstellungen davon, was Demokratie ist oder sein sollte, offenbar stark voneinander abweichen. Der Blick auf Grafik 15 macht dies deutlich, denn die konkrete Ausformulierung der Demokratie in der Verfassung erfährt weit weniger Zustimmung als zuvor die abstrakte Idee. Während dieser Wert in Westdeutschland relativ konstant ist, stieg er in Ostdeutschland bis 2018 deutlich an (von 57,4% in 2006 auf 79,8% in 2018) und fiel 2020 wieder um fast 15 Prozentpunkte. Vermutlich spiegeln sich hierin die wieder intensiver geführten Diskussionen um den Einigungs- und Transformationsprozess sowie Gefühle der Benachteiligung.

Grafik 15: Zustimmung zur »Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist« 2006–2020 (in %)

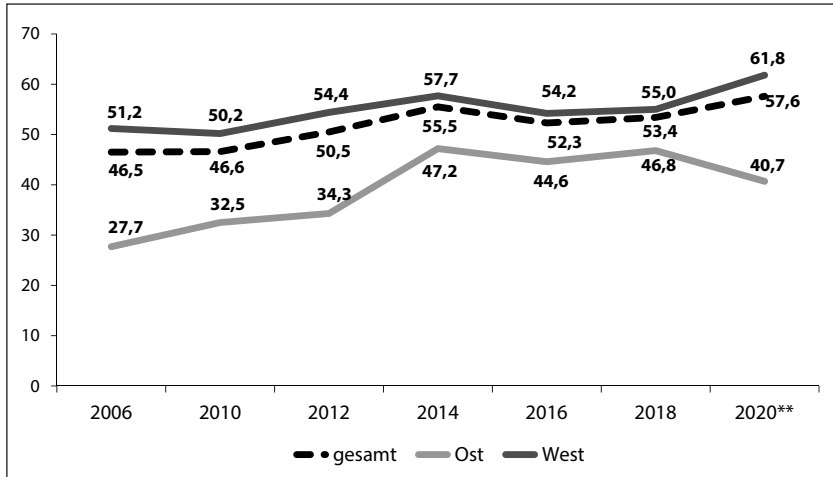


Pearsons Chi-Quadrat: ** $p < .01$, signifikanter Unterschied zwischen Ost und West in 2020

Das – noch konkretere – Funktionieren der Demokratie erhält noch einmal deutlich weniger Zuspruch, wenn auch immer noch von einer Mehrheit in Gesamtdeutschland (Grafik 16). Der Trend zeigt hier zudem nach oben. Auch für den Osten ist er in der Tendenz steigend, waren es hier doch 2006 nur 27,7%, die der Demokratie ein gutes Funktionieren bescheinigten. Die Zustimmung lag 2014 bis 2018 jeweils deutlich über 40%, ging allerdings, wie schon die Zufriedenheit mit der verfassungsmäßigen Demo-

kratie, 2020 wieder zurück. Dem Wert von nun 40,7% in Ostdeutschland stehen 61,8 % in Westdeutschland gegenüber – ein deutlicher Unterschied.

Grafik 16: Zustimmung zur »Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert« 2006–2020 (in %)

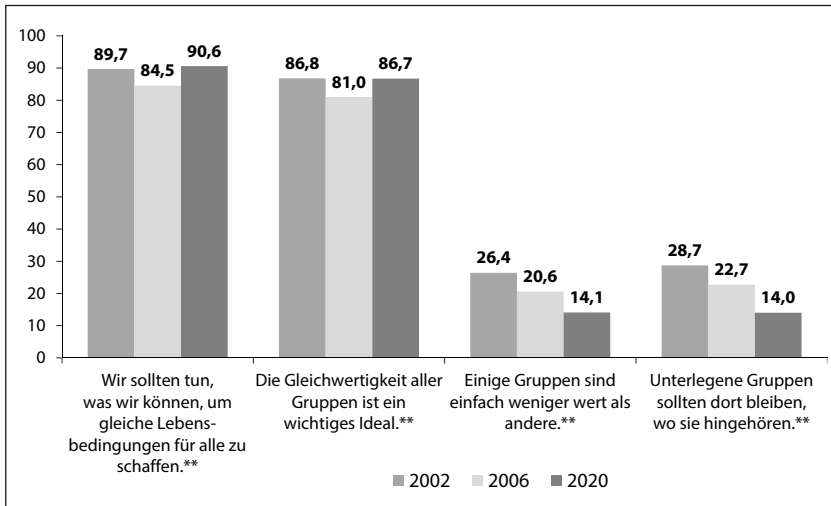


Pearsons Chi-Quadrat: ** $p < .01$, signifikanter Unterschied zwischen Ost und West in 2020

Mit dem Fragebogen zur Sozialen Dominanzorientierung (Sommer et al., 2003) lassen sich Hierarchie- und Ungleichwertigkeitsvorstellungen gegenüber sozialen Gruppen erfassen. Hierfür wurden die Befragten gebeten, vier Aussagen (Grafik 17) auf einer vierstufigen Skala zu bewerten (1 = »stimme gar nicht zu« bis 4 = »stimme voll zu«). Im Ergebnis zeigt sich, dass der Großteil der Befragten eher von der Gleichwertigkeit aller sozialen Gruppen ausgeht. So stimmen etwa 90% eher oder voll der Aussage zu, dass wir tun sollten, »was wir können, um gleiche Lebensbedingungen für alle zu schaffen«. Dass die »Gleichwertigkeit aller Gruppen ein wichtiges Ideal ist«, finden insgesamt 86,7% der Befragten. Ost- und Westdeutsche unterscheiden sich hier nicht. Dennoch gibt es auch einen nicht zu vernachlässigenden Anteil, der das Prinzip der Gleichwertigkeit ablehnt, insbesondere, wenn die vorgelegten Aussagen die Differenz zu anderen adressieren. So ist die Vorstellung, dass einige Gruppen »einfach weniger wert als andere« seien, für 14,1% der Befragten zustimmungswürdig. Unter den Befragten in Ostdeutschland liegt dieser Wert sogar bei

rund 22% (ohne Abbildung), das heißt, dass hier jeder bzw. jede Fünfte der Vorstellung von Ungleichwertigkeit etwas abgewinnen kann. Ähnlich verhält es sich mit der Überzeugung, »unterlegene Gruppen sollten dort bleiben, wo sie hingehören«. Dies bejaht in den alten Bundesländern etwas über ein Zehntel (11,7%), in den neuen Bundesländern aber fast ein Viertel (23%) der Befragten (ohne Abbildung, beide Unterschiede signifikant, Chi-Quadrat $p < .01$). Im Zeitverlauf zeigt sich, dass die Vorstellung von sozialer Ungleichwertigkeit und Hierarchie bundesweit abgenommen hat (siehe Grafik 17). So unterscheiden sich die Zustimmungswerte zu allen Aussagen signifikant von denen im Jahr 2006.

Grafik 17: Zustimmung zur Sozialen Dominanzorientierung 2002, 2006 und 2020 (in %)

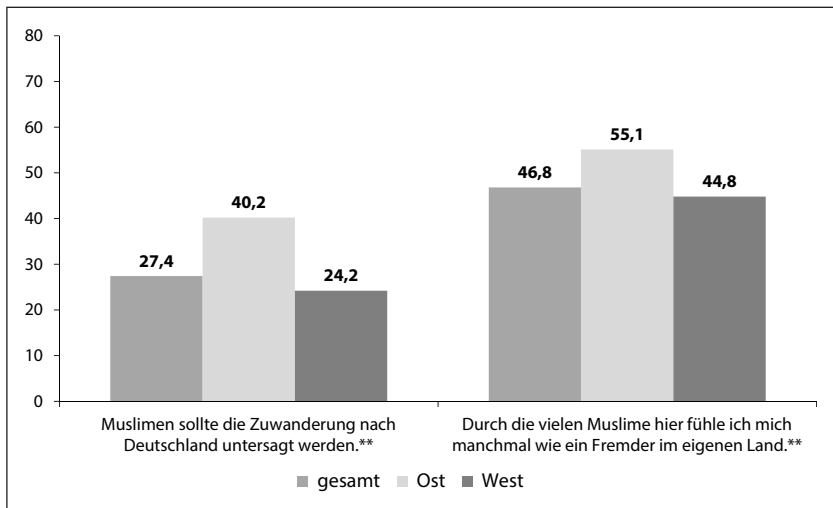


Pearsons Chi-Quadrat: ** $p < .01$, signifikante Unterschiede zwischen 2006 und 2020

Bleibt bei den erfassten Egalitätsvorstellungen und der Sozialen Dominanzorientierung zunächst noch unbestimmt, gegen welche Gruppen sich der Wunsch nach Ausgrenzung und Abwertung richtet, ermöglicht das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) die Erfassung von Ressentiments gegenüber bestimmten, als homogen imaginierten Gruppen, die als »anders« oder »fremd« wahrgenommen werden. In der diesjährigen Erhebung haben wir den Fokus auf die Erfassung von

Muslimfeindschaft, Antiziganismus und Homophobie gelegt. Die Aussagen zu Muslimfeindschaft und Antiziganismus aus der Studienreihe *Deutsche Zustände* (Heitmeyer, 2012) haben wir schon mehrmals in die LAS aufgenommen, sodass Vergleichswerte für die Jahre 2014 bis 2020 vorliegen. Die Beantwortung erfolgte auf einer vierstufigen Skala (1 = »stimme voll und ganz zu« bis 4 = »stimme überhaupt nicht zu«). In den Grafiken 18 bis 24 sind die Antwortkategorien 1 und 2 als Zustimmung zusammengefasst.

Grafik 18: Muslimfeindschaft 2020 (in %)



Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, signifikante Unterschiede zwischen Ost und West

Die Muslimfeindschaft ist stark ausgeprägt und auch 2020 im Osten signifikant höher als im Westen (Grafik 18). So gibt jede bzw. jeder zweite Ostdeutsche an, sich »durch die vielen Muslime [...] wie ein Fremder im eigenen Land« zu fühlen. In Westdeutschland sind es mit 44,8% allerdings auch fast die Hälfte. Die Forderung nach einem Zuwanderungsverbot findet etwas weniger Zustimmung, doch auch sie wird von ungefähr jedem bzw. jeder Vierten vertreten, in Ostdeutschland sogar von 40,2%.

Im Vergleich zu 2018 zeigt sich, dass die Muslimfeindschaft bundesweit abgenommen hat (Tab. 13). Dieser Rückgang geht jedoch vor allem auf die Abnahme des Ressentiments in Westdeutschland und auf die schwächere Zustimmung zur Forderung nach einem Zuwanderungsstopp

zurück. An der Wahrnehmung einer »Überfremdung« hat sich hingegen insbesondere unter den ostdeutschen Befragten kaum etwas verändert. Dieses Ergebnis erscheint zunächst paradox, ist der Bevölkerungsanteil von Muslimen und Muslima in den neuen Bundesländern doch wesentlich geringer als in den alten. Wir wissen aber aus anderen Studien, dass gerade der fehlende Kontakt eine der Ursache des Ressentiments ist (z.B. Pickel et al., 2020; Pickel & Yendell, 2016).

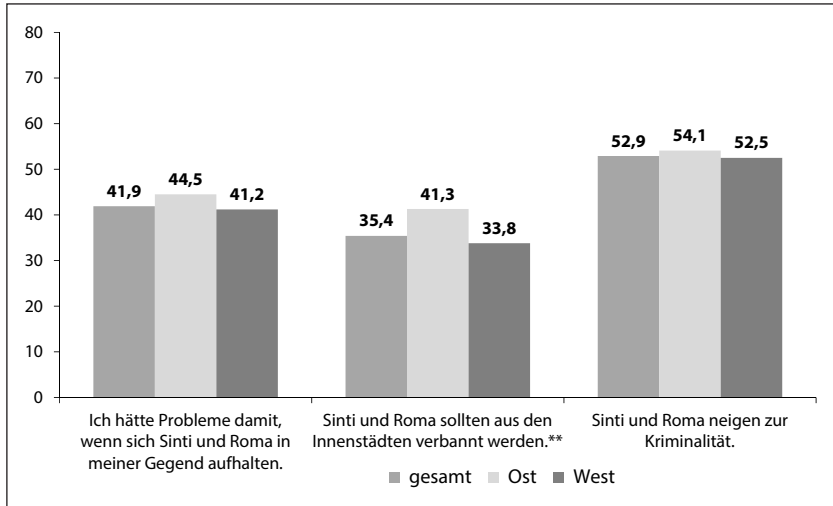
Tabelle 13: Muslimfeindschaft und Antiziganismus 2014–2020 (in %)

		2014	2016	2018	2020
Muslimfeindschaft					
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	Ost	40,2	53,5	50,4	40,2
	West	34,6	37,3	41,7	24,2
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	Ost	33,5	50,0	54,4	55,1
	West	44,4	49,2	55,1	44,8
Antiziganismus					
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten.	Ost	58,0	61,5	60,2	44,5
	West	53,7	56,0	54,4	41,2
Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden.	Ost	47,8	47,8	56,1	41,3
	West	46,2	49,3	47,0	33,8
Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.	Ost	54,2	56,8	69,0	54,1
		55,8	58,4	57,8	52,5

Die Abwertung von Sinti und Roma ist im Vergleich zu den Vorjahren etwas zurückgegangen (Tab. 13). Dennoch geben auch im Jahr 2020 41,9% der Befragten an, dass sie Probleme damit hätten, »wenn sich Sinti und Roma in [ihrer] Gegend aufhalten« (Grafik 19), wobei sich zwischen Ost- und Westdeutschen kaum ein Unterschied zeigt. Mehr als ein Drittel der Befragten ist der Ansicht, dass Sinti und Roma »aus den Innenstädten verbannt« werden sollten, und hier ist die Zustimmung unter den ostdeutschen Befragten mit 41,3% besonders hoch. Nach einem deutlichen An-

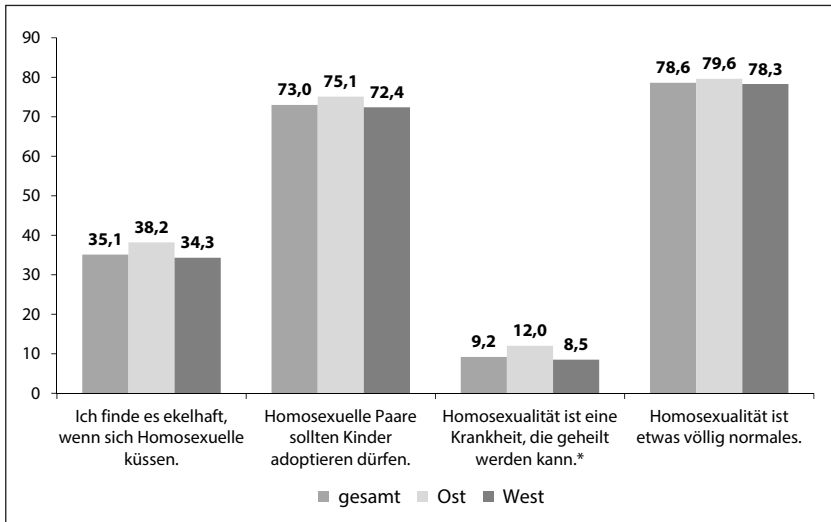
stieg im Jahr 2018 waren 2020 etwas weniger Befragte – aber immer noch über die Hälfte – der Überzeugung, dass Sinti und Roma zur Kriminalität neigen würden.

Grafik 19: Zustimmung Antiziganismus 2020 (in %)



Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, signifikanter Unterschied zwischen Ost und West

In diesem Jahr haben wir erstmals Fragen zur Homophobie, also zum Ressentiment gegen Homosexuelle, in die Erhebung aufgenommen (Grafik 20). Dabei wurden zwei ablehnend und zwei zustimmend formulierte Aussagen eingesetzt. Mit 78,6% ist die überwiegende Mehrheit der Befragten überzeugt, dass Homosexualität etwas »völlig Normales« ist. Fast ebenso viele heißen es gut, dass homosexuelle Paare Kinder adoptieren dürfen, mit sogar leicht höheren Zustimmungswerten in den neuen Bundesländern (Ost: 75,1%, West: 72,4%). Über ein Drittel der Befragten findet es allerdings »ekelhaft«, wenn Homosexuelle sich küssen. Und vor dem Hintergrund, dass die Streichung der Homosexualität als Krankheit aus dem Internationalen Klassifikationssystem ICD fast drei Jahrzehnte zurückliegt und Konversionstherapien seit 2020 auch in Deutschland unter Strafe stehen, erscheint der Befund umso erschreckender, dass fast jeder bzw. jede Zehnte annimmt, Homosexualität sei eine Krankheit, die geheilt werden könne.

Grafik 20: Zustimmung Homophobie 2020 (in %)

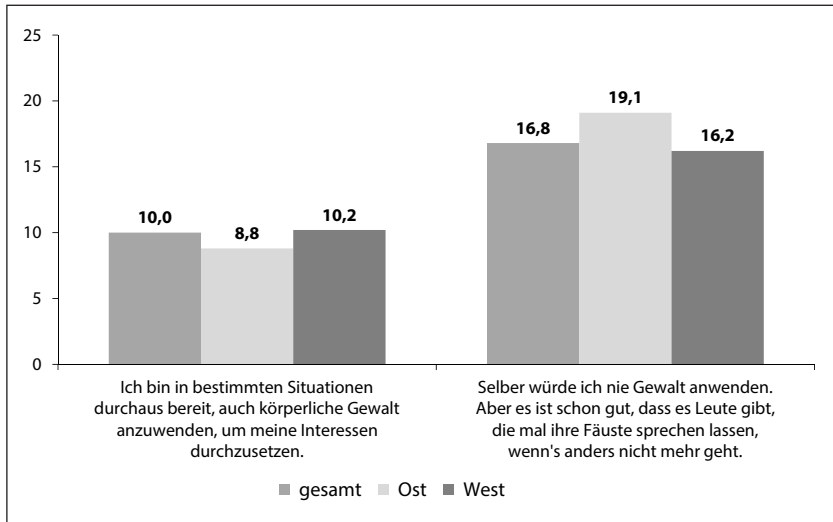
Pearsons Chi-Quadrat: * $p < .05$, signifikanter Unterschied zwischen Ost und West

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen fußt. Egal, ob sie auf Muslime und Muslima, Sinti und Roma oder Homosexuelle zielt, muss sie als antidemokratische Überzeugung gelten, die dem Gleichheitsgrundsatz einer pluralistischen und liberalen Demokratie widerspricht.

Darüber hinaus haben wir unsere diesjährige Erhebung mittlerweile zum vierten Mal um einen Fragebogen zu Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft ergänzt. Die eingesetzten Fragen differenzieren zwischen der Bereitschaft, selbst Gewalt anzuwenden, und der Akzeptanz von Gewalt, wenn sie durch andere verübt wird (Ulbrich-Herrmann, 1995). Die Dokumentation des Gewaltpotenzials und der Gewaltlegitimation erwies sich insbesondere vor dem Hintergrund der unveränderten Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Gesamtbevölkerung bei gleichzeitiger Zunahme rechtsextrem motivierter Gewalttaten in den Jahren ab 2014 als relevant. In einer Gegenüberstellung der Jahre 2006 und 2016 konnten wir zeigen, dass insbesondere in extrem-rechten Milieus die Bereitschaft, eigene Interessen mit Gewalt durchzusetzen, gestiegen war (Decker & Brähler,

2016). Grafik 21 gibt die Gewaltbereitschaft und Gewaltakzeptanz 2020 wieder. Tabelle 14 bildet die Entwicklung für die Gesamtstichproben der Jahre 2006, 2016, 2018 und 2020 ab. Dafür wurden die Antwortkategorien 3 und 4 als Zustimmung zusammengefasst (Skalierung: 1 = »stimmt überhaupt nicht« bis 4 = »stimmt voll und ganz«).

Grafik 21: Gewaltbereitschaft und Gewaltakzeptanz 2020 (in %)



In der diesjährigen Befragung bestätigt jeder bzw. jede zehnte Befragte, für die Durchsetzung eigener Interessen selbst körperliche Gewalt anzuwenden (Grafik 21). Unter den ostdeutschen Befragten liegt der Anteil mit 8,8% unter dem der Westdeutschen mit 10,2%. Ein größerer Anteil – etwa jeder bzw. jede sechste Befragte – billigt Gewalt, die andere verüben. Im Zeitverlauf zeigt sich, dass sowohl die Gewaltbereitschaft als auch die Gewaltakzeptanz bundesweit zurückgegangen sind (Tab. 14), 2020 liegen die Zustimmungswerte zu diesen Items unter denen der anderen Erhebungszeitpunkte. Die Abnahme der Gewaltakzeptanz resultiert dabei jedoch vor allem aus dem Rückgang im Westen, wohingegen das Niveau im Osten mit 19,1% im Vergleich zu 2018 unverändert geblieben ist.

Tabelle 14: Gewaltbereitschaft und Gewaltakzeptanz 2006–2020 (in %)

		2006	2016	2018	2020
Ich bin in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen.	Ost	12,3	20,1	15,1	8,8
	West	14,8	19,0	13,6	10,2
Selber würde ich nie Gewalt anwenden. Aber es ist schon gut, dass es Leute gibt, die mal ihre Fäuste sprechen lassen, wenn's anders nicht mehr weitergeht.	Ost	21,6	31,2	19,0	19,1
	West	21,1	21,6	22,2	16,2

Mit unseren Fragen zur politischen Deprivation messen wir, wie die Befragten ihre Möglichkeiten einschätzen, selbst politisch wirksam zu werden. Zwar zeigt sich über die Jahre ein gewisses Auf und Ab, aber das generelle Niveau des politischen Deprivationserlebens bleibt insgesamt hoch (Tab. 15). Nur ein gutes Viertel der Bevölkerung hat den Eindruck, Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen zu können. Die Ost-West-Differenzen bleiben bei allen Schwankungen erhalten, wobei sich Ostdeutsche stets als weniger wirksam erleben. Bis auf das Jahr 2010 sind diese Differenzen signifikant.

Tabelle 15: Politische Deprivation, Zustimmung zur Aussage »Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut« (in %)

	2006** (N = 5.028)	2010 (N = 2.503)	2012** (N = 2.505)	2016** (N = 2.507)	2018** (N = 2.506)	2020** (N = 2.483)
gesamt	79,1	79,6	76,8	73,1	70,4	72,9
Ost	87,6	83,0	83,2	78,0	78,2	83,6
West	77,1	78,7	76,6	71,8	68,4	70,2

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, signifikante Unterschiede zwischen Ost und West im jeweiligen Jahr

Tabelle 16 gibt wieder, wie hoch der Anteil an Befragten ist, die keinen Sinn im politischen Engagement erkennen können. Wie in den anderen

Jahren fallen diese Werte zwar etwas niedriger als beim vorigen Item aus, allerdings bleibt die große Politikferne vieler Bürgerinnen und Bürger offenkundig. Wiederum können in Westdeutschland mehr Menschen eine Bedeutung in der politischen Teilnahme erkennen. Der insgesamt immer noch hohe Anteil von 59,1% an Befragten, die eigenes Engagement für »sinnlos« erklären, ist seit 2006 (69,1%) allerdings deutlich zurückgegangen. Insofern kommt es mittlerweile für einen größeren Anteil der Bevölkerung infrage, sich politisch für ihre Ziele einzusetzen.

Tabelle 16: Politische Deprivation, Zustimmung zur Aussage »Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren« (in %)

	2006** (N = 5.023)	2010 (N = 2.498)	2012 (N = 2.503)	2016** (N = 2.498)	2018** (N = 2.494)	2020** (N = 2.473)
gesamt	69,1	71,0	59,5	60,4	58,7	59,1
Ost	77,1	73,5	64,9	65,8	69,1	65,9
West	67,1	70,3	58,2	59,1	56,1	57,4

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, signifikante Unterschiede zwischen Ost und West im jeweiligen Jahr

Obwohl subjektive Einschätzung und objektiv gegebene Möglichkeiten der Partizipation nicht übereinstimmen, ist die Gesellschaft bei diesen Befunden doch herausgefordert. Denn es wird deutlich, dass sich die Befragten in unterschiedlichem Maß aus der politischen Arena ausgeschlossen fühlen. Die Ursachen hierfür können einerseits in einem passiven Politikverständnis liegen, andererseits in einer realen Ungleichheit beim Zugang zu dieser Arena: Nicht alle Stimmen werden gleichermaßen gehört oder repräsentiert.

Schon für die LAS 2018 hatten wir eine Reihe von Items entwickelt, um die Erfahrung von verweigerter Anerkennung und wahrgenommener Deklassierung zu erforschen (Decker et al., 2018b). Da wir sie in der LAS 2020 erneut eingesetzt haben, können die Ergebnisse der beiden Erhebungszeitpunkte miteinander verglichen werden (Tab. 17; 1 = »trifft überhaupt nicht zu« bis 5 = »trifft voll und ganz zu«; Antwortkategorien 4 und 5 zusammengefasst zu Zustimmung). Schon in der Analyse von 2018 wurde deutlich, dass die Personen, welche das Gefühl haben, als Bürgerin-

nen und Bürger keine Rechte zu besitzen, häufiger eine antidemokratische Einstellung ausbilden. Dieses Gefühl der versagten Anerkennung ist ein Bestandteil der autoritären Dynamik in der Gesellschaft, eine sich im Alltag immer wieder reproduzierende Erfahrung von Abwertung (ebd.).

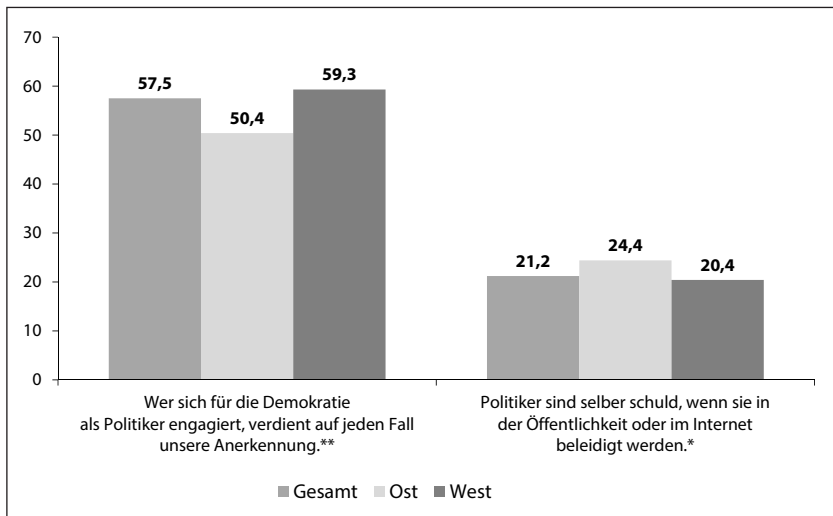
Tabelle 17: Empfundenes Anerkennungsdefizit als Bürgerin und Bürger (in %)

		2018	2020
fühle mich als Mensch zweiter Klasse**	Ost	33,6	33,1
	West	28,2	25,5
meine Rechte bestehen nur auf dem Papier**	Ost	40,0	40,5
	West	33,6	31,2
fühle mich im Umgang mit Behörden ausgeliefert	Ost	37,8	39,1
	West	34,7	35,2

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, signifikante Unterschiede zwischen Ost und West in 2020

Wie Tabelle 17 zu entnehmen, sind die Werte 2020 gegenüber unserer letzten Erhebung nahezu unverändert geblieben. Allerdings ist das eine besorgniserregender Befund, denn er bedeutet, dass sich immer noch rund ein Drittel der Bevölkerung im Umgang mit staatlichen Stellen nicht anerkannt fühlt. In den letzten Jahren ist zu beobachten, dass sich Beleidigungen, Straf- und Gewalttaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger häufen. Seit 2019 werden sie in der bundesweiten Statistik zu politisch motivierter Kriminalität erfasst (Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat, 2020). Auch diese Statistik bildet also eine Form der verweigerten Anerkennung ab – gegenüber jenen, die sich in der demokratischen Gesellschaft engagieren. Deshalb haben wir in diesem Jahr erstmals auch die Anerkennung bzw. Abwertung erhoben, welche Politiker und Politikerinnen erfahren (Grafik 22; 1 = »trifft überhaupt nicht zu« bis 5 = »trifft voll und ganz zu«; Antwortkategorien 4 und 5 zusammengefasst zu Zustimmung). Es zeigt sich, dass nur gut die Hälfte der Befragten jene Menschen grundsätzlich anerkennen möchten, die sich in das politische Leben einbringen. Etwa jede und jeder Fünfte hält es dagegen für gerechtfertigt, wenn Politiker und Politikerinnen beleidigt werden.

Grafik 22: Anerkennung von Politikern und Politikerinnen (in %)



Pearsons Chi-Quadrat: ** $p < .01$, * $p < .05$, signifikante Unterschiede zwischen Ost und West

Wer sind die manifest-geschlossenen Rechtsextremen und was treibt sie an?

Bevor wir die Ergebnisse abschließend diskutieren, wollen wir eine verdichtete Beschreibung von jenen Menschen geben, die ein geschlossen rechtsextremes Weltbild haben. Diese Personengruppe macht in diesem Jahr 4,3% der bundesdeutschen Bevölkerung aus. Ihr Anteil ist gesunken, eine Tendenz, die seit Jahren anhält und von uns bereits als positive Entwicklung diskutiert worden ist (Decker & Brähler, 2016). Als wir den Kontrast zwischen den Jahren 2006 und 2016 beschrieben, fiel uns aber noch etwas anderes auf. In dieser Dekade waren die demokratischen Milieus größer geworden, die antidemokratisch-autoritären dafür radikaler und gewaltbereiter. Im Ergebnis stellten wir fest: Die bundesdeutsche Gesellschaft ist polarisiert (ebd). Diese Berechnung wollen wir an dieser Stelle nicht wiederholen, aber zeigen, welche Stimmungslage beim Typus des Rechtsextremen in diesem Jahr vorherrscht.

Die Typenbildung ist eine methodische Vorgehensweise in der Sozialforschung, die Strukturen oder Bedeutungen sichtbar machen kann (Mey

& Ruppel, 2018). Sie ist für das Fach von Anfang an wichtig gewesen: Von Max Weber über Sigmund Freud bis hin zur Klassifikation menschlicher Erkrankungen durch die Weltgesundheitsorganisation greifen Sozialwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen auf Typen zurück, um damit die Ergebnisse ihrer Forschung zu verdichten. In der Sozialpsychologie tritt noch ein anderer Gewinn der Betrachtung solcher Extremfälle hinzu: Sie sind die sprichwörtlichen Ausnahmen, in denen sich die Regel findet. Deshalb hat eine typisierende Betrachtung Erkenntniswert.

In unserem Fall, liegt im Typus des geschlossenen Rechtsextremen das Ressentiment so offen zutage, dass es sich am besten untersuchen lässt. An den wenigen sehen wir also die Funktion des Ressentiments viel deutlicher – eine Funktion, die es auch für alle anderen Menschen hat. Wir erfahren in der Untersuchung damit etwas über die Lebensbedingungen extrem Rechter, und darüber, was es bedeuten würde, wenn solche Bedingungen noch mehr Menschen erfassen würden.

Denn die Gefährdung der Demokratie besteht nicht, weil 4,3% der Bevölkerung ein manifestes und geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben, sondern weil sie in größere politische Milieus eingebunden sind. Dort stoßen sie auf einen Resonanzraum, denn was sie als geschlossenes Weltbild tragen, wird in vielen Punkten von einer großen Zahl anderer Menschen geteilt, wie der verbreitete Ethnozentrismus mit seiner Ausländerfeindlichkeit und dem Chauvinismus sofort verdeutlicht. So konnte es 2015 breiten Teilen der Bevölkerung als völlig legitim erscheinen, dass sich Hass und Gewalt gegenüber Geflüchteten entluden. Auch bei künftigen als Krise wahrgenommenen Ereignissen kann es daher geschehen, dass Ressentiments die demokratische Gesellschaft bedrohen. Im Folgenden werden die bisher vorgestellten Einzelergebnisse in ein Gesamtbild eingegliedert und die weiteren Analysen in dieser Studie vorbereitet.

Unter den Personen, denen wir ein geschlossen rechtsextremes Weltbild attestieren, sind beide Geschlechter paritätisch vertreten und ihr mittleres Alter entspricht dem der übrigen Befragten. Allerdings hat diese Gruppe sehr viel häufiger nur einen niedrigen Bildungsabschluss erreicht (Chi-Quadrat $p < .01$). Auch die eigene wirtschaftliche Lage und die der Bundesrepublik schätzen sie deutlich schlechter ein als alle anderen. Diese Einschätzung findet in einem etwas niedrigeren Haushaltseinkommen (Mittel von 1.787 Euro gegenüber 2.026 Euro bei der übrigen Bevölke-

zung; T-Test $p < .05$) genauso eine objektive Basis wie bei der Erfahrung von Arbeitslosigkeit: Rechtsextreme sind zu 37,3% mehrmals in ihrem Leben arbeitslos gewesen und machen diese Erfahrung damit häufiger als die anderen Befragten, von denen aber immerhin auch 21,8% von mehrfacher Arbeitslosigkeit betroffen sind (Chi-Quadrat $p < .01$). Einmal im Leben haben rund 23% der Bundesdeutschen unabhängig von ihrer politischen Einstellung die Erfahrung gemacht, sich arbeitssuchend melden zu müssen. Es bleibt also festzuhalten, dass etwa ein Drittel der Rechtsextremen ökonomisch depriviert ist und gut die Hälfte mindestens einmal arbeitslos war. Es ist aber auch ein Fakt, dass sie diese Erfahrung mit vielen Menschen teilen, die trotzdem nicht rechtsextrem sind. Diese Beobachtung wird uns später noch zu weiteren psychosozialen Bedingungen für die Entwicklung einer rechtsextremen Einstellung führen.

Sehen wir uns zunächst das Wahlverhalten an. Während Menschen mit einer rechtsextremen Einstellung bis 2014 überwiegend die SPD oder CDU wählten, hat sich ihre Priorität geändert (Decker & Brähler, 2016). Seit ihrer Gründung kann die AfD die meisten Personen mit diesem Weltbild für sich gewinnen (Tab. 18): Von den 53 geschlossen-rechtsextrem Eingestellten, die zur Wahl gehen wollen, gibt 2020 etwa ein Drittel an, für die AfD zu stimmen.

Tabelle 18: Was wählen Rechtsextreme (in %)?

	gesamt (N = 106)			bei Wahlteilnahme (N = 53)								
	Wahlteilnahme	keine Wahlteilnahme	Wahlteilnahme unsicher	CDU	CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	AFD	andere Parteien	weiß noch nicht, welche Partei
2020	55,7	20,8	15,1	20,8	3,8	11,8	1,9	–	3,8	32,1	11,3	15,1

Kein Chi-Quadrat-Test möglich, daher keine Signifikanztestung;
fehlende Prozente bei Entscheidungen zur Wahlteilnahme: keine Angabe

Rechtsextrem Eingestellte haben ein deutlich vermindertes Vertrauen in alle Verfassungsorgane und gesellschaftlichen Institutionen (Tab. 19). Der Polizei trauen noch knapp 70% von ihnen, etwa 62% dem Bundesverfassungsgericht. Diesen beiden Institutionen wird auch allgemein das

höchste Vertrauen entgegengebracht, besonders dem Verfassungsgericht mit über 83% – hier ist der Kontrast zwischen Rechtsextremen und der übrigen Bevölkerung aufschlussreich (vgl. Celik et al., 2020). Während die sozialen Medien das geringste Vertrauen in der Bevölkerung finden, liegen sie bei den Rechtsextremen an dritter Stelle, dicht gefolgt vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Obwohl nur 41,9% der Rechtsextremen den öffentlichen Rundfunkanstalten Vertrauen schenken, so ist es doch eine gute Nachricht, dass immerhin fast die Hälfte von ihnen auf diesem Weg noch an der demokratischen Gesellschaft Anteil hat und sich dem Meinungspluralismus stellt. Weit abgeschlagen liegen die Instanzen des repräsentativen Verfassungsstaates. Nur noch etwas mehr als die Hälfte im Vergleich zur restlichen Bevölkerung vertraut dem Bundespräsidenten. Ähnlich groß ist die Differenz bei den übrigen Institutionen, auch wenn deren Legitimation in der Bevölkerung generell schwach ist.

Tabelle 19: Wie viel Vertrauen haben Rechtsextreme in gesellschaftliche und Verfassungsinstitutionen? (in %)

Vertrauen in ...	Rechtsextreme (N = 105)	andere Befragte (N = 2.335)
Polizei**	69,5	78,6
Verfassungsgericht**	61,9	83,4
soziale Medien**	45,7	31,7
öffentlich-rechtliche Medien*	41,9	54,1
Bundestag**	41,0	65,1
Bundespräsident**	37,1	71,4
Bundesregierung**	36,2	63,9
Politiker und Politikerinnen*	26,7	36,1
Parteien**	22,1	37,2

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < 0.5

Vor dem Hintergrund dieses ausgeprägten Misstrauens gegenüber staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen überrascht es nicht, dass Rechtsextreme sich insgesamt rechtloser erleben als alle anderen (Tab. 20). Im Grunde nehmen sich mehr als die Hälfte bis zu zwei Drittel von ihnen als unfähig wahr, ihre Interessen in der Gesellschaft zu verfolgen.

Tabelle 20: Wahrgenommene Anerkennungsdefizite als Bürgerin und Bürger (Zustimmung in %)

	Rechtsextreme (N = 105)	andere Befragte (N = 2.347)
im Umgang mit Behörden und Ämtern ausgeliefert**	60,0	34,8
fühle mich als Mensch zweiter Klasse**	56,2	25,6
meine Rechte bestehen nur auf dem Papier**	65,7	31,3

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Konsequenterweise fühlen sich Rechtsextreme auch häufiger politisch depriviert als die übrige Bevölkerung. Dass sie ihren Einfluss auf die Regierung als gering erachten, kann beruhigen (Tab. 21). Allerdings fällt auch auf, dass dies nichts an ihrer Gewaltbereitschaft und -akzeptanz ändert – im Gegenteil (Tab. 23).

Tabelle 21: Politische Deprivation (Zustimmung in %)

	Rechtsextreme (N = 106)	andere Befragte (N = 2.342)
keinen Einfluss auf die Regierung**	90,6	72,1
sinnlos, mich politisch zu engagieren**	74,5	58,1

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Das Vertrauen in jene Menschen, die sich in der Politik engagieren, ist in der Bevölkerung generell gering – so viel haben wir bereits gesehen (vgl. Tab. 19). Das Engagement von Politikerinnen und Politikern stößt aber bei Rechtsextremen ganz überwiegend auf Ablehnung. Zudem fühlen sie sich zur Gewaltanwendung befugt: Schon bei der Frage nach verbaler Gewalt ist das Ergebnis erschreckend, da deren Einsatz von einer Mehrheit der Rechtsextremen als völlig legitim erachtet wird (Tab. 22).

Tabelle 22: Haltung zu Politikerinnen und Politikern (Zustimmung in %)

	Rechtsextreme (N = 104)	andere Befragte (N = 2.342)
Wer sich für die Demokratie als Politiker engagiert, verdient auf jeden Fall unsere Anerkennung.**	48,6	58,1
Politiker sind selber schuld, wenn sie in der Öffentlichkeit und im Internet beleidigt werden.**	59,6	19,5

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Für knapp die Hälfte der Rechtsextremen ist auch körperliche Gewalt ein legitimes Mittel der Auseinandersetzung, ein Viertel von ihnen ist selbst zur Gewalt bereit (Tab. 23). Hier wird die Gefahr konkret, die von dieser Bevölkerungsgruppe ausgeht. Sie richtet sich nicht nur abstrakt gegen die liberal-demokratische Gesellschaft, sondern ihre Ideologie der Ungleichheit mit ihren Bezügen zur Neo-NS-Ideologie und zum Ethnozentrismus ist genau das, was Rassismus schon immer war: die Rechtfertigung, Gewalt gegen »andere« auszuüben (Claussen, 1994).

Tabelle 23: Gewaltbereitschaft und -akzeptanz (Zustimmung in %)

	Rechtsextreme (N = 105)	andere Befragte (N = 2.349)
bin bereit, Gewalt einzusetzen, um meine Interessen durchzusetzen**	24,8	9,3
es ist gut, wenn es Leute gibt, die mal ihre Fäuste sprechen lassen**	46,6	15,5

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Dieser letzte Aspekt – das Bedürfnis nach Gewalt – führt in den Bereich der Persönlichkeitspsychologie, der schon im Zusammenhang mit der ökonomischen Deprivation angesprochen wurde. In der politischen Einstellungsforschung war früh aufgefallen, dass die politischen Positionen, die ein Mensch bezieht, durch teilweise unbewusste Wünsche und Bedürfnisse bestimmt sind (Fromm, 1936; Adorno et al., 1950; vgl. Kap. 6). Mit anderen Worten: Was Menschen in der Politik verfolgen, sind nicht

immer nur politische Ziele, oft verbinden sich diese auch mit persönlichen Konflikten. Hier geht es um Beziehungserfahrungen und Bedürfnisse, ein Konglomerat also, das oft als Persönlichkeit bezeichnet wird. In der LAS 2020 kamen deshalb auch verschiedene Fragebögen zum psychischen Befinden und zu zentralen Orientierungsmustern zum Einsatz: der Gießen-Test (Beckmann et al., 2012), Fragebögen zu Einsamkeit (Beutel et al., 2017), zu Ängstlichkeit und Depression (Kroenke et al., 2009), zu Anerkennungserfahrungen (Decker et al., 2018b) sowie ein Fragebogen zu Wertvorstellungen. Im folgenden wollen wir aus diesen Daten ein »Psychogramm« des rechtsextremen Typus erstellen.

Aus den Daten wird deutlich, dass viele Rechtsextreme auch im Alltag besonders misstrauisch sind (Mann-Whitney U-Test $p < .01$). Ein größerer Anteil als in der übrigen Bevölkerung berichtet zudem von starken Sorgen um andere Menschen (Mann-Whitney U-Test $p < .05$). Im Leben sind ihnen besonders Leistung, Gesetz und Ordnung sowie das Streben nach Gewinn wichtig. Deutlich weniger wichtig als den anderen Bevölkerungsgruppen sind ihnen hingegen Weltoffenheit, Toleranz und Solidarität. Wie alle anderen Menschen stellen sie für sich selbst trotzdem hohe Erwartungen an soziale Gerechtigkeit und gleichwertige Lebensverhältnisse (alle genannten Unterschiede Mann-Whitney U-Test $p < .01$). Gerade von Letzterem fühlen sich Rechtsextreme aber offensichtlich ausgeschlossen, wenn sie von ihrem Gefühl berichten, nicht ihren »gerechten Anteil« zu bekommen: Sie empfinden sich als »oft unfair behandelt« und »benachteiligt« und haben nicht den Eindruck, das zu bekommen, was sie »verdienen« (Mann-Whitney U-Test jeweils $p < .01$). Zudem sehen sie sich in der »Gesellschaft zu wenig beachtet« und ihre Meinungen und Interessen »zu wenig berücksichtigt« (Mann-Whitney U-Test jeweils $p < .01$). Ferner beklagen sie, dass ihnen manchmal die Gesellschaft anderer fehlt – ein Befund, den sie mit einer erschreckend großen Anzahl an Befragten in unserer Stichprobe teilen. Doch mehr als die anderen Bevölkerungsgruppen fühlen sie sich isoliert und von anderen abgeschnitten, ein Phänomen, das in der Psychopathologie als Depersonalisierung bezeichnet wird (Mann-Whitney U-Test jeweils $p < .01$).

Dieses Symptom drückt sich als emotionale Taubheit für die eigenen, aber auch für die Gefühle anderer aus, und zeigt eine starke psychische Belastung und Spannungszustände an. Fragt man Rechtsextreme nach ihrer Stimmungslage, so ist sie gleichermaßen durch Depressivität und Groll

bestimmt: Sie fühlen sich unsicher, gereizt, hoffnungslos und schwermütig, aber ebenso zornig, wütend und verärgert (Mann-Whitney U-Test jeweils $p < .01$). Ihr Alltag ist von ängstlichen Vorahnungen geprägt, sie erwarten ein bald eintretendes schreckliches Ereignis und berichten von beunruhigenden Gedanken (Mann-Whitney U-Test jeweils $p < .01$). Dieses Selbsterleben gibt einen Hinweis auf die Psychodynamik, die rechtsextreme Einstellungen begünstigt.

Ihre Gewaltbereitschaft und ihr Hass sind also einer innerpsychischen Spannung geschuldet, die wenig Raum für Momente der Zufriedenheit und des Glücks lässt (Mann-Whitney U-Test jeweils $p < .01$). Deshalb führen sie ihre Anspannung und Gereiztheit (Mann-Whitney U-Test, jeweils $p < .01$) in die Außenwelt ab. Zusammenfassend lässt sich das psychische Befinden der Befragten, die in unserer Erhebung ein geschlossen manifest-rechtsextremes Weltbild bekunden, als paranoid-schizoide Position beschreiben. Diese Befragten stehen unter einer großen innerpsychischen Spannung, die sie nicht zuordnen können und daher abspalten. Die Verfolgung anderer gestattet ganz real die Abfuhr dieser Spannung – als Beschimpfung oder körperliche Aktion – und die Möglichkeit, sich wieder selbst zu erleben – in der Wut und im Hass. Doch dadurch wird das Gefühl der eigenen Bedrohung nicht schwächer: Wieder und wieder werden Objekte gesucht, auf welche die eigene, nicht zu bewältigende Aggressivität geworfen werden kann. Stehen keine Objekte zur Verfügung, keine »anderen« oder »Fremden«, richtet sich die Aggressivität auch gegen das eigene Selbst und kommt als Depressivität und Entleerung zur Erscheinung.

Zusammenfassung und Diskussion

Rechtsextreme Einstellungen rückläufig, aber Ethnozentrismus weiterhin auf hohem Niveau, Neo-NS-Ideologie bei Rechtsextremen verfestigt

Die Verbreitung der rechtsextremen Einstellung in Deutschland hat sich seit Beginn unserer Untersuchungsreihe im Jahr 2002 rückläufig entwickelt. Allerdings zeigen sich im Zeitverlauf deutliche Konjunkturen, die mit gesellschaftlichen Krisen(wahrnehmungen) und mit einem Bedrohungserleben in Verbindung zu bringen sind. Außerdem geht mit diesem leichten Rückgang dennoch eine Polarisierung der Gesellschaft und eine

Radikalisierung der rechtsextrem Eingestellten einher (Decker & Brähler, 2016). Auch die größere Verbreitung rechtsextremer Überzeugungen in Ostdeutschland, gerade unter den jüngeren Befragten, ist kein Anlass zur Entwarnung, sondern zeigt den weiterhin akuten Handlungsbedarf an.

Die Dimensionen der rechtsextremen Einstellung, die wir dem Ethnozentrismus zuordnen, erhalten insgesamt deutlich höhere Zustimmungswerte als die der Neo-NS-Ideologie. Die Aussagen, die offen Bezug auf den Nationalsozialismus nehmen – insbesondere seine Verharmlosung und der Antisemitismus, aber auch die Vorstellung einer Ungleichwertigkeit von Menschen – werden hingegen von den meisten abgelehnt. Offenbar wird ihre manifeste Äußerung durch die soziale Ächtung, der sie unterliegen, gehemmt. Latent wird ihnen aber dennoch Raum gegeben – diese ressentimentgeladene Gesinnung ist also nicht aus der Welt.

Warnung vor einem Gewöhnungseffekt

Über die zehn Erhebungen unserer Studienreihe hinweg zeigt sich, dass der Ethnozentrismus die meiste Zustimmung findet. Was bei der ersten Messung im Jahr 2002 schockierte – die massive Verbreitung dieser nationalistischen und ausländerfeindlichen Ressentiments –, gehört leider bis heute zum autoritären Erbe der bundesdeutschen Gesellschaft. Daher ist Vorsicht vor einem Gewöhnungseffekt geboten. Wir dürfen den insgesamt hohen Sockel an rechtsextremen Einstellungen in der Gesellschaft nicht mit dem Motto abtun: »Das war schon immer so und wird wohl nicht so schlimm werden.« Dass nicht nur Ausländerfeindlichkeit, sondern auch Chauvinismus als »Einstiegsdroge« in den Rechtsextremismus gilt, verdeutlichen die über die Jahre hohen Zustimmungswerte. Solche Ideologien der Ungleichwertigkeit werden immer auch das konkrete Handeln dieser Menschen bestimmen, ein Handeln, das sich in Wort und Tat gegen andere Menschen richtet. Ob es Politikerinnen oder Migranten sind – Neo-NS-Ideologie und der Ethnozentrismus sind die gedankliche Vorbereitung einer sehr schnell sehr naheliegenden Tat. Auch das haben wir in letzten zwanzig Jahren beobachten müssen – von Düsseldorf Wehrhahn bis Halle und Hanau.

Beide Äußerungsformen der rechtsextremen Ideologie knüpfen an sozial durchaus breit akzeptierte Normen an, etwa die Unterscheidung der Eigengruppe (»die Deutschen«) von der Fremdgruppe (»die Auslän-

der«). Sowohl die Abwertung der »Anderen« als auch die Aufwertung des eigenen Kollektivs erfüllen Bedürfnisse nach Stärke und legitimieren die Gewaltausübung. Diese Mischung gefährdet die liberale und plurale Demokratie.

Ost- und Westdeutschland zeigen immer noch unterschiedliche autoritäre Dynamiken

Bei näherer Betrachtung lassen sich im Zeitverlauf weitere besorgniserregende Befunde benennen: Während in den alten Bundesländern ein langsamer Rückgang an rechtsextremen Einstellungen feststellbar ist, unterliegen die neuen Bundesländer einer anderen Dynamik. Zwar sinken auch hier die Zustimmungswerte zum tradierten Antisemitismus, zum Sozialdarwinismus und zur Verharmlosung des Nationalsozialismus, aber die Idee einer rechtsautoritären Diktatur findet im Jahr 2020 wieder fast so viel Befürwortung wie 2002. Der Unterschied ist mit 1,8% (West) und 8,8% (Ost) sehr deutlich, womit der Ruf nach autoritärer Staatlichkeit im Osten wesentlich lauter ist. Auch der Chauvinismus steigt im Osten abermals an. Diese Befunde decken sich mit den Zustimmungswerten zur Demokratie. Wird die Demokratie als Idee in Ost- und Westdeutschland noch gleichermaßen bejaht, so ist die Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in der Verfassung festgehalten ist und tatsächlich funktioniert, im Osten signifikant niedriger als im Westen. Auch die politische Deprivation und die Erfahrung von verweigerter Anerkennung treten im Osten deutlich stärker zutage als im Westen.

Ein zusammenfassender Blick auf die sozialstrukturelle Verteilung zeigt, dass insbesondere die 14- bis 30-jährigen Ostdeutschen häufiger eine rechtsautoritäre Diktatur befürworten. Da dies die Nachwende-Generationen sind, ist diese Überzeugung also keine Folge eigener Erfahrungen in der DDR, wie oft angenommen wird. Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit sind dagegen in der mittleren Altersgruppe (31 bis 60 Jahre) der Ostdeutschen besonders oft zu finden.

Keine Unterschiede zwischen Ost und West gibt es hingegen beim Befund, dass Wählerinnen und Wähler der AfD am häufigsten rechtsextrem eingestellt sind, dass sich aber auch unter den Menschen mit anderen Wahlpräferenzen solche Einstellungsmuster nachweisen lassen. Dass

kaum eine gesellschaftliche Gruppe in Ost oder West frei von rechtsextremen Einstellungen ist, zeigt sich unter anderem mit Blick auf die Kirchenzugehörigkeit: Auch unter evangelischen und katholischen Befragten gibt es nationalistische und antidemokratische Überzeugungen, unter den Konfessionslosen allerdings noch einmal signifikant häufiger.

Anhaltende Liberalisierung

Positiv lässt sich hervorheben, dass Hierarchie- und Ungleichwertigkeitsvorstellungen auf abstrakter Ebene (Soziale Dominanzorientierung) seit 2002 eher abgenommen haben. Auch Muslimfeindschaft und Antiziganismus finden 2020 deutlich weniger Verbreitung als etwa noch 2018, allerdings sind diese Dimensionen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Ostdeutschland fast durchgängig deutlich stärker ausgeprägt. Dies zeigt, dass die Abwertung anderer nicht mit steigenden Zuwanderungszahlen rationalisiert werden darf. Vielmehr ist es nötig, sich auf die komplexeren sozialpsychologischen und soziologischen Erklärungsansätze, die in den folgenden Kapiteln vorgestellt werden, einzulassen. Die Rechte von Homosexuellen werden von einer Mehrheit der Deutschen anerkannt, doch auch hier sind weiterhin fast 10% überzeugt, dass es sich dabei um eine Erkrankung handelt.

Polarisierung und Radikalisierung bestimmen die Gegenwart

Die Gefahren für die Demokratie liegen erstens in der ernst zu nehmenden großen Verbreitung extrem-rechter Einstellungen und Abwertungsmuster, zweitens im Verlust von politisch-institutionellem Vertrauen sowie demokratischer Legitimation, drittens in der gesellschaftlichen Polarisierung, die mit einer Radikalisierung und Enthemmung am rechten Rand einhergeht, und viertens in der Diffusion und »Modernisierung« extrem-rechter Narrative (Ethnozentrismus).

Bevor wir auf die Enthemmung der extremen Rechten gesondert eingehen, ist ein Blick auf die Legitimation der Demokratie angezeigt. Die Idee der Demokratie ist unter anderem daraus entstanden, Herrschaft nicht blind zu vertrauen. Deshalb haben die modernen Demokratien komplexe Systeme der Gewaltenteilung und -verschränkung ausgebildet. Ein gewisses Maß an Vertrauen ist aber eine notwendige Funktionsvor-

aussetzung für die demokratische Ordnung (Braithwaite & Levi, 1998; Hetherington, 2007; Torney-Purta et al., 2004): Gesellschaftsmitglieder müssen die Demokratie und ihre Institutionen zumindest grundsätzlich als legitim anerkennen, um sich beteiligen zu können. Einerseits entfele sonst die Motivation, auf die als nicht-responsiv eingeschätzten Institutionen einzuwirken; andererseits bieten diese Institutionen auch den Rahmen für die politische Auseinandersetzung mit anderen – einen Rahmen, der allgemein akzeptiert sein muss, um in die (demokratische!) Auseinandersetzung treten zu können (Offe, 1999, S. 73–75). Nicht vorhandenes Vertrauen zeugt daher von fehlender Unterstützung, aber auch grundsätzlicher Distanz zur Demokratie.

Wie bereits festgestellt, hat sich der Anteil der geschlossen manifestrechtsextrem Eingestellten im Vergleich zur letzten Erhebung kaum verändert. Die Gewaltbereitschaft und -akzeptanz hat zwar insgesamt abgenommen, ist aber unter manifest Rechtsextremen auffällig hoch. Fast die Hälfte derer, die ein solches Weltbild pflegen, befürworten Gewalt durch andere, und jeder bzw. jede Vierte in dieser Gruppe ist bereit, selbst Gewalt auszuüben. Mag der Anteil der Rechtsextremen nicht gestiegen sein, so zeigt die lange Reihe rechtsextremistischer Attentate in der Bundesrepublik, dass schon ein einzelner Gewalttäter zu viel ist. Darüber hinaus ist in diesem Kapitel für die Gruppe der Rechtsextremen gezeigt worden, dass sie den sozialen Medien größeres Vertrauen entgegenbringen als dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dem sie allerdings noch überraschend oft vertrauen. Wenig überraschend dagegen erhalten Politikerinnen und Politiker, Parteien, die Bundesregierung und der Bundespräsident von dieser Gruppe kein Vertrauen. Da Politiker nicht als »ihre« Vertreter eingeschätzt werden, wollen Rechtsextreme ihnen auch keine Anerkennung zollen und finden, dass sie Beleidigungen verdient hätten. Zu betonen ist, dass Rechtsextreme dabei *alle* Parteien und das Amt des Bundespräsidenten ablehnen und damit deren grundsätzliche Legitimation in Zweifel ziehen. Der Beschreibung der manifesten Rechtsextremen zeigt: Wenn sie wählen gehen, dann überwiegend die AfD; ferner sind sie depriviert und gewaltbereit; ihr Misstrauen gilt den gesellschaftspolitischen Institutionen, ihren Repräsentantinnen und Politikern.

Psychogramm der Rechtsextremen

Eindrücklich hat der Antisemitismusforscher Uffa Jensen die autoritäre Dynamik beschrieben, in die der Typus des Rechtsextremen eingebunden ist. Unabhängig davon, ob die wahrgenommene Zurücksetzung der Bürgerinnen und Bürger sich objektivieren lässt, zeigt sie ein großes Problem an. Ihre Wahrnehmung und ihre Ressentiments führen zu dem, was Jensen als »Zornpolitik« beschreibt (Jensen, 2017): »Ein solches Grollen bildet sich dann, wenn die Differenz zwischen dem Wunsch, in der Gesellschaft gleichberechtigt mitbestimmen zu können und den wahrgenommenen Machtverhältnissen, welche diese Mitbestimmung zu verhindern scheinen, besonders groß geworden sind« (Jensen, 2017, S. 33). Das Ressentiment will Abfuhr. Neben den oben beschriebenen Gruppen richtet es sich zunehmend auch gegen die Menschen, die sich für das Gemeinwesen einsetzen – verbal, aber auch physisch. Die folgenden Kapitel sind der Analyse dieses autoritären Syndroms in seinen verschiedenen Erscheinungsformen gewidmet.

Literatur

- Adorno, T. W. (1967). *Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Ein Vortrag* (herausgegeben von Volker Weiß). Frankfurt am Main: Suhrkamp (2019).
- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sanford, R. N. (Hrsg.) (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Harper.
- Batt, H. (2007). Der partizipative Staatsbürger. Über den Zusammenhang zwischen partizipatorischer Demokratie, Demokratiebewusstsein und Politischer Bildung. In D. Lange & G. Himmelmann (Hrsg.), *Demokratiebewusstsein* (S. 117–133). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Beckmann, D., Brähler, E. & Richter, H.-E. (2012). *GT-II. Der Gießen-Test II*. Bern: Huber.
- Bergmann, W. & Erb, R. (1986). Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 38, 223–246.
- Beutel, M. E., Klein, E. M., Brähler, E., Reiner, I., Jünger, C., Michal, M., Wiltink, J., Wild, P. S., Münzel, T., Lackner, K. J. & Tibubos, A. N. (2017). Loneliness in the general population: prevalence, determinants and relations to mental health. *BMC psychiatry*, 17(1), 1–7.
- Braithwaite, V. A. & Levi, M. (Hrsg.) (1998). *Trust and governance*. New York: Russell Sage Foundation.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020). Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2019. Bundesweite Fallzahlen. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/pmk-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=11 (31.08.2020).

- Celik, K., Decker, O. & Brähler, E. (2020). Deutschland in der Legitimationskrise? Ergebnisse der Leipziger Studien zum Autoritarismus 2006 und 2016. In G. Hentges (Hrsg.), *Krise der Demokratie. Demokratie in der Krise? Gesellschaftsprognosen und Herausforderungen für die politische Bildung* (S. 101–116). Frankfurt am Main: Wochenschau.
- Claussen, D. (1994). *Was heißt Rassismus?* Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Decker, O. (2018). Flucht ins Autoritäre. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 15–63). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O. & Brähler, E. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: FES.
- Decker, O. & Brähler, E. (2016). Ein Jahrzehnt der Politisierung. Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland* (S. 95–136). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Hinz, A., Geißler, N. & Brähler, E. (2013a). Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF). In O. Decker, J. Kiess E. & Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 197–212). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2013b). Bedrohungserleben und Kontakthypothese. In dies. (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 185–196). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Schuler, J. & Brähler, E. (2018a). Das autoritäre Syndrom heute. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 117–156). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Yendell, A. & Brähler, E. (2018b). Anerkennung und autoritäre Staatlichkeit. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 157–178). Gießen: Psychosozial.
- Fromm, E. (1936). Studien über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil. In ders. (Hrsg.), *Gesamtausgabe Bd. 1* (S. 139–187). Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt (1999).
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2012). *Deutsche Zustände – Folge 10*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heller, A., Brähler, E. & Decker, O. (2020). Rechtsextremismus – ein einheitliches Konstrukt? Ein Beitrag zur Frage der Operationalisierung anhand des Fragebogens Rechtsextremismus – Leipziger Form (FR-LF). In A. Heller, O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland* (S. 151–172). Gießen: Psychosozial.
- Hetherington, M. J. (2007). *Why Trust Matters: Declining Political Trust and the Demise of American Liberalism*. Princeton: Princeton UP.
- Heyder, A. (2003). Bessere Bildung, bessere Menschen? Genauerer Hinsehen hilft weiter. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände – Folge 2* (S. 78–99). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heyder, A. & Decker, O. (2011). Rechtsextremismus – Überzeugung, Einstellung, Ideologie oder Syndrom? Eine theoriegeleitete empirische Überprüfung mit repräsentativen Daten. In A. Langenohl & J. Schraten (Hrsg.), *(Un-)Gleichzeitigkeiten: Die demokratische Frage im 21. Jahrhundert* (S. 189–222). Marburg: Metropolis.
- Jensen, U. (2017). *Zornpolitik*. Berlin: Suhrkamp.
- Kiess, J. (2011). Rechtsextrem – extremistisch – demokratisch? In Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.), *Ordnung. Macht. Extremismus* (S. 240–260). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kiess, J. (in Druck). Learning by Doing: The Impact of Experiencing Democracy in Education on Political Trust and Participation. *Politics*.
- Kiess, J., Brähler, E., Schmutzer, G. & Decker, O. (2017). Euroscepticism and Right-Wing Extremist

- Attitudes in Germany: A Result of the »Dialectic Nature of Progress«? *German Politics*, 26(2), 235–254.
- Kiess, J. & Decker, O. (2010). Der Rechtsextremismusbegriff – Einführung und Problemanzeige. In O. Decker, J. Kiess, M. Weißmann & E. Brähler (Hrsg.), *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland* (S.11–20). Springer: zu Klampen (2012).
- Klare, H. & Sturm, M. (2016). Aktionsformen und Handlungsangebote der extremen Rechten. In F. Virchow, M. Langebach & A. Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 181–203). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Kroenke, K., Spitzer, R., Williams, J. & Löwe, B. (2009). An Ultra-Brief Screening Scale for Anxiety and Depression: the PHQ-4. *Psychosomatics*, 50(6), 613–621.
- Loh, J. & Moré, A. (2014). *Das psychohistorische Erbe der Nazizeit – und seine Spuren in der Gegenwart*. Gießen: Psychosozial.
- Lux, T. (2018). Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70(2), 255–273.
- Mey, G. N. & Ruppel, P. S. (2018). Qualitative Forschung. In O. Decker (Hrsg.), *Sozialpsychologie und Sozialtheorie. Band 1 – Zugänge* (S. 205–244). Wiesbaden: Springer VS.
- Offe, C. (1999). How Can We Trust Our Fellow Citizens? In ders. (Hrsg.), *Institutionen, Normen, Bürgertugenden* (S. 147–190). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Pettigrew, T. F. (1986). The Intergroup Contact Hypothesis Reconsidered. In M. Hewstone & R. Brown (Hrsg.), *Social Psychology and Society. Contact and Conflict in Intergroup Encounters* (S. 169–195). Oxford: Basil Blackwell.
- Pickel, G., Liedhegener, A., Jaeckel, Y., Odermatt, A. & Yendell, A. (2020). Religiöse Identitäten und Vorurteile in Deutschland und der Schweiz – Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 4(1), 149–196.
- Pickel, G. & Yendell, A. (2016). Islam als Bedrohung? Beschreibung und Erklärung von Einstellungen zum Islam im Ländervergleich. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 10(3–4), 273–309.
- Reichardt, S. (2007). Neue Wege der vergleichenden Faschismusforschung. *Mittelweg*, 36, 9–25.
- Rippl, S. (2002). Bildung und Fremdenfeindlichkeit: Die Rolle schulischer und familialer Sozialisation zur Erklärung von Bildungsunterschieden im Ausmaß von fremdenfeindlichen Einstellungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 54, 135–146.
- Rippl, S. & Seipel, C. (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70(2), 237–254.
- Roth, R. (2011). *Bürgermacht: Eine Streitschrift für mehr Partizipation*. Hamburg: Edition Körber.
- Schmid, A. (2019). *Ikonomie der »Volksgemeinschaft«: »Deutsche« und das »Jüdische« im Film der Berliner Republik*. Göttingen: Wallstein.
- Schuler, J., Kiess, J., Decker, O. & Brähler, E. (2020). Verbreitung antidemokratischer Einstellungen und Parteipräferenz. In A. Heller, O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland* (S. 247–273). Gießen: Psychosozial.
- Sommer, G., Stellmacher, J. & Brähler, E. (2003). Menschenrechte: Wissen, Wichtigkeit und Einsatzbereitschaft – Ergebnisse einer repräsentativen Befragung in Deutschland. *Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis*, 35, 361–382.
- Sontheimer, K. (1978[1962]). *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik: Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933*. München: dtv.
- Spier, T. (2010). *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*. Wiesbaden: Springer.

- Stellmacher, J. (2004). *Autoritarismus als Gruppenphänomen*. Marburg: Tectum.
- Stöss, R. (2007). *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Stöss, R. (2017). *Gewerkschaften und Rechtsextremismus in Europa*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Torney-Purta, J., Barber, C. H. & Richardson, W. K. (2004). Trust in Government-related Institutions and Political Engagement among Adolescents in Six Countries. *Acta Politica*, 39, 380–406.
- Ulbrich-Herrmann, M. (1995). Zur Verbreitung von gewaltbefürwortenden Einstellungen und Gewaltverhalten. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Gewalt. Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus* (S. 127–141). Weinheim: Juventa.
- Zeuner, B., Gester, J., Fichter, M., Kreis, J. & Stöss, R. (Hrsg.) (2007). *Gewerkschaften und Rechtsextremismus: Anregungen für die Bildungsarbeit und die politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften* (1. Aufl.). Münster: Westfälisches Dampfboot.

3. Zersetzungspotenziale einer demokratischen politischen Kultur: Verschwörungstheorien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt?

Gert Pickel, Susanne Pickel & Alexander Yendell

Politische Kultur und gesellschaftlicher Zusammenhalt unter Druck?

Betrachtet man die öffentlichen Diskurse seit 2015, so taucht neben dem Narrativ einer »Flüchtlingskrise« zunehmend die Beschwörung der Gefährdung des *gesellschaftlichen Zusammenhalts* auf. Nicht immer ist klar, was die vielfältigen Propagandisten und Propagandistinnen, die diese Worte in den Mund nehmen, darunter verstehen. In der Regel stehen sich zwei Lager gegenüber: zum einen die etablierten demokratischen Parteien sowie eine demokratisch geprägte Bürgerschaft, die den Zusammenhalt aller Menschen in der Bundesrepublik fördern wollen, zum anderen extremistisch wie populistisch geprägte Gruppen und Parteien, wie die AfD, die den Zusammenhalt durch Zuwanderung und der damit angeblich einhergehenden »Islamisierung« als gefährdet ansehen – und nur eine bestimmte Gruppe an Menschen in den Kreis derer, die Zusammenhalt verdienen, einbeziehen will (Bieber et al., 2018; Hambauer & Mays, 2018, S. 146–149; Rippl & Seipel, 2018; S. Pickel, 2019, S. 161–162; G. Pickel & S. Pickel, 2018). Die Definition von Zusammenhalt ist also in starkem Maße davon geprägt, wer überhaupt zur Gesellschaft bzw. »Volksgemeinschaft« dazugehört und wer nicht (Beyme, 2017, S. 101–103; Eatwell & Goodwin, 2018; Holtmann, 2018, S. 23–62; Janowski & Lewandowsky, 2018, S. 581–584; Wildt, 2017). Damit werden die beiden Pole des Verständnisses gesellschaftlichen Zusammenhalts erkennbar: auf der einen Seite eine hochgradig integrativ gedachte Vergemeinschaftung *aller* Bürger und Bürgerinnen, auf der anderen Seite eine identitäre Gruppenvergemeinschaftung

tung, die durch In- und Exklusion von Zugehörigkeit die Bezugsgruppe des Zusammenhalts festlegt. Diese zweite Vorstellung sieht die verschiedenen Sozialgruppen der pluralistischen Gesellschaft zwangsläufig in einem Konflikt, der zugunsten der Gruppe entschieden werden müsse, die sich bereits länger im Land aufhalte. Die Anhänger und Anhängerinnen dieser engen Bestimmung der eigenen Gemeinschaft fordern Entsprechendes auch vom Staat. Ein solches Denken, das eng mit Nationalismus und kultureller Abgrenzung zusammenhängt, steht der anderen Vorstellung eines gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalts naturgemäß entgegen, da es vermeintlich unüberbrückbare (kulturell gegebene) Konfliktlinien in der Gesellschaft betont.

Nun sind Konflikte und Differenzen integraler Bestandteil von pluralistischen Gesellschaften. Konflikttheoretische Ansätze gehen sogar davon aus, dass Konflikte produktiv sind, während ein zu weitgreifendes Homogenitätsdenken die gesellschaftliche Entwicklung hemmt (Coser, 1956; Dahrendorf, 1956). Allerdings bedarf eine Gesellschaft der Aushandlung der Interessen: Während ein verklärter, homogenisierender Zusammenhalt unrealistisch und in Teilen sogar verdächtig wirkt, ist – auch der Konflikttheorie zufolge – eine Verständigung über die Spielregeln des Konfliktausgleichs für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zwingend erforderlich. Auch Ansätze der Individualisierung widersprechen in Teilen den Vorstellungen eines übergreifenden Zusammenhalts in einer auf Individualisierung ausgerichteten Gesellschaft (Beck, 1984), vor allem, wenn sie von den Prinzipien der Konkurrenz im Neokapitalismus geprägt ist. Ist somit der Wunsch nach einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt in einer modernen liberalen und pluralistischen Demokratie nicht vielleicht eine realitätsferne Forderung?

Die *politische Kulturforschung* würde da widersprechen (Almond & Verba, 1963; Lipset, 1981). Aus ihrer Sicht bedarf es bei aller Auseinandersetzung eines gewissen Grundkonsenses über die Spielregeln und das Feld, auf dem man sich – gerne auch konfrontativ – bewegt. So können Bürger und Bürgerinnen mit Aspekten des politischen Lebens oder den politischen Repräsentanten und Repräsentantinnen unzufrieden sein – und ihnen ihre Unterstützung entziehen. Allerdings würde das politische System ganz ohne gemeinsame Basis kollabieren (S. Pickel & G. Pickel, 2020e, S. 52–65; 2020f). Für eine Demokratie geben die *Grundrechte* die Spielregeln für das politische Feld vor (Fuchs, 1989; S. Pickel & G. Pickel, 2020d, 2020e). Sie

finden ihre Objektivierung in der Verfassung und enthalten weitreichende Rechte auf individuelle Freiheit, politische und gesellschaftliche Teilhabe, rechtliche Gleichheit sowie Kontrolle der Herrschenden. Zudem umfassen sie den Schutz der Menschenrechte und vieler individueller Rechte. Letztere bedingen zwangsläufig eine Offenheit für *Pluralität* in der Gesellschaft. Greift man auf die Gedanken der politischen Kulturforschung (Almond & Verba, 1963; Lipset, 1981; S. Pickel & G. Pickel, 2006, 2020e; Welzel & Inglehart, 2009) zurück, so kann man gesellschaftliche Pluralität und unterschiedliche politische Vorstellungen mit einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt versöhnen.

Hierzu unterscheidet die politische Kulturforschung nach Easton (1975) verschiedene Bezugsobjekte von Einstellungen der Bürger und Bürgerinnen. Nur auf der allgemeinsten Ebene erwartet sie einen gewissen Konsens. So charakterisierte der in der politischen Kulturforschung verwendete Gemeinschaftsbegriff anfangs den immanenten Zusammenhalt der Gesellschaft durch das Gefühl der Zugehörigkeit seiner Mitglieder zu ihr (Easton, 1975; Westle, 1999), später kennzeichnete er die Unterstützung der Idee der Demokratie und der damit verbundenen Zugehörigkeit zur demokratischen Gemeinschaft (S. Pickel & G. Pickel, 2020d; Westle, 2013). Folgt man diesen beiden Prämissen, dann bilden sie die Grundlage eines gesellschaftlichen Zusammenhalts, ohne die notwendige Offenheit für gesellschaftliche Pluralität missen zu lassen. Dies deckt sich auch mit Grundüberlegungen der Konflikttheorie, welche die Moderation und Institutionalisierung von Konflikten als zentral für gesellschaftliche Produktivität ansahen (Dahrendorf, 1956).

Die nordamerikanische Forschungstradition der *Social Cohesion* (Koopmans et al., 2005; Stanley, 2003) lässt sich gut mit der politischen Kulturforschung koppeln. Sie zielt auf die direkte Vergemeinschaftung, z.B. über interpersonelles Vertrauen (Putnam, 2000). Auch die Bertelsmann Stiftung (2017) hat Aspekte der direkten Vergemeinschaftung in den »Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt« aufgenommen und in die drei Dimensionen soziale Beziehungen, Verbundenheit und Gemeinwohlorientierung (Unzicker, 2017) aufgeteilt. Man kann diskutieren, ob die Kombination der eingesetzten Indikatoren gesellschaftlichen Zusammenhalt adäquat und erschöpfend abbildet oder ihn konzeptuell zu weit fasst (*conceptual stretching*), bzw. Aspekte einbezieht, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gar nicht betreffen. Gleichzeitig stellt der »Radar« jedoch Überlegungen vor,

die eine empirisch, also auf Bestimmung, ausgerichtete Konzeptionalisierung von gesellschaftlichem Zusammenhalt vorantreiben. In diesen Überlegungen wird deutlich, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt soziale Beziehungen zwischen Individuen in einer Gesellschaft und ihre Wahrnehmung repräsentiert: So unterstellt die Annahme eines Zusammenhalts zumindest gemeinsam geteilte Grundelemente in einem Kollektiv von Individuen.

In der Leipziger Autoritarismus Studie 2020 konnte eine solch umfassende Erhebung wie im »Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt« zwar nicht vorgenommen werden, dafür stehen allerdings breite Informationen zur Erfassung einer demokratischen politischen Kultur zur Verfügung, wie Referenzindikatoren zur Messung wichtiger Dimensionen des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir gehen davon aus, dass sich *gesellschaftlicher Zusammenhalt als gefühlsmäßige Einstellung gegenüber anderen Mitgliedern der Gesellschaft* ausdrückt. Sie findet sich in Toleranz, Akzeptanz (z.B. von Pluralität in der Demokratie) und interpersonalem Vertrauen. Wir haben die genannten Konzepte für die Studie operationalisiert, sodass wir sie mit den bewährten Instrumenten zu Autoritarismus, Rechtsextremismus, AfD-Nähe und Kernindikatoren der politischen Kulturforschung in Beziehung setzen können.

Die für diesen Beitrag leitende Frage ist: *Sind die demokratische politische Kultur und der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland derzeit gefährdet?* Sollte dies der Fall sein, müssten Langzeitbeobachtungen Auskunft über Erosionsprozesse geben.¹ Unsere These ist, dass vor allem die zunehmende Verbreitung von Verschwörungstheorien, Risse im gesellschaftlichen Zusammenhalt, eine autoritäre Dynamik und Anerkennungsdefizite die lange gewachsene Verankerung der demokratischen politischen Kultur in Deutschland schädigen.

Konzept der politischen Kultur und Operationalisierungen

Zunächst möchten wir das Konzept politischen Kultur kurz vorstellen, da wir uns im Weiteren darauf beziehen.² Politische Kultur lässt sich am

1 Ergebnisse einer Langzeitbeobachtung in den Leipziger Autoritarismus Studien finden sich in den ersten Kapiteln des Bandes.

2 Detailliertere Darstellungen der Konzepte von politischer Kultur und der politischen Kulturforschung finden sich bei S. Pickel & G. Pickel, 2006; 2020a.

genauesten messen, wenn man politische Unterstützung als Indikator in die Analyse einbezieht (Easton, 1965, 1975; Fuchs, 1989; S. Pickel & G. Pickel, 2020e). Unter *politischer Unterstützung* (*political support*) versteht Easton eine Einstellung, mit der sich eine Person gegenüber einem (politischen) Objekt orientiert. Dabei handelt es sich um eine analytische, nicht um eine wertende Bezeichnung – alle politischen Objekte können demnach positiv oder negativ unterstützt werden. Zentral ist: Für den Erhalt eines politischen Systems (Easton nennt dies *Persistenz*) muss allerdings der Anteil der Bürger und Bürgerinnen mit positiver politischer Unterstützung gegenüber dem Anteil mit negativer politischer Unterstützung überwiegen. Anders gesagt, wenn die Mehrzahl der Bürger und Bürgerinnen dem demokratischen System ablehnend gegenübersteht, ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich die historischen Rahmenbedingungen für seinen vollständigen Zusammenbruch ergeben (Akteure für den Umsturz, Wirtschaftskrisen). Dem systemtheoretischen *Input-Output-Modell* Eastons (1965, S. 32–33) zufolge erhält ein politisches System dann politische Unterstützung (*support*), wenn die Bürgerinnen und Bürger ihre Forderungen (*demands*) weitgehend umgesetzt sehen, dem System vertrauen und es als legitim und letztlich erhaltenswert einschätzen. Werden die *demands* hingegen nicht erfüllt, kommt es zum Entzug der Unterstützung, sodass mittelfristig der Zusammenbruch des Systems zu erwarten ist. Diese Annahme gilt übrigens nicht nur für Demokratien, sondern auch für Autokratien (G. Pickel, 2013, S. 198–200).

Tabelle 1: Das Konzept politischer Unterstützung nach Easton

		Unterstützungsobjekte		
		politische Gemeinschaft	politisches Regime	politische Autoritäten
Quelle der Unterstützung	diffus	Identifikation mit der politischen Gemeinschaft	Regime-Legitimität	Autoritäten-Legitimität
			Regime-Vertrauen	Autoritäten-Vertrauen
	spezifisch			Zufriedenheit mit den alltäglichen Outputs

aus Fuchs, 1989, S. 18

Easton (Tab. 1; 1965, S. 171–225) sieht drei Objekte der politischen Unterstützung. Erstens die *politische Gemeinschaft*, welche die Mitglieder eines politischen Systems und ihre grundlegenden Wertmuster umfasst. Gemeinschaftssinn und eine übergreifende Objektzuordnung (wie z.B. die Nation und die in ihr lebenden Personen) sind die Grundlage dieses Aspekts der politischen Ordnung, die sich im Zugehörigkeitsgefühl zum Kollektiv und einer gegenseitigen Loyalität der Gemeinschaftsmitglieder untereinander äußert. Zweitens bezeichnet das *politische Regime* die grundlegende Struktur des Institutionensystems. Orientierungen ihm gegenüber beziehen sich auf die Institutionen an sich, also die Rollen (z.B. die Position des Bundespräsidenten) und nicht die konkreten Rollenträger (die Person des Bundespräsidenten). Drittens wird den Inhabern und Inhaberinnen von Autoritätsrollen (*politische Autoritäten*) Unterstützung aufgrund der Akzeptanz der von ihnen getroffenen Entscheidungen und der Zufriedenheit mit den Outputs des politischen Systems oder den politischen Autoritäten zuteil (S. Pickel & G. Pickel, 2006, S. 80–81). Letztere sind das zentrale Objekt der spezifischen Unterstützung (*specific support*). Von ihr ist die diffuse Unterstützung (*diffuse support*) zu unterscheiden: Sie bezeichnet eine Zustimmung zu den Objekten um ihrer selbst willen und untergliedert sich in Legitimität und Vertrauen.

Legitimität resultiert aus dem Vergleich der Bürger und Bürgerinnen zwischen den eigenen Wertvorstellungen und ihrer Wahrnehmung des politischen Systems. Empfinden sie nicht Freiheit, sondern Gehorsam und Unterordnung unter eine Autorität als für sich passend, dann droht einer auf individuelle Freiheit ausgerichteten Demokratie der Legitimitätsentzug. Nicht, dass in einer *Civic Culture* (Almond & Verba, 1963) nicht auch ein gewisses Maß an Gehorsam wichtig ist, aber es dominiert die individuelle Freiheit. *Vertrauen* beinhaltet die Hoffnung auf eine »Gemeinwohlorientiertheit« der Politik, die sich aus Sozialisationserfahrungen und generalisierten Output-Erfahrungen zusammensetzt. Beide zusammen sind für den Systemerhalt von zentraler Relevanz.

Die Komplexität der politischen Kultur wird anhand eines umfassenderen Modells von Susanne Pickel deutlich (Tab. 2; S. Pickel & G. Pickel, 2016, S. 553; 2020f): Wechselbeziehungen bestehen nicht nur zwischen der Unterstützung der Demokratie und des aktuellen politischen Systems, sondern auch zwischen Einstellungen und Objekten auf den unterschiedlichen Ebenen. Neben der Performanzbewertung und der Legitimität des

politischen Systems wird die Unterstützung eines demokratischen Regimes in einem Land in *Vertrauen* und *Systemunterstützung* aufgeteilt. In das Modell integriert werden auch die Bindung an die politische Gemeinschaft und das individuelle Verständnis von Demokratie (Ferrín & Kriesi, 2016; S. Pickel, 2016, S. 552–554).

Tabelle 2: Politische Kultur, Demokratieverständnis und politische Einstellungen

Dimensionen politischer Kultur		Verwirklichung politischer Einstellungen	konkrete politische Einstellungen
		Demokratieverständnis	
a	Anerkennung der politischen Gemeinschaft	Identifikation mit der politischen Gemeinschaft	Identifikation mit der Nation bzw. Identitätsempfinden mit der (multiethnischen) politischen Gemeinschaft
b	Legitimität des politischen Systems	Werte und Normen des politischen Systems	Überzeugung von der Angemessenheit eines bestimmten politischen Systems für die eigene Gesellschaft → Legitimität des politischen Systems
c	Systemunterstützung	Verwirklichung der Werte und Normen des politischen Systems	Unterstützung des aktuellen politischen Systems im Land → Legitimität des aktuellen politischen Systems
d	Vertrauen	Konsolidierung der Werte und Normen des politischen Systems	Institutionenvertrauen, Vertrauen in Amtsträger → Regieren zum Gemeinwohl
e	Performanzbewertung	Zufriedenheit mit der tatsächlichen Amtsführung	politische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Amtsträger → politische Effektivität → wirtschaftliche Effektivität

aus S. Pickel & G. Pickel, 2016, S. 553

Nimmt man die Debatten zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Blick, scheint von besonderer Bedeutung zu sein, wie die Bürgerinnen und Bürger Gruppendifferenzen wahrnehmen und wie sie zu ihrer politischen Gemeinschaft stehen. So ist der Erhalt der Demokratie maßgeblich von ihrer Legitimität abhängig, das Fortbestehen des demokratischen Systems von Systemunterstützung und Vertrauen in die Institutionen. Der Erhalt der politischen Gemeinschaft (oder der Gesellschaft in der vorherrschenden Staatsform) beruht auf der Identifikation der Mitglieder mit der politischen Gemeinschaft – und ihren grundlegenden demokratischen Werten. Zwischen der Legitimität der Demokratie und dieser Identifikation gibt es Wechselbeziehungen: In einer Demokratie bedarf es zur gesellschaftlichen Integration nicht allein der Identifikation mit der Nation, sondern auch der Anerkennung ihrer zentralen Prinzipien. Dies könnte man als *demokratischen gesellschaftlichen Zusammenhalt* bezeichnen. Er ist besonders in den stark auf Individualrechte ausgerichteten liberalen Demokratien westlicher Prägung von hoher Relevanz (Schmidt, 2019, S. 471–505).

Im strukturfunktionalistisch inspirierten Modell der politischen Kulturforschung werden institutionell eingebettete gesellschaftliche Konflikte nicht als dysfunktional angesehen – ebenso wenig, wie Verstöße gegen die Grundwerte der politischen Gemeinschaft als Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts gelten (S. Pickel & G. Pickel, 2020f).³ Oder umgekehrt: Erst wenn die Basis der gemeinsamen demokratischen Spielregeln infrage gestellt wird, ist der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet – und kann zuletzt zum Systemzusammenbruch führen. Konflikte, welche diese Reichweite nicht besitzen, sind in pluralistischen Gesellschaften dagegen genauso normal, alltäglich und für die Demokratie ungefährlich, wie gelegentliche Unzufriedenheiten mit Politikern, Trägerinnen von politischen Autoritätsrollen, Parteien und Institutionen. Nur, wenn sich die Unzufriedenheiten mit der Zeit verstetigen und kein Personalwechsel Abhilfe schafft, dann wirken sich diese Unzufriedenheiten auch auf das Systemvertrauen und die Legitimität der Demokratie aus.

In der Leipziger Autoritarismus Studie 2020 werden die meisten Ebenen des vorgestellten Modells der politischen Kulturforschung auf der

3 Im Strukturfunktionalismus von Talcott Parsons kommt nicht nur dem Zusammenhalt der Teile aus Gründen des Selbsterhalts, sondern auch Werten eine zentrale Rolle für den Systemerhalt zu (Parsons, 2012, S. 229–268).

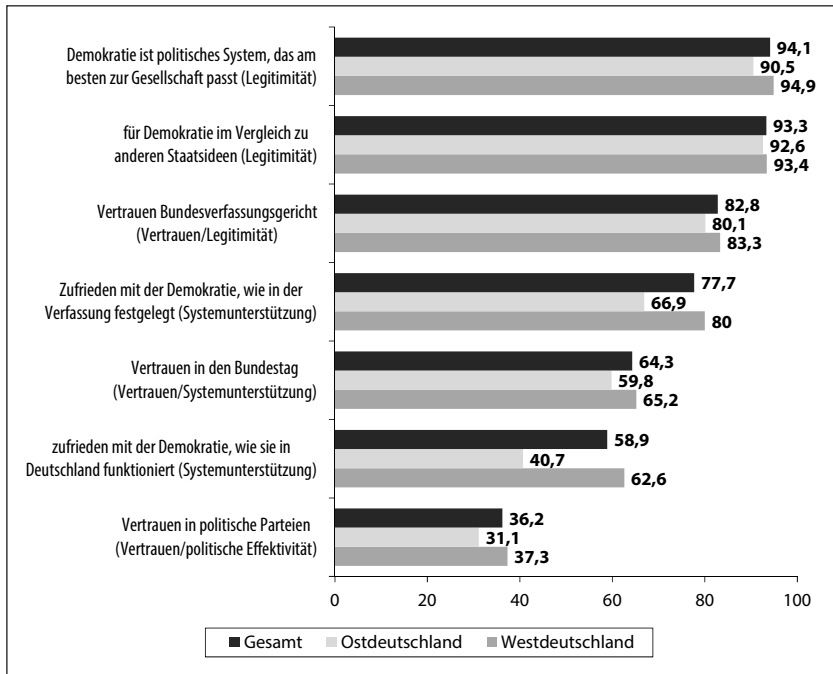
Einstellungsebene erfragt. Der Kernbereich des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird über folgende Fragen erfasst: *interpersonales Vertrauen* (»Im Großen und Ganzen kann man allen Menschen vertrauen« versus »Man kann nicht vorsichtig genug sein«), generelle und spezifische *Toleranz* (s. Forst, 2003, S. 42–47), *Solidarität* gegenüber anderen und Anerkennung von Pluralität im Land.

Politische Legitimität und Sozialvertrauen im innerdeutschen Vergleich

Die Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studie 2020 zur politischen Kultur in Deutschland bestätigen die hohe Legitimität des Prinzips und der Staatsform Demokratie in der deutschen Bevölkerung. Nur die wenigsten Bürgerinnen und Bürger (weniger als 10%) sehen die demokratische nicht als die beste Staatsform an. Allerdings gibt es Unterschiede, was die Befragten unter einer Demokratie verstehen und wie sie sich diese vorstellen (S. Pickel, 2016). Gleichwohl ist die Legitimität der Demokratie und die generelle Systemunterstützung in Deutschland hoch. Je nach Bezugsobjekt der Einstellungen werden aber Diskrepanzen sichtbar. Zum einen im Vergleich der Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist, und der Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in Deutschland funktioniert. Letztere Werte fallen ab, verbleiben aber auf einem – angesichts der vielfältigen kritischen Debatten – noch immer recht hohem Niveau. So sind 58,9% der Deutschen derzeit mit der aktuellen Demokratie zufrieden. Gestärkt wird dieser Eindruck einer hohen Legitimität des Systems Demokratie durch das hohe Vertrauen in die Judikative oder das Bundesverfassungsgericht. Gerade die Rechtsstaatlichkeit stellt einen zentralen Pfeiler der Demokratie in Deutschland dar (82,8%).

Während die Legitimität der Demokratie hoch und das Systemvertrauen relativ weit verbreitet ist, sind die in Grafik 1 sichtbar werdenden Defizite in der Performanzbewertung der Demokratie nicht zu unterschätzen. Man erkennt, dass mit größerer Nähe zum Tagesgeschäft die Zufriedenheit erheblich nachlässt, etwa das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in die Tagespolitik. Das drückt sich in einem besonders niedrigen Vertrauen in politische Parteien aus (Grafik 1).

Grafik 1: Verbreitung politischer Unterstützung (in %)



Gerade einmal ein Drittel der Deutschen schenkt politischen Parteien – immerhin den wichtigsten Mittlern im politischen Prozess – ihr Vertrauen. Dies hat Auswirkungen: So rutscht auch das Vertrauen in den Bundestag, immerhin die politisch wichtigste Institution in Deutschland, auf 64,3%. Immerhin noch ein guter, aber eben kein sehr guter Wert mehr. Hier lassen ungünstige Erfahrungen mit der Demokratie im Alltag und Unzufriedenheiten mit der Tagespolitik das Vertrauen in das zentrale Organ der Demokratie schwinden.

Die Auswirkungen der Unzufriedenheit mit der Tagespolitik sind bedeutsam: Der politischen Kulturforschung nach können langlebige Defizite in der Performanz die Systemunterstützung – und damit letztlich auch die Anerkennung der Demokratie als beste Staatsform – gefährden. Daher sind solche Aussagen weder irrelevant noch lediglich temporäre Bestandsaufnahmen. Trotz dieser erkennbaren Vertrauensprobleme erweist sich die deutsche politische Kultur als hochlegitim, nicht zuletzt wegen ihrer

vielen kritischen Bürger und Bürgerinnen. Nur die wenigsten von ihnen lehnen das Prinzip der Demokratie ab. Gleichwohl stellen sich manche von ihnen unter Demokratie etwas anderes vor, im äußersten Fall auch Staatsformen, die bei Licht betrachtet keine Demokratie mehr sind. Diese Bürger und Bürgerinnen sind allerdings deutlich in der Minderheit. Damit besteht erst einmal eine gute Grundlage für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt, der sich auf die Basis der Demokratie und ihre Legitimität stützt. Die Einschnitte bei der Zufriedenheit mit der durch die Verfassung festgelegten Demokratie eröffnen allerdings Spielraum für die Gefährdung des Zusammenhalts – stellt die Verfassung doch die geronnene Grundlage für ihn dar.

Während vier von fünf der westdeutschen Befragten mit der verfassungsmäßigen Demokratie zufrieden sind, sinkt der Anteil in Ostdeutschland auf – immer noch beachtliche – zwei Drittel. Allem Anschein nach sind Ostdeutsche also öfter unzufrieden. Möglicherweise spielt hier noch immer die Wahl der Variante »Beitritt« statt »neue Verfassung« eine Rolle. Die deutlichste Diskrepanz zwischen West- und Ostdeutschland finden wir allerdings in der aktuellen Zufriedenheit mit der Demokratie. Dort besteht eine Differenz von 22 Prozentpunkten zugunsten der Westdeutschen, die weit zufriedener mit dem Funktionieren der aktuellen Demokratie sind als ihre ostdeutschen Mitbürger und Mitbürgerinnen. Die in Grafik 1 dargestellten Ergebnisse sind konform zu Analysen mit alternativem Datenmaterial (vgl. zusammenfassend G. Pickel, 2019, S. 112–118; S. Pickel & G. Pickel, 2020f, S. 3) und markieren eine langlebige – seit 1989 ausgesprochen stabile – höhere Unzufriedenheit der Ostdeutschen mit der Funktionsweise der aktuellen Demokratie. Diese macht sie zwar nicht zwingend anfälliger für demokratiefeindliche und antidemokratische Positionen, öffnet aber den Grenzbereich zwischen Protest und jenen Ideen, die entweder gerade noch oder nicht einmal mehr mit einer (autoritären) Demokratie vereinbar sind.

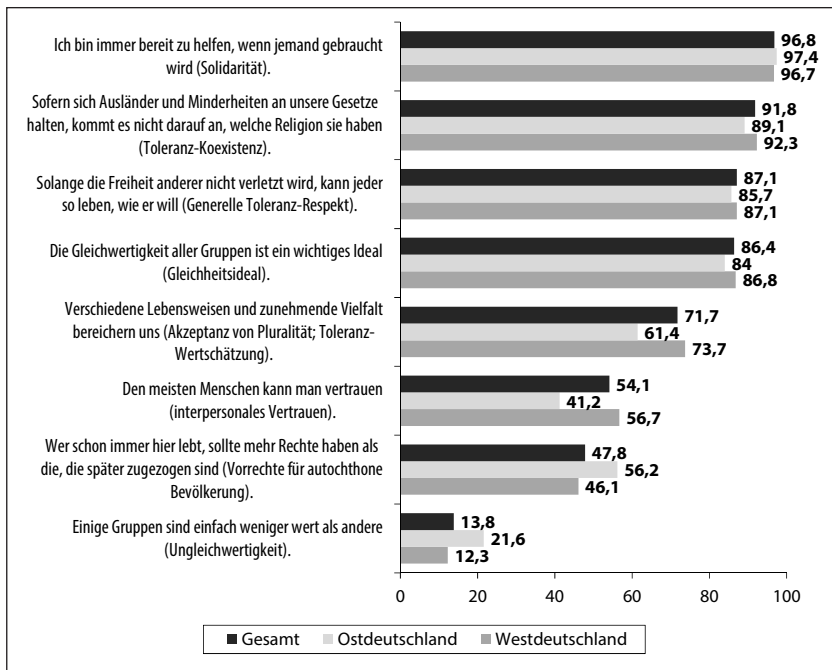
So macht es Sinn, die Indikatoren näher anzusehen, die Auskunft über den *Zusammenhalt der Bürger und Bürgerinnen in einer Gesellschaft* geben können. Einer dieser Indikatoren ist das interpersonale Vertrauen. Ausgehend von den Überlegungen von Putnam (2000) lässt sich annehmen, dass gerade das interpersonale Vertrauen, also das kulturelle Sozialkapital, den Umgang aller Bürger und Bürgerinnen miteinander erleichtert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt abbildet. Vertrauen setzt allerdings vo-

raus, andere zunächst einmal in ihrer Individualität zu akzeptieren, andere Gruppen zu tolerieren und die Gleichwertigkeit aller anzuerkennen. Zur Abbildung grundsätzlicher Toleranz verwenden wir einen Indikator, der nach der Konzeption des Begriffes von Rainer Forst (2003, S. 42–47; 2019, S. 3–6) Toleranz als Wertschätzung zu erfassen versucht. Ergänzt wird er durch die Messung verschiedener Toleranzformen nach Forst: erstens durch die Akzeptanz einer Koexistenz von Minderheiten und anderen Sozialgruppen (sehr allgemeine Form), zweitens die Akzeptanz von Pluralität (weitreichende Form) und drittens die Toleranz-Wertschätzung selbst (Forst, 2019, S. 5).⁴

Auf den ersten Blick sehen die Ergebnisse in Grafik 2 besser aus, als die alarmierenden Meldungen in den Medien vermuten ließen. So äußern fast alle Befragten ihre Bereitschaft, anderen Menschen in der Not zu helfen, falls dies nötig sei. Allerdings kann jeder Mensch diese Notwendigkeit individuell unterschiedlich definieren, auch können – aus Gründen eines besseren Selbstbildes – Verzerrungen zur eigenen Solidarität vorliegen. Aussagekräftiger als diese positive Selbstbeschreibung ist daher die *hohe generelle Toleranz*, die in der Zustimmung zum Item »Solange die Freiheit anderer nicht verletzt wird, kann jeder so leben, wie er will« sichtbar wird: Fünf von sechs der Befragten bejahen diese Aussage. Sowohl die Toleranz-Dimension *Respekt* als auch die der *Koexistenz* erhalten mit über 80% überwältigende Zustimmung. Diese Toleranzaussagen decken sich mit der weitverbreiteten Vorstellung der normativen Richtigkeit innergesellschaftlicher Gleichwertigkeit – zumindest als Ideal und Orientierungspunkt. Neben vielleicht bestehenden Effekten sozialer Erwünschtheit bei diesen Frageformulierungen ist auffällig, dass immerhin ein Sechstel der Befragten diese Aussagen ablehnt. Demnach existieren also durchaus Personen, die deutliche Unterschiede in der Gesellschaft für gerechtfertigt halten – und daher als intolerant einzustufen sind, selbst auf dieser allgemeinen Ebene.

4 Rainer Forst untergliedert Toleranz in vier Dimensionen. Dies sind: (1) die Toleranz-Erlaubnis-Dimension, welche Minderheiten die Erlaubnis gibt, ihren Überzeugungen gemäß zu leben; (2) die Toleranz-Koexistenz-Dimension, welche ein Nebeneinander ungefähr gleich starker Gruppen abbildet; (3) die Toleranz-Respekt-Dimension, in welcher eine moralisch begründete wechselseitige Achtung auf Augenhöhe die Gesellschaft prägt; (4) die Toleranz-Wertschätzungs-Dimension, in der es zu einer breiten Anerkennung der anderen Positionen und Werte kommt. Letztere schließt nicht aus, dass bestimmte Aspekte der anderen Gruppe nicht geschätzt werden, doch ihre Werte werden ethisch bejaht (Forst, 2019, S. 4–6).

Grafik 2: Verbreitung von Indikatoren des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland, Zustimmung (in %)



Noch auffälliger sind die Festlegungen, wer in diese Einschätzung eingeschlossen wird. So rückt der Wunsch nach Gleichwertigkeit in den Hintergrund, wenn länger und kürzer im Land lebende Personen thematisiert werden: Allen Gleichwertigkeitsidealen zum Trotz sieht die Hälfte der Deutschen die Beanspruchung von Sonderrechten für jene als legitim an, die bereits länger im Land leben. Genau genommen finden sich hier starke Anklänge an ein nativistisches Denken, das zwischen autochthonen »Eingeborenen« und Ausländern unterscheidet – und ihnen unterschiedliche Rechte zugesteht. Einem solchen Verständnis wohnen Elemente von Rassismus inne (Benedict, 2019, S. 65–70). Allerdings stellt nur jeder Achte generell infrage, dass andere Gruppen denselben Wert haben wie die eigene. Auch die weite Verbreitung von Toleranz in der Dimension Wertschätzung ist bedeutsam. Pluralität wird von vielen Bürgern und Bürgerinnen, wenn auch nicht von allen, als zu wertschätzendes Prinzip angesehen.

Dies muss sich nicht unmittelbar in einem erweiterten Sozialvertrauen äußern, ist allerdings bei der Hälfte der Befragten der Fall (Grafik 2).

Gerade bei den letzten Indikatoren finden wir *signifikante Differenzen zwischen West- und Ostdeutschland*. So sehen Ostdeutsche noch häufiger als Westdeutsche Grenzen in der Anerkennung von Zugehörigkeit. Deutlich häufiger als ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger in Westdeutschland pochen sie auf die Vorrechte länger eingessener Bevölkerungsteile. Entsprechend seltener sieht man im Osten – wenn auch immer noch mehrheitlich – die zunehmende Pluralisierung als vielversprechende Zukunftsperspektive an. Möglicherweise hängen diese etwas stärkere Abgrenzungsbereitschaft und Aversion gegen Pluralisierung mit einem geringeren Grundvertrauen in andere Menschen zusammen. So findet sich bei 57,2% der Westdeutschen, aber nur bei 41,4% der Ostdeutschen soziales bzw. interpersonales Vertrauen. Insgesamt steht den beachtlichen Teilen der deutschen Bevölkerung, die zu Toleranz bereit sind und die Idee der Gleichwertigkeit vertreten, ein anderer Teil gegenüber, der exkludierende Fragen nach Zugehörigkeit stellt, harte Grenzen zieht und mitunter über wenig Sozialvertrauen verfügt. Für diese Unterscheidung kommt der Selbstwahrnehmung auf der kollektiven Ebene große Bedeutung zu. So empfinden sich auf Nachfrage 57,2% der Ostdeutschen als »Bürger zweiter Klasse«. Bei der vergleichbaren Aussage für Westdeutschland antworten hingegen nur knapp 20% zustimmend. Das Gefühl kollektiver Benachteiligung (Pollack & G. Pickel, 1998; G. Pickel, 1998, S. 170–173) wirkt sich massiv auf das Sozialkapital aus, aber auch auf die Haltung zur Demokratie oder die Bereitschaft, die Gleichwertigkeit anderer – z.B. immigrierter Sozialgruppen – anzuerkennen. Die Akzeptanz von Pluralität, das Sozialvertrauen und die Toleranz hängen letztlich davon ab, ob man selbst oder die eigene Gruppe Anerkennung erfährt. Auch das Level der Identifikation mit der eigenen Gruppe und das Maß der Abgrenzung zu anderen Gruppen spielt in diesem Kontext eine Rolle. Damit stellt sich die Frage, ob und inwieweit diese erkennbaren Defizite in Toleranz, Anerkennung von Pluralität und sozialem Vertrauen eine Gefährdung für die demokratische politische Kultur darstellen.

Tabelle 3: Bivariate Korrelationen zwischen Indikatoren zur demokratischen politischen Kultur, Toleranz und Sozialkapital

	Demokratie, wie sie in Verfassung steht	Zufriedenheit mit der Demokratie	interpersonales Vertrauen	generelle Toleranz (Respekt)	Akzeptanz von Pluralität	Vorrechte für die autochthone Bevölkerung
Legitimität der Demokratie	+.42	+.33	+.29	+.14	+.22	-.15
Demokratie, wie sie in Verfassung steht		+.63	+.26	+.14	+.25	-.21
Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie			+.25	+.07	+.26	-.18
interpersonales Vertrauen				+.14	+.27	-.20
generelle Toleranz (Respektdimension)					+.33	-.20
Akzeptanz von Pluralität (Wertschätzungsdimension)						-.39

Pearsons-Produkt-Moment-Korrelationen; abgebildet nur signifikante Werte $r < .05$; alle Werte hochsignifikant bei $r < .001$; Beziehungsstrukturen können variieren zwischen 0 (keinerlei Zusammenhang) und 1 (vollständige Übereinstimmung); genaue Formulierungen in Grafik 2.

Betrachten wir die Ergebnisse der Korrelationsanalysen in Tabelle 3, muss man diese Frage leider mit ja beantworten.⁵ Die Korrelationen zwischen der Zufriedenheit mit der Demokratie nach Verfassung sowie der Demokratielegitimität zeigen, dass das Fehlen von Toleranz, Sozialvertrauen und Akzeptanz der Pluralität sich gegen demokratische Werte oder ein demokratisches Verständnis wenden. Wer nicht tolerant ist, Pluralität weitgehend ablehnt und zudem Sonderrechte für bestimmte Gruppen fordert, der ist auch eher bereit, sich gegen die Demokratie zu stellen. Speziell

5 Korrelationen messen statistische Zusammenhänge zwischen Variablen. Sie pendeln zwischen -1.0 (vollständig negativer Zusammenhang) und +1.0 (vollständig positiver Zusammenhang, bei 0.0 als Hinweis auf keinerlei Zusammenhang. Inhaltlich beschreiben sie Gleichförmigkeiten und Ungleichförmigkeiten im Antwortverhalten, welche Auskunft über Beziehungen in den Einstellungsstrukturen von Menschen geben.

die Ablehnung von Pluralität und das Einfordern besonderer Rechte für »Einheimische« lässt antidemokratische Positionen gedeihen. Und dies gilt beileibe nicht nur für das gegenwärtige demokratische System, das ja in der Regel mit der aktuellen Regierung verbunden wird, sondern greift tiefer, bis hin zur Ablehnung der Demokratie als Herrschaftsform an sich.

Mit diesen Ergebnissen wird deutlich, warum der gesellschaftliche Zusammenhalt immer wieder mit der Sorge um die Demokratie verbunden wird. Werden bestimmte Gruppen aus der Gemeinschaft ausgekoppelt oder wird die deutsche Bevölkerung emotional aufgeteilt, schwinden die Basiselemente der demokratischen Gemeinsamkeit, wie das interpersonale Vertrauen und die für ein friedvolles Zusammenleben notwendige Toleranz. Und vor allem die Toleranz ist für eine pluralistische Demokratie unverzichtbar. So wird deutlich, dass eine verminderte Akzeptanz für Pluralität – wie die gruppenabgrenzende Forderung nach Vorrechten für die autochthone Bevölkerung – nicht nur mit der Demokratie, wie sie gerade existiert, sondern mit der Legitimität der Demokratie überhaupt in Konflikt steht. Man könnte sagen: Nicht alle, die sich gegen Pluralität aussprechen, sind Demokratiefeinde, aber die Wahrscheinlichkeit, dass sie keine Demokraten oder Demokratinnen sind, steigt mit intoleranten und antipluralistischen Positionen markant.

Politische Kultur, Rechtsextremismus und Autoritarismus

Die Ablehnung von Pluralismus lässt vor dem Hintergrund derzeitiger öffentlicher politischer Debatten die Vermutung aufkommen, dass die Befürwortung einer liberalen, pluralistischen und demokratischen Gesellschaft negativ mit Rechtsextremismus zusammenhängt. Die Daten der Leipziger Autoritarismus Studie 2020 bestätigen dies eindrücklich (Tab. 4). Als zentrale Bezugspunkte für rechtsextreme Einstellungen erweisen sich die Ablehnung von Pluralität ($r = .51$) und ein nativistisches Bild ($r = .53$), das man auf die Gesellschaft anlegt. Dies deckt sich mit Erkenntnissen über hohe Korrespondenzen zwischen Nationalismus und Rechtsextremismus.

Tabelle 4: Korrelationen zwischen Zusammenhalt, Legitimität und Autoritarismus

	Diktatur als beste Staatsform	Rechtsextremismus (REX)	Antisemitismus	Muslimfeindschaft	Autoritarismus (Sadomasochismus)	Autoritarismus (Verschwörungsmentalität)
Legitimität der Demokratie	-.36	-.35	-.26	-.21	-.12	-.32
Demokratie, wie sie in Verfassung steht	-.24	-.34	-.24	-.26	-.12	-.32
Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie	-.20	-.31	-.22	-.22	-.05	-.35
interpersonales Vertrauen	-.20	-.36	-.30	-.27	-.23	-.30
generelle Toleranz (Respektdimension)	-.17	-.26	-.18	-.31	-.17	-.15
Akzeptanz von Pluralität (Wertschätzungsdimension)	-.25	-.51	-.34	-.51	-.33	-.31
Vorrechte der autochthonen Bevölkerung	+.23	+.53	+.39	+.51	+.32	+.30

Pearsons-Produkt-Moment-Korrelationen; abgebildet nur signifikante Werte $p < .05$; alle Werte hochsignifikant bei $p < .001$; REX = Skala Rechtsextremismus

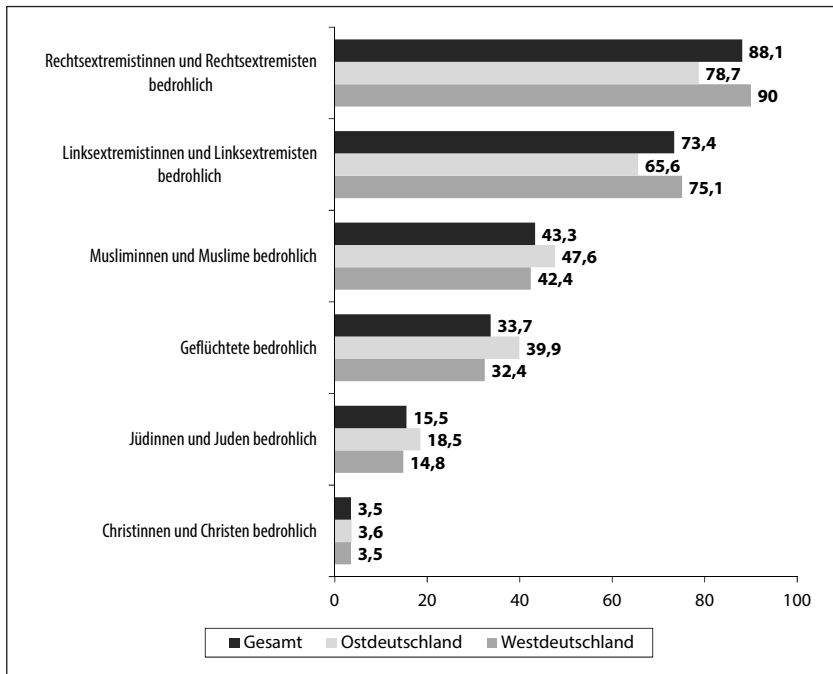
Ebenfalls nicht überraschend besteht ein starker Zusammenhang zwischen der mangelnden politischen Unterstützung der Demokratie und Muslimfeindschaft sowie Antisemitismus. Die Analysen zeigen: Besonders Muslimfeindschaft und Verschwörungsmentalität stehen im Gegensatz zur Anerkennung von Pluralität und Toleranz. Vor allem aber greift hier ein ausgeprägter Nativismus. So neigen Teile der Gesellschaft zum Ausschluss anderer Teile – und zwar besonders der Minderheiten. Aktuell ist folgender Befund noch interessanter: Menschen, die sich offen für Verschwörungstheorien aussprechen, nehmen ebenfalls häufiger eine Gegenposition zur Demokratie ein – und nicht nur zur Demokratie, wie sie gerade existiert, oder zum aktuellen politischen System, sondern auch zur Demokratie an sich. Daher sind die gegenwärtigen verschwörungstheoretisch inspirierten Demonstrationen und Diskurse in sozialen Medien al-

les andere als harmlos, vielmehr liefern sie die Grundlage dafür, dass sich antidemokratische Kräfte formieren können. Auch wenn die kursierenden *Verschwörungstheorien* oft wirr oder unzusammenhängend klingen, formulieren sie doch eine geteilte Abwehrposition, die sich nicht nur gegen die aktuellen politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten richtet, sondern gegen die Demokratie an sich. Die darin mitschwingenden unbestimmten Ängste korrelieren dann auch wenig überraschend mit mangelndem Sozialvertrauen: *Generell tolerante Menschen mit Sozialvertrauen sind deutlich weniger anfällig für Verschwörungstheorien.*

Auch für Rassismus sind sie weniger offen, der für eine demokratische politische Kultur und die Demokratie in ihren Grundwerten ebenso schädlich wie zersetzend ist, etwa in Form von antisemitischen Ressentiments und Vorurteilen oder von Ressentiments gegenüber Musliminnen und Muslimen (G. Pickel et al., 2020a; G. Pickel & Yendell, 2016; Yendell & G. Pickel, 2019). Tatsächlich bündelt sich die Ablehnung des Pluralismus speziell in den Rassismen und richtet sich gegenwärtig besonders gegen Muslime und Musliminnen. Dies gilt, obwohl auch beachtliche antisemitische Tendenzen zu erkennen und statistisch zu belegen sind. Die Abwehr der befürchteten Umvolkung vor dem Hintergrund der Zuwanderung von Muslimen stellt ein Kernelement der Abkehr von der Demokratie dar, vor allem aber ist es Grundlage für die nativistisch geprägten Feindschaft gegen Pluralismus und gesellschaftlicher Pluralisierung (G. Pickel, 2019; G. Pickel et al., 2020a, 2020b). Dies wird mit Blick auf Bedrohungsängste deutlich: Unter den Minderheiten sind es vor allem die Muslime und Musliminnen, durch die sich die Deutschen besonders bedroht fühlen. Doch auch knapp über 15% fühlen sich von Jüdinnen und Juden bedroht. Solche Wahrnehmungen befördern massiv bereits bestehende Abneigungen, welche fundamental für antimuslimischen Rassismus und Muslimfeindschaft sind. Allerdings bestehen auch Ängste vor anderen sozialen und politischen Gruppen. So fühlen sich zwar 43% von Muslimen und Musliminnen bedroht und 36% von Geflüchteten, aber dies ist nichts im Vergleich zur Bedrohungswahrnehmung gegenüber rechtsextremen Personen. Ihnen gegenüber empfinden 90% der Westdeutschen und 80% der Ostdeutschen ein ungutes Gefühl: Sie sehen sich durch Rechtsextremisten, Rechtsextremistinnen und den Rechtsextremismus bedroht. Auch Linksextremisten und Linksextremistinnen stehen bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht hoch im Kurs und lösen breitflächig Ängste aus. Aller-

dings steht diese hinter der wahrgenommenen Gefahr durch den Rechts-
extremismus zurück. In diesen Daten wird deutlich, dass die antidemokra-
tischen Gruppen weitaus stärker als Bedrohung – und damit Bedrohung
der Demokratie – angesehen werden als alle Minderheiten. Nicht nur be-
steht eine Sorge gegenüber Linksextremisten und Linksextremistinnen,
zentraler noch ist eine extrem weit verbreitete Angst vor Rechtsextremis-
ten und Rechtsextremistinnen. Wenn Politik auf solche Ängste reagiert,
scheint dort ein breites Handlungsfeld zu liegen.

Grafik 3: Bedrohungsängste gegenüber unterschiedlichen sozialen und politischen Gruppen, Zustimmung (in %)



Dabei finden sich West-Ost-Unterschiede. So finden weniger Ostdeutsche
extremistische Positionen bedrohlich, aber mehr die als fremd wahrgen-
ommenen Gruppen. Das Bedrohungsgefühl gegenüber Muslimen und
Musliminnen korreliert positiv mit dem Wunsch nach einer Diktatur und
negativ mit der Anerkennung der Demokratie als bester Staatsform, wäh-

rend es sich mit der Bedrohungswahrnehmung durch Rechtsextremisten und Rechtsextremistinnen genau andersherum verhält. Die Angst vor Rechtsextremismus scheint Demokraten und Demokratinnen zu einen, die Angst vor der muslimischen Immigration die Antidemokraten und Antidemokratinnen.

Tabelle 5 zeigt anhand einer Regressionsanalyse, wie sich welche Faktoren auf die Haltung zur Demokratie auswirken. Zunächst wird sichtbar, dass die *Legitimität der Demokratie* unter denen, die sie ablehnen, zentral durch die Verschwörungsmentalität geprägt ist. Nur das tiefsitzende Gefühl persönlicher Benachteiligung kann eine ähnliche Delegitimierung der Demokratie als Ideal und Regierungsform mit sich bringen. Stützende Faktoren sind dagegen ein gutes Sozialvertrauen und die Toleranz gegenüber Pluralität. Zudem ist die Legitimität der Demokratie in Ostdeutschland etwas geringer ausgeprägt – für die politische Kulturforschung eine Folge von sich nur langsam ändernden Sozialisationserfahrungen. Auffällig ist zudem der Effekt des Autoritarismus. Wirkt eine Verschwörungsmentalität der positiven Grundeinstellung gegenüber der Staatsform Demokratie deutlich entgegen, spalten sich die Elemente des Autoritarismus auf: Während der Hang zur autoritären Aggression im Gegensatz zur Demokratie steht, ist die autoritäre Unterwerfung scheinbar ein Bestandteil der Untertanenkultur, welche eine *Civic Culture* (Almond & Verba, 1963) ebenso aufrechterhalten kann wie auch partizipative Elemente. Konventionalismus wirkt ebenfalls – wenn auch schwach – der Legitimität der Demokratie entgegen. Der zentrale Faktor für die Legitimität der Demokratie ist aber das Vertrauen: Wer Verschwörungen vermutet und kein Vertrauen in Menschen hat, stellt die Staatsform auch eher infrage.

Demgegenüber beruht die *Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie* hauptsächlich auf einer Mischung aus dem Gefühl der Legitimität der Demokratie und der positiven Einschätzung der wirtschaftlichen Effektivität der BRD – nicht aber der persönlichen Wirtschaftslage. Dagegen sinkt die Zufriedenheit, wenn Gefühle fehlender sozialer Anerkennung und Verschwörungsmentalität vorherrschen. Es ist nicht zwingend die objektive Lage, die über die Zufriedenheit der Bürger und Bürgerinnen entscheidet: Bildung oder die objektive soziale Lage – gemessen am Haushaltseinkommen – besitzen bei Kontrolle auf andere Faktoren keinerlei Bedeutung für die Haltung zur aktuellen Demokratie.

Tabelle 5: Demokratiezufriedenheit und Legitimität der Demokratie
(Regressionsanalyse)

	Demokratie- zufriedenheit (Funktionieren der Demokratie in der BRD)	Legitimität der Demokratie (Demokratie passt am besten)
Geschlecht (Richtung: Frau)	n.s.	n.s.
Alter	.10**	.07*
Haushaltseinkommen	n.s.	n.s.
Bildung niedrig	n.s.	n.s.
Bildung hoch	n.s.	n.s.
Wohnort (Richtung: Ostdeutschland)	-.10**	-.09**
Verschwörungsmentalität	-.22**	-.18**
Autoritarismus: autoritäre Aggression	n.s.	-.09**
Autoritarismus: Konventionalismus	.07*	-.05
Autoritarismus: autoritäre Unterwerfung	.09**	.08*
ideologische Links-Rechts-Orientierung (Ausrichtung rechts)	n.s.	n.s.
Sozialvertrauen	.06*	.14**
Gefühl persönlicher Benachteiligung	n.s.	-.18**
Ich fühle mich als Mensch zweiter Klasse behandelt.	-.18**	-.14**
Demokratie ist das politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt. (Legitimität der Demokratie)	.16**	nicht berücksichtigt
Anerkennung von Pluralität	.12**	.07*
generelle Toleranz (Solange die Freiheit anderer nicht verletzt wird, kann jeder so leben, wie er will.)	.05	.05
individuelle Deprivation – Einschätzung eigene wirtschaftliche Lage aktuell	n.s.	n.s.
individuelle Deprivation – Einschätzung eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr	n.s.	n.s.

Fortsetzung Tabelle 5

	Demokratie- zufriedenheit (Funktionieren der Demokratie in der BRD)	Legitimität der Demokratie (Demokratie passt am besten)
kollektive Deprivation – Einschätzung der gesamten wirtschaftliche Lage aktuell	.14**	n.s.
kollektive Deprivation – Einschätzung der gesamten wirtschaftliche Lage in einem Jahr	.14**	n.s.
politische Effektivität – kein Einfluss auf Politik	.06	n.s.
korrigiertes R-Quadrat	.29	.21
N	2.148	2.131

Lineare Regressionsanalysen; ausgewiesen standardisierte beta-Werte der Regression; paarweiser Fallausschluss; n.s. = nicht signifikant; **p < .01; *p < .05

Relevant sind subjektive Einschätzungen der gegenwärtigen und zukünftigen ökonomischen Entwicklung im Land. Sie werden in Teilen durch grundsätzliche Vorstellungen mitgeprägt: So reduziert eine Verschwörungsmentalität den Glauben an die Demokratie und das aktuelle System mit seinen Politikern und Politikerinnen; doch wer die Demokratie generell als legitim ansieht, ist eher bereit, dem aktuellen demokratischen System (Tab. 1 und 2) ein Vorschussvertrauen zu geben. Interessanterweise wirken sich autoritärer Konventionalismus und autoritäre Unterwerfung günstig auf die Demokratiezufriedenheit aus. Autoritäre Aggression besitzt dagegen keine Relevanz. Gewisse Formen von Unterordnung oder Gehorsam scheinen nicht generell gegen die Unterstützung der Demokratie zu sprechen. Problematisch werden sie jedoch, weil hier das Potenzial fehlt, für die Demokratie einzutreten. Anders gesagt: Käme es zum Systemwechsel, würde man sich auch einem anderen System unterordnen. Diese Elemente, die Almond und Verba schon 1963 als Teil einer »Untertanenkultur« einstuften, scheinen auch heute in Deutschland Bedeutung zu besitzen. Allerdings in geringerem Maße als andere Erklärungsfaktoren.

Wie sieht es mit der Parteipräferenz aus bzw. lassen sich zwischen Wählerinnen und Wählern verschiedener Parteien hinsichtlich der demo-

kratischen Kultur und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt Unterschiede erkennen? Anders als Rechtsextremisten und Rechtsextremistinnen beschwören Rechtspopulisten und Rechtspopulistinnen immer wieder, auf dem Boden der Verfassung zu stehen und die »wahren, auf die Freiheit des Einzelnen zielenden Demokraten zu sein«. Nimmt man die AfD als zentrale Vertreterin des rechtsradikalen Populismus, so scheint dies nach den Daten der Leipziger Autoritarismus Studie 2020 auf ihre Wähler und Wählerinnen nur begrenzt zuzutreffen. Zwar sehen sich die meisten als Demokratinnen und Demokraten und empfinden die Demokratie als die beste Staatsform, doch ist ihre Unzufriedenheit besonders hoch: 78,3% sind mit der aktuellen Demokratie unzufrieden, die Hälfte mit der Demokratie in ihrer Verfassungsform und drei Viertel der AfD-Wählerinnen und Wähler lehnen eine pluralistische Gesellschaft ab (72,1%) und fordern Vorrechte für die indigene Bevölkerung (74,5%). Dies deckt sich mit Erkenntnissen aus anderen Studien (siehe auch Jörke & Selk, 2017, S. 72–78; Lengfeld, 2017, S. 219; Lengfeld & Dilger, 2018). Die Einteilung der Rechtspopulisten in ein »Wir« und die »Anderen« bzw. in »Freund« und »Feind« steht im Gegensatz zur Akzeptanz von gesellschaftlicher Vielfalt (siehe auch Arzheimer, 2019, S. 97–99; Mudde & Kaltwasser, 2017, S. 4–35; Priester, 2007, S. 215–220; Steiner & Landwehr, 2018). Dabei ist die Ablehnung der Demokratie sehr umfassend; sie erschöpft sich nicht in Unzufriedenheit mit ihrem derzeitigen Funktionieren oder in Politikerverdrossenheit, sondern stellt die Demokratie als beste Herrschaftsform generell infrage (Decker & Brähler, 2018; Heitmeyer, 2018).

Den Ergebnissen in Tabelle 6 zufolge ist die Wählerschaft von Bündnis 90/den Grünen am stärksten in der Demokratie verankert. Diese Gruppe ist – selbst in der parlamentarischen Opposition – mit der gegenwärtigen Demokratie sehr zufrieden und teilt die Wertschätzung als übergreifende Vorstellung von einer pluralistischen Gesellschaft mit den Wählerinnen und Wählern der Linken. Letztere ist unter Wählerinnen und Wählern der CDU und CSU zwar nicht so stark ausgeprägt, bewegt sich aber immerhin auch noch über 70%. Dafür ist die Legitimität und die Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie auf ähnlich hohem Niveau wie bei den Grünen.

Tabelle 6: Zusammenhänge zwischen Legitimität der Demokratie, gesellschaftlichem Zusammenhalt, Toleranz und Wahlentscheidung, Zustimmung (in %)

	CDU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen	CSU
Legitimität der Demokratie	97,6	95,1	86,7	97,6	98,3	98,7	93,9
Zufriedenheit mit Demokratie, wie sie in Verfassung steht	87,1	81,5	50,0	78,5	82,5	88,4	81,5
Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie	73,5	69,5	21,7	52,3	44,9	73,6	76,3
Interpersonales Vertrauen	63,3	59,1	35,9	56,4	59,6	78,3	50,7
Solange die Freiheit anderer nicht verletzt wird, kann jeder so leben, wie er will. (Toleranz Respekt)	87,0	91,0	83,3	95,5	89,1	90,4	88,0
Akzeptanz von Pluralität (Toleranz Wertschätzung)	70,0	79,0	27,8	72,1	85,7	88,7	72,8
Vorrechte von autochthoner Bevölkerung	47,1	49,0	74,5	35,7	24,2	24,6	53,0

Mit der Sozialkapitalforschung könnte man in Anlehnung an Putnam (2000) die Vergemeinschaftung von AfD-Wählern und -Wählerinnen als rein auf das *bonding*, also die innere Bindung, orientiert verstehen – ohne Offenheit für das *bridging* zu anderen Gruppen (Diese Einschätzung wird durch das Ziel rechtspopulistischer Parteien gestützt, Polarisierungen eher herbeiführen als beheben zu wollen). Daher überrascht es nicht, dass AfD-Wähler und -Wählerinnen mit Abstand über das geringste interpersonale Vertrauen verfügen. Bei ihnen herrschen Abgrenzung und Ängste vor, was sich mit den Befunden deckt, dass sie sich besonders häufig vor Geflüchteten und Menschen mit muslimischer Religion fürchten. Mit Ausnahme der Wählerschaft der AfD und einigen kleineren Schwankungen bei den anderen Parteien zeigt sich insgesamt eher eine gefestigte Unterstützung der liberalen und pluralistischen Demokratie. Nur die Frage, welche Gruppen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt einbezogen werden sollen, scheint auch bei der Anhängerschaft anderer Parteien zu

gelegentlichen Meinungsverschiedenheiten zu führen. Dies geschieht aber meist auf dem Boden einer breiten Akzeptanz der derzeit institutionell verankerten Demokratie.

Die demokratische politische Kultur im Zwiespalt zwischen sozialem Vertrauen, Toleranz für Pluralisierung und Verschwörungstheorien

Wie wir in diesem Kapitel gezeigt haben, finden wir in Deutschland eine tief verankerte demokratische politische Kultur. Die Staatsform der (liberalen) Demokratie und deren Ideale haben sich der deutschen Bevölkerung eine *hohe Legitimität* erarbeitet. Diese Legitimität wirkt sich auch auf die Umsetzung der Demokratie aus. Besonders dann, wenn »Politik« verfassungskonform und im Sinne des Gemeinwohls handelt, kann die deutsche Demokratie in der Praxis von ihrer Legitimität profitieren. Dem stehen allerdings konkrete Unzufriedenheiten gegenüber. In Deutschland wirkt sich vor allem eine ungünstige Einschätzung der wirtschaftlichen Effektivität des Landes, das Gefühl fehlender Anerkennung und eine grundsätzliche Distanz zur Demokratie auf die Haltung zum aktuellen demokratischen System aus. So hat die Leipziger Autoritarismus Studie 2020 unter den Befragten Einstellungsmuster gefunden, die auf Unzufriedenheit mit der aktuellen Demokratie hinweisen, aber auch solche, die grundsätzlich mit der Legitimität der Demokratie und der Vorstellung von einer liberalen und pluralistischen Demokratie in Konflikt geraten. Die zentralen Faktoren sind erstens der Glaube an Verschwörungen (Verschwörungsmentalität), zweitens die Ablehnung des – der liberalen Demokratie eigenen – Pluralismus und drittens eine geringe Toleranzbereitschaft. Obwohl nicht alle, die gegen *Pluralismus und Pluralisierung* eingestellt sind, auch antidemokratisch denken, eröffnet die antipluralistische Haltung doch den Einstieg zu antidemokratischen Positionen. Exklusivismus und Nativismus richten sich gegen zentrale Werte der liberalen Demokratie. Über den Weg der Unzufriedenheit mit der aktuellen Demokratie entwickelt sich – ganz im Sinne des Ablaufmodells der politischen Kulturforschung (Almond & Verba, 1963; Lipset, 1981; siehe auch Tab. 1 & 2) – eine tiefer greifende Ablehnung des demokratischen Systems, das mit der Idee des Pluralismus auf das Engste verbunden ist.

Nativistische Vorteilsbestrebungen und die Offenheit für Verschwörungstheorien stützen antipluralistische und antidemokratische Einstellungen. In diesem Vorstellungssystem gilt auch ein anderes Verständnis von *gesellschaftlichem Zusammenhalt*, der nur auf die eigene, nativistisch definierte Gruppe bezogen wird – und nicht auf die Gesamtheit der Bürger und Bürgerinnen, die im Staatsgebiet leben. Eine solche Sichtweise birgt Schwierigkeiten für einen, die gesamte Bevölkerung umfassenden, gesellschaftlichen Zusammenhalt in einem ethnisch heterogenen Kollektiv wie der Bundesrepublik. So werden bestimmte Gruppen – seien es Immigranten, Ausländerinnen, Muslime oder sogar Personen, die diesen Bevölkerungsgruppen helfen – aus der eigenen (»Volks«-)Gemeinschaft exkludiert. Diese unterschiedliche *Wahrnehmung dessen, was politische Gemeinschaft ist und wer dazugehört, stellt den zentralen Konflikt und Ausgangspunkt für die innergesellschaftliche Polarisierung* dar, welche die Debatten um den gesellschaftlichen Zusammenhalt angeregt haben. Im Rahmen dieses Polarisierungsprozesses werden zentrale Komponenten einer politischen Kultur, wie sie für den Erhalt und die Stabilität einer Demokratie notwendig sind, gegeneinander in Stellung gebracht: das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft und die generelle Legitimität der Demokratie, ihrer Ideen und Staatsform. Da diese Staatsform Pluralismus und individuelle Freiheit beinhaltet, liefern eine streng exklusivistische Vorstellung der politischen Gemeinschaft und autoritäre Einstellungsstrukturen die zentralen Gefährdungspotenziale für Demokratien, besonders dann, wenn Verschwörungstheorien über politische Eliten hinzukommen.

Die Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studie 2020 zeigen eindeutige statistische Beziehungen zwischen Verschwörungsmentalität, fehlender Anerkennung von Pluralismus und genereller Intoleranz (im Sinne mangelnder Wertschätzung anderer), aber auch deren ungünstige Auswirkungen auf die Zufriedenheit und Legitimität der Demokratie. Dem wirkt der Gedanke eines übergreifenden sozialen Zusammenhalts, wie ihn das interpersonale Vertrauen oder Toleranz abbildet, entgegen. Umfasst die Persönlichkeitsstruktur Merkmale der autoritären Aggression und mangelt es den Befragten an persönlicher sozialer Anerkennung, so neigen sie eher dazu, das demokratische politische System nicht zu unterstützen. Fühlen sie sich persönlich oder als Mitglied einer bestimmten Gruppe (wie z.B. der ostdeutschen Bevölkerung) in ihren Leistungen nicht anerkannt, schwächt dies ebenfalls die Bindung an die Demokratie – teilweise weit-

reichend bis hin zur Erosion ihrer Akzeptanz als Staatsform. Identifiziert man die Formierung von Verschwörungstheoretikern und Antidemokratinnen in der Nähe rechtsradikaler Parteien, wie es in Deutschland für die AfD der Fall ist, dann stellen Gefühle fehlender Anerkennung und (Verschwörungs-)Ängste zusammen mit einem massiven Antipluralismus hinreichende Bedingungsfaktoren für die Ausbreitung rechtsextremer Einstellungen dar. Beantworten wir unsere Ausgangsfrage, können wir sagen: Zurzeit ist die demokratische politische Kultur in Deutschland ausgesprochen stabil und tief verankert. Gleichwohl unterhöhlen Antipluralismus und Verschwörungstheorien die demokratische politische Kultur. Ein Grund, ihnen entgegenzuwirken.

Literatur

- Almond, G. & Verba, S. (1963). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.
- Arzheimer, K. (2019). »Don't Mention the war!« How Populist Right-Wing Radicalism Became (Almost) Normal in Germany. *Journal of Common Market Studies*, 57, 90–102.
- Beck, U. (1984). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Benedict, R. (2019 [orig. 1940]). *Race, Science and Politics*. Athens: University of Georgia Press.
- Bertelsmann Stiftung (2017). *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt*. Gütersloh: Bertelsmann.
- Bertelsmann Stiftung (2018). *Populismusbarometer 2018. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018*. Gütersloh: Bertelsmann.
- Beyme, K. von (2017). *Rechtspopulismus. Ein Element der Neodemokratie?* Wiesbaden: Springer VS.
- Bieber, I., Rossteutscher, S. & Scherer, P. (2018). Die Metamorphosen der AfD-Wählerschaft: Von einer euroskeptischen Protestpartei zu einer (r)echten Alternative? *Politische Vierteljahresschrift*, 59(3), 433–462.
- Coser, L. (1956). *The Functions of Social Conflict*. London: Routledge.
- Dahrendorf, R. (1956). *Class and Class Conflict in Industrial Societies*. Stanford: Stanford University Press.
- Decker, O. & Brähler, E. (2018). *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen: Psychosozial.
- Easton, D. (1965). *A System Analysis of Political Life*. New York: Wiley.
- Easton, D. (1975). A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science*, 5, 435–457.
- Eatwell, R. & Goodwin, M. (2018). *National Populism. The Revolt Against Liberal Democracy*. Milton Keynes: Pelican Books.
- Ferrin, M. & Kriesi, H. (Hrsg.) (2016). *How Europeans view and evaluate democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Forst, R. (2003). *Toleranz im Konflikt. Geschichte, Gehalt und Gegenwart eines umstrittenen Begriffs*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Forst, R. (2019). Toleranz und Anerkennung. In L. Siep, H. Ikäheimo & M. Quante (Hrsg.), *Hand-*

- buch Anerkennung* (S. 1–28). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-19561-8_14-1.
- Fuchs, D. (1989). *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Hambauer, V. & Mays, A. (2018). Wer wählt die AfD? Ein Vergleich der Sozialstruktur, der politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen anderer Parteien. In G. Pickel, A. Röder & A. Blätte (Hrsg.), *Migration und Integration als politische Herausforderung – Vergleichende Analysen zu politisch-kulturellen Voraussetzungen der Migrationspolitik und Reaktionen*. Special Issue der *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 12(1), 133–154.
- Heitmeyer, W. (2018). *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Holtmann, E. (2018). *Völkische Feindbilder. Ursprünge und Erscheinungsformen des Rechtspopulismus in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Honneth, A. (2016). *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. (9. Aufl.).
- Janowski, M. & Lewandowsky, M. (2018). Die AfD im achten Europäischen Parlament: Eine Analyse der Positionsverschiebung basierend auf namentlichen Abstimmungen von 2014–2016. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 12(4), 567–589.
- Jörke, D. & Selk, V. (2017). *Theorien des Populismus. Eine Einführung*. Hamburg: Junius Verlag.
- Koopmans, R., Statham, P., Giugni, M. & Passy, F. (2005). *Contested Citizenship. Immigration and Diversity in Europe*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Lengfeld, H. (2017). Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *Kölnische Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 69, 209–232.
- Lengfeld, H. & Dilger, C. (2018). Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der »Alternative für Deutschland« mit dem Sozio-ökonomischen Panel 2016. *Zeitschrift für Soziologie*, 47(3), 181–199.
- Lipset, S. M. (1981). *Political Man: The Social Base of Politics*. Baltimore: Penguin.
- Mudde, C. & Kaltwasser, C. R. (2017). *Populism. A Very Short Introduction*. Oxford: University Press.
- Norris, P. & Inglehart, R. (2019). *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and authoritarian Populism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Parsons, T. (2012) [orig. 1951]. *The Social System*. New Orleans: Quid Pro Books.
- Pickel, G. (1998). Eine ostdeutsche »Sonder«-mentalität acht Jahre nach der Vereinigung? – Fazit einer Diskussion um Sozialisation und Situation. In S. Pickel, G. Pickel & D. Walz (Hrsg.), *Politische Einheit – Kultureller Zwiespalt? – Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998* (S. 157–177). Berlin: Peter Lang Verlag.
- Pickel, G. (2013). Die kulturelle Verankerung von Autokratien – Bestandserhalt durch ideologische Legimitationsstrategien und ökonomische Legitimität oder Demokratisierung? In S. Kailitz & P. Köllner (Hrsg.), *Autokratien im Vergleich. Sonderheft 47. Politische Vierteljahresschrift* (S. 176–204). Baden-Baden: Nomos.
- Pickel, G. (2015). Neue Entwicklungen der politischen Kultur. Politische Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland: Neue Krisenerscheinungen oder doch alles beim Alten? In M. Kneuer (Hrsg.), *Standortbestimmung Deutschlands: Innere Verfasstheit und internationale Verantwortung* (S. 155–194). Baden-Baden: NOMOS.
- Pickel, G. (2019). Auf dem Weg in die Postdemokratie? In C. Wiesner & P. Harfst (Hrsg.), *Legitimität und Legitimation. Vergleichende Perspektiven* (S. 97–138). Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, G., Celik, K., Schuler, J. & Decker, O. (2020a). Bedrohungsempfinden als Quelle gruppen-

- bezogener Vorurteile durch Religionen in einer heterogenen Stadtgesellschaft. Analysen des Berlinmonitors. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 4(1), 7–43.
- Pickel, G., Liedhegener, A., Jaeckel, Y., Odermatt, A. & Yendell, A. (2020b). Religiöse Identitäten und Vorurteile in Deutschland und der Schweiz – Konzeptionell Überlegungen und empirische Befunde. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 4(1), 149–196.
- Pickel, G. & Pickel, S. (2018). Migration als Gefahr für die politische Kultur? Kollektive Identitäten und Religionszugehörigkeit als Herausforderung demokratischer Gemeinschaften. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft (ZfVP)*, 12(1), 297–320.
- Pickel, G. & Pickel, S. (2020c). Gesellschaftlicher Zusammenhalt (in Sachsen) als Konsequenz von Sozialkapital, Responsivität und positiver Transformationsverarbeitung. In S. Kailitz, F. Asbrock, H. Greschke, G. Pickel, S. Rindermann, A. Röder & J. Schulze-Wessel (Hrsg.), *Sachsen zwischen Integration und Desintegration. Politisch-kulturelle Heimaten*. Wiesbaden: Springer VS (in Druck).
- Pickel, G., Reimer-Gordinskaya, K. & Decker, O. (2019). *Der Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie*. Berlin: zu Klampen.
- Pickel, G. & Yendell, A. (2016). Islam als Bedrohung? Beschreibung und Erklärung von Einstellungen zum Islam im Ländervergleich. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 10(3–4), 273–309. doi: 10.1007/s12286-016-0309-6.
- Pickel, S. (2016). Konzepte und Verständnisse von Demokratie in Ost- und Westeuropa. In S. Schubert & A. Weiß (Hrsg.), *Demokratie jenseits des Westens. Theorien, Diskurse, Einstellungen. Sonderheft 51. Politische Vierteljahresschrift* (S. 318–342). Baden-Baden: Nomos.
- Pickel, S. (2019). Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt? In K.-R. Korte (Hrsg.), *Die Bundestagswahlen 2017* (S. 145–175). Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, S. & Pickel, G. (2006). *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Pickel, S. & Pickel, G. (2016). Politische Kultur in der Vergleichenden Politikwissenschaft. In H.-J. Lauth, M. Kneuer & G. Pickel (Hrsg.), *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft* (S. 541–556). Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, S. & Pickel, G. (2020d). *Demokratie. Eine Einführung*. Darmstadt: Kohlhammer (in Druck).
- Pickel, S. & Pickel, G. (2020e). *Einführung in die politische Kulturforschung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, S. & Pickel, G. (2020f). Politische Kultur und gesellschaftliche Integration. In G. Pickel, S. Kailitz, J. Schulze-Wessel, A. Röder & O. Decker (Hrsg.), *Handbuch Integration*. Wiesbaden: Springer VS. doi.org/10.1007/978-3-658-21570-5_12-1.
- Pickel, S. & Pickel, G. (2020g). Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall – eine gemeinsame demokratische politische Kultur oder immer noch eine Mauer in den Köpfen? *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30(2). doi.org/10.1007/s41358-020-00230-7.
- Pickel, S., Pickel, G. & Walz, D. (Hrsg.) (1998). *Politische Einheit – Kultureller Zwiespalt? – Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998*. Berlin: Peter Lang Verlag.
- Pollack, D. & Pickel, G. (1998). Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? Die Einstellung der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B41-42, 9–23.
- Priester, K. (2007). *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*. Frankfurt am Main: Campus.
- Putnam, R. D. (2000). *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.
- Quent, M. (2019). *Deutschland Rechts Außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können*. München: Piper.

- Rippl, S. & Seipel, C. (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70(1), 237–254.
- Schmidt, M. G. (2019). *Demokratiethorien. Eine Einführung* (6. Aufl.). Wiesbaden: Springer VS.
- Stanley, D. (2003). What do we know about Social Cohesion: The Research Perspective of the Federal Governments's Social Cohesion Research. *The Canadian Journal of Sociology*, 28(1), 5–17.
- Steiner, N. & Landwehr, C. (2018). Populistische Demokratiekonzeptionen und die Wahl der AfD: Evidenz aus einer Panelstudie. *Politische Vierteljahresschrift*, 59(3), 463–492.
- Tajfel, H. & Turner, J. C. (1986). The Social Identity Theory of Intergroup Behavior. In S. Worchel & W. Austin (Hrsg.), *Psychology of Intergroup Relations* (S. 7–24). Chicago: Nelson-Hall.
- Unzicker, K. (2017). Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland besser als sein Ruf. Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2017/dezember/%20gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-deutschland-besser-als-sein-ruf/> (03.12.2018).
- Welzel, C. & Inglehart, R. (2009). Political Culture, Mass Beliefs, and Value Change. In C. Haerper, P. Bernhagen, R. Inglehart & C. Welzel (Hrsg.), *Democratization* (S. 126–144). Oxford: Oxford University Press.
- Westle, B. (1999). *Kollektive Identität im vereinigten Deutschland – Nation und Demokratie in der Wahrnehmung der Deutschen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Westle, B. (2013). Kollektive Identität in Deutschland – Entwicklungen und Zwischenbilanz. In S. Keil & I. Thaidigsmann (Hrsg.), *Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie* (S. 273–298). Wiesbaden: Springer VS.
- Wildt, M. (2017). *Volk, Volksgemeinschaft, AfD*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Yendell, A. & Pickel, G. (2019). Islamophobia and anti-Muslim feeling in Saxony – theoretical approaches and empirical findings based on population surveys. *Journal of Contemporary European Studies*, 32(3), 1–15. doi: 10.1080/14782804.2019.1680352.
- Yendell, A. (2013). Muslime unerwünscht? Zur Akzeptanz des Islam und dessen Angehörigen. Ein Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland. In G. Pickel & O. Hidalgo (Hrsg.), *Religion und Politik im vereinigten Deutschland. Was bleibt von der Rückkehr des Religiösen?* (S. 221–248). Wiesbaden: Springer VS.

4. Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt: *industrial citizenship* zur Stärkung der Demokratie¹

Johannes Kiess & Andre Schmidt

Die Leipziger Autoritarismus Studien (LAS) verstehen sich als Beitrag zur Demokratieforschung. In diesem Kapitel wenden wir uns einer gesellschaftlichen Sphäre zu, die im Rahmen bisheriger Forschung zu Rechts-Extremismus und Abwertungsbereitschaft genauso wie zu demokratiefördernden Potenzialen eher implizit Erwähnung fand: der Arbeitswelt. Die Frage, welche Rolle die Erfahrung demokratischer oder undemokratischer Vergesellschaftung bzw. die »Anerkennung als Subjekt in den wesentlichen Lebensbereichen des Alltags« (Decker et al., 2018, S. 162) für die autoritäre Dynamik spielt, wurde bereits in der LAS 2018 aufgeworfen. Dabei zeigten sich Zusammenhänge zwischen vorenthaltener Anerkennung und rechtsextremer Einstellung (ebd., S. 163f.). Axel Honneth (1992), dessen Arbeiten hierzu als grundlegend gelten, unterscheidet drei Sphären von Anerkennung: Neben der Anerkennung als Person und der als Bürgerin oder Bürger beschreibt er auch die Sphäre der Arbeit als eine ihrer möglichen Quelle – im Sinne der »Anerkennung als tätiger Mensch« (Decker, 2018, S. 55f.).

Mit dem Konzept *industrial citizenship* (IC) richten wir nun einen genaueren Blick auf die Erfahrungen im Betrieb und am Arbeitsplatz. Wir fragen, wie Beteiligung, Solidarität und Anerkennung hier erlebt werden und wie sich dieses Erleben auf die politischen Einstellungen der Lohnabhängigen auswirkt. Im Mittelpunkt unseres Interesses steht dabei die Zufriedenheit mit der Demokratie. Zudem blicken wir auf die Bereitschaft

1 Für wertvolle Anmerkungen zu diesem Kapitel bedanken wir uns bei Oliver Decker und Lukas Egger.

zu gruppenbezogener Abwertung und die rechtsextreme Einstellung, deren Kern die Ablehnung demokratischer Vermittlung und Aushandlung von Herrschaft sowie der demokratischen Gleichwertigkeitsnorm ist. Die Themen Mitbestimmung, Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenrechte, Solidarität und Wirtschaftsdemokratie sind in der Industrie- und Arbeitssoziologie kontinuierlich Gegenstand der Forschung. Bisher wurde aber auch hier kaum empirisch untersucht, inwiefern *industrial citizenship* – im Sinne von Erfahrungen der Beteiligung, Anerkennung und Solidarität in der Arbeitswelt – einen positiven Einfluss auf demokratische oder einen negativen auf antidemokratische Einstellungen hat.

Mit der Frage nach dem Zusammenhang von Demokratie und Arbeitswelt stoßen wir auf ein grundsätzliches Paradox bürgerlicher Marktgesellschaften (Decker et al., 2018): Der individuelle Bürgerstatus und die mit ihm verbrieften Ansprüche auf Gleichheit und demokratische Entscheidungsfindung gelten zwar in der politischen Sphäre, geraten aber in der Wirtschafts- und Arbeitswelt schnell an ihre Grenzen. Obwohl Unternehmen und Lohnabhängige sich formal als gleichberechtigte Vertragspartner begegnen, besteht in den konkreten Beziehungen – auch unter Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft² – ein Machtungleichgewicht. Zentrale Entscheidungen im Betrieb und auf dem Arbeitsmarkt sind der Einflussnahme der Arbeitenden entzogen. Lohnabhängige – also Menschen, die zum Lebensunterhalt auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind – stehen generell unter einem anderen Zugzwang als ein Unternehmen, das eine Einstellung auch unterlassen kann (Offe & Wiesenthal, 1980, S. 76f.). Mit der Arbeitswelt ist daher ein zentraler Lebensbereich durch ein »Demokratiedefizit« oder »civic deficit« gekennzeichnet (Lockwood, 1996; siehe auch Fudge, 2006; Brinkmann & Nachtwey, 2013, S. 510).

Dementsprechend lässt sich auf eine lange Geschichte von Bestrebungen zur Demokratisierung der Wirtschaft zurückblicken, die vor allem

2 Der Begriff der sozialen Marktwirtschaft besitzt unterschiedliche Bedeutungen (z.B. Quaas, 2000; Kiess, 2019). Gerade im Vergleich mit radikal freien oder auch etatistischen Kapitalismusmodellen ist die soziale Marktwirtschaft durch eine zumindest partielle Dekommodifizierung der Arbeit geprägt, aber auch – abhängig vom Organisationsgrad der Gewerkschaften – durch relativ starke Formen der betrieblichen Mitbestimmung sowie der betriebs- und sektorübergreifenden Koordination der am Wirtschaftsleben Teilnehmenden.

über die betriebliche, aber auch die sozialpartnerschaftliche Interessenvertretung erreicht werden soll. Auch über den Arbeitsmarkt oder den Betrieb hinaus ist diesen eine hohe demokratiepolitische Relevanz zugesprochen worden. So wurde in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg die Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft im Kontext der *Re-Education* erhoben. Unter anderem Hans Böckler (erster DGB-Vorsitzender 1949–1951) und Otto Brenner (Erster Vorsitzender der IG Metall 1956–1972) setzten sich vehement für entsprechende rechtliche Regelungen ein. 1952 trat das Betriebsverfassungsgesetz in Kraft, das die Mitbestimmung rechtlich neu verankerte, nachdem das Betriebsrätegesetz der Weimarer Republik 1934 von den Nationalsozialisten zugunsten des Führerprinzips aufgehoben worden war. Das zuletzt 2001 novellierte Gesetz sieht die Möglichkeit der Mitbestimmung für kleine Unternehmen und eine zwingende Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei großen Unternehmen vor. Eine Wirtschaftsdemokratie ist damit allerdings nicht geschaffen: Betriebsräte haben keine Mitsprache bei betrieblichen Entscheidungen, sie müssen lediglich informiert werden. Doch Personalangelegenheiten wie Einstellungen, Weiterbildungen und Arbeitszeiten müssen die Unternehmen mit den Betriebsräten abstimmen. Artikel 9 Grundgesetz (insb. Absatz 3) sichert die Vereinigungsfreiheit und Tarifautonomie und damit die Freiheit von Gewerkschaften. Damit tritt neben die vor allem auf Kooperation zielende betriebliche Mitbestimmung eine stärker konfliktorientierte, zweite Ebene der kollektiven Interessenvertretung. Auch Arbeitskämpfe sind grundgesetzlich geschützt. Bis heute gelten die bundesdeutschen Regelungen der Mitbestimmung im internationalen Vergleich als besonders weitreichend (Kißler et al., 2011, S. 36ff.).

Wenn wir im Folgenden der Frage nachgehen, welche Demokratisierungspotenziale Beteiligung, Solidarität und Anerkennung besitzen, untersuchen wir dabei nicht die demokratische Qualität dieser institutionellen Arrangements. An diesen gäbe es sicher vieles zu kritisieren und diverse Probleme zu diskutieren. Stattdessen wollen wir den Zusammenhang von Erfahrungen mit betrieblicher Beteiligung und gesellschaftspolitischen Einstellungen von Individuen erkunden. Dazu skizzieren wir zunächst eine individualsbezogene, praxisorientierte Perspektive auf das Konzept *industrial citizenship*. Daran anschließend stellen wir kurz Überlegungen vor, wie Erfahrungen mit Solidarität und Beteiligung zur Ausprägung einer

mehr oder weniger demokratischen Einstellung beitragen können. Einige arbeitssoziologische Studien thematisieren in diesem Zusammenhang die Rolle von Gewerkschaften und verdeutlichen, dass rechtsextreme Orientierungen von Lohnabhängigen nicht im Widerspruch zur Gewerkschaftsmitgliedschaft stehen müssen. Unserer Argumentation zufolge stellt sich aber die Frage nach den subjektiv erfahrenen Handlungsmöglichkeiten, die vermutlich eine wichtigere Rolle als die bloße Mitgliedschaft spielen. Auf Basis dieser theoretischen Vorüberlegungen stellen wir unser Untersuchungsdesign und die Ergebnisse unserer Analyse der Daten der LAS 2020 vor. Abschließend diskutieren wir diese im Hinblick auf Konsequenzen für die gewerkschaftliche und zivilgesellschaftliche Praxis.

***Industrial citizenship*: Analytischer Begriff und Demokratisierungshoffnung**

Der Begriff *industrial citizenship* wird sowohl in analytischer als auch in normativer Absicht verwendet. Theoretischer Referenzpunkt ist in den meisten Fällen aber Thomas H. Marshalls (Marshall & Rieger, 1992) Konzept der Citizenship, das in der Regel mit »Staatsbürgerrechte« übersetzt wird. Seiner Typologie von zivilen (individuelle Freiheit), politischen (Teilhabe und Einflussnahme) und sozialen Bürgerrechten (Wohlfahrt und Absicherung) stellte Marshall *industrielle Bürgerrechte* als ergänzende, sekundäre Rechte zur Seite. *Industrial citizenship* vereint zwar etliche Merkmale von zivilen, politischen und sozialen Bürgerrechten (Nachtwey & Seeliger, 2020, S. 336), bezieht sich aber explizit auf die Sphäre von Wirtschaft und Arbeitswelt. Dort wirkt *IC* als Summe der Kollektivrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schützend, korrigierend und ermächtigend gegenüber Formen von Ungleichheit und Macht, die vermittelt über den Markt als zentrale Steuerungsinstanz dieser gesellschaftlichen Sphäre ausgeübt werden (Brinkmann & Nachtwey, 2013, S. 510). Wenn der Begriff in der Regel formelle Rechte bezeichnet, wirft das unweigerlich die Frage nach der praktischen Ausübung und Aneignung dieser Rechte auf.

Die Mitbestimmung als institutionalisierte, demokratische Teilhabe von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in Betrieb und Unternehmen spielt hier eine zentrale Rolle (Brinkmann & Nachtwey, 2013; Kießler et al., 2011). Insbesondere die Institution des Betriebsrats steht im Mit-

telpunkt des Interesses wissenschaftlicher Untersuchungen (Brinkmann & Nachtwey, 2013; Eichmann et al., 2018; Kotthoff, 1994). Vielfach sind die Debatten um Mitbestimmung jedoch durch eine »institutionelle Schlagseite« und ein Demokratieverständnis »von oben« gekennzeichnet, wie Kißler, Greifenstein und Schneider feststellen (Kißler et al., 2011, S. 29): Diskutiert wird die institutionelle Architektur von Betriebs- oder Aufsichtsrat und Probleme von Beteiligungsformen auf der Makroebene, zum Beispiel ob Leiharbeiter an den Betriebsratswahlen eines Unternehmens teilnehmen dürfen. Auch die Verbreitung von Betriebsräten in Deutschland wird als Machtressource der Gewerkschaften erhoben und untersucht (z.B. Haipeter et al., 2019; Kohaut, 2018). Dagegen bleibt die demokratiepolitische Beurteilung der institutionalisierten Mitbestimmung in Deutschland vielfach widersprüchlich, handelt es sich doch nicht nur um eine Möglichkeit der Partizipation und Einflussnahme, sondern auch um die Befriedigung und Inkorporation eigentlich konträrer Interessen. Ihre Ambivalenz liegt grundsätzlich »in den historischen Möglichkeiten von Mitbestimmung einerseits als Vorstufe von Selbstbestimmung und andererseits als Systemstabilisator, als Konflikt- und Integrationsfaktor, letztlich als tendenzielle Negation und als Instrument von Herrschaft« (Kißler et al., 2011, S. 38, siehe auch Brinkmann & Nachtwey, 2013). Zudem wird seit den 1970er-Jahren wiederholt kritisiert, dass zwischen den institutionalisierten Formen der *industrial citizenship* – wie Gewerkschaften, Aufsichts- und Betriebsräten – und der »Nahumwelt des Alltags der Produzenten« (Gronemeyer, 1973, S. 105) mit ihren konkreten Problemen und lokalspezifischen Beteiligungspraktiken zu wenig unterschieden werde und letzterer müsse, als Mitbestimmung am Arbeitsplatz, mehr Aufmerksamkeit zuteilwerden.

Vor diesem Hintergrund wenden wir uns der alltäglichen *Wahrnehmung* und den gelebten Praktiken (Turner, 1993, S. 2) zu bzw. der »substantive citizenship« (Lockwood, 1996) von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – in Abgrenzung zu einer formal-institutionellen Betrachtung von *citizenship*. Der rechtliche Status und die Gesetze sagen nur bedingt etwas darüber aus, welche Möglichkeiten der Mitbestimmung genutzt werden, wie deren Wirksamkeit wahrgenommen wird und wie sich die Lohnabhängigen dazu in Beziehung setzen. Der Status als Bürger und Bürgerin im Betrieb basiert wesentlich auf der Praxis sozialer Austauschbeziehungen und hat eine stark subjektive Komponente: So umfasst er beispiels-

weise auch die Anerkennung subjektiver Ansprüche wie Zugehörigkeit, Sinnerleben und Übereinstimmung mit gängigen Moral- und Normvorstellungen (Eichmann et al., 2018, S. 30). Darüber hinaus ist der Blick auf die formelle Institutionalisierung unzureichend, da auch hinsichtlich der *industrial citizenship* postdemokratische Tendenzen zu beobachten sind (Brinkmann & Nachtwey, 2013): Mitbestimmungsverfahren bleiben zwar formal bestehen, werden aber weniger genutzt und verlieren – derart in der Praxis abgedrängt – ihre Bedeutung.

Ergänzend wollen wir daher die Möglichkeiten der aktiven Mitwirkung in den Blick nehmen – also auch Formen der Beteiligung im Betrieb, die sich nicht unbedingt in repräsentativen, institutionalisierten Formen erschöpfen. Eine Kultur der subjektiv angeeigneten, aktiven Bürgerschaft im Betrieb (*citoyenneté*) umfasst beispielsweise die direkte Beteiligung an Entscheidungen, die Wahrnehmung von Gestaltungsspielräumen oder das kollektive Aktivwerden mit Kolleginnen (siehe weiter unten unseren Vorschlag zur Operationalisierung und Messung von *industrial citizenship*). Diese Form demokratischer Teilnahme kann von zentraler Bedeutung für die Mitbestimmung als Demokratisierungselement sein – nicht nur für die Wirtschaft, sondern die Gesellschaft im Allgemeinen, geht sie doch mit entsprechenden Sozialisierungserfahrungen einher, die sich, so unsere Annahme, auch auf breitere gesellschaftspolitische Orientierungen und das Handeln auswirken.

Die Arbeitswelt als Ort demokratischer Sozialisation?

Der Zusammenhang zwischen demokratischen Alltagserfahrungen und der Entwicklung politischer Orientierungen wird in Wissenschaft und Praxis viel diskutiert: Wer in zentralen Lebensbereichen die Möglichkeit hat, Demokratie konkret zu erfahren, der wird ein demokratisches Bewusstsein entwickeln (Batt, 2007; Kiess, in Druck; Roth, 2011) – so eine zentrale These der Demokratietheorie und -forschung, die an das so einflussreiche wie anspruchsvolle Diktum John Deweys von der »Demokratie als Lebensform« anknüpft (Dewey et al., 2011). Insbesondere in der Tradition republikanischer Demokratiemodelle, aber auch in Sozialpädagogik und politischer Bildung wird Partizipation die Funktion bescheinigt, wichtige Persönlichkeitsentwicklungs- und Lernprozesse im vorpolitischen Raum

anzustoßen. Die »Selbstbildung durch Selbst- und Welterfahrung« in Beteiligungsprozessen gilt damit als Weg zu demokratischen Bildungszielen wie »Mündigkeit« oder »Handlungsfähigkeit« (Schnurr, 2018, S. 1128–1130). So wird es zum emanzipativen Ziel, dem Individuum und seinen Bedürfnissen »entgegenkommene Lebenswelten« (Habermas, 1991, S. 25) zu schaffen.

Damit ist Beteiligung auch in der Arbeitswelt ein zentraler Ansatzpunkt für die Stärkung demokratischer Überzeugungen. Zwar wirkt Beteiligung nicht unmittelbar oder automatisch auf konkrete politische Einstellungen, aber sie kann auf individueller Ebene gegen zumeist kompensatorische Versuche der Selbstermächtigung auf Kosten anderer immunisieren, die sich in gruppenbezogener Abwertung oder extrem rechten Einstellungen ausdrücken (Himmelfmann, 2016, S. 171ff.).³ Der Politikwissenschaftler Roland Roth spricht in diesem Zusammenhang von Aspekten »geglückter Alltagserfahrung in demokratischen Kontexten« (Roth, 2013, S. 47), welche den Erfolg von Beteiligungsprozessen gegen antidemokratische Einstellungen ausmachen. Besondere Bedeutung dafür haben Erfahrungen von Wirksamkeit, Kooperation und erfolgreicher Konfliktaustragung, die mit Beteiligungsprozessen einhergehen – ein Erleben »demokratischer Selbstwirksamkeit« (ebd., S. 49): Partizipation fördert das Wissen um die prinzipielle Gestaltbarkeit der alltäglichen Lebensumstände (durch eigenes Engagement). Zudem beinhalten Beteiligungsprozesse die Aushandlung und Vertretung kollektiver Interessen und damit auch das Ringen um kollektive Handlungsfähigkeit. Demokratiepoltisch erfolgreich werden sie insbesondere dann, wenn sie nicht von homogen-privilegierten Milieus ausgehen, sondern auch marginalisierte bzw. traditionell politikfernere Gruppen einschließen (ebd., S. 59).

Die Wirkung praktischer Demokratieerfahrungen gegen antidemokratische Einstellungen wird entsprechend der angloamerikanischen Tradition, aus der diese Überlegungen sich entwickelten, vor allem für lebensweltliche »Community«-Kontexte, wie zum Beispiel nachbarschaftliches Engagement oder das Vereinsleben, diskutiert. Auch in Bildungseinrichtungen werden partizipative Erfahrungen als prägende Instanzen im Sinne eines demokratiebildenden Anspruchs verhandelt und untersucht (Batt,

3 Zur kompensatorischen Funktion autoritärer Aggression und gruppenbezogener Abwertung siehe Kapitel 6.

2007; Kiess, in Druck; Spanning et al., 2008). Zwar wurde das Ansinnen, diesen Anspruch auf »den Alltag und die realen Lebens- und Erfahrungszusammenhänge« der Einzelnen zu erweitern, häufig formuliert (Schnurr, 2018, S. 1131), aber dabei ist die Arbeitswelt selten als Ort demokratischer Sozialisation betrachtet worden. Diese Tatsache erscheint umso »unverständlicher, wenn man davon ausgeht, dass ein wichtiger Teil der Persönlichkeitsbildung von Menschen über die Arbeit und ihre konkrete Ausgestaltung in den Betrieben stattfindet« (Klier, 2014, S. 3). Das trifft insbesondere auf die Beteiligungsmöglichkeiten zu, die bislang kaum systematisch auf ihre Wirkung für demokratische oder antidemokratische Einstellungen untersucht worden sind. Dies verweist auf relevante Leerstellen im aktuellen demokratiepolitischen Diskurs: Zum einen bleibt die Sphäre gesellschaftlicher Produktion weitgehend ausgeklammert, ihre Wechselwirkung mit anderen gesellschaftlichen Bereichen unterbelichtet, zum anderen unterschätzen viele Untersuchungen demokratischer Partizipation – die harmonisierend um pragmatische Problemlösung, Kooperation und Gemeinwohlorientierung kreisen – die Bedeutung von antagonistischen Interessenskonflikten und Herrschaftsverhältnissen, die wesentlich in der Organisation gesellschaftlicher Arbeit wurzeln und sich insbesondere in der Arbeitswelt manifestieren. Demokratische Erfahrungen müssen demnach immer auch eine Form des mehr oder weniger progressiven Umgangs mit diesen Interessenkonflikten umfassen.

Bisherige Befunde: Die ambivalente Rolle der Gewerkschaften und der arbeitsweltliche Nährboden für rechtsextreme Orientierungen

Die Frage, ob mit rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen eigentlich ein »civic deficit« (Lockwood, 1996) im Betrieb und am Arbeitsplatz bearbeitet wird – und ob andersherum Partizipationsmöglichkeiten in der Arbeitswelt demokratische Orientierungen fördern –, ist durch das Erstarken rechtsextremer Akteure auf die Tagesordnung der Forschung gesetzt worden. Seit die AfD offen gegen Geflüchtete, Muslime und Muslima auftritt, wurde in einigen Betrieben ein »Klimawandel« beobachtet (Sauer & Detje, 2019, S. 161), der sich bereits als Folge der autoritären PEGIDA-Bewegung angedeutet hatte: Rechtsextreme Res-

sentiments werden häufiger offen kommuniziert, rechte Deutungsmuster scheinen sich zu etablieren – auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. Inwieweit kann *industrial citizenship* hier demokratisierend (entgegen-)wirken?

Gegenstand kontroverser Debatten ist hier zunächst die Rolle der Gewerkschaften. Eine Reihe von Studien widmet sich der Frage, ob und inwieweit die Mitgliedschaft in Gewerkschaften die Einzelnen weniger anfällig für rechtsextreme Orientierungen macht (Becker et al., 2018; Frymer & Grumbach, 2020; Hilmer et al., 2017; Stöss et al., 2017; Zeuner et al., 2007). Gewerkschaften verstehen sich dezidiert als demokratische Organisationen. Zu diesem Selbstverständnis gehört, insbesondere nach der Geschichte der eigenen Verfolgung im Nationalsozialismus, explizit antifaschistische Positionen zu vertreten, und entsprechend werden sie von rechtsextremen Kampagnen immer wieder als Teil des (»linken«) Establishments angefeindet. Die politische Positionierung von Gewerkschaften, so lässt sich annehmen, hat eine sozialisierende Wirkung auf die Mitglieder, vermittelt zum Beispiel durch Angebote politischer Bildung oder eine intern gepflegte politische Kultur. Die (Mit-)Arbeit in Gewerkschaften kann außerdem der ethnisierenden Umdeutung von Verteilungs- und Klassenkonflikten in Konflikte zwischen In- und Ausländern entgegenwirken, wie Hentges und Co-Autoren (2003, S. 200) auf Basis von Studien in Deutschland und Österreich vermuten. Nicht selten vertreten jedoch auch DGB-Betriebsrätinnen und -räte mit der Rede vom »Standort Deutschland« Positionen, die in wirtschaftlich angespannten Situationen für Rechtsextreme anschlussfähig sind (Butterwegge, 2008; Decker et al., 2013, S. 33). Dadurch ist die etablierte betriebliche Gewerkschaftsarbeit von rechts unter Druck geraten (Sauer et al., 2018). Die extreme Rechte versucht, auch bei Betriebsratswahlen an Boden zu gewinnen (Herkenhoff & Barthel, 2018). Dabei gelingt es ihr zum Teil, von der Enttäuschung der Belegschaften mit etablierten Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern zu profitieren. Flecker (2007) hat am Beispiel Österreich gezeigt: Wenn Beschäftigte sich beteiligen wollen, aber von den etablierten Arbeitnehmervertretungen abgeblockt werden, nehmen sie Rechtsextreme schnell als die »echten Arbeitnehmervertreter« wahr. Ob diese Orientierung eher strategisch ist oder ob sich in diesem Prozess auch rechtsextreme Ressentiments verstärken, blieb bisher jedoch offen.

Außerdem warnen neuere arbeitssoziologische Studien vor einem im weiteren Sinne »arbeitsweltlichen Nährboden« (Sauer & Detje, 2019), auf

dem rechtsextreme und abwertende Orientierungen entstehen und sich verfestigen können. Entscheidend dafür ist, so der Tenor, inwieweit die Strukturen im Betrieb und am Arbeitsplatz den Beschäftigten erlauben, sich als einmischende, gestaltende und wirksame Subjekte zu erfahren – oder wie sehr sie im Gegenteil eine Selbstwahrnehmung befördern, in der sich die Einzelnen zum Objekt der Umstände degradiert sehen (Dörre et al., 2018; Hilmer et al., 2017; Hürtgen, 2020; Sauer & Detje, 2019). So ist die Arbeitswelt für viele Beschäftigte eine Quelle von Ohnmachtsgefühlen, Kontrollverlusten und Abwertungserfahrungen (Hilmer et al., 2017; Sauer & Detje, 2019). Hintergrund ist ein transnationales Produktionsregime, in dem Arbeitsprozesse immer kurzfristiger und intensiver rationalisiert und neu strukturiert werden. Fragmentierung und Konkurrenz, innerhalb und zwischen Betrieben, Standorten und Belegschaften haben sich verschärft (Hürtgen, 2020, S. 21ff.; Sauer & Detje, 2019, S. 162f.). Der »Bürgerstatus« im Betrieb (Müller-Jentsch, 2008) wird durch die damit einhergehende verallgemeinerte Unsicherheit sowie »Anerkennungsverluste und Würdeverletzungen« (Sauer & Detje, 2019, S. 163) infrage gestellt. Werden Betriebe und Unternehmen zunehmend durch den Mechanismus der Marktsteuerung koordiniert, stärkt das zudem die Logik von Sachzwang und Alternativlosigkeit gegenüber demokratischen Aushandlungsprozessen. Die Möglichkeiten des Eingreifens und Mitgestaltens schwinden. Auch die Organe institutionalisierter Mitbestimmung werden in ihrer Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit geschwächt. Selbst in Bereichen der Wirtschaft, in denen noch Betriebsräte und Tarifvereinbarungen vorhanden sind, können diese »die Beschäftigten vor den Zumutungen des Marktes oft nicht mehr wirksam schützen« (ebd., S. 162). Das stärkt »Abstiegs- und Zukunftsängste, Abwertungserfahrungen, Gefühle der Machtlosigkeit, die nicht nur gesteigerte subjektive Unzufriedenheit befördern, sondern auch Wut oder Resignation« (ebd.).

Zum einen wird dieser »Problemrohstoff« von der AfD oder außerparlamentarischen Akteuren mit rechtsextremen Deutungsmustern verknüpft und zu einer entsprechenden Weltsicht verdichtet (Dörre et al., 2018). Zum anderen fördert diese Problemkonstellation in der Arbeitswelt die Entwicklung von subjektiven Umgangsformen und Orientierungen, in denen die Einzelnen versuchen, sich durch den Bezug auf strukturell verankerte (z.B. rassistische oder sexistische) Fragmentierungen und Abwertungslinien zu ermächtigen. Wenn die arbeitsweltlichen Strukturen sich

dem gestaltenden Zugriff der Beschäftigten zunehmend entziehen und als unveränderbar wahrgenommen werden, wenn der Weg solidarischer kollektiver Einflussnahme in den Bereich der Illusionen rückt, scheint die Selbstermächtigung durch Abwertung anderer naheliegend (Dörre et al., 2018; Hürtgen, 2020; Sauer & Detje, 2019). Zu diesem Schluss kommt beispielsweise die Soziologin Stefanie Hürtgen in einer Studie über Rassismus unter Arbeitern und Arbeiterinnen: Rassistische Orientierungen in der Arbeitswelt seien unmittelbar an Erfahrungen der Machtlosigkeit gegenüber den Strukturen betrieblicher Herrschaft geknüpft. Sie ermöglichen Beschäftigten, trotz oder gerade in strenger Unterwerfung unter die Erfordernisse des Arbeitsprozesses, Autonomie, Kontrolle und Anerkennung zu erleben – indem das eigene Handeln zum Ausweis von Überlegenheit und Höherwertigkeit umgedeutet wird (Hürtgen, 2020).

Obwohl Arbeitserfahrungen also zum Nährboden für gesellschaftspolitisch regressive Orientierungen werden können, ist dieser Weg keineswegs vorgezeichnet. Im Gegenteil: Werden im betrieblichen Nahbereich Wirkmächtigkeit, kollektive Stärke und inklusive Solidarität erfahren, zum Beispiel bei Arbeitskämpfen, kann dies rechtsextreme und antidemokratische »Deutungen der großen Welt« infrage stellen (Dörre et al., 2018, S. 76).

Vor diesem Hintergrund ist der Blick auf die Rolle der Mitbestimmung ambivalent: Er schwankt zwischen der Hoffnung, sie könne im Kampf gegen die rechtsextreme Konjunktur eine Schlüsselrolle einnehmen, und der Kritik, sie trage in ihrer gegenwärtigen, wenig partizipativen Praxis selbst dazu bei, den arbeitsweltlichen Nährboden für rechtsextreme Orientierungen zu bereiten. So sind »partizipative Mitbestimmungskulturen« kaum ausgeprägt (ebd., S. 75). Vielmehr werden Betriebsrat und Gewerkschaft oftmals als »Teil des betrieblichen Establishments« wahrgenommen (Sauer & Detje, 2019, S. 166). Technokratisches Co-Management für das »kleinere Übel«, als »interessenpolitischer Pragmatismus, der in Defensive erstarrt ist« (ebd.), mag durchaus nachvollziehbar erscheinen, wenn man den beschriebenen Druck von Rationalisierung und Umstrukturierung sowie die begrenzte Durchsetzungsfähigkeit in Rechnung stellt. Doch Perspektiven auf Ermächtigung und Kanalisierung der Wut und Angst, die aus den arbeitsweltlichen Umbrüchen hervorgehen, kann es kaum bieten. Vielmehr ermöglicht es rechtsextremen Akteuren, als »echte innerbetriebliche Opposition« und »Demokratisierungsbewegung« aufzutreten und die

»Demokratisierungswünsche« von Beschäftigten mit völkisch-identitären Deutungsmustern zu verknüpfen (Dörre et al., 2018, S. 75ff.; Hilmer et al., 2017, S. 19ff.). Als Hoffnungsträgerin gegen den Rechtsextremismus wird vor diesem Hintergrund eine andere Kultur der Mitbestimmungspolitik gehandelt. Diese soll vor allem beteiligungs-, konflikt- und mobilisierungsorientiert sein, um dem arbeitsweltlichen Ohnmachtserleben und seinen regressiven Bearbeitungsformen Erfahrungen von verallgemeinerter Solidarität, kollektiver Wirksamkeit und politischer Gestaltung entgegenzusetzen (Hilmer et al., 2017; Sauer & Detje, 2019, S. 50).

Zur Messung von *industrial citizenship*: Wahrnehmung von Beteiligung, Solidarität und Anerkennung im Betrieb

Um die subjektive Wahrnehmung der Beteiligungsmöglichkeiten in der Arbeitswelt zu erheben, haben wir für die LAS 2020 vier Items entwickelt. Diese adressieren verschiedene Aspekte von *industrial citizenship* als alltäglicher Praxis. Die Befragten waren aufgefordert, sich auf einer fünfstufigen Skala von »trifft überhaupt nicht zu« (1) bis »trifft voll und ganz zu« (5) einzuordnen. Der Fragebogen wurde nur einem Teil der Gesamtstichprobe vorgelegt, nämlich all jenen, die zum Zeitpunkt der Befragung angaben, erwerbstätig zu sein. Damit reduzierte sich die Anzahl der Befragten (siehe Kap. 2 für die Gesamtstichprobe) auf $N = 1.480$. Zwischen 43 und 78 Befragte machten keine Angaben zu den vier Aussagen, sodass die Anzahl der gültigen Antworten leicht variiert.

Die erste Aussage »Ich fühle mich bei Entscheidungen im Arbeitsalltag übergangen« zielt darauf, die wahrgenommene Möglichkeit zu erfassen, Einfluss auf konkrete Umstände des eigenen Arbeitsalltags zu nehmen, mitzuentcheiden oder zumindest konsultiert zu werden. Das Item erfasst also vor allem die Erfahrung von Beteiligung und die Anerkennung als mündiges Subjekt.

Die zweite Aussage »In meinem Betrieb kann ich offen über Betriebsräte und Gewerkschaften sprechen, ohne Nachteile befürchten zu müssen« zielt auf die Anerkennung der Institutionen kollektiver Interessensvertretung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen durch das Management, aber auch auf die Freiheit zu Organisation und Zusammenschluss. Gewerkschaften und Betriebsräte sind die zentralen Säulen

der Mitbestimmung in Deutschland. Trotz ihrer rechtlichen Kodifizierung im Sinne industrieller Staatsbürgerrechte ist die freie Ausübung kollektiver Interessensvertretung nicht in allen Unternehmen garantiert. Außerdem kommt es auch in Deutschland immer wieder zur Behinderung der Betriebsratsarbeit oder offenem *union busting*, also der Bekämpfung kollektiver Organisation (Behrens & Dribbusch, 2020; Boewe & Schulten, 2013; Rügemer & Wigand, 2014; Thünken et al., 2019). Das Item erfasst dementsprechend die wahrgenommenen Beschränkungen bzw. Möglichkeiten von Beteiligung und Solidarität.

Mit der Aussage »Probleme oder Konflikte im Betrieb löse ich am besten gemeinsam mit den Kollegen und Kolleginnen« adressieren wir eine Kultur der Solidarität und des kollektiven Handelns im Betrieb. Der oft abstrakte Begriff der Solidarität wird am Arbeitsplatz mit konkreten Erfahrungen gefüllt, zum Beispiel durch soziale Beziehungen und emotionale Bindungen zu den Kolleginnen und Kollegen, die so zu einer »Solidargemeinschaft« werden. Kollektives Handeln setzt dazu die Aushandlung gemeinsamer Interessen und Ziele voraus und kann ein Spektrum von spontanem Handeln bis zu langfristiger formeller Organisation umfassen (Billmann & Held, 2013, S. 21ff.). Im Gegensatz zu Entsolidarisierung und »Einzekämpfermentalität« wird im kollektiven Handeln der Zusammenhang von individueller und kollektiver Selbstbestimmung adressiert, der für die Wahrnehmung von *industrial citizenship* zentral ist: Zwar sind die unter *IC* fallenden Rechte individuell, doch sind sie vorwiegend kollektiv zu realisieren. Das Item enthält schließlich auch eine Anerkennungsdimension, denn durch die gemeinsame Bearbeitung von Konflikten wird Selbstwirksamkeit und Anerkennung durch die Kolleginnen und Kollegen erfahren.

Die vierte Aussage »Wenn ich in meinem Betrieb aktiv werde, kann ich etwas zum Positiven verändern« zielt auf Erfahrungen von Wirksamkeit und Durchsetzungsfähigkeit bei eigenem Engagement. Diese bilden – wie oben beschrieben – als »demokratische Selbstwirksamkeit« (Roth, 2013) den Kern von Lern- und Persönlichkeitsbildungsprozessen. In der Frageformulierung sind wiederum die Aspekte Beteiligung und Anerkennung durch die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Handlungsspielraum abgebildet.

Die relativen Häufigkeiten in Tabelle 1 zeigen, wie die Befragten ihre Erfahrungen subjektiv einschätzen. Aufgrund mangelnder Vergleichszah-

len fällt es schwer, das Antwortverhalten der Befragten zu *industrial citizenship* allgemeiner einzuordnen. Auffällig ist allerdings, dass ein großer Teil von ihnen angibt, gute Erfahrungen am Arbeitsplatz zu machen. So überwiegen die positiven Antworten bei jeder Frage deutlich. Dabei zeigt sich jedoch auch: Die potenziell konflikthaften Fragen nach Interessensvertretung und Veränderung im Betrieb werden generell etwas verhaltener beantwortet (50,7% befürchten keine Nachteile, wenn sie über Gewerkschaften oder Betriebsräte sprechen, und 55,1% denken, sie können aktiv etwas zum Positiven verändern) als die nach unmittelbarer Einflussnahme und Aushandlung im betrieblichen Alltag (insgesamt fühlen sich 66,4% bei Entscheidungen nicht übergangen, 68,1% lösen Probleme gemeinsam). Die Frage nach offenem Sprechen über Gewerkschaften und Betriebsräte fällt dabei von den insgesamt eher positiv wahrgenommenen Möglichkeiten ab.

Tabelle 1: Zustimmung zu den Einzelitems *industrial citizenship* (in %)

	trifft über- haupt nicht zu	trifft über- wiegend nicht zu	trifft teils zu/ trifft teils nicht zu	trifft zu	trifft voll und ganz zu
Ich fühle mich bei Entscheidungen im Arbeitsalltag übergangen.	38,3	28,1	24,5	7,4	1,7
In meinem Betrieb kann ich offen über Betriebsräte und Gewerkschaften sprechen, ohne Nachteile befürchten zu müssen.	15,8	13,2	20,3	29,4	21,3
Probleme oder Konflikte im Betrieb löse ich am besten gemeinsam mit den Kollegen und Kolleginnen.	7,3	8,1	16,5	37,0	31,1
Wenn ich in meinem Betrieb aktiv werde, kann ich etwas zum Positiven verändern.	7,9	11,0	26,0	34,2	20,9

Nur wenige Befragte fühlen sich bei Entscheidungen übergangen (7,4% antworten mit »trifft zu«, 1,7% mit »trifft voll und ganz zu«). Insgesamt

geben etwa zwei Drittel der Befragten (38,3% »trifft überhaupt nicht zu«, 28,1% »trifft überwiegend nicht zu«) an, sich bei Entscheidungen im Arbeitsalltag eingebunden zu fühlen, wobei eine etwas bessere Einbindung in Westdeutschland⁴ berichtet wird: Hier wählen 40,3% die Antwortkategorie »trifft überhaupt nicht zu«, in Ostdeutschland sind es 30,9%. Übergangen fühlen sich aber ähnlich wenige Befragte (West 7,1% und Ost 8,5 %). In Ostdeutschland ist die Etablierung von Betriebsräten bis heute nicht auf dem Niveau des Westens angekommen (Hertwig, 2020). Auch die Tarifbindung ist, allen voran in Sachsen, deutlich niedriger (Schulten et al., 2020). Dennoch berichten Ostdeutsche ähnlich häufig, frei über Betriebsrat und Gewerkschaften reden zu können (kein signifikanter Unterschied). Auch bei den beiden anderen Fragen gibt es keine signifikanten Ost-West-Unterschiede in der erfassten Erfahrung von *industrial citizenship*.

Um ein verlässliches Maß für die subjektive Erfahrung von *IC* zu erhalten, haben wir aus den vier Items eine Skala gebildet. Neben der theoretischen Plausibilität ist dies auch statistisch gerechtfertigt: Das Cronbachs Alpha als Maß für die innere Konsistenz der Skala beträgt zufriedenstellende $\alpha = .72$, zudem laden die vier Items auch auf einen gemeinsamen Faktor⁵. In die Berechnungen einbezogen wurden alle Fälle, bei denen die Befragten mindestens drei der Items beantworteten (Fehlwerte wurden nicht ersetzt). Für die folgenden Analysen verwenden wir zusätzlich eine Frage zur Gewerkschaftsmitgliedschaft. Dazu konnten die Befragten aus vier Antwortmöglichkeiten wählen (befragte Person selbst, eine Person des Haushalts, befragte Person selbst und weitere Personen des Haushalts oder keine Person des Haushalts ist Mitglied in einer Gewerkschaft). Da wir an individuellen Erfahrungen interessiert sind, haben wir diese Variable dichotomisiert (selbst Mitglied oder nicht).

Unser hauptsächliches Erkenntnisinteresse richtet sich auf den Zusammenhang zwischen *industrial citizenship* und der Ablehnung bzw. Akzeptanz der Demokratie. Um zu untersuchen, inwieweit *IC* die Befürwortung der Demokratie stärkt, nutzen wir zunächst drei Einzelfragen zur Demokra-

4 Mittelwerte: West 2,03, Ost 2,19 für Skala zwischen 1 »überhaupt nicht übergangen« und 4 »voll und ganz übergangen« (signifikant auf dem 5%-Niveau).

5 Das erste, umgekehrt gepolte Item lädt etwas weniger stark auf diesen gemeinsamen Faktor, dennoch haben wir uns aus theoretischen Gründen für die Einbeziehung entschieden. Die Verwendung einer Skala mit nur drei Items erbringt ähnliche Ergebnisse in der Analyse der Zusammenhänge mit Demokratiezufriedenheit bzw. rechtsextremen Aussagen.

tiezufriedenheit (siehe auch Kap. 2). Darüber hinaus verwenden wir zur Messung der rechtsextremen Einstellung – hier verstanden als Negation der Demokratie (Kiess, 2011) – auch in diesem Kapitel den *Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF)* als Gesamtskala und nach Einzeldimensionen aufgeschlüsselt. Bezüglich der Itemformulierungen und Kennzahlen verweisen wir auf Kapitel 2 sowie auf die Validierungen des Fragebogens in Decker et al. (2013) sowie Heller et al. (2020). Zusätzlich wollen wir auch auf gegenwärtige gesellschaftliche Spaltungs- und Abwertungslinien eingehen. In der Literatur wird die (Schein-)Ermächtigung durch Privilegiensicherung und die kollektive Abwertung Schwächerer als eine Form diskutiert, mit dem Ohnmachtserleben in der Arbeitswelt umzugehen. Deshalb überprüfen wir den Zusammenhang von *industrial citizenship* mit unter anderem auf klassische Rollenbilder am Arbeitsplatz abhebendem Sexismus (vier Items, siehe für eine eingehende Analyse Kap. 8), Muslimfeindlichkeit (vier Items⁶, auf einen Faktor ladend und einem Cronbachs Alpha von .82), Ablehnung Geflüchteter (zwei einzelne Items⁷) sowie der Abwertung von Arbeitslosen (einzelnes Item⁸).

Ergebnisse der Analyse: Der Zusammenhang zwischen *industrial citizenship* und Demokratiezufriedenheit sowie Ablehnung rechtsextremer Positionen

In einem ersten Schritt untersuchen wir mithilfe von Korrelationsmaßen, ob zwischen Gewerkschaftsmitgliedschaft und rechtsextremer Einstellung bzw. Demokratiezufriedenheit ein Zusammenhang besteht. Genauso prüfen wir dabei den Zusammenhang von *industrial citizenship* mit rechtsextremer Einstellung, Abwertungsbereitschaft und Demokratiezufriedenheit. Zunächst zeigt sich, dass Gewerkschaftsmitgliedschaft weder mit

6 Formulierung: »Muslimen stehen in Deutschland die gleichen Rechte zu wie allen anderen« (positiv gepolt), »Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land«, »Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden« und »Muslime neigen zu Kriminalität«.

7 Formulierung: »Flüchtlinge sollten in Deutschland immer willkommen sein« (positiv gepolt) und »Flüchtlinge, die hier leben, bedrohen meine persönliche Lebensweise«.

8 Formulierung: »Langzeitarbeitslose machen sich auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben«.

rechtsextemer Einstellung noch mit Demokratiezufriedenheit korreliert (Tab. 2). Wir folgen der »Spiegelthese« und gehen davon aus, dass die Gewerkschaften die politischen Einstellungen der Gesamtbevölkerung abbilden (Decker & Brähler, 2006, S. 54; siehe auch Stöss et al., 2017; Zeuner et al., 2007). Gewerkschaften sind äußerst divers: In ihnen organisieren sich nicht nur unterschiedliche Berufe – klassische (Fach-)Arbeiter und Arbeiterinnen in IG BAU oder IG Metall, Polizisten und Polizistinnen in DPoIG und GDP oder auch Lehrer und Lehrerinnen in der GEW –, sondern es existieren auch ganz unterschiedliche Gewerkschaftsverbände – die DGB-Gewerkschaften mit etwa 6 Millionen Mitgliedern, der dbb beamtenbund und tarifunion mit 1,3 Millionen Mitgliedern sowie die zahlenmäßig vernachlässigbaren Freie Arbeiterinnen Union und der Christliche Gewerkschaftsbund. Daher sind in den unterschiedlichen Branchen und Berufsfeldern ganz unterschiedliche Erfahrungen in der Arbeitswelt zu vermuten, die wir so nicht erfassen können. Diese einfache Variable verwischt auch eher die eventuellen Effekte der Mitgliedschaft in verschiedenen Gewerkschaften auf die rechtsexteme Einstellung. Dennoch kann der Befund als Hinweis darauf gelesen werden, dass die Mitgliedschaft in der Institution allein wenig aussagt. Vielmehr muss untersucht werden, welche konkreten Erfahrungen die Einzelnen tatsächlich machen.

Tabelle 2: Zusammenhang von Gewerkschaftsmitgliedschaft und Demokratiezufriedenheit sowie rechtsextemer Einstellung

	Gewerkschaftsmitgliedschaft
rechtsexteme Einstellung (Gesamtskala)	–.013
Demokratie als Idee	–.005
Demokratie wie in Verfassung	–.004
Demokratie wie in Deutschland umgesetzt	–.003

Erwartungsgemäß besteht ein aussagekräftiger negativer Zusammenhang zwischen positiven Beteiligungserfahrungen in der Arbeitswelt und der rechtsextemen Einstellung. Tabelle 3 zeigt, dass *industrial citizenship* sowohl für die Gesamtskala Rechtsextemismus (Korrelationskoeffizient $r = -.118$) als auch für die Einzeldimensionen die Ablehnung rechtsextemer Positionen erhöht. Nur für den Chauvinismus ist der Zusammenhang mit $r = -.053$ eher gering. Dies könnte auf die Anschlussfähigkeit von

Standortkampagnen an rechtsextreme Positionen hinweisen (Butterwege, 2008; Decker et al., 2013, S. 33): Das Konstrukt Chauvinismus erfasst Positionen, die eine aggressivere Durchsetzung nationaler Interessen befürworten (siehe Kap. 2). Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Globalisierung der Weltwirtschaft ist Standortnationalismus weit verbreitet – auch unter Lohnabhängigen. Als Denkmuster verknüpft er Teilhabe in der Arbeitswelt mit der nationalistischen Auffassung, diese könne und müsse durch aggressive Durchsetzung deutscher Interessen erreicht und gesichert werden. Dahinter steht das reale Dilemma der Standortkonkurrenz, dass nationale Klassen von Lohnabhängigen gewisse Standards nur gegen ihre Pendanten in anderen Ländern verteidigen können. Dies wird jedoch nicht problematisiert, sondern im chauvinistischen Denken affirmiert. Damit wird dieses zu einem Einfallstor für rechtsextremes Gedankengut in der Arbeitswelt.

Tabelle 3: Zusammenhang zwischen *industrial citizenship* und rechtsextremem Einstellung (Korrelationskoeffizienten)

	<i>industrial citizenship</i>
rechtsextreme Einstellung (Gesamtskala)	-.118**
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	-.112**
Chauvinismus	-.053*
Ausländerfeindlichkeit	-.117**
Antisemitismus	-.099**
Sozialdarwinismus	-.116**
Verharmlosung des Nationalsozialismus	-.099**

**p < .01, *p < .05

Weiter oben hatten wir auf Befunde in der Literatur verwiesen, nach denen rechtsextreme Akteure auch in der Arbeitswelt versuchen, gegenwärtige gesellschaftliche Spaltungs- und Abwertungslinien – wie die Feindschaft gegenüber Geflüchteten oder die Muslimfeindschaft – als Bearbeitungsform von Ohnmachts- oder Degradierungserfahrungen zu nutzen und zu etablieren. Im rechtsextremen Denken werden Geflüchtete, angeblich Arbeitsunwillige, Frauen, Muslime und Muslima als illegitime Konkurrenz imaginiert; entsprechend stark korrelieren diese Abwertungen auch sta-

tistisch mit der generellen rechtsextremen Einstellung (hier nicht abgebildet). Daher ist es naheliegend, auch zwischen *industrial citizenship* und gruppenbezogenen Abwertungen einen Zusammenhang anzunehmen. Die Überprüfung dieser Zusammenhänge zeigt, dass positive Beteiligungserfahrungen im Arbeitsleben (hohe *IC*) mit einer geringeren Abwertungsbereitschaft gegenüber Muslima und Muslimen (Korrelationskoeffizient $r = -.140$) und Geflüchteten ($r = -.134$) einhergehen und das Bedürfnis reduziert, Frauen antiegalitär in klassische Rollenverteilungen zu drängen ($r = -.118$). Im Hinblick auf Langzeitarbeitslose konnten wir allerdings keinen statistisch signifikanten Zusammenhang ausmachen – positive Beteiligungserfahrungen in der Arbeitswelt scheinen also die Abwertungsbereitschaft gegenüber Langzeitarbeitslosen nicht zu verringern.

Tabelle 4: Zusammenhang zwischen *industrial citizenship* und ausgewählten Ungleichwertigkeitsideologien

	<i>industrial citizenship</i>
antimuslimischer Rassismus	-.140**
Flüchtlinge sollten in Deutschland immer willkommen sein	-.077**
Flüchtlinge bedrohen meine Lebensweise	-.134**
Sexismus	-.118**
Abwertung Langzeitarbeitsloser	.004

** $p < .01$

Die Korrelationen zwischen *industrial citizenship* und Demokratiezufriedenheit schließlich zeigen, dass Erfahrungen von Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt nicht nur die Ausprägung rechtsextremer und abwertender Einstellungen unwahrscheinlicher machen. Sie gehen auch mit einer positiveren Einstellung zur Demokratie einher – und zwar auf verschiedenen Ebenen (Tab. 5): So korrelieren sowohl die Zustimmung zur Demokratie als abstrakte Idee ($r = .168$) als auch zur Demokratie als politisches System wie im Grundgesetz konzipiert ($r = .163$) mit *IC*. Am deutlichsten gestaltet sich dieser Zusammenhang bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der realen Umsetzung der Demokratie in Deutschland ($r = .191$): Ausgeprägtere Erfahrungen von Beteiligung

im wesentlichen Lebensbereich der Arbeitswelt scheinen dafür zu sorgen, dass tagtäglich eine zufriedenstellende Qualität von Demokratie, »so wie sie tatsächlich funktioniert«, erfahren wird.

Tabelle 5: Zusammenhang zwischen *industrial citizenship* und Demokratieakzeptanz

	<i>industrial citizenship</i>
Demokratie als Idee	.168**
Demokratie wie in Verfassung	.163**
Demokratie wie in Deutschland umgesetzt	.191**

**p < .01

Abschließend wenden wir uns der Frage zu, wie sich *IC* auf die Demokratiezufriedenheit auswirkt, wenn wir auch andere relevante Einflussfaktoren in die Berechnung einbeziehen. Bleiben die Erfahrungen in der Arbeitswelt auch dann ein aussagekräftiger Indikator? Wie stellt sich ihre Wirkung auf Demokratieakzeptanz im Vergleich zu Indikatoren wie Bildung, Einkommen oder auch autoritären Dispositionen dar?

Tabelle 6 zeigt das Modell einer multivariaten Regression, mit deren Hilfe wir diese Zusammenhänge überprüft haben. Neben der zu erklärenden Variable Demokratieakzeptanz und der hier besonders interessierenden Variable *IC* enthält es eine Reihe von sozioökonomischen Variablen: Wohnort Ost/West, Bildung, Alter, Geschlecht (die Antwortkategorie »divers« wurde nur einmal gewählt und deshalb aus der Analyse ausgeschlossen) und Nettoäquivalenzeinkommen. Zusätzlich haben wir den Autoritarismus aufgenommen (als psychodynamisches Konzept des Sdomasochismus mit den drei Dimensionen Aggression, Unterwürfigkeit und Konventionalismus, siehe Kap. 6), da sich dieses Konstrukt in unseren Studien durchweg als wichtigster Einflussfaktor für antidemokratische Einstellungen, insbesondere die rechtsextreme Einstellung, erwiesen hat (siehe z.B. Decker et al., 2018, sowie Kap. 6). Interessanterweise gibt es keinen signifikanten Zusammenhang zwischen *IC* und Autoritarismus/Sadomasochismus (ohne Abbildung). Offenbar sind die Konstrukte voneinander unabhängig, was als Hinweis darauf verstanden werden kann, dass Beteiligungserfahrungen in der Arbeitswelt nicht durch Charakterdispositionen bedingt sind.

Die Regressionsanalyse bestätigt *industrial citizenship* als aussagekräftigen Einflussfaktor auf die drei Ebenen der Demokratiezufriedenheit. Der Effekt ist in den Regressionsmodellen zwar etwas geringer als bei den bivariaten Korrelationen (s. o.), bleibt aber signifikant und kann im Vergleich mit den anderen Einflussfaktoren durchaus als relevant gelten. Wie erwartet ist auch der Autoritarismus ein erklärender Faktor, der sich auf die Demokratiezufriedenheit negativ auswirkt. Allerdings ist er insbesondere für die Zufriedenheit mit der verfassungsrechtlichen Ausgestaltung und gelebten Praxis der Demokratie weniger wichtig.

Tabelle 6: Regressionsanalyse zur Demokratieakzeptanz mit verschiedenen Einflussfaktoren (beta-Gewichte)

	Idee der Demokratie	Demokratie in der Verfassung	Demokratie, wie sie umgesetzt ist
<i>industrial citizenship</i>	.147**	.131**	.178**
Autoritarismus (Sadomasochismus)	-.153**	-.073**	-.073**
Wohnort in Ostdeutschland	-.064*	-.145**	-.158**
Bildung (mind. Abitur)	.133**	.176**	.074**
Geschlecht (männlich)	.007	.027	.002
Alter (Basis: unter 31-Jährige)			
31–40 Jahre	.008	.024	.016
41–50 Jahre	.058	.077*	.088**
51–60 Jahre	.058	.105**	.092**
über 61 Jahre	.011	.080**	.090**
Einkommen (Basis unter 1.000 Euro)			
> 1.000 bis 2.000 Euro	.098	.027	.022
> 2.000 bis 3.000 Euro	.119*	.027	.059
> 3.000 Euro	-.127*	.040	.047
R ²	0,09	0,11	0,10
N	1.330	1.335	1.334

**p < .01, *p < .05

Auch ein Wohnort in Ostdeutschland wirkt negativ auf die Demokratieakzeptanz, wohingegen höhere formale Bildung und höheres Alter einen positiven Einfluss haben. Geschlecht und Einkommensunterschiede sind dagegen zu vernachlässigen. Auch wenn *industrial citizenship* also nicht die einzige relevante Einflussgröße ist und das hier vorgestellte Modell auch nur einen Teil der Varianz der Demokratiezufriedenheit zu erklären vermag, so bestätigt sich doch, dass *IC* einen relevanten, positiven Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit hat. Spiegelbildlich zeigt sich das in einem hier nicht dargestellten Regressionsmodell, mit dem wir den Einfluss von *industrial citizenship*, Autoritarismus und weiteren relevanten Indikatoren auf die rechtsextreme Einstellung überprüft haben. Dabei war der Autoritarismus wie erwartet der zentrale Erklärungsfaktor. Dennoch ließ sich auch unter diesen Umständen eine signifikante negative Wirkung von *IC* auf die rechtsextreme Einstellung ausmachen. Damit kristallisiert sich in unseren Untersuchungen *industrial citizenship* insgesamt als relevanter Faktor heraus, der zur Stärkung demokratischer Orientierungen beitragen kann.

Zusammenfassung und Diskussion

Für die LAS 2020 haben wir die subjektiven Erfahrungen mit Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt untersucht. Als Aspekte dieser Erfahrungen adressierten wir jeweils mit einer Frage die individuelle Wahrnehmung der

- Einbindung in Entscheidungen des Arbeitsalltags,
- Möglichkeit offener Interessensvertretung,
- Kultur von Solidarität und kollektivem Handeln unter Kollegen und Kolleginnen sowie
- Durchsetzungsfähigkeit und Wirksamkeit im Betrieb.

Aus diesen vier Items konnten wir mit der Skala *industrial citizenship* ein in sich konsistentes Maß für subjektive Erfahrungen in der Arbeitswelt entwickeln. Fehlende Vergleichszahlen machen eine allgemeine, etwa international oder zeitlich vergleichende, Einordnung der angegebenen Arbeitserfahrungen schwer. Der überwiegende Anteil der Befragten gibt jedoch an, gute Erfahrungen mit Teilhabe und Teilnahme am Arbeitsplatz

zu machen. Die positiven Antworten auf die einzelnen Fragen überwiegen deutlich.

Das zentrale Anliegen unserer Untersuchung war, die Potenziale von *industrial citizenship* zur Stärkung der Demokratie zu bestimmen – auch und gerade über die Arbeitswelt hinaus. Zunächst zeigte sich, dass die Gewerkschaftsmitgliedschaft als häufig herangezogenes Kriterium für demokratische Beteiligung in der Arbeitswelt keinen Einfluss auf die Prävalenz demokratischer oder antidemokratischer Einstellungen hat. Dies mag zum einen mit der strukturellen Heterogenität von Berufen, Arbeitserfahrungen, aber auch politischen Positionen zu tun haben, die in Deutschland gewerkschaftlich organisiert sind.⁹ Dass dieses zunächst rein formelle Kriterium für die politische Einstellung unerheblich ist, heißt zum anderen auch: Gewerkschaftliche Organisation wird auf unterschiedliche Weise mit Leben gefüllt und im Betrieb und am Arbeitsplatz auch unterschiedlich erlebt. Sie kann sowohl Impulse zur aktiven Beteiligung geben als auch Tendenzen zur Selbstbestimmung und inklusiven Solidarität in der Belegschaft fördern. Aber auch Politiken, die Passivität generieren, oder Strategien sozialer Schließung können Teil dessen sein, wie Mitbestimmungspolitik in der eigenen Nahumgebung erfahren wird. Zuletzt bleibt die schon vor Jahrzehnten aufgeworfene Frage virulent, ob die Gewerkschaft im Betrieb und am Arbeitsplatz immer als relevanter Akteur erfahren wird oder ob ein Abgrund klafft zwischen »der Nahumwelt des Alltags der Produzenten« und »den Funktionen des Arbeitervertreters in den Spitzengremien« (Gronemeyer, 1973).

Dass hingegen positive Erfahrungen von Beteiligung, Solidarität und Anerkennung, die im Nahbereich von Betrieb und Arbeitsplatz gesammelt werden, einen Unterschied machen, zeigen unsere Berechnungen. So hat *industrial citizenship* insgesamt einen begrenzenden Einfluss auf die rechts-extreme Einstellung sowie auf die Abwertungsbereitschaft gegenüber Muslimen und Muslima, Geflüchteten und Frauen. Zudem stärkt sie die Zufriedenheit mit der Demokratie. Diese Auswirkung auf die Beurteilung von Demokratie liegt nahe, weil mit *IC* die alltägliche, das heißt geleb-

⁹ So kommen Frymer und Grumbach (2020) in einer aktuellen Studie für die USA zum gegenläufigen Ergebnis, dass Gewerkschaftsmitgliedschaft rassistische Einstellungen unter weißen Mitgliedern deutlich einschränkt und ein insgesamt steigender Organisationsgrad rassistische Ressentiments in der weißen Arbeiterschaft insgesamt zurückgehen lässt.

te Demokratieerfahrung wächst. Voraussetzung ist, dass ein so zentraler Lebensbereich wie die Arbeitswelt nicht als außerhalb der Demokratie erlebt wird, sondern auch hier demokratische Erfahrungen gemacht werden können. Zusammengefasst: *Industrial citizenship* – im Sinne von positiven (Alltags-)Erfahrungen der Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt – erweist sich als wichtiger protektiver Faktor für demokratische Orientierungen.

Allerdings werden auch die Grenzen demokratischer Bewusstseinsbildung auf Basis nationaler Arrangements von Erwerbsarbeit deutlich: So geht *industrial citizenship* zwar mit einer Ablehnung rechtsextremer Einstellungen einher, die Dimension des Chauvinismus bleibt von dieser Wirkung jedoch unberührt. Die objektive Konkurrenz zwischen nationalen Wirtschaftsstandorten, die auch durch sozialdemokratische und gewerkschaftliche Politik bestärkt wurde, hat demnach in den politischen Orientierungen der Individuen ihren Niederschlag gefunden. Ähnlich verhält es sich mit dem Befund, dass *IC* die Bereitschaft zu gruppenbezogener Abwertung zwar allgemein verringert, aber nicht für die Gruppe der Langzeitarbeitslosen. Erfahrungen »demokratischer Selbstwirksamkeit« (Roth, 2013) können also der Tendenz zu kompensatorischer Abwertung entlang rassistischer oder sexistischer Linien entgegenwirken. Menschen hingegen, die gar nicht erst in die Erwerbsarbeit einbezogen und damit von der vollumfänglichen Geltung ihrer industriellen Staatsbürgerrechte ausgeschlossen sind, werden auch bei positiven Beteiligungserfahrungen weiterhin zur Zielscheibe von Abwertungen gemacht.

Auch das kann ein Hinweis darauf sein, dass sich Konkurrenzserfahrungen und Umgangsstrategien im Sinne »sozialer Schließung« (Mackert, 2004) recht hartnäckig in das politische Bewusstsein der Lohnabhängigen eingepreßt haben – und nicht als Widerspruch zur generellen Akzeptanz demokratischer Werte empfunden werden. Es scheint naheliegend, die Teilhabe, welche durch die Integration in die Erwerbsarbeit im Kontext eines »nationalen Wettbewerbsstaats« (Hirsch, 1995) erfahren wird, gerade durch Abschottung entlang dieser Integrationslinien zu verteidigen. Umso entscheidender ist, dass die Akteurinnen und Akteure in Gewerkschaften und Politik Forderungen nach Teilnahme und Teilhabe in der Arbeitswelt nicht mit Standortnationalismus und Strategien »exkludierender Solidarität« (z.B. Flecker et al., 2018) flankieren, an die antidemokratische Akteure dankbar anschließen können. Nur so kann das Potenzial von *industrial*

citizenship als Schutzfaktor für die Demokratie auch über die Arbeitswelt hinaus zur Entfaltung kommen.

Welche Strategien erscheinen vor diesem Hintergrund Erfolg versprechend? Bereits 2011 erschien eine Analyse der skandinavischen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung, die wirkungsvolle Vorgehensweisen gegen Rechtspopulismus untersuchte (Lodenius & Wingborg, 2011). Gewerkschaften spielen hier eine besondere Rolle, weil sie zur Wahl progressiver Parteien mobilisieren können – dort, wo diese tatsächlich überzeugende verteilungspolitische Konzepte anbieten. Entsprechend zeigte die Studie, dass die Sozialdemokratie dort erfolgreicher war, wo klassische Verteilungsfragen im Vordergrund standen. Wenn hingegen Themen der Rechten übernommen werden, wertet dieses Vorgehen ethnischere und diskriminierende Spaltungslinien auf. Dies geht zulasten der Solidarität unter den Lohnabhängigen und erhöht die Chancen rechtsextremer Parteien, die bei Wahlen als »Fachleute« für diese Themen gelten. Gewerkschaften sollten deshalb sowohl zu ihrem eigenen, als auch zum Wohle der Demokratie klare Kante gegen rechts zeigen *und* verteilungspolitisch eindeutige Positionen vertreten. Politisch kommt es darauf an, gesetzgeberisch die Möglichkeiten für positive Erfahrungen von Beteiligung, Solidarität und Anerkennung zu verbessern. Vergabegesetze, Tarifbindung in bundes- und landeseigenen sowie kommunalen Betrieben, höhere allgemeinverbindliche Mindestlöhne oder wirksamer Schutz vor »*union busting*« sind nur einige Stichworte für eine umfangreiche Agenda.

Nicht zuletzt muss auch die Notwendigkeit einer international ausgerichteten Gewerkschafts- und Sozialpolitik in den Blick genommen werden. Der Kampf um ein – durch soziale und industrielle Staatsbürgerrechte verbrieftes – Mindestmaß an Schutz und Handlungsfähigkeit gegenüber den zerstörerischen Kräften der Marktvergesellschaftung muss im nationalen Rahmen unvollständig bleiben. Auch droht er, in regressive, die Konkurrenz affirmierende Bahnen gelenkt zu werden. Das heißt gerade nicht, auf bessere Zeiten für eine europäische Sozialpolitik zu warten. Beispielsweise gibt es in Bezug auf die Behandlung und Absicherung von Arbeitsmigranten und -migrantinnen in Deutschland bereits vor Ort enorm viel Handlungsbedarf (Birke, 2020). Darüber hinaus müssen auch die Arbeitsstandards im globalen Rahmen deutlich nach oben korrigiert werden, da sich sonst die Gefahr der Abwärtsspirale nicht bannen lässt.

Insbesondere für die Betriebsebene und die Gewerkschaftsarbeit vor Ort hat die Forschung bereits auf das Potenzial beteiligungs-, konflikt- und mobilisierungsorientierter Mitbestimmungspolitik hingewiesen (Hilmer et al., 2017; Sauer & Detje, 2019, S. 50). Die Hoffnung liegt insbesondere darin, dem arbeitsweltlichen Ohnmachtserleben und seinen regressiven Bearbeitungsformen Erfahrungen von verallgemeinerter Solidarität, kollektiver Wirksamkeit und politischer Gestaltung entgegenzusetzen. Mittelfristig könnte dies zu Sozialisierungseffekten und damit einer Stärkung der Solidarität untereinander, der individuellen demokratischen Einstellung sowie auch der gewerkschaftlichen Mobilisierungsfähigkeit führen. Die (weiter) zu entwickelnden Strategien gegen rechtsextreme Tendenzen in der Arbeitswelt sind somit weder *gegenläufig* noch *zusätzlich* zur »normalen« Gewerkschaftsarbeit, sondern betreffen letztlich ihren Kern.

Literatur

- Batt, H. (2007). Der partizipative Staatsbürger. Über den Zusammenhang zwischen partizipatorischer Demokratie, Demokratiebewusstsein und Politischer Bildung. In D. Lange & G. Himmelmann (Hrsg.), *Demokratiebewusstsein* (S. 117–133). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Becker, K., Dörre, K. & Reif-Spirek, P. (Hrsg.) (2018). *Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Behrens, M. & Dribbusch, H. (2020). Umkämpfte Mitbestimmung: Ergebnisse der dritten WSI-Befragung zur Be- und Verhinderung von Betriebsratswahlen. *WSI-Mitteilungen*, 73(4), 286–294.
- Billmann, L. & Held, J. (Hrsg.) (2013). *Solidarität in der Krise*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Birke, P. (2020). Coesfeld und die Folgen: Arbeit und Migration in der Pandemie. In *Sozial.Geschichte Online*, 27, (Vorveröffentlichung).
- Boewe, J. & Schulten, J. (2013). Mit härteren Bandagen. »Union Buster« auf dem Vormarsch? Arbeitgeberaggressivität, Behinderung von Betriebsratswahlen und gewerkschaftliche Gegenstrategien. Drei Fallbeispiele. In D. Wetzel (Hrsg.), *Organizing: Die Veränderung der gewerkschaftlichen Praxis durch das Prinzip Beteiligung* (S. 171–195). Hamburg: VSA Verlag.
- Brinkmann, U. & Nachtwey, O. (2013). Postdemokratie, Mitbestimmung und industrielle Bürgerrechte. *Politische Vierteljahresschrift*, 54(3), 506–533.
- Butterwegge, C. (2008). Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus. In C. Butterwegge & G. Hentges (Hrsg.), *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut: Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz* (S. 11–77). Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Decker, O. (2018). Flucht ins Autoritäre. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 15–65). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, O. & Brähler, E. (2006). *Vom Rand zur Mitte: Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.

- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (Hrsg.) (2013). *Rechtsextremismus der Mitte: Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Yendell, A. & Brähler, E. (2018). Anerkennung und autoritäre Staatlichkeit. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 157–179). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Dewey, J., Oelkers, J. & Hylla, E. (2011). *Demokratie und Erziehung: Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik; mit einer umfangreichen Auswahlbibliographie*. Weinheim: Beltz.
- Dörre, K., Bose, S., Lütten, J., & Köster, J. (2018). Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. *Berliner Journal für Soziologie*, 28(1–2), 55–89.
- Eichmann, H., Flecker, J., Krenn, M. & Papouschek, U. (2018). »... was willst du viel mitbestimmen?« *Flexible Arbeit und Partizipationschancen in IT-Dienstleistungen und mobiler Pflege*. Baden-Baden: Nomos.
- Flecker, J. (2007). *Variants of Right-Wing Populist Attraction in Austria: Bd. Changing Working Life and the Appeal of the Extreme Right*. Aldershot: Ashgate Publishing.
- Flecker, J., Altreiter, C. & Schindler, S. (2018). Erfolg des Rechtspopulismus durch exkludierende Solidarität? Das Beispiel Österreich. In K. Becker, K. Dörre & P. Reif-Spirek (Hrsg.), *Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – Populistische Revolte* (S. 245–257). Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Frymer, P. & Grumbach, J. M. (2020). Labor Unions and White Racial Politics. *American Journal of Political Science* (Vorveröffentlichung online).
- Fudge, J. (2006). After Industrial Citizenship: Market Citizenship or Citizenship at Work? *Relations industrielles*, 60(4), 631–656.
- Gronemeyer, R. (1973). *Integration durch Partizipation? Arbeitsplatz, Wohnbereich: Fallstudien*. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Habermas, J. (1991). *Erläuterungen zur Diskursethik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Haipeter, T., Hertwig, M. & Rosenbohm, S. (Hrsg.) (2019). *Vernetzt und verbunden – Koordinationsprobleme im Mehrebenensystem der Arbeitnehmervertretung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Heller, A., Decker, O. & Brähler, E. (2020). Rechtsextremismus – ein einheitliches Konstrukt? Ein Beitrag zur Frage der Operationalisierung anhand des Fragebogens Rechtsextremismus – Leipziger Form (FR-LF). In A. Heller, O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Hentges, G., Meyer, M.-H., Flecker, J., Kirschenhofer, S., Thoft, E., Grinderslev, E. & Balazs, G. (2003). *The Abandoned Worker: Socio-Economic Change and the Attraction of Right-Wing Populism; European Synthesis Report on Qualitative Findings*. FORBA-Forschungsbericht 15/2003.
- Herkenhoff, A.-L. & Barthel, M. (2018). Kampagnenarbeit im vorpolitischen Raum – das Beispiel »Werde Betriebsrat«. In A. Häusler (Hrsg.), *Völkisch-autoritärer Populismus: Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD* (S. 77–85). Hamburg: VSA Verlag.
- Hertwig, M. (2020). Interessenvertretung im Betrieb. In J. Kiess (Hrsg.), *Sachsen in Arbeit. Trends und Analysen der sächsischen Arbeitswelt* (S. 75–85). Leipzig: edition überland.
- Hilmer, R., Kohlrausch, B., Müller-Hilmer, R. & Gagné, J. (2017). *Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern* (Nr. 44; Working Paper Forschungsförderung). Düsseldorf: Hans Böckler Stiftung.
- Himmelman, G. (2016). *Demokratie Lernen: Als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform; ein Lehr- und Studienbuch* (4. Auflage). Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag.
- Hirsch, J. (1995). *Der nationale Wettbewerbsstaat: Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*. Berlin: Edition ID-Archiv.

- Honneth, A. (1992). *Kampf um Anerkennung: Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hürtgen, S. (2020). Labour-process-related Racism in Transnational European Production: Fragmenting Work meets Xenophobic Culturalisation among Workers. *Global Labour Journal*, 11(1), 18–33.
- Kiess, J. (2011). Rechtsextrem – extremistisch – demokratisch? In Forum für kritische Rechts-
extremismusforschung (Hrsg.), *Ordnung. Macht. Extremismus* (S. 240–260). Wiesbaden: VS
Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kiess, J. (2019). *Die soziale Konstruktion der Krise. Wandel der deutschen Sozialpartnerschaft aus
der Framing-Perspektive*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Kiess, J. (in Druck). Learning by doing: The impact of experiencing democracy in education on
political trust and participation. *Politics*.
- Kißler, L., Greifenstein, R. & Schneider, K. (2011). *Die Mitbestimmung in der Bundesrepublik
Deutschland: Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Klier, A. (2014). Partizipation und Demokratiekompetenz am Arbeitsplatz. *Grundlagen der Wei-
terbildung Praxishilfen (GdW-Ph)*, 115, 1–31.
- Kohaut, S. (2018). Tarifbindung – der Abwärtstrend hält an. *IAB-Forum*. [https://www.iab-forum.
de/tarifbindung-der-abwaertstrend-haelt-an/](https://www.iab-forum.de/tarifbindung-der-abwaertstrend-haelt-an/) (08.09.2020).
- Kotthoff, H. (1994). *Betriebsräte und Bürgerstatus: Wandel und Kontinuität betrieblicher Mitbe-
stimmung*. München: R. Hampp.
- Lockwood, D. (1996). Civic Integration and Class Formation. *The British Journal of Sociology*,
47(3), 531–550.
- Lodenius, A.-L. & Wingborg, M. (2011). *Radikale rechtspopulistische Parteien in den Nordischen
Ländern: Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Erklärungsansätze*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stif-
tung.
- Mackert, J. (Hrsg.) (2004). *Die Theorie sozialer Schließung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwis-
senschaften.
- Marshall, T. H. & Rieger, E. (1992). *Bürgerrechte und soziale Klassen: Zur Soziologie des Wohlfahrts-
staates*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Müller-Jentsch, W. (2008). *Arbeit und Bürgerstatus: Studien zur sozialen und industriellen Demo-
kratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nachtwey, O. & Seeliger, M. (2020). Der Wandel von Economic Citizenship im Zuge der europä-
ischen Integration. *Zeitschrift für Soziologie*, 48(5–6), 333–348.
- Offe, C. & Wienthal, H. (1980). Two Logics of collective Action: Theoretical Notes on Social
Class and Organizational Form. *Political Power and Social Theory*, 1, 67–115.
- Quaas, F. (2000). *Soziale Marktwirtschaft: Wirklichkeit und Verfremdung eines Konzepts*. Bern:
P. Haupt.
- Roth, R. (2011). *Bürgermacht: Eine Streitschrift für mehr Partizipation*. Bonn: Edition Körber.
- Roth, R. (2013). Für mehr Partizipation und Engagement: Erfolgsbedingungen, Perspektiven
und Grenzen. In J. Hasse, G. Rosenthal, Bündnis für Demokratie und Toleranz (Germany)
& Bundeszentrale für Politische Bildung (Germany) (Hrsg.), *Wider die Gleichgültigkeit!
Aktiv gegen Rechtsextremismus: Perspektiven, Projekte, Tipps*. Berlin: Bündnis für Demo-
kratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt und Bundeszentrale für politische
Bildung.
- Rügemer, W. & Wigand, E. (2014). *Union-Busting in Deutschland. Die Bekämpfung von Betriebs-
räten und Gewerkschaften als professionelle Dienstleistung* (Nr. 77; OBS-Arbeitsheft).
- Sauer, D. & Detje, R. (2019). Rechtspopulismus im Betrieb – Erscheinungsformen, Hintergründe,
politischer Umgang. *WSI-Mitteilungen*, 72(3), 159–167.

- Sauer, D., Stöger, U., Bischoff, J., Detje, R. & Müller, B. (2018). *Rechtspopulismus und Gewerkschaften: Eine arbeitsweltliche Spurensuche*. Hamburg: VSA Verlag.
- Schnurr, S. (2018). Partizipation. In H.-U. Otto, H. Thiersch, R. Treptow & H. Ziegler (Hrsg.), *Handbuch Soziale Arbeit: Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik* (6., überarbeitete Auflage, S. 1126–1137). München: Ernst Reinhardt Verlag.
- Schulten, T., Lübker, M. & Bispinck, R. (2020). Tarifbindung in Sachsen. In J. Kiess (Hrsg.), *Sachsen in Arbeit. Trends und Analysen der sächsischen Arbeitswelt* (S. 61–74). Leipzig: edition überland.
- Spanning, R., Ogris, G. & Gaiser, W. (Hrsg.) (2008). *Youth and Political Participation in Europe: Results of the Comparative Study EUYOUPART* (1. Aufl.). Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Stöss, R., Friedrich-Ebert-Stiftung & Forum Berlin (2017). *Gewerkschaften und Rechtsextremismus in Europa*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Thünken, O., Hertwig, M., Fischer, A. & Menning, D. (2019). (Ent-)Demokratisierung der Betriebe – Union Busting und der Kampf um die Mitbestimmung. In N. Burzan (Hrsg.), *Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen. Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen*.
- Turner, B. S. (Hrsg.) (1993). *Citizenship and Social Theory*. London: SAGE Publications.
- Zeuner, B., Gester, J., Fichter, M., Kreis, J. & Stöss, R. (Hrsg.) (2007). *Gewerkschaften und Rechtsextremismus: Anregungen für die Bildungsarbeit und die politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

5. Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-Wählerschaft von 2014 bis 2020

Kazim Celik, Oliver Decker & Elmar Brähler

Als die AfD 2013 als rechtsliberale Partei gegründet wurde, fußte sie auf den Grundsätzen der EU-Skepsis und des Nationalismus. Sie hatte sich vor allem in Folge der »Eurokrise« formiert, gewann aber im Zuge der »Flüchtlingskrise« mit muslimfeindlichen und antimigrantischen Positionen Aufwind. Unter Bernd Lucke, Bundessprecher und maßgeblichem Mitbegründer der AfD, trennte sich der wirtschaftsliberale Flügel im Juli 2015 von der Partei und formierte sich als Partei Allianz für Fortschritt und Aufbruch, kurz ALFA, neu. In einem offenen Brief ermahnte Lucke später die »nicht rechtsextremen Mitglieder der AfD«, die Partei zu verlassen (Lucke, 2019). Infolge dieser Abspaltung erlebte die AfD unter der Führung von Frauke Petry und Jörg Meuthen einen Rechtsruck. Nach der Bundestagswahl 2017 jedoch trat auch die damals amtierende Parteivorsitzende Frauke Petry aus der AfD aus, schloss sich der von ihr initiierten Blauen Partei an und zog sich 2019 ganz aus der Politik zurück. Auch sie zeigte sich nachträglich besorgt: Gegenüber der Redaktion von ntv gab sie an, die AfD sei »führungslos« und »in der Hand radikaler Flügelanhänger« (Petry, 2019).

Seit nunmehr sieben Jahren steht die AfD im Mittelpunkt politischer, medialer und wissenschaftlicher Debatten. Spätestens seit der sogenannte »Flügel« vom Verfassungsschutz beobachtet wird, sollte allerdings klar sein, dass es sich bei der AfD nicht nur um eine rechtskonservative Partei handelt. In ihrem Grundsatzprogramm vom Mai 2016 zeigt sich vielmehr ein nationalkonservatives Weltbild, etwa in Bezug auf die Familien- und Geschlechterpolitik: So bekundet die AfD zum Beispiel ihre Opposition gegen »die ideologische Beeinflussung durch das ›Gender-Mainstreaming«

und lehnt Gleichstellungspolitik, Frauenquoten und die vermeintliche Aufhebung von Geschlechteridentitäten ab (AfD, 2016). Völkische, antifeministische, homophobe sowie fundamentalistisch-christliche Positionen prägen die Vorstellungen der Partei in diesem Zusammenhang. Kampagnen wie »Stopp-den-Genderwahn« verhelfen ihr dabei insbesondere auf den Social-Media-Plattformen zu Aufmerksamkeit. Innerhalb der AfD gibt es heute verschiedene informelle Flügel und innerparteiliche Vereinigungen, von denen der völkisch-national geprägte und von Rechtsextremen dominierte »Flügel« unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht. Nach der Spaltung vom Juli 2015 waren sehr unterschiedliche Gruppen in der Partei verblieben: nationalkonservative, wirtschaftsliberale, wertkonservative, christlich-fundamentalistische und direktdemokratische Kräfte. Die Brückenthemen, die diese Strömungen verbinden, sind autoritäre, völkisch-nationalistische, homophobe, antifeministische, antisemitische und geschichtsrevisionistische Positionen.

Laut Kai Arzheimer war das AfD-Programm zur Europawahl 2014 noch nicht als »radikal« einzustufen, da es keinen Nativismus oder Populismus enthielt (2015, S. 551), doch ließ es sich bereits als »far right« einordnen (ebd., S. 535). Ursprünglich wurde die AfD von ihrer Wählerschaft zwar rechts von der CDU, aber als ähnlich rechts wie die CSU eingeschätzt (Wagner et al., 2015, S. 145). Heute jedoch ist die Partei »noch nicht rechtsextrem, muss aber nach wie vor als rechtsextrem dominiert betrachtet werden« (Botsch, 2020), resümierte auch der Extremismusforscher und Leiter der Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus des Moses Mendelssohn Zentrums an der Universität Potsdam Gideon Botsch in einem Gespräch mit der Deutschen Presseagentur 2020. Die Rhetorik derer, die die Partei repräsentieren, richtet sich dezidiert gegen das liberal-demokratische System. Auch Rensmann (2020) bewertet das ideologische Profil der Partei heute als mindestens radikal-rechtspopulistisch bis rechtsextrem, mit Tendenz zur Radikalisierung auf Bundes- und Länderebene. In der Leipziger Leipziger Autoritarismus Studie 2016 wurde deutlich, dass die AfD die Wählerinnen und Wähler aus den antidemokratisch-autoritären Milieus für sich gewinnen konnte, die noch eine Dekade davor ihre Stimme der SPD und CDU gaben (Decker et al., 2016).

Die bisherige Geschichte der AfD kann also in drei Phasen unterteilt werden: erstens die Phase der rechtsliberalen und euroskeptischen Positionen unter Lucke (2013–2015), zweitens die Phase mit der Migrationspoli-

tik als Kernthema unter Petry und Meuthen (2015–2017) und drittens die Phase, in der der vorangegangene Rechtsruck radikalisiert wurde (2017 bis heute). Diese Phasen kennzeichnen den Weg der AfD von einer rechtsliberalen zu einer rechtsextremen Partei. Doch inwieweit lässt sich dieser schrittweise Wandel auch bei der AfD-Wählerschaft nachvollziehen? Mithilfe der Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studien von 2014 bis 2020 wollen wir dieser Frage im Folgenden nachgehen.

Motive der AfD-Wählerinnen und -Wähler

Trotz ihrer diversen Kurskorrekturen, inneren Konflikte und Spaltungen scheint die AfD nicht an Beliebtheit zu verlieren. Sie ist heute in allen Landtagen vertreten. Die höchsten Zweitstimmenanteile konnte sie in den ostdeutschen Bundesländern erringen, allen voran mit 27,5% bei der Landtagswahl 2019 in Sachsen. Doch warum entscheiden sich Wählerinnen und Wähler, der AfD ihre Stimme zu geben? Viele der sozial- und politikwissenschaftlichen Erklärungsansätze schließen an die Forschung zu rechtsextremen Parteien an, sind also nicht ausschließlich für die AfD gültig. So resümierte Holtmann bereits 2002, dass folgende Faktoren die Wahlentscheidung für die rechtsextreme Deutsche Volksunion begünstigten: eine starke Mobilisierung von Nichtwählerinnen und Nichtwählern, ein bestimmtes sozialstrukturelles Profil (junge Männer, Arbeiter, Auszubildende und Arbeitslose), relative Deprivation¹, politische Unzufriedenheit, ein sozial homogenes Wohngebiet, fundamentaler politischer Protest, Benachteiligungsgefühle infolge prekärer Arbeitsverhältnisse und eine Orientierung am rechten ideologischen Spektrum (Holtmann, 2002). Dieselben Faktoren werden heute im Kontext der Wahlentscheidung für die AfD diskutiert. Zusätzlich werden bestimmte gesellschaftliche Ereignisse zur Erklärung herangezogen (z.B. »Eurokrise« oder »Flüchtlingskrise«). Wilhelm Heitmeyer schlug in einem Interview mit Deutschlandfunk Kultur vor, ihr »autoritärer Nationalradikalismus« sei der Schlüssel zum Erfolg der AfD. Dieser zielt darauf ab, wichtige gesellschaftliche Institutionen zu destabilisieren. Die Attraktivität und Verlockung des Autoritären liege ge-

1 Der Begriff der relativen Deprivation meint eine negative Beurteilung der eigenen finanziellen Lage im Verhältnis zu anderen Personen der gleichen sozialen Lage.

rade darin, die Wiederherstellung von Ordnung und Kontrolle gegen das Chaos des »globalen Kapitalismus mit einem rabiaten Finanzkapitalismus und sozialen Desintegrationsprozessen und einer [...] Variante von Demokratieentleerung« zu versprechen (Heitmeyer, 2018).

Susanne Pickel beschäftigte sich 2019 mit der Frage, welche Einflussfaktoren die größte Erklärungskraft besitzen. Ihr fiel auf, dass sich verschiedene gesellschaftswissenschaftliche Disziplinen mit dem Erfolg der AfD beschäftigen und eine ganze Reihe an Erklärungsansätzen erarbeitet haben (Pickel, 2019, S. 148-151). Die von ihr zusammengetragenen Ansätze seien hier kurz wiedergegeben:

1. Modernisierungsverliererthese (Bergmann et al., 2016; Kroh & Fetz, 2016; Lengfeld, 2017, 2018; Bremmer, 2018; Lux, 2018; Tutić & Hermann, 2018; Rippl & Seibel, 2018): Im Rahmen dieser These werden Globalisierungsprozesse sowie Unsicherheiten in Bezug auf Ökonomie und Erwerbstätigkeit als Ursache für Verlustängste genannt, vor allem unter Arbeitern und Arbeiterinnen mit niedriger formaler Bildung, aber zunehmend auch in anderen sozialen Schichten. Im Kontext der AfD-Wählerschaft wird insbesondere von mittelständischen Personen gesprochen, die den Verlust des Wohlstands und traditioneller Werte befürchten. Neben den sozialstrukturellen Merkmalen der Wählerinnen und Wähler gelten demnach folgende Faktoren als ausschlaggebend dafür, die AfD zu wählen: prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen, relative Deprivation und Benachteiligungsgefühle sowie Angst vor Globalisierung.

2. (Sozial-)Strukturelle Ungleichheit (Häusler et al., 2013; Lengfeld, 2017, 2018; Hambauer & Mays, 2018): Diese These basiert auf der Annahme, dass soziale Ungleichheit, speziell Bildungs- und Einkommensnachteile, die Wahl der AfD begünstigt. Sozialstrukturelle Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen und subjektive Schichtzuordnung sind Kernelemente dieser Annahme.

3. These der kulturellen Bedrohung (Schmitt-Beck, 2014; Pickel, 2017; Pickel & Pickel, 2018; Pickel & Yendell, 2016): Diese These verfolgt einen sozialpsychologischen Ansatz und impliziert die »verankerte Wahrnehmung einer Bedrohung der eigenen Kultur. Angstdiskurse dienen der Externalisierung von Quellen der Verunsicherung bzw. bündeln bestehende gruppenbezogene Vorurteile und emotionale Ablehnung (derzeit speziell gegenüber dem Islam)« (Pickel, 2019, S. 163). Die von dieser Angst betroffenen Menschen sind für die vermeintlichen Lösungsvorschläge radikaler

Akteure anfälliger. Kulturelle und ökonomische Bedrohungen sind somit das leitende Motiv dieser These.

4. Nationalismusthese (Schmitt-Beck, 2014; Köcher, 2014, zitiert nach Pickel, 2019; Arzheimer, 2015; Wagner et al., 2015; Decker et al., 2016; Häusler, 2016; Inglehart & Norris, 2016; Niedermayer & Hofrichter, 2016; Schwarzbözl & Fatke, 2016; Pickel, 2017): Ausgangspunkt dieser These ist die konservative bis völkisch-nationale Ideologie, die sich durch das Parteiprogramm und die Einstellungen der Politikerinnen und Politiker sowie der Wählerschaft zieht. Die Partei sei somit dem »Rechts-Populismus« zuzuordnen (mit fließenden Übergängen zum Rechtsextremismus) (Priester, 2007, 2016). Daraus folgt die Abgrenzung und Abwertung von Migrantinnen und Migranten (Pickel, 2019). Die zentralen Faktoren, die im Rahmen dieser These diskutiert werden, sind Ethnozentrismus, Nativismus, Xenophobie, Annahmen nationaler Überlegenheit und Orientierungen am rechten Rand des ideologischen Spektrums.

5. Politische Entfremdung und Offenheit für Populismus (Norris, 2005; Arzheimer, 2008; Niedermayer & Hofrichter, 2016; Schmitt-Beck et al., 2017; Pickel, 2017; Pickel & Pickel, 2018): Dieser Ansatz geht davon aus, dass die Unzufriedenheit mit den herrschenden Eliten bzw. dem »Establishment« das Vertrauen in die politischen Institutionen und Autoritäten negativ beeinflusst. Ein Merkmal der AfD-Wählerschaft zeige sich somit in der »Erosion des Systemvertrauens dieser Gruppe« durch Zweifel an politischen Entscheidungen (Nestler & Rohgalf, 2014, S. 411). So beschreiben Niedermayer und Hofrichter (2016) die Ablehnung der Flüchtlingspolitik Angela Merkels und der etablierten Parteien in dieser Gruppe als »einhellig«: Die Politik berücksichtige die Interessen der einheimischen Bevölkerung nicht, die sich angeblich vor »Islamisierung« und Kriminalität fürchte. »Die AfD-Anhänger«, schlussfolgern die beiden Autoren, »hatten insgesamt den Eindruck, dass die Bundesregierung die Lage nicht im Griff habe« (Niedermayer & Hofrichter, 2016, S. 276). Die AfD betone den Unterschied zwischen »Volk« und Eliten und biete Menschen eine Alternative zum Nichtwählen (sogenannte Exit-Option; Hirschmann, 1970). Durch die Wahl der AfD manifestiert sich hingegen der Protest gegen die herrschenden Zustände (sogenannte Voice-Option; ebd.), und indem die AfD das Thema der direkten Demokratie in ihren Wahlkämpfen aufgreift, verstärkt sich bei den Anhängerinnen und Anhängern der Eindruck der Widerständigkeit. Für diesen Ansatz zählen also

erstens die Protestwahl, zweitens die Motivation ehemaliger Nichtwählerinnen und Nichtwähler und drittens die politische Entfremdung von den Grundsätzen der liberalen Demokratie und politischen Kultur. Dieser dritte Punkt manifestiert sich in einer illiberalen Einstellung, Unzufriedenheit mit politischen Amtsträgerinnen und Amtsträgern, Vertrauensverlust bzw. mangelndem Vertrauen in Parteien und ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten, Frustration über die politischen Eliten mit ihrer mangelnden Responsivität, negativen Emotionen und dabei insbesondere Wut auf einzelne Politikerinnen und Politiker.

Über diese fünf genannten hinaus gibt es auch noch weitere Ansätze. Man kann sie bei Pickel (2019) nachlesen. Die bisher vorgestellten Faktoren sind auch relevant im Rahmen des analytischen Teils dieser Arbeit und lassen sich anhand von Frage-Batterien aus den Leipziger Autoritarismus Studien gut abbilden. Die Ansätze sollen also vor allem dabei helfen, die statistischen Werte einzuordnen.

Datengrundlage und analytisches Vorgehen

Im Folgenden sollen einige der genannten Ansätze zu den Motivlagen der AfD-Wählerschaft als Ausgangspunkt der Analyse dienen. Die bisherigen Forschungsarbeiten zu diesen Motivlagen lassen sich in eine empirisch fundierte und eine normativ-analytische Herangehensweise unterteilen (Lewandowsky, 2015, S. 123). Der Fokus unserer Auswertung liegt auf den empirischen Befunden der Leipziger Autoritarismus Studien von 2014 bis 2020 und insbesondere auf der Verbreitung rechtsextremer Ideologien innerhalb der Wählerschaft der AfD.

Mithilfe der Daten aus der Leipziger Autoritarismus Studien werden wir folgende Thesen prüfen: *Erstens, die Kurskorrekturen der AfD mit der Abspaltung des wirtschaftsliberalen Flügels 2015 und ihrem Rechtsruck infolge des Austritts von Frauke Petry schlagen sich auch auf die Einstellungen der Wählerschaft nieder. Zweitens, von 2014 bis 2020 hat sich die Klientel der AfD verändert: Sie ist heute in stärkerem Maße völkisch-national, geschichtsrevisionistisch und menschenfeindlich eingestellt.*

Als Datengrundlage dienen die Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsumfragen im Rahmen der Leipziger Autoritarismus Studien (bis 2016 unter dem Namen *Leipziger »Mitte«-Studien*) von 2014, 2016, 2018 und

2020. Für die Studienreihe werden seit 2002 im zweijährigen Rhythmus Repräsentativerhebungen in der deutschen Bevölkerung durchgeführt, die auf Face-to-Face-Befragungen basieren, einem Verfahren, mit dem sich vergleichsweise hohe Rücklaufquoten erreichen lassen. Die Probandinnen und Probanden werden per Zufallsstichprobe ausgewählt (zur Stichprobengröße siehe Tab. 1; zum methodischen Vorgehen siehe Kap. 2).

Für eine umfangliche Analyse der AfD-Wählerschaft werden verschiedene Einflussfaktoren berücksichtigt und im Rahmen eines Zeitvergleichs (und stellenweise im Vergleich zu der Wählerschaft anderer Parteien) betrachtet. Da das Objekt der Analyse die Wählerinnen und Wähler sind, haben wir nur die wahlberechtigte Bevölkerung, also Personen über 18 Jahren mit deutscher Staatsbürgerschaft, aufgenommen. Überwiegend liegt der Fokus auf der Wählerschaft der AfD (zur Stichprobengröße siehe Tab. 1).

Tabelle 1: Stichprobengröße LAS und absolute Zahl an Befragten mit AfD-Wahlpräferenz 2014–2020

	Anzahl der befragten Personen in LAS insgesamt	Anzahl an Befragten mit AfD-Wahlpräferenz in LAS
2014	2.527	52
2016	2.524	173
2018	2.516	160
2020	2.503	104

Wir betrachten folgende Faktoren: sozialstrukturelle Daten, politische und wirtschaftliche Deprivation, Demokratieperformanz und -zufriedenheit, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) und Rechtsextremismus.

Sozialstrukturelle Daten: Für die sozialstrukturelle Profilierung der AfD-Wählerschaft haben wir die Items Geschlecht, Alter, Bildung, Haushaltseinkommen und Berufsstand ausgewählt. Zur besseren Vergleichbarkeit des Bildungsniveaus der Befragten haben wir die verschiedenen Bildungsabschlüsse in drei Kategorien zusammengefasst: Dazu wurden Personen ohne Schulabschluss oder mit einem Hauptschulabschluss der Kategorie *niedrige Bildung* zugeordnet; Personen mit einem Realschulabschluss, Fachabitur oder einer ähnlichen Qualifikation der Kategorie *middle-*

re Bildung; und Personen mit Abitur oder einem abgeschlossenen Studium der Kategorie *höhere Bildung*.

Politische und wirtschaftliche Deprivation: Ob sich AfD-Wählerinnen und -Wähler politisch und ökonomisch benachteiligt fühlen, können wir nur mit den drei Datensätzen von 2016, 2018 und 2020 prüfen, da diese Fragen 2014 nicht in der Erhebung enthalten waren.

Demokratieperformanz und -zufriedenheit: Die entsprechenden Items wurden konstant über alle Leipziger Autoritarismus Studien von 2014 bis 2020 angewandt. Sie eignen sich also gut für einen Zeitvergleich, stellen wichtige Faktoren dar und werden folglich mit in unserer Analyse berücksichtigt.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Der Begriff (Heitmeyer, 2012) zeigt Überschneidungen mit dem Konzept des Rechtsextremismus. Nach Heller, Decker und Brähler enthält er aber nur die »soziale Facette rechtsextremer Einstellungen« und stützt sich auf Ungleichheitsvorstellungen, jedoch ohne Bezüge zu politischen Orientierungen (Heller et al., 2020, S. 155). Daher ist eine Analyse rechtsextremer Einstellungen allein durch die Betrachtung der Einstellungen GMF nicht ausreichend und wird im Folgenden um ein weiteres Messinstrument für rechtsextreme Einstellungen ergänzt – dem Fragebogen Rechtsextremismus. Auch für die Einstellungen GMF hat sich die Fragebatterie im Laufe der Zeit verändert. Da sie 2016 nicht Teil der Studie war, ist ein Vergleich für die Jahre 2014, 2018 und 2020 möglich, und zwar für jene Items, die sich in den drei Erhebungswellen nicht voneinander abweichen.

Gewaltbereitschaft: Die Gewaltbereitschaft der deutschen Bevölkerung wurde in den Leipziger Autoritarismus Studien immer wieder ergründet, auch mithilfe von verschiedenen Items bzw. Frage-Formulierungen. Konstant blieb für 2016 bis 2020 die Frage »Ich bin in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen«. Dieses Item wird entsprechend auch in folgenden Teilen für den Zeitvergleich herangezogen.

Rechtsextremismus: Für den Vergleich soll hier das bewährte Messinstrument zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen, der *Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF)* (Decker et al., 2013), zum Einsatz kommen. Er wird seit 2002 im Rahmen der Leipziger »Mitte«- bzw. Leipziger Autoritarismus Studien verwendet. Dabei fließen in die Gesamtskala Rechtsextremismus sechs Dimensionen ein, die den Bereichen

Neo-NS-Ideologie und Ethnozentrismus im Sinne eines rechtsextremen Syndroms zugeordnet werden können (Heyder & Decker, 2011; Kap. 2). In Anlehnung an Heller, Brähler und Decker (2020) seien sie hier kurz vorgestellt: Zur Neo-NS-Ideologie gehören die Dimensionen *Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur*, *Antisemitismus*, *Sozialdarwinismus* und *Verharmlosung des Nationalsozialismus*. Die erste Dimension, die *Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur*, erfasst anti-demokratische und anti-pluralistische Einstellungen in Bezug auf das bevorzugte politische System, wobei die in der Skala verwendeten Items darauf zielen, rechtsextreme Demokratiefeindschaft und Diktaturunterstützung zu erfassen. Die Dimension *Antisemitismus* leitet sich aus der Aufwertung der eigenen Gruppe auf Kosten der Abwertung von Jüdinnen und Juden ab. Wer den Items in dieser Dimension zustimmt, stellt sich eine »jüdische Rasse« vor, die als andersartig, hinterlistig und eigentümlich, aber auch als besonders einflussreich eingeschätzt wird. Die Skala erfasst weder Verschwörungstheorien noch sekundären oder israelbezogenen Antisemitismus. Die Dimension *Sozialdarwinismus* erfasst die Vorstellung, dass das »deutsche Volk« als Gattung anderen Völkern von Natur aus überlegen sei. Daraus resultiert auch, dass wertvolles und wertloses Leben unterschieden wird. Die letzte Dimension, *Verharmlosung des Nationalsozialismus*, enthält Relativierungen der deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg, und auch wer Hitler als »großen Staatsmann« sehen möchte oder die »positiven Seiten des Nationalsozialismus« betont, wird durch diese Dimension erfasst. Zum Ethnozentrismus gehören die Dimensionen *Chauvinismus* und *Ausländerfeindlichkeit*. *Chauvinismus* beinhaltet Nationalismus und aggressive Positionen, die ein hartes Durchgreifen Deutschlands für mehr Macht und Geltung fordern. Die Skala *Ausländerfeindlichkeit* misst das Bedrohungs erleben durch eine als eindringend erlebte Fremdgruppe. Ihr wird vorgeworfen, den Sozialstaat auszunutzen, die Lage auf dem Arbeitsmarkt anzuspannen und eine »Überfremdung« zu verursachen.

Diese Faktoren bilden die im Rahmen der verschiedenen sozialwissenschaftlichen Ansätze angesprochenen Phänomene ab und sind mehr oder weniger konstant in den Bevölkerungsumfragen der Leipziger Autoritarismus Studien 2014 bis 2020 gemessen worden. Im Folgenden werden wir untersuchen, ob sie Einfluss auf die Neigung nehmen, die AfD zu wählen.

Sozialstrukturelle Merkmale der AfD-Wählerschaft

Die heutige Wählerschaft der AfD setzt sich größtenteils aus Männern (68,3%) mittleren Alters (67,3%) zusammen (Tab. 2). Im Vergleich zu den Ergebnissen aus 2014, 2016 und 2018 sind diese beiden Merkmale sogar noch relevanter geworden – während der Anteil an Frauen und jungen Wählerinnen und Wählern im Untersuchungszeitraum von einem ohnehin niedrigen Niveau aus weiter sank.

Der Bildungsgrad lässt sich anhand der Ergebnisse von 2020 hauptsächlich im mittleren Spektrum (56,7%) einordnen. In den früheren Erhebungswellen hatte der Anteil der AfD-Wählerinnen und -Wähler mit niedriger Bildung 28,8% im Jahr 2014, 32,9% im Jahr 2016 und 34,0% im Jahr 2018 noch deutlich höher gelegen als 2020 (18,3%). Mittlerweile ist aber auch der Anteil der Menschen mit höherer Bildung deutlich gestiegen: Während 2014 noch 21,2% ein Studium oder zumindest das Abitur abgeschlossen hatten, war dies 2016 nur noch bei 16,2% der Fall, doch stieg dieser Prozentsatz 2018 wieder auf 17,6% an und erreichte 2020 mit 25,0% den höchsten Wert. Insgesamt ist der durchschnittliche Bildungsgrad der AfD-Wählerschaft also im Rahmen der Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studie 2020 deutlich höher als in den Jahren zuvor.

Der überwiegende Anteil (57,1%) der AfD-Wählerinnen und -Wähler gab an, über ein Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 2.500 Euro zu verfügen, 33,2% liegen mit 1.250 bis 2.500 Euro darunter, aber nur 9,2% haben monatlich weniger als 1.250 Euro zur Verfügung. 2014 lag der Anteil derjenigen, die über 2.500 Euro verdienen, noch bei 35,3% und ist seitdem konstant gestiegen.

Die meisten Befragten, die die AfD präferieren, sind Angestellte (59,0%); im Vergleich zu den Vorjahren ist ihr Anteil etwas gestiegen. Arbeiter und Facharbeiterinnen sind hingegen 2020 seltener vertreten als zuvor (8,0% und 15,0%). Gerade bei Facharbeiterinnen und -arbeitern ist der Anteil seit 2014 kontinuierlich gesunken – von 29,4% auf heute nur noch 15%.

Insgesamt lässt sich die AfD-Wählerschaft also heute deutlicher in der bürgerlichen Mitte und der oberen Mittelschicht verorten als zuvor. Die Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studien 2014 bis 2020 zeigen andersherum auch, dass die Partei für Arbeiterinnen und Facharbeiter weniger attraktiv geworden ist. Eine bemerkenswerte Entwicklung ist allerdings der

Tabelle 2: Sozialstrukturelle Merkmale der AfD-Wählerschaft (in %)

LAS	2014 (N = 52)	2016 (N = 173)	2018 (N = 160)	2020 (N = 104)
Geschlecht				
weiblich	34,6	35,8	37,5	31,7
männlich	65,4	64,2	62,5	68,3
Altersgruppen				
bis 30 Jahre	13,5	18,5	18,1	13,5
31–60 Jahre	57,7	61,8	57,5	67,3
ab 61 Jahre	28,8	19,7	24,4	19,2
Bildungsgrad				
niedrige Bildung	28,8	32,9	34,0	18,3
mittlere Bildung	50,0	50,9	48,4	56,7
höhere Bildung	21,2	16,2	17,6	25,0
Haushaltseinkommen				
bis 1.250 €	11,8	18,7	15,0	9,2
1.250–2.500 €	52,9	45,6	43,8	33,7
mehr als 2.500 €	35,3	35,7	41,3	57,1
Beruf				
noch nie berufstätig	2,0	2,9	3,1	3,0
Arbeiterinnen und Arbeiter	5,9	11,6	13,8	8,0
Facharbeiterinnen und Facharbeiter	29,4	20,3	23,9	15,0
selbstständige Landwirte	0,0	0,6	0,0	0,0
freie Berufe	1,9	1,7	0,6	2,0
Selbstständige	5,8	5,2	8,8	9,0
Angestellte	50,0	53,5	47,2	59,0
Beamte	3,8	4,1	2,5	4,0

Tabelle auf Grundlage der Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studien 2014, 2016, 2018 und 2020; ausgewiesen sind gültige Prozentwerte für die Verteilung innerhalb der Gruppe derjenigen, die angeben, ihre Wählerstimme der AfD geben zu wollen.

Wandel der Wählerklientel, der sich ab 2016 zeigt. Während 2014 noch viele Wählerinnen und Wähler der AfD ein vergleichsweise geringes Einkommen hatten, sinkt ihr Anteil 2016 abrupt. Betrachtet man also die Entwicklung von 2014 bis 2018, wird bei der Wählerklientel der AfD ein Wechsel der sozialen Schicht ersichtlich. Auf den ersten Blick wirkt dieses Ergebnis überraschend, besonders wenn wir von der These der sozialstrukturellen Ungleichheit (Häusler et al., 2013; Lengfeld, 2017, 2018; Hambauer & Mays, 2018) als Motiv für die Wahl der AfD ausgehen. Legen wir aber die These der Verlustängste der AfD-Wählerinnen und -Wähler zugrunde, ist dieses Ergebnis durchaus plausibel: Dann geht es um die Angst, sozialen Status einzubüßen. Allerdings sind weitergehende Untersuchungen nötig, die über deskriptive Analysen statistischer Daten hinausgehen.

Deprivation als Motiv für die Wahl der AfD

Politische Entfremdung und wirtschaftliche Benachteiligung – oder zumindest das Gefühl einer solchen – werden in verschiedenen Erklärungsansätzen als Motiv für die AfD-Wahl genannt (z.B. Modernisierungsverliererthese). Aber auch die Bewertung der kollektiven wirtschaftlichen Lage kann eine Rolle spielen, denn sie lässt sich zu einem gewissen Grad mit der Performanzbewertung eines politischen Systems gleichsetzen (Celik et al., 2020, S. 111).

Wie in Tabelle 3 dargestellt, zeigen die Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studie 2020, dass die befragten AfD-Wählerinnen und -Wähler die wirtschaftliche Lage der BRD überwiegend als schlecht einschätzen (57,9%), also zu einem wesentlich höheren Anteil als noch 2016 (22,7%) und 2018 (14,6%). Dabei fällt allerdings auf, dass der Anteil derer, die ihre *eigene* wirtschaftliche Lage so bewerten, deutlich geringer ausfällt (22,2%). Hier weichen die Werte zu den drei Messzeitpunkten zwar etwas voneinander ab, liegen aber 2020 etwa in der Mitte (2016 war der Anteil mit 27,6% etwas höher, 2018 mit 17,6% etwas niedriger). Die Einschätzung der *zukünftigen* eigenen und kollektiven wirtschaftlichen Lage zeigt im Zeitvergleich der Ergebnisse ein interessantes Muster. Während sich die Werte für 2016 und 2020 ähneln, brechen die für 2018 nach unten aus. Möglicherweise hängt dieses Muster einerseits mit dem Ende der »Eurokrise« (Sartoros & Tsafos, 2017), sofern es sich überhaupt so genau datieren lässt, zusammen; andererseits ist die »Corona-Krise« im

Tabelle 3: Wirtschaftliche und politische Deprivation in der Wählerschaft der AfD (in %)

LAS	2016 (N = 173)	2018 (N = 160)	2020 (N = 104)
Wirtschaftliche Deprivation			
schlechte wirtschaftliche Lage BRD heute	22,7	14,6	57,9
schlechte eigene wirtschaftliche Lage heute	27,6	17,6	22,2
schlechtere wirtschaftliche Lage BRD in einem Jahr	67,6	32,3	62,8
schlechtere eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr	37,0	19,1	36,8
Politische Deprivation			
Leute wie ich haben keinen Einfluss	79,6	78,8	79,7
Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren	63,1	63,5	61,2

Tabelle auf Grundlage der Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studien 2016, 2018 und 2020; ausgewiesen sind gültige Prozentwerte für die Verteilung innerhalb der Gruppe derjenigen, die angaben, ihre Wählerstimme der AfD geben zu wollen

Befragungszeitraum von 2020 in vollem Gange und könnte als Ursache für die schlechten wirtschaftlichen Aussichten gelten, denn in der Folge des Lockdowns und des *social distancing* hat die deutsche Wirtschaft starke Einbußen erlitten (Tagesschau, 2020). In jedem Fall kann entlang dieser Befunde die bereits früher von uns vorgeschlagene These vom besonderen Stellenwert der deutschen Wirtschaft im postnationalsozialistischen Deutschland herangezogen werden: Die »starke nationale Wirtschaft« hat als nationales Identifikationsobjekt die Lücke gefüllt, die durch den verlorenen Angriffs- und Vernichtungskrieg 1945 in Deutschland bestand: An die Stelle der rassistischen Überlegenheitsideologie trat der Stolz auf das »Wirtschaftswunder« in Nachkriegsdeutschland und ist seit Generationen zur narzisstischen Plombe geworden. Seitdem treten autoritäre Reaktionen immer besonders bei denen auf, die das idealisierte Objekt einer starken nationalen Wirtschaft bedroht sehen (Decker, 2015).

Das Gefühl, politisch depriviert zu sein, ist unter den Wählerinnen und Wählern der AfD weit verbreitet (Tab. 3). So stimmen 2020 79,7% der Aussage zu: »Leute wie ich haben keinen Einfluss auf die Politik«;

61,2% finden politisches Engagement generell vergeblich. Betrachtet man die Ergebnisse der vorherigen Studien, sind die Werte auf hohem Niveau stabil. Womöglich lässt dieses Ergebnis auf die Mobilisierung von Nichtwählerinnen und Nichtwählern schließen, einer Gruppe, für welche die politische Deprivation kennzeichnend ist (Celik et al., 2020). So gelang es der AfD zum Beispiel bei der sächsischen Landtagswahl 2019, fast eine Viertelmillion ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler zu mobilisieren (Evelt & Pauly, 2019).

Zusammenfassend lässt sich sagen: In Bezug auf die Bewertung der deutschen Wirtschaft und der eigenen wirtschaftlichen Lage sind im Zeitvergleich Veränderungen zu beobachten. Diese Veränderungen, von 2016 hin zu 2018 und von 2018 hin zu 2020, sind Ergebnisse von Krisenlagen, einerseits der »Euro-«, andererseits der »Corona-Krise«. In Bezug auf die politische Deprivation gab es dagegen keine maßgeblichen Schwankungen. Zumindest auf der deskriptiven Ebene ist sie nach wie vor ein Merkmal der AfD-Wählerschaft, das sich unter anderem auf die Mobilisierung von Nichtwählerinnen und Nichtwählern zurückführen lässt.

Was denkt die AfD-Wählerschaft über die deutsche Demokratie?

Wissenschaft und Medien machen immer wieder deutlich, wie demokratiefeindlich sich führende AfD-Politikerinnen und -Politiker äußern. Daher interessiert uns die Frage, ob sich auch in der Wählerschaft der Partei solche Einstellungsmuster finden. Die Daten der Leipziger Autoritarismus Studien geben hier Einblick. Zwar empfinden die meisten AfD-Wählerinnen und -Wähler heute (85,3%) die Demokratie als die beste Staatsform, aber nur die Hälfte (50,4%) ist mit der deutschen Demokratie, wie sie in der Verfassung niedergelegt ist, zufrieden und nur ein sehr kleiner Teil (23,3%) ist es mit der heutigen Funktionsweise der Demokratie in der BRD (Tab. 4).

Während die Befürwortung der Demokratie als Staatsidee über die Jahre nur leicht rückläufig ist, blieb die Unzufriedenheit mit ihrem Funktionieren bis auf 2016 auf einem konstanten Niveau. Was die aktuelle Zufriedenheit mit dem konkreten Funktionieren der Demokratie betrifft, wurde der niedrigste Wert 2016 mit nur 11,1% erreicht. Dieser Wert liegt jedoch seit 2018 wieder bei seinem Ausgangsniveau und auch 2020 ist etwa jeder Vierte mit Wahlpräferenz AfD der mit der Demokratie, wie sie

Tabelle 4: Demokratiezufriedenheit der AfD-Wählerschaft (in %)

LAS	2014 (N = 52)	2016 (N = 173)	2018 (N = 160)	2020 (N = 104)
Demokratiezufriedenheit				
für die Demokratie als Staatsidee	96,2	89,5	93,7	85,3
zufrieden mit Demokratie der BRD, wie sie in der Verfassung niedergelegt ist	65,4	51,8	57,5	50,4
zufrieden mit Demokratie, wie sie in der BRD funktioniert	25,0	11,1	23,8	23,3

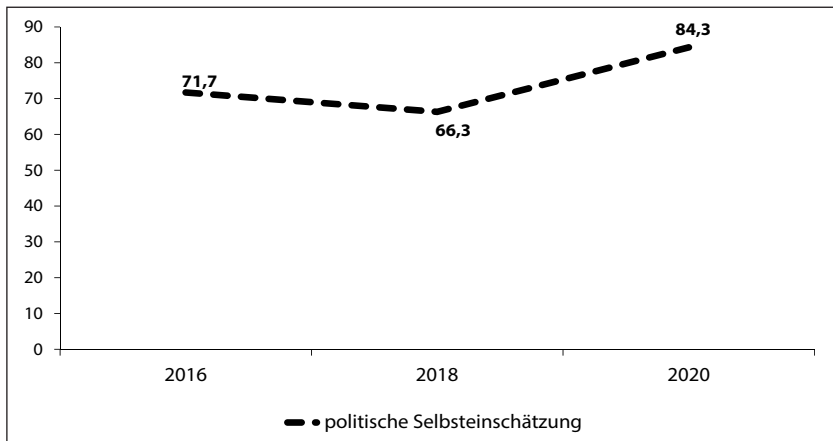
Tabelle auf Grundlage der Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studien 2014, 2016, 2018 und 2020; ausgewiesen sind gültige Prozentwerte für die Verteilung innerhalb der Gruppe derjenigen, die angaben, ihre Wählerstimme der AfD geben zu wollen

in der BRD heute funktioniert, zufrieden. Die große Unzufriedenheit im Jahr 2016 ist vermutlich das Resultat der unmittelbaren zeitlichen Nähe zur »Flüchtlingskrise«, die womöglich den Einbruch von 25,0% (2014) zu 11,1% (2016) verursacht hat. Aber auch die Abtrennung des wirtschaftsliberalen Flügels der AfD könnte ein Einflussfaktor für diesen Einbruch sein, der sich über die Demokratiezufriedenheit hinaus auch auf die Bewertung der Demokratieperformanz in der BRD niederschlägt.

Rechtsextreme Wählerinnen und Wähler?

Eine wichtige Frage, die sich im Zusammenhang mit der AfD-Wählerschaft stellt, ist ihre ideologische Gesinnung. Was ihre politische Selbsteinschätzung betrifft, ist der Anteil derer, die sich selbst politisch rechts einordnen, deutlich gestiegen (Grafik 1). Während dies 2016 noch 71,7% der Befragten mit der Wahlpräferenz AfD galt, sank der Anteil 2018 auf 66,3%, doch gaben 2020 84,3% von ihnen an, sich im politischen Spektrum rechts zu verorten. 38,2% würden sich sogar weit rechts (die letzten drei Optionen auf einer Skala bis zehn) einordnen. Dieser Wandel deutet an, dass sich die Wählerschaft, auch in Hinblick auf ihre politischen Einstellungen, in den letzten Jahren verschoben hat.

Grafik 1: Politische Selbsteinschätzung als politisch rechts der AfD-Wählerschaft (in %)



Grafik auf Grundlage der Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studien 2016, 2018 und 2020; $N = 173$, $N = 160$ und $N = 104$ AfD-Wählerinnen und -Wähler; ausgewiesen sind gültige Prozentwerte für die Verteilung innerhalb der Gruppe derjenigen, die angaben, ihre Wählerstimme der AfD geben zu wollen

Die Items der Fragen zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* haben sich im Laufe der Jahre in den Fragebögen der Leipziger Autoritarismus Studien verändert. Daher können nur die Ergebnisse für die in Tabelle 5 aufgeführten fünf Items auswerten, und diese nur für 2014, 2018 und 2020.

Dennoch lassen sich an diesen fünf exemplarisch Entwicklungslinien erkennen. Vor allem müssen wir feststellen, dass die Zustimmung zu allen hier vorgestellten menschenfeindlichen Aussagen unter AfD-Wählerinnen und -Wählern sehr hoch war und ist. Die höchste Zustimmung (86,4% im Jahr 2020) fand die Aussage: »Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land«, hier gibt es also einen deutlichen Anstieg seit 2014, als der Wert bei 71,2% lag. Im Zeitvergleich wird deutlich, dass vor allem die Ablehnung von Musliminnen und Muslimen zugenommen hat: Zum Beispiel sprachen sich 2014 60,8% für ein Einreiseverbot für diese Gruppe aus, 2020 aber schon 69,6%. Nur der Anteil derer, die der Aussage »Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten entfernt werden« zustimmen, hat sich von 2014 bis 2020 von 73,1% auf 56,5% verringert. Insgesamt muss also die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit genauso wie auch schon 2018 als

Tabelle 5: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit der AfD-Wählerschaft (in %)

LAS	2014 (N = 52)	2018 (N = 160)	2020 (N = 104)
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)			
Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten entfernt werden.	73,1	68,5	56,5
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Umgebung aufhalten.	75,0	70,1	71,8
Sinti und Roma neigen zu Kriminalität.	75,0	78,0	78,6
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	71,2	80,6	86,4
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	60,8	73,7	69,6

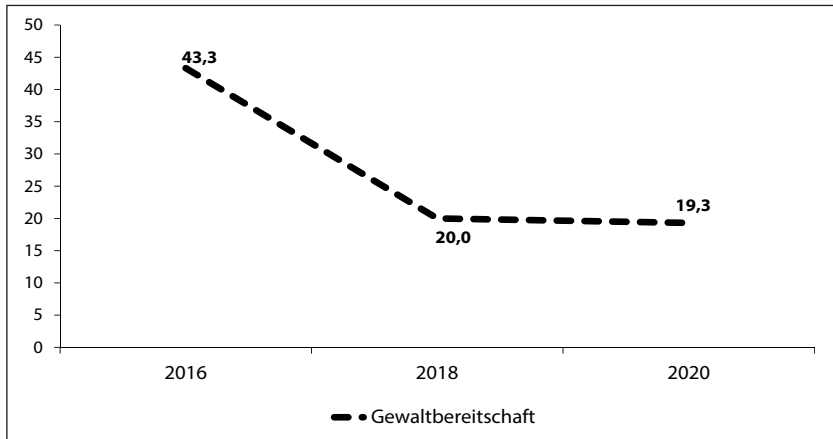
Tabelle auf Grundlage der Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studien 2014, 2018 und 2020; ausgewiesen sind gültige Prozentwerte für die Verteilung innerhalb der Gruppe derjenigen, die angeben, ihre Wählerstimme der AfD geben zu wollen

Kennzeichen der AfD-Wählerschaft verstanden werden. Der Fokus dieser Menschenfeindlichkeit hat sich also im Vergleich eher auf Musliminnen und Muslime verlagert. Dieser Trend, der sich gerade mit und durch die »Flüchtlingskrise« innerhalb der Partei zeigte und verstärkte, bildet sich also auch in der Einstellung der Wählerschaft ab.

Auch die Anwendung von Gewalt für die Durchsetzung der eigenen Interessen sieht ein nicht geringer Anteil an AfD-Wählerinnen und -Wählern als legitimes Mittel zum Zweck an (Grafik 2), wobei dieser Wert im Jahr 2016 mit 43,3% sehr hoch war. Die unmittelbare zeitliche Nähe zur sogenannten Flüchtlingskrise liegt auch hierfür zur Erklärung nahe. Aber obwohl der Wert danach deutlich sank, erklären sich auch 2018 und 2020 jeweils ein Fünftel der Befragten aus der AfD-Wählerschaft gewaltbereit.

Im nächsten Schritt soll es um den Anteil der AfD-Wählerschaft gehen, der rechtsextrem eingestellt ist. Da der Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung Kern der Leipziger Autoritarismus Studien ist, liegen hierfür lückenlose Daten seit Gründung der AfD vor. Im Zeitvergleich zeigt sich, dass der Anteil derer, die die AfD wählen und nach der Gesamtskala für den Rechtsextremismus (Grenzwert 63) als rechtsextrem gelten, 2016 und 2018 mit 21,8% und 21,9% konstant geblieben ist (Tab. 6). 2020 sank jedoch ihr Anteil auf 16,7%. Der Bruch hatte sich offenbar schon

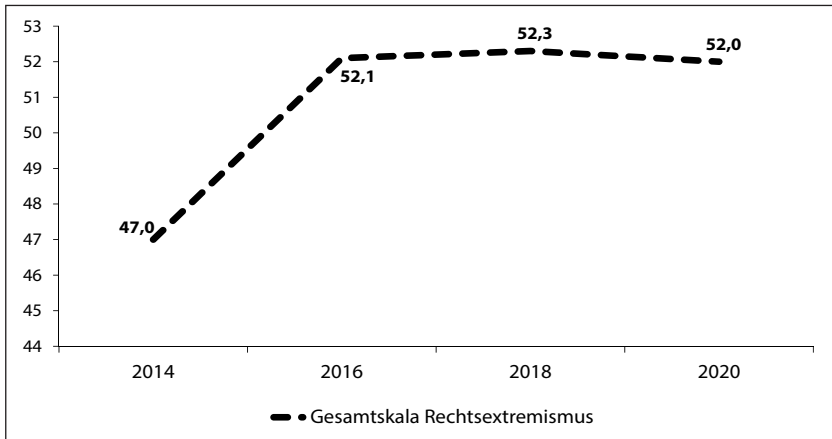
Grafik 2: Gewaltbereitschaft der AfD-Wählerschaft (in %)



Grafik auf Grundlage der Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studien 2016, 2018 und 2020; ursprüngliche Frage-Formulierung: »Ich bin in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen«; ausgewiesen sind gültige Prozentwerte für die Verteilung innerhalb der Gruppe derjenigen, die angaben, ihre Wählerstimme der AfD geben zu wollen

zuvor vollzogen: Von 2014 zu 2016 war der Anteil der rechtsextremen AfD-Wählerinnen und -Wähler von 15,4% auf besagte 21,8% angestiegen. Hier wird der Rechtsruck nach der Abspaltung des Lucke-Flügels erneut deutlich.

Betrachten wir die einzelnen Dimensionen des Rechtsextremismus, fällt auf, dass unter der AfD-Wählerschaft der Ethnozentrismus eine besonders große Rolle spielt, denn die höchsten Werte finden sich beim Chauvinismus und der Ausländerfeindlichkeit (Tab. 6): Für 2020 müssen 46,1% der AfD-Wählerschaft als chauvinistisch und 54,9% als ausländerfeindlich gelten. Aber auch die Neo-NS-Ideologie ist in der Gruppe der AfD-Wählerinnen und -Wähler häufiger als in der übrigen Bevölkerung anzutreffen (vgl. Kap. 2): 13,7% von ihnen müssen 2020 als antisemitisch gewertet werden – ihr Anteil schwankte in den Vorjahren nur leicht. Einen leichten Abwärtstrend sehen wir nur beim Anteil derer, die den Nationalsozialismus verharmlosen (von 11,5% im Jahr 2014 auf 6,9% im Jahr 2020). Vor allem aber bleibt im Vergleich zur Gründungsphase der AfD zu bemerken, dass die Wählerschaft seitdem rechtsextremer geworden ist, sowohl in Bezug auf die Gesamtskala als auch in den sechs Dimensionen.

Grafik 3: Mittelwerte der Gesamtskala Rechtsextremismus im Zeitvergleich

Grafik auf Grundlage der Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studien 2014, 2016, 2018 und 2020; $N = 52$, $N = 173$, $N = 160$ und $N = 104$ Wählerinnen und Wähler der AfD; ausgewiesen sind Mittelwerte zur Gruppe derjenigen, die angaben, ihre Wählerstimme der AfD geben zu wollen

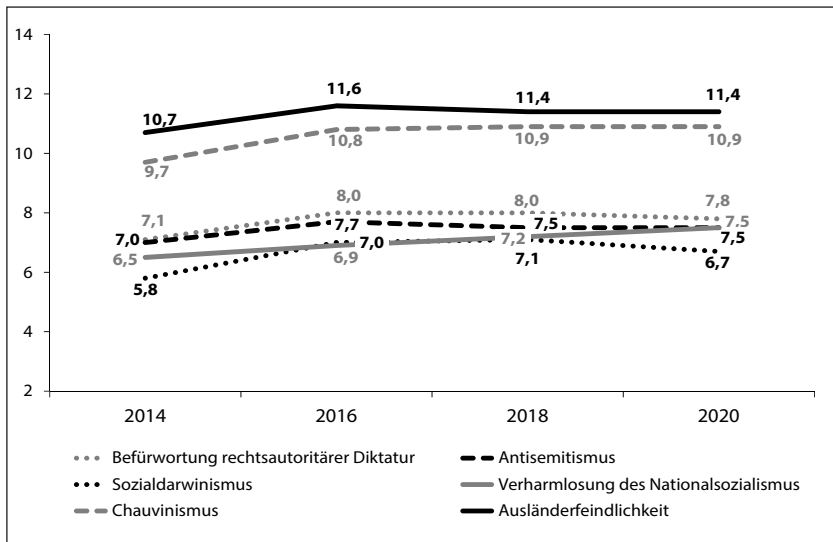
Tabelle 6: Rechtsextreme Einstellungsdimensionen der AfD-Wählerschaft (in %)

LAS	2014 ($N = 52$)	2016 ($N = 173$)	2018 ($N = 160$)	2020 ($N = 104$)
Rechtsextremismus				
Gesamtskala Rechtsextremismus	15,4	21,8	21,9	16,7
Neo-NS-Ideologie				
Befürwortung rechtsautoritärer Diktatur	7,7	18,1	13,1	8,8
Antisemitismus	11,5	16,9	12,5	13,7
Sozialdarwinismus	1,9	8,2	7,5	5,9
Verharmlosung des Nationalsozialismus	11,5	8,1	10,0	6,9
Ethnozentrismus				
Chauvinismus	28,8	46,5	40,0	46,1
Ausländerfeindlichkeit	50,0	52,6	55,6	54,9

Tabelle auf Grundlage der Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studien 2014, 2016, 2018 und 2020; ausgewiesen sind gültige Prozentwerte für die Verteilung innerhalb der Gruppe derjenigen, die angaben, ihre Wählerstimme der AfD geben zu wollen

Die Gesamtskala Rechtsextremismus (Skala von 18 bis 90) sowie die zuvor vorgestellten Unterdimensionen (Skalen von 3-15) können anhand des Mittelwerts, also anhand des Wertes auf der Skala, der im jeweiligen Jahr auf den Durchschnitt der AfD-Wählerinnen und -Wähler zutrifft, miteinander verglichen werden, um Veränderungen nachzuerfolgen. Vergleicht man die Mittelwerte für die Gesamtskala Rechtsextremismus über die Jahre hinweg (Grafik 3), lässt sich festhalten, dass es von 2014 zu 2016 einen deutlichen Aufwärtstrend gab und dass die Werte danach auf dem hohen Niveau konstant geblieben sind. Insofern ist die Wählerschaft der AfD seit 2016 nicht *noch* rechtsextremer geworden. Allerdings ändert es nichts daran, dass der Anteil an rechtsextrem Eingestellter in der AfD-Klientel im Vergleich zu anderen Parteien sehr hoch ist (siehe Tab. 7). Auch die Mittelwerte für die einzelnen Dimensionen zeigen dieselben Tendenzen (Grafik 4). Sie bleiben nach dem ersten Anstieg zwischen 2014 und 2016 über die Jahre hinweg konstant hoch.

Grafik 4: Mittelwerte für die Dimensionen des Rechtsextremismus im Zeitvergleich



Grafik auf Grundlage der Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studien 2014, 2016, 2018 und 2020; N = 52, N = 173, N = 160 und N = 104 Wählerinnen und Wähler der AfD; ausgewiesen sind Mittelwerte zur Gruppe derjenigen, die angaben, ihre Wählerstimme der AfD geben zu wollen

Auch der Gesamtüberblick der Wählerinnen und Wähler für das Jahr 2020 zeigt klar, dass die AfD ausgehend vom *Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF)* mehr als jede andere Partei eine rechtsextreme Wählerschaft (16,7%) anspricht (Tab. 7), gefolgt – mit einigem Abstand – von den Nichtwählerinnen und Nichtwählern (7,1%). Dieses Ergebnis lässt sich auch für die einzelnen Dimension rekonstruieren.

Tabelle 7: Rechtsextremismus der Wählerinnen und Wähler 2020 (Sonntagsfrage; in %)

Parteien	CDU/ CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne	AfD	Nicht- wähler
Rechtsextremismus							
Gesamtskala Rechtsextremismus	3,1	2,6	2,2	1,7	0,0	16,7	7,1
Neo-NS-Ideologie							
Befürwortung rechtsautoritärer Diktatur	2,1	2,6	0,0	3,4	0,0	8,8	5,4
Antisemitismus	2,4	3,4	4,3	1,7	0,4	13,7	6,8
Sozialdarwinismus	1,7	2,1	0,0	0,8	0,8	5,9	2,2
Verharmlosung des Nationalsozialismus	1,4	1,7	0,0	0,0	0,0	6,9	4,8
Ethnozentrismus							
Chauvinismus	13,6	9,8	17,4	7,6	2,9	46,1	18,9
Ausländerfeindlichkeit	13,7	9,4	10,9	9,3	2,1	54,9	24,9

Tabelle auf Grundlage der Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studie 2020; N = 2.503 Befragte in Deutschland; ausgewiesen sind gültige Prozentwerte

Resümee: Eine rechtsextreme Wählerschaft mit Radikalisierungspotenzial

Das Profil von AfD-Wählerinnen und -Wählern ließe sich anhand dieser Ergebnisse folgendermaßen beschreiben: Sie sind eher männlich und mittleren Alters, angestellt oder höher qualifiziert und haben oft ein hohes monatliches Haushaltseinkommen zur Verfügung. Die Wählerschaft

gehört also nicht vorrangig zur Arbeiterschaft – in diesem Milieu hat die AfD deutlich an Attraktivität verloren –, sondern weit häufiger zur Mittelschicht.

Ein konstant bleibendes Kennzeichen der AfD-Wählerschaft ist das Gefühl der Benachteiligung und die Angst vor Verlust. Einerseits fühlen sie sich in Hinblick auf ihre politische Wirksamkeit depriviert, andererseits sind sie mit den wirtschaftlichen Verhältnissen unzufrieden. Während die politische Deprivation keine Schwankungen zeigt, reagieren die AfD-Anhängerinnen und -Anhänger auf gesellschaftliche Ereignisse wie »Euro-« oder »Corona-Krise«, wenn sie die wirtschaftliche Lage – individuell und kollektiv, heute und in Zukunft – einschätzen. Auch die Angst vor Statusverlust ist, der These zur sozialstrukturellen Ungleichheit zufolge, in der (gehobenen) Mittelschicht verbreitet, also auch unter der Wählerschaft der AfD. Diese Angst erstreckt sich nicht nur auf ökonomische Einbußen, sondern auch auf andere Bereiche wie die »deutsche Kultur«. Dies schlägt sich auch in den hohen Zustimmungswerten der AfD-Wählerschaft zu fremdenfeindlichen Aussagen nieder.

Der Demokratie als Staatsidee gilt zwar weiterhin die hohe Zustimmung der AfD-Wählerschaft, aber diese wird nur unter Vorbehalt gegeben. Das, was unter dem Begriff der Demokratie verstanden wird, ist höchst zweifelhaft, erreicht diese Gruppe doch konstant hohe Werte für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (insbesondere Muslimfeindlichkeit), Gewaltbereitschaft, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus. Dementsprechend sind auch die meisten AfD-Wählerinnen und -Wähler damit unzufrieden, wie die Demokratie in der Bundesrepublik funktioniert.

Ein erster Überblick über die Ergebnisse der letzten vier Leipziger Autoritarismus Studien legt nahe, dass sich zwischen 2014 und 2016 ein gesellschaftlicher »Schichtwechsel« in der AfD-Wählerschaft vollzogen hat. War die Partei 2014 für Menschen mit höherem Bildungsgrad und vorwiegend mittlerem und höherem Einkommen attraktiv, waren es 2016 häufiger Personen mit niedrigerem Bildungsgrad auch aus der Arbeiterschaft. Dieser Trend setzte sich allerdings nicht fort: Inzwischen ist das Einkommensniveau der AfD-Wählerschaft gestiegen, während die AfD im Laufe der Zeit Wählerinnen und Wähler aus den Arbeitermilieus verlor. Das Wählerpotenzial der AfD ist also im Laufe der Zeit weiter in die, auch gehobene, Mitte der Gesellschaft gerückt.

Inwiefern die AfD-Wählerschaft der Entwicklung der Partei von einer rechtsliberalen hin zu einer rechtsextremen Partei folgen wird, wie unsere erste These besagte, bleibt letzten Endes offen. Unter den Wählerinnen und Wählern waren rechtsextreme Einstellungen von Anfang an sehr präsent. Das Erstarken des sogenannten Flügels, also der bereits als rechtsextrem qualifizierten Gruppe in der AfD, spiegelt die Verhältnisse in der AfD seit ihrer Gründung wider. Anhand der Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studien lässt sich allerdings festhalten, dass zwar das Potenzial zur Radikalisierung nach wie vor gegeben und sogar über die Jahre gewachsen ist, sich aber nicht unbedingt parallel zur innerparteilichen Entwicklung verhält. Nach wie vor ist der Anteil derer, die nach statistischen Maßstäben als antisemitisch, chauvinistisch und menschenfeindlich gewertet werden können, unter den Wählerinnen und Wählern der AfD hoch. Allerdings hat sich auch ihr Selbstverständnis, rechts zu sein, verändert. Während 2016 71,7% angaben, sich im politischen Spektrum rechts zu verorten, waren es 2018 nur 66,3%, aber 2020 84,3%. Ein Anteil von 38,2% sieht sich sogar weit rechts. Dem *Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF)* folgend, lässt sich ein Anteil von etwa einem Fünftel der Wählerschaft der AfD als rechtsextrem bezeichnen. Etwa die Hälfte von ihnen muss als chauvinistisch und ausländerfeindlich charakterisiert werden und über ein Zehntel als antisemitisch. Die Wählerklientel ist geprägt von einem übersteigerten Nationalgefühl und dem Gedanken eines »deutschen Volkskörpers«, der durch Fremde »verseucht« (Decker et al., 2013) werde. Zudem ist etwa ein Fünftel der Wählerinnen und Wähler der AfD gewaltbereit.

In den Daten der Leipziger Autoritarismus Studien 2014 und 2016 zeigen sich deutlich die Effekte der Spaltung der AfD 2015 und des Beginns der »Flüchtlingskrise«. Zu den vielen Brüchen, die sich zwischen diesen beiden Erhebungszeitpunkten vollzogen haben, gehören die Veränderung des sozialen Profils, die deutliche Steigerung menschenverachtender Einstellungen insbesondere gegenüber Musliminnen und Muslimen sowie auch der deutliche Anstieg rechtsextremer Ideologien innerhalb der Wählerschaft der AfD. Interessant ist, dass sich die Werte für 2014 und 2020 häufig näherstehen als die der anderen betrachteten Zeitpunkte. Man könnte von einer Rückentwicklung zu den Zuständen von 2014 sprechen, wenn nicht die rechtsextremen Einstellungen und besonders die Muslimfeindschaft 2020 viel höher wären als in der Anfangsphase.

Die Veränderung der Wählerklientel lässt sich also nach einer Zwischenphase wieder wie zu Beginn in der (gehobenen) Mittelschicht verorten, hat sich aber im Vergleich zu 2014 weiter radikalisiert. So gelingt es der AfD, rechtsextreme Ideologien nicht an die Ränder, sondern in die Mitte der Gesellschaft zu tragen und ein breites Publikum anzusprechen. Ausgehend von den präsentierten Ergebnissen, können wir also unsere zweite Ausgangsthese der Veränderung der Wählerschaft der AfD seit 2014 bedingt bestätigen.

Gideon Botsch (2018) bewertet die Zurückhaltung bei der Bezeichnung der AfD als rechtsextreme Partei als »Vermeidungsstrategie«. Die Hilflosigkeit der Begriffsdiskussionen um den »Rechtspopulismus« seien ein Merkmal hierfür (Decker, 2018). In ähnlicher Weise gibt es sicherlich auch eine gewisse Hemmung, die AfD-Wählerschaft als rechtsextrem zu bezeichnen. Doch so wie heute klar gesagt werden kann, dass die AfD rechtsextrem dominiert ist, kann auch für die Wählerinnen und Wähler ein besorgniserregend großer Anteil an rechtsextremen oder zumindest potenziell rechtsextremen Personen festgestellt werden. Wie die Wahlergebnisse der letzten Jahre gezeigt haben, erreicht die AfD ein recht breites Publikum. Außerdem sehen wir – besonders durch die erfolgreiche Ansprache früherer Nichtwählerinnen und Nichtwähler –, dass sie einen aktivierenden Effekt auf das rechtsextreme Potenzial in der deutschen Bevölkerung hat. Insofern können die Warnungen der ehemaligen Parteivorsitzenden vor einem Rechtsruck nach ihrer Abwahl nur einem Beobachtungsfehler geschuldet sein: Die Anhängerschaft der AfD war konstant durch einen sehr hohen Anteil rechtsextrem Eingestellter geprägt, Ethnozentrismus und Neo-NS-Ideologie gehören zum Kern der Weltanschauung ihrer Wählerinnen und Wähler.

Literatur

- AfD (2016). Grundsatzprogramm. https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf (29.08.2020).
- Arzheimer, K. (2008). *Die Wähler der extremen Rechten 1980–2002*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Arzheimer, K. (2015). The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany? *West European Politics* 38(3), 535–556. doi: 10.1080/01402382.2015.1004230.
- Bergmann, K., Diermeier, M. & Niehues, J. (2016). *Parteipräferenz und Einkommen: Die AfD – eine Partei der Besserverdiener?* No. 19.2016. IW-Kurzbericht, 2016.
- Bremmer, I. (2018). *Us vs. Them. The Failure of Globalism*. New York: Portfolio/Penguin.

- Botsch, G. (2018). Vom Populismus zum Extremismus. Eine Neubewertung der AfD ist überfällig. *Potsdamer Neueste Nachrichten*, 17.10.2018. <https://www.pnn.de/wissenschaft/vom-populismus-zum-extremismus-eine-neubewertung-der-afd-ist-ueberfaellig/23195158.html> (30.08.2020).
- Botsch, G. (2020). Extremismusforscher hält AfD für rechtsextrem dominiert. *RP-Online*, 16.06.2020. https://rp-online.de/politik/deutschland/extremismusforscher-haelt-afd-bund-esweit-fuer-rechtsextrem-dominiert_aid-51669297 (29.08.2020).
- Celik, K., Decker, O. & Brähler, E. (2020). Deutschland in der Legitimationskrise? Ergebnisse der Leipzig Studien zu Autoritarismus 2006 und 2016. In G. Hentges (Hrsg.), *Krise der Demokratie – Demokratie in der Krise? Gesellschaftsdiagnosen und Herausforderungen für die politische Bildung* (S. 101–116). Wochenschau Wissenschaft. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.
- Decker, O. (2015). Narzisstische Plombe und sekundärer Autoritarismus. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus* (S. 21–34). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O. (2018). Flucht ins Autoritäre. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 15–64). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (Hrsg.) (2013). *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (Hrsg.) (2016). *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland*. Gießen: Psychosozial.
- Evelt, A. & Pauly, M. (2019). Analyse zu Landtagswahlen. AfD mobilisiert in Sachsen fast eine Viertelmillionen Nichtwähler. *Spiegel Online*, 02.09.2019. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/landtagswahlen-in-sachsen-und-brandenburg-afd-mobilisiert-nichtwaehler-a-1284760.html> (29.08.2020).
- Hambauer, V. & Mays, A. (2018). Wer wählt die AfD? – Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und den WählerInnen der anderen Parteien. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 12(1), 133–154. doi: 10.1007/s12286-017-0369-2.
- Häusler, A., Teubert, H. & Roeser, R. (2013). *Die »Alternative für Deutschland« – eine neue rechtspopulistische Partei. Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung*. Düsseldorf: Heinrich Böll Stiftung Nordrhein-Westfalen.
- Häusler, A., Teubert, H. & Roeser, R. (2016). *Die Alternative für Deutschland*. Wiesbaden. Springer Fachmedien.
- Heitmeyer, W. (2012). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt. *Deutsche Zustände* (Folge 10.1), 15–41.
- Heitmeyer, W. (2018). »Der Begriff »Rechtspopulismus: ist viel zu verharmlosend«. *Deutschlandfunk Kultur*, 10.11.2018. https://www.deutschlandfunkkultur.de/soziologe-wilhelm-heitmeyer-der-begriff-rechtspopulismus.990.de.html?dram:article_id=432919 (29.08.2020).
- Heyder, A. & Decker, O. (2011). Rechtsextremismus – Überzeugung, Einstellung, Ideologie oder Syndrom? Eine theoriegeleitete empirische Überprüfung mit repräsentativen Daten. In A. Langenohl & J. Schratn (Hrsg.), *(Un-)Gleichzeitigkeiten: Die demokratische Frage im 21. Jahrhundert* (S. 189–222). Marburg: Metropolis.
- Heller, A., Brähler, E. & Decker, O. (2020). Rechtsextremismus – ein einheitliches Konstrukt? Ein Beitrag zur Frage der Operationalisierung anhand des Fragebogens Rechtsextremismus – Leipziger Form (FR-LF). In A. Heller, O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland* (S. 151–172). Gießen: Psychosozial.

- Hirschmann, A. (1970). *Exit, Voice and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations and States*. Cambridge: Harvard University Press.
- Holtmann, E. (2002). *Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Inglehart, R. & Norris, P. (2016). Trump, Brexit, and the rise of populism: Economic have-nots and cultural backlash. *Harvard Kennedy School faculty research working paper series* (RWP16-026).
- Kiess, J., Decker, O. & Brähler, E. (2015). Rechtspopulismus, Autoritarismus und Europa: Die Wählerinnen und Wähler von AfD und NPD – Gemeinsamkeiten und Unterschiede. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus* (S. 83–104). Gießen: Psychosozial.
- Kroh, M. & Fetz, K. (2016). Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert. *DIW Wochenbericht*, 83(34), 711–719. <https://www.econstor.eu/handle/10419/146530> (29.08.2020).
- Land Sachsen (2019). Wahlergebnisse Sachsen. <https://www.wahlen.sachsen.de/landtagswahl-2019-wahlergebnisse.php> (29.08.2020).
- Lengfeld, H. (2017). Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 69(2), 209–232. doi: 10.1007/s11577-017-0446-1.
- Lengfeld, H. (2018). Der »Kleine Mann« und die AfD: Was steckt dahinter? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70(2), 295–310. doi: 10.1007/s11577-018-0536-8.
- Lewandowsky, M. (2015). Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte. *ZPol Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 25(1), 119–134. doi: 10.5771/1430-6387-2015-1-119.
- Lucke, B. (2019). *An die nicht rechtsextremen Mitglieder der AfD*. Brüssel. <https://bernd-lucke.de/brandbrief-afd/> (29.08.2020).
- Lux, T. (2018). Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70(2), 255–273. doi: 10.1007/s11577-018-0521-2.
- Nestler, C. & Rohgalf, J. (2014). Eine deutsche Angst – Erfolgreiche Parteien rechts von der Union: Zur AfD und den gegenwärtigen Gelegenheitsstrukturen des Parteienwettbewerbs. *Zeitschrift für Politik*, 61(4), 389–413.
- Niedermayer, O. & Hofrichter, J. (2016). Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie? *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 47(2), 267–285. doi: 10.5771/0340-1758-2016-2-267.
- Norris, P. (2005). *Radical Right. Voters and Parties in the Electoral Market*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Petry, F. (2019). »Die AfD ist führungslos«. *ntv*. <https://www.n-tv.de/politik/Die-AfD-ist-fuehrungslos-article21425260.html> (29.08.2020).
- Pickel, G. & Pickel, S. (2018). Migration als Gefahr für die politische Kultur? *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 12(1), 297–320. doi: 10.1007/s12286-018-0380-2.
- Pickel, G. & Yendell, A. (2016). Islam als Bedrohung? *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 10(3–4), 273–309. doi: 10.1007/s12286-016-0309-6.
- Pickel, S. (2017). Nichts als Frust und Angst vor der Zukunft? In K. Korte, C. Bieber, A. Blätte & N. Switek (Hrsg.), *Regieren in der Einwanderungsgesellschaft* (S. 99–107). Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, S. (2019). Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt? In K.

- Korte & J. Schoofs (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2017: Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung* (S. 145–175). 1. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Priester, K. (2007). *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*. Campus Studium. Frankfurt am Main [u.a.]: Campus.
- Priester, K. (2016). Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen. In F. Virchow, A. Häusler & M. Langebach (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 533–560). Wiesbaden: Springer VS.
- Rensmann, L. (2020). Die Mobilisierung des Ressentiments: Zur Analyse des Antisemitismus in der Partei Alternative für Deutschland. In A. Heller, O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland* (in Druck).
- Rippl, S. & Seipel, C. (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70(2), 237–254. doi: 10.1007/s11577-018-0522-1.
- Sartoros, A. & Tsafos, T. (2017). Ist die Eurokrise vorbei? Europa hofft auf nächstes Jahr. *ntv*. 26.12.2017. <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Europa-hofft-auf-das-naechste-Jahr-article20167731.html> (29.08.2020).
- Schmitt-Beck, R. (2014). Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungskepsis: Hintergründe des Beinah-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 45(1), 94–112.
- Schmitt-Beck, R., van Deth, J. & Staudt, A. (2017). Die AfD nach der rechtspopulistischen Wende. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 27(3), 273–303. doi: 10.1007/s41358-017-0104-1.
- Schwarzbözl, T. & Fatke, M. (2016). Außer Protesten nichts gewesen? Das politische Potenzial der AfD. *Politische Vierteljahresschrift*, 57(2), 276–299. doi: 10.5771/0032-3470-2016-2-276.
- Tagesschau (2020). Coronakrise. Wirtschaft und Staatsfinanzen brechen ein. *tagesschau24*. 25.08.2020. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/coronakrise-wirtschaftsdaten-101.html> (29.08.2020).
- Tutić, A. & von Hermanni, H. (2018). Sozioökonomischer Status, Deprivation und die Affinität zur AfD – Eine Forschungsnotiz. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70(2), 275–294. doi: 10.1007/s11577-018-0523-0.
- Wagner, A., Lewandowsky, M. & Giebler, H. (2015). Alles neu macht der Mai? In M. Kaeding, & N. Switek (Hrsg.), *Die Europawahl 2014: Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler* (S. 137–148). Wiesbaden: Springer VS.

Autoritäre Dynamiken

6. Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit

*Oliver Decker, Julia Schuler, Alexander Yendell,
Clara Schließler & Elmar Brähler*

Seit den *Studien zu Autorität und Familie* (Horkheimer, Marcuse & Fromm, 1936) gehören der »Autoritäre Charakter« bzw. der »Autoritarismus« zu den Schlüsselbegriffen der Demokratie- und Vorurteilsforschung. Diese Studie wurde Anfang der 1930er-Jahre noch in der Weimarer Republik durchgeführt – die Veröffentlichung erfolgte im Exil und trägt daher ein späteres Datum. Sie basierte theoretisch auf der Psychoanalyse, während sie methodisch auf eine Mischung aus Fragebögen und Forschungsinterviews setzte. Wir orientieren uns mit unseren Leipziger Autoritarismus Studien – theoretisch und methodisch – an dieser ersten Studie und dem im US-amerikanischen Exil durchgeführten Forschungsprojekt »The Authoritarian Personality« (Adorno et al., 1950). Auch mit dem vorliegenden Kapitel möchten wir an die ursprüngliche Konzeption des »Autoritären Charakters« anknüpfen. Allerdings erfuhr das Autoritarismus-Konzept im Lauf der Zeit verschiedene Modifikationen, und zwar sowohl in seinen theoretischen Grundlagen als auch in den empirischen Methoden zur Untersuchung des Phänomens. 2018 hatten wir selbst eine begriffliche Klärung vorgeschlagen: »Autoritarismus ist der Oberbegriff für ein Phänomen, das eine individuelle und eine gesellschaftliche Seite hat. Die individuelle Seite bezeichnen wir als autoritäres Syndrom, die gesellschaftliche als autoritäre Dynamik« (Decker, Schuler & Brähler, 2018, S. 50). Das heißt, nicht mehr ein Autoritärer Charakter, sondern ein autoritäres Syndrom und eine gesellschaftliche Dynamik stehen in unserem Fokus. Damit markieren wir den Dreh- und Angelpunkt unserer Forschung: Mit der Beschreibung der individuellen Binnenseite der Gesellschaft kritisieren wir, dass sie den Menschen Lebensbedingungen aufgibt, die ihnen sowohl die

äußere Möglichkeit als auch die innere Fähigkeit zum demokratischen Miteinander entzieht.

Mit dieser begrifflichen Schärfung wollen wir uns allerdings weniger von den ersten Autoritarismus-Studien abgrenzen, sondern vielmehr an ihr gesellschaftskritisches Potenzial anknüpfen. Denn in dem Maße, in dem die Psychoanalyse als theoretische Grundlage aus der Konzeption des Autoritarismus verdrängt wurde, geriet dieses Potenzial aus dem Blick. In anderen Worten: Uns geht es nicht nur um das Verhalten der Menschen, sondern auch um die Verhältnisse, unter denen sie leben. Die Verhältnisse bringen die Bedürfnisse der Menschen hervor, die sich dann in ihrem Verhalten Geltung verschaffen sollen. Und es sind diese Verhältnisse, die eine autoritäre Dynamik in Gang setzen, die von Kindheit an über die gesamte Lebensspanne die Alltagserfahrungen bestimmt: Die Vergesellschaftung in der Schule, am Arbeitsplatz oder durch die Verwaltung ist autoritär, und erst sie bringt beim Individuum die Bereitschaft zum Vorurteil und Ressentiment hervor. Das autoritäre Syndrom ist somit Ausdruck der autoritären Dynamik.

Wie verbreitet diese Ressentiments auch heute sind, haben wir in Kapitel 2 gezeigt. Dieser zweite Teil des Buches ist dem Antisemitismus (siehe Kap. 7), dem Antifeminismus (siehe Kap. 8) und den Reaktionen auf die COVID-19-Pandemie (siehe Kap. 9) gewidmet. Die zugrundeliegenden psychischen Mechanismen, das autoritäre Syndrom und seine Verbreitung in Deutschland im Jahr 2020 werden in diesem Kapitel vorbereitend beschrieben.

Autoritarismus – Die Unabweisbarkeit einer gesellschaftlichen Dynamik

Als Max Horkheimer Mitte der 1930er-Jahre die Ursprünge des Faschismus reflektierte, stand für ihn das Verhältnis zur Autorität an prominenter Stelle. Eine empirische Wissenschaft musste sich aus offensichtlichen Gründen diesem Autoritätsverhältnis widmen, denn das erste demokratische Projekt auf deutschem Boden war von einem »Führerstaat« beendet worden. Nicht nur durchzog das »Führerprinzip« in Nazi-Deutschland die gesamte Gesellschaft, sondern es fand auch große Zustimmung unter den deutschen »Volksgenossen«, die mit Genugtuung und nicht selten mit

Freude ihre Aggressionen in gewalttätigen Exzessen gegen Unterlegene auslebten. Für Horkheimer war das einerseits ein Rückfall hinter zivilisatorische Standards, andererseits trat aus seiner Sicht aber noch etwas Anderes hinzu. Er stellt mit Blick auf die Geschichte fest, dass die Menschen die längste Zeit dadurch angetrieben worden sind, dass sie sich aus den unterschiedlichen Formen der Herrschaft emanzipieren wollten – ein Antrieb, der sich im 19. und 20. Jahrhundert in sein Gegenteil verkehrte: »der Kampf gegen die Abhängigkeit von Autoritäten [ist] in der neueren Zeit unvermittelt in die Verhimmelung der Autorität als solche umgeschlagen« (Horkheimer, 1936, S. 366). Das Neue am Faschismus im Allgemeinen und an Nazi-Deutschland im Besonderen war also die Bejahung der eigenen Unterwerfung durch die Unterworfenen. Mit dieser Beobachtung knüpfte Horkheimer an die jüngsten Erkenntnisse der Soziologie seiner Zeit an. Georg Simmel, eine der großen Gründerfiguren der Soziologie, hatte bereits 1908 über einen Sonderfall der Herrschaft geschrieben und dabei einen Begriff in Spiel gebracht, der prägend für ein ganzes Forschungsfeld werden sollte:

Was man z.B. »Autorität« nennt, setzt in höherem Maße, als man anzuerkennen pflegt, eine Freiheit des der Autorität Unterworfenen voraus, sie ist selbst, wo sie diesen zu »erdrücken« scheint, nicht auf einen Zwang und ein bloßes Sich-Fügen-Müssen gestellt. (Simmel, 1908, S. 102)

Eine ganze Generation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern griff diese Schlüsselkategorie auf. Manche von ihnen verbanden die Autoritätsanalyse mit den Erkenntnissen der Psychoanalyse Sigmund Freuds. Wilhelm Reich (1933) stellte beispielsweise in seinem Werk *Massenpsychologie des Faschismus* den Zusammenhang von autoritärer Triebunterdrückung und der Herausbildung des Faschismus dar und machte in der autoritären Familie die Keimzelle des autoritären Staates aus. Bis heute am einflussreichsten sind aber die Arbeiten, die aus dem Frankfurter Institut für Sozialforschung (IFS), das Horkheimer leitete, hervorgingen. Hier wurde noch zu Beginn der 1930er-Jahre der Grundstein für die *Studien über Autorität und Familie* (Horkheimer, Fromm & Marcuse, 1936) gelegt. Im US-amerikanischen Exil schlossen die Institutsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowohl an den Begriff als auch an seine psychoanalytische Fundierung an, als sie die umfangreichere Untersuchung *The Authoritarian Personality* vorlegten (Adorno et al., 1950).

Das Begriffspaar des »Autoritären Charakters« stand aber bereits in den 1930er-Jahren fest, und zwar vor allen Bemühungen um seine empirische Erfassung. Ausgehend von den Beobachtungen anderer Sozialtheoretiker – neben Simmel auch Max Weber und Siegfried Kracauer – vermuteten sie im Verhältnis des Einzelnen zur Autorität jene kritische Größe, welche über Offenheit und Demokratiefähigkeit entscheidet. Zu dem Zeitpunkt, als die empirische Untersuchung mithilfe von Fragebögen durchgeführt wurde, waren die Bezeichnungen für die untersuchten Syndrome bereits gefunden: Beschrieben wurde ein »autoritärer«, ein »ambivalenter« und ein »revolutionärer Charakter«. Die Bezugnahme auf eine »Revolution« könnte allerdings den Blick darauf verstellen, dass in der Autoritarismus-Forschung nicht in erster Linie politische Einstellungen erhoben werden, noch interessiert sie sich vorrangig für das »Für« und »Wider« einer demokratisch verfassten Gesellschaft. Denn vor allem suchte und sucht sie nach Erkenntnissen, wie Bedürfnisse und unbewusste Anteile eine autoritäre Herrschaft begünstigen: So wurden beispielsweise die Teilnehmenden der *Studien über Autorität und Familie* über ihre Tagesgewohnheiten, ihr Gesundheitsverhalten und selbst über ihre Verdauung befragt (Horkheimer, Fromm & Marcuse, 1936). Das Autoritätsverhältnis, der Wunsch, sich zu unterwerfen, und die Gewalt gegen andere waren, so die Autoren, gewiss nicht durch eine *bewusste* Motivation zu erklären, sondern nur vermittelt der »modernen Tiefenpsychologie« (Horkheimer, 1936, S. 398), die sich des *Unbewussten* annahm. Diese tiefenpsychologische Grundierung ihrer Sozialforschung zog sich sowohl durch die *Studien über Autorität und Familie* (Horkheimer, Fromm & Marcuse, 1936) als auch die heute deutlich bekanntere Studie *The Authoritarian Personality* (Adorno et al., 1950).

Allerdings verfeinerten sie das methodische Instrumentarium im Lauf der Zeit deutlich. So entwickelte die Berkeley-Gruppe – Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson und R. Nevitt Sanford – in mehreren Schritten die sogenannte F-Skala. Das Kürzel stand für »Faschismus-Skala«, denn der Autoritäre Charakter war für sie, wie sie gleich auf den ersten Seiten konstatierten, das »potentially fascist individual« (Adorno et al., 1950, S. 1).¹ Mit der F-Skala sollte die Anfälligkeit der Men-

1 Da bisher nur Auszüge der umfangreichen Studie ins Deutsche übersetzt wurden, ziehen wir im Folgenden sowohl eine deutschsprachige Ausgabe als auch die Originalfassung heran.

schen für faschistische Propaganda gemessen werden. In seiner Kurzform umfasste dieser Fragebogen etwa 40 Aussagen, die von den Probanden und Probandinnen bewertet werden sollten. Nun ging es ausschließlich darum, wie die Menschen sich das Zusammenleben in der Gesellschaft vorstellten. Das ist noch heute an den insgesamt neun Dimensionen zu erkennen, denen die Aussagen zugeordnet wurden: Konventionalismus, Unterwürfigkeit, Aggression, Anti-Intrazeption, Aberglaube und Stereotypie, Kraftmeierei und Härte, Destruktivität und Zynismus, Projektivität sowie Sexualität (Adorno et al., 1950, S. 228). Wer beispielsweise der Aussage »Obedience and respect for authority are the most important virtues children should learn« zustimmte, zeigte gleichzeitig hohen Konservatismus und autoritäre Unterwürfigkeit (ebd., S. 248).

So erfolgreich die Studie war, so früh entzündete sich wissenschaftliche Kritik an ihr (Christie & Cook, 1958). Als Problem wurde nicht zuletzt diese – aus Sicht der Testtheorie – mangelnde Trennschärfe der Items ausgemacht. Was gleichzeitig zwei oder mehr Dimensionen zugeordnet werden konnte, verstieß gegen den wissenschaftlichen Anspruch der Eindeutigkeit und Widerspruchsfreiheit. Dabei verkannten die Kritikerinnen und Kritiker die Logik einer kritisch-theoretischen Forschung, die nicht auf Widerspruchsfreiheit der gewonnen Aussagen abzielt und nicht abzielen kann, da der Gegenstand – ob Gesellschaft oder Individuum – selbst voller Widersprüche ist. Diese kritisch-theoretische Grundannahme kam nicht nur in der Item-Zuordnung zum Ausdruck, sondern auch durch den Bezug auf die Psychoanalyse. Aus der Perspektive dieser Psychologie erscheint der Anspruch einer festgefügtten und widerspruchsfreien Motivation beim Individuum absurd. Nur im besten Fall kann der Mensch halbwegs Rechenschaft über seine unterschiedlichen und allzu oft nicht miteinander zu vereinbarenden Wünsche ablegen – womit er den Widerspruch der Gesellschaft gegen einige von ihnen so wenig gelöst hat wie die Widersprüche, welche die Gesellschaft selbst durchziehen. Allerdings ist auch dieser beste Fall selten, denn von den Wünschen können sich viele überhaupt nur am Bewusstsein vorbei Geltung verschaffen. Diese Orientierung auf gesellschaftliche Antagonismen und auf die Zerrissenheit des Individuums ist dem Wissenschaftsverständnis vieler anderer Traditionslinien fremd. Deswegen wurde bereits in den ersten Reaktionen nicht nur die Methode infrage gestellt, sondern auch das tiefenpsychologische Fundament. Die Psychoanalyse war von Anfang an

ein »No-Go« in der an Einheitlichkeit und Widerspruchsfreiheit orientierten Forschung.

Wir stellen die Leipziger Autoritarismus Studien in die Tradition psychoanalytisch informierter Studien zur Autorität aus den 1930er-Jahren. Dabei entspricht unser Instrumentarium heutigen Standards der empirischen Forschung, aber in der inhaltlichen Auseinandersetzung mit unseren Befunden und mit der Gesellschaft geben wir diese Traditionslinie aus guten Gründen nicht auf. Denn: Für eine gesellschaftskritisch-psychoanalytische Erklärung des Autoritarismus ist entscheidend, dass sie ihn als eine Dynamik versteht, die zeigt, wie bestimmte *gesellschaftliche* Strukturen die *psychische* Struktur von Individuen prägen – und vice versa. Grundlage für diese psychische Struktur, auf die sich bereits Fromm (1936) und nach ihm die Berkeley-Gruppe (1950) bezogen, ist das Instanzenmodell Freuds mit der Unterteilung des psychischen Apparats in Es, Ich und Über-Ich. Die gesellschaftliche Struktur, die die Bildung eines Autoritären Charakters begünstigt, war zunächst die bürgerlich-patriarchale Gesellschaft am Beginn des 20. Jahrhunderts, wie sie Freud als konstitutiv für die bürgerliche Kleinfamilie beschrieben hat. Sie verlange, so Fromm (1936), eine lebenslange, gewaltvolle Anpassung des Individuums, denn in ihr seien die Bedürfnisse der Menschen stets größer als die Möglichkeiten ihrer Befriedigung. Damit meinte er das konstante Spannungsverhältnis zwischen inneren (Trieb-)Bedürfnissen – aus dem Es kommend und größtenteils unbewusst – und der verhinderten Befriedigung dieser Triebe in der Außenwelt – sei es aufgrund tatsächlich fehlender Ressourcen oder gesellschaftlicher Normen und Tabus. Dabei ist der Triebbegriff der Psychoanalyse nur dann wohlverstanden, wenn mitgedacht ist, dass Freud den Trieb als gesellschaftliche Größe ansah: Er bezeichnete damit zwar ein körperliches Bedürfnis, aber eines, das durch die Beziehung zu anderen Menschen eine soziale Bedeutung erlangt hat: Ist das Begehren »schmutzig« oder »zulässig«, das Begehrte selbst zugänglich oder verpönt und geächtet? Das vermittelt sich in vielen kleinen Interaktionen, die aus jedem Wunsch einen sozialen Aushandlungsprozess über das Begehren macht.

Mit diesem Missverhältnis zwischen dem eigenen Begehren – der inneren Welt – und seiner gesellschaftlichen Zurichtung – der äußeren Welt – muss das Ich, als Träger des bewussten Erlebens in der Realität, umgehen. Es ist die Instanz des psychischen Apparats, mit der wir der Welt

begegnen. Das Über-Ich entwickelt sich als letzte der drei Instanzen aus den Ich-Idealen, die durch Identifikation mit den Eltern in der frühen Kindheit entstehen. Diese Trennung von einem Ich und den Idealen, so die These für die bürgerlich-patriarchale Gesellschaft, vollzieht sich insbesondere in der Auseinandersetzung mit dem patriarchalen Vater. Er ist in dieser Gesellschaftsform die erste Autorität, repräsentiert die wirksamen gesellschaftlichen Ge- und Verbote und fordert damit gleichzeitig die Unterdrückung nonkonformer kindlicher Wünsche und Bedürfnisse. Das erzeugt beim Kind Aggression. Aus Angst vor den Sanktionen des Vaters (damals: körperliche Züchtigung oder Liebesentzug) und tatsächlicher Machtlosigkeit bleibt dem Kind nur, seine (Trieb-)Bedürfnisse zunächst aufzugeben und sich stattdessen mit dem Vater und seinen strengen Regeln und Normen zu identifizieren, sie zu verinnerlichen und sich ihnen letztlich zu unterwerfen. Zur äußeren Angst vor dem Vater tritt also eine innere Angst hinzu, die sich zu einem repressiven Über-Ich oder Gewissen entwickelt. Die Unterwerfung wird – wie schon Simmel helllichtig erkannte, aber noch nicht entwicklungspsychologisch einbettete – nicht einfach erzwungen, vielmehr beinhaltet sie immer auch ein freiwilliges Moment, weil sie der unterworfenen Person verspricht, später selbst Träger oder Trägerin der väterlichen Macht und Autorität zu werden. Die unzulässigen (Trieb-)Bedürfnisse verschwinden jedoch nicht, sondern werden mithilfe des Über-Ichs und der äußeren Autorität nur verdrängt, wodurch sie sich dem bewussten Zugriff entziehen. Auch die Aggression, die aus der Versagung der eigenen Bedürfnisse erwachsen ist, bleibt erhalten. Weil sie sich aber nicht gegen den Vater richten kann, sucht sie sich andere Ziele – beispielsweise Schwächere oder Minderheiten. Daher verwundert es nicht, dass dem Psychoanalytiker Erich Fromm der Vergleich zu einer Perversion einfiel: Er sprach in diesem Zusammenhang vom Sadomasochismus des Autoritären. Aus der ödipalen Ich-Entwicklung gehe die lustvolle Unterwerfung unter die Autorität hervor, »der autoritär-masochistische Charakter« (Fromm, 1936, S. 111) bzw. die »sadistische Komponente des Autoritarismus«, wie Adorno ergänzte (Adorno, 1973, S. 50). Der Autoritäre Charakter erlebt ebenso viel Befriedigung durch die eigene Unterwerfung, wie durch den Hass auf jene, die von der Gesellschaft als »Schwächere« oder »Unterlegene« markiert worden sind (Adorno, 1950, S. 759). Aber anders als bei sexuellen Perversionen müssen sich die Trägerinnen und Träger des autoritären Wunsches um dessen Quelle

nicht mehr bekümmern. Etwas lapidar könnte man sagen: Die autoritäre Dynamik verwandelt ihr individuelles Elend in allgemeinen Irrsinn.

Die Verinnerlichung der väterlichen Autorität in Form eines rigiden Über-Ichs bleibt aber auch ambivalent, weil sie zugleich die Bedingung der Autonomie des Ichs gegenüber den Normen der Eltern ist. Erst mit dem Über-Ich als einer vom Ich unterschiedenen Instanz ist Kindern und dann später den Erwachsenen möglich, eigene Wünsche und fremde Erwartungen (nicht nur der Eltern) voneinander zu trennen. Wohlgermerkt, es ist die Bedingung – philosophisch könnte man sagen: die Bedingung der Möglichkeit –, denn damit ist die Autonomie noch lange nicht umgesetzt. Die Übertragung der väterlichen Autorität auf andere äußere Autoritäten erneuert im Laufe des Lebens beständig die autoritäre Dynamik. Verlierer droht dabei das Ich zu sein, das es kaum schafft, den Konflikt zwischen dem rigiden Über-Ich, den Triebbedürfnissen aus dem *Es* und den Anforderungen der Realität zu vermitteln. Daraus folgt, dass das »Gewissen oder Über-Ich [...] unvollständig in das Selbst oder das Ich integriert [ist]« (Adorno, 1950, S. 52). Diese mangelnde Integration der psychischen Instanzen wurde in der Folge als *schwaches Ich* bezeichnet. Durch das hohe Maß an gesellschaftlich geforderter Triebunterdrückung wird das *Ich* zusätzlich geschwächt, denn der Vorgang kostet Energie und die verdrängten Bedürfnisse verkleinern seinen Handlungs- und Reflexionsspielraum.

Zur Unterwerfung unter eine äußere Autorität kommt es, weil es an innerer Autonomie mangelt. Das Ich konnte nicht »Herr im eigenen Haus« werden, um ein Bonmot von Sigmund Freud zu variieren. Er nahm für sich nämlich in Anspruch, der Menschheit nach Kopernikus und Charles Darwin die dritte große Kränkung zugefügt zu haben: Während der erste nachwies, dass die Erde nicht das Zentrum des Universums ist, der zweite die Abstammung des Menschen vom Affen belegte, gelang es Freud zu zeigen, dass das *Ich* nicht »Herr im eigenen Haus« ist (Freud, 1917, S. 11). Doch es hält an seinem Wunsch fest, ein Haus zu besitzen, und prothetisiert sich mit äußerer Autorität, wozu allerdings nicht jede Autorität gleichermaßen geeignet ist. Benötigt werden nur solche Autoritäten, die die Phantasie von Macht und Stärke wachrufen können. Hierin besteht eine Komponente antidemokratischer Tendenzen.

Demokratische Regierungen, deren politische Realität durch die Notwendigkeit zur Kompromissbildung gekennzeichnet ist, können dieses Bedürfnis nicht erfüllen und keine autoritäre Bindekraft entwickeln (siehe

auch Imhoff & Decker, 2013). Hinzu kommt, dass selbst die Unterwerfung unter eine gewählte Autorität ambivalente Gefühle auslöst. Ähnlich wie bei der Unterwerfung unter die väterliche Autorität, müssen »feindselige und rebellische Impulse« (Adorno, 1973, S. 50) kanalisiert werden, was zur Spaltung und Projektion negativer Impulse auf Fremdgruppen führt, was bis zu Gewaltausbrüchen gegenüber diesen Gruppen gehen kann. Hier zeigt sich der Zusammenhang zwischen autoritärer Unterwürfigkeit und *autoritärer Aggression*. Aus der Unfähigkeit, gegenüber der erwählten Autorität aggressiv, feindselig oder auch nur kritisch zu sein, entsteht der Wunsch, »diejenigen zu verurteilen, abzuweisen und zu bestrafen, welche sie [die Autorität] mißachten« (ebd.). Folglich richtet sich die autoritäre Aggression insbesondere gegen Menschen, die als »Unruhestifter« wahrgenommen werden, aber auch gegen jene, die als schwach oder fremd gelten.

Konventionalismus meint schließlich im Rahmen des autoritären Syndroms mehr als das bloße Befolgen gesellschaftlicher Normen. Adorno (1973) betonte explizit, dass Konventionalismus nicht per se in Verbindung mit antidemokratischen Zügen stehe: »Wenn die Unterwerfung unter konventionelle Werte Ausdruck eines voll ausgebildeten Gewissens war, mußte nicht zwangsläufig eine Verbindung zwischen diesen Wertvorstellungen und antidemokratischem Potential bestehen« (ebd., S. 47). Stattdessen stellte er die Quelle des Konventionalismus in den Vordergrund: Sein Ziel war nicht nur, das Festhalten an gesellschaftliche Normen zu verstehen, sondern ihre rigide und unhinterfragte Übernahme und die Unterwerfung unter gesellschaftlichen Normen und Machtverhältnisse. Unbestritten ist die Erklärungskraft dieser drei Dimensionen (Autoritäre Aggression, Autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus) beim Zustandekommen rechtsextremer und ethnozentrischer Einstellungen (Decker & Brähler, 2000; Lederer, 2000; Oesterreich, 2000; Fuchs, 2003; Überblick: Rippl, Seipel & Kindervater, 2000). Zweifel bleiben allerdings, ob sie das autoritäre Syndrom bereits erschöpfend beschreiben. Um die projektive Dynamik des autoritären Syndroms überhaupt abzubilden, braucht es weiterer Elemente, auf welche die Berkeley-Gruppe bereits hingewiesen hatte. Sie nahm an, dass der Autoritäre Charakter insgesamt durch eine Tendenz zur Projektion gekennzeichnet ist. Projektivität beschreibt einen Abwehrmechanismus, bei dem eigene Motive, Wünsche und Affekte in die Außenwelt verlagert werden. Mit autoritären Aggressionen wird zwar das Ressentiment auf diejenigen bezeichnet, welche sich nicht an die Regeln

halten, aber diese Wut zieht ihre Energie aus den eigenen unbewussten Wünschen. Daher ist die Projektivität zum einen eine Folge der Unfähigkeit, einen innerpsychischen Umgang mit verpönten Wünschen zu finden, zum anderen der nie gelungenen Abgrenzung des *Ichs*. Dieses Motiv kann helfen, die gegenwärtige Bedeutung von Verschwörungsmythen zu erklären. Der Glaube an solche Mythen wurde bereits in der F-Skala erhoben, etwa mit der Aussage: »To a greater extent than most people realize, our lives are governed by plots hatched in secret by politicians« (Adorno et al., 1950, S. 239). Dort war er der Dimension Projektivität zugewiesen worden. Die projektive Neigung, äußeren Kräften Macht und Kontrolle über das eigene Leben zuzuschreiben, kommt auch im Hang zum Aberglauben zum Ausdruck, der ebenfalls in der F-Skala abgefragt worden war (*superstition*, Adorno et al., 1950, S. 228). Allerdings ist das projektive Moment in der Verschwörungsmentalität und im Aberglaube zwar in Reinform zu finden, aber es gilt nicht mehr der Stabilisierung eines abgegrenzten *Ichs* – wie noch beim klassischen Autoritären Charakter. Psychodynamisch geht es nicht mehr um die Identifikation mit der väterlichen Autorität, bei der die Anerkennung der patriarchalen Realität noch mit der (teilweisen) Erfüllung der Wünsche verbunden gewesen war. Je stärker das projektive Moment wird, um so mehr geht es auf Kosten der Realität.

Die Psychoanalytikerin Janine Chasseguet-Smirgel beschrieb Jahrzehnte später das klinische Bild solch fundamentaler Ich-Störungen. Auch wenn es bei ihr zunächst um individuelle Pathologien geht, ist ihr bewusst, dass sie vielmehr ein soziales Phänomen beschreibt. Ihr Essay über die »Krankheit der Idealität« ist auch für die Sozialpsychologie des autoritären Syndroms erhellend. Hier führt Chasseguet-Smirgel aus, dass das Ende der Vaterherrschaft und damit des ödipalen Konflikts als Entwicklungsstadium die Autonomie nicht etwa stärkt, sondern ihre Voraussetzungen schwächt. Wenn die Autorität nicht mehr als Prothese des Ichs dient, wechselt sie ihre Funktion. Statt zur Anpassung an die Realität zu zwingen, wird sie zur Bejahung grenzenloser Wunscherfüllung, zum »Mittelsmann zwischen Masse und ideologischer Illusion, und hinter der Ideologie steht immer die Phantasie einer narzisstischen Himmelfahrt« (Chasseguet-Smirgel, 1975, S. 86). Während das Bemühen der Menschen und selbst des Autoritären Charakters noch darauf abzielte, »Herr im eigenen Haus« zu werden, trifft man bei den heutigen Formen autoritärer Syndrome niemanden mehr an, dem ein eigenes Haus überhaupt als attraktiv erschien. Viel verlocken-

der ist etwas anderes geworden, Chasseguet-Smirgel fast es so: »Alles, was die Erfüllung der Illusion stört, muss verschwinden« (ebd., S. 87). Auch die eigene Begrenztheit oder die bloße Existenz von »anderen« ist eine solche Störung. Daher erwächst die Destruktivität des autoritären Syndroms nicht mehr nur aus der autoritären Masse – als der wirklichen Versammlung eines aggressiven Mobs –, sondern aus der Tat vieler Einzelner, die sich in einer virtuellen Masse erleben. Chasseguet-Smirgel hatte noch nicht vor Augen, was sich auf Imageboards und in Internet-Foren wie zum Beispiel *8kun* tummeln würde, als sie die heutige Situation treffend beschrieb: »[E]s handelt sich nicht alleine um reale Massen, sondern auch um Individuen (die virtuelle Massen bilden), die eine identische politische oder mystische oder mystisch-politische Überzeugung eint« (ebd., S. 88). Dass die Projektivität Gewicht hat, sieht man auch daran, dass die Verschwörungsmentalität so häufig vorkommt (siehe Kap. 9). Und dass die sozialkognitive Forschung etwa zur selben Zeit feststellte, dass sie in ihren Experimenten auf echte Gruppen getrost verzichten konnte, um nur mit phantasierten Gruppen dieselben Fremdgruppenabwertungen zu produzieren, als wären diese Wirklichkeit, bestärkt den psychoanalytischen Befund von der zunehmenden Bedeutung virtueller Massen.

Heute kommt die Autoritarismus-Forschung weitgehend ohne Bezüge auf die Psychoanalyse aus, was der Forschungstradition scheinbar keinen Abbruch tut, wenn man auf die große Anzahl von Autoritarismus-Fragebögen und -Studien schaut. Selbst am Institut für Sozialforschung wurde nach der Rückkehr aus dem Exil das Instrumentarium weiterentwickelt, mit dem Zugewinn der einflussreichen qualitativen Studien (Pollock, 1955), doch gab es seitdem auch Bemühungen, fragebogengestützte Untersuchungen mit modifizierten Konzepten durchzuführen. So entwickelte Michaela Freyhold (1971) eine A-Skala, eine Autoritarismus-Skala, die an die Stelle der F-Skala treten sollte. Auch diese Skala umfasste neun Dimensionen, darunter Eigengruppen-Denken, Reaktionäres Denken und Links-Autoritarismus. Die Kritik entzündete sich diesmal nicht an einer psychoanalytischen Orientierung oder an gesellschaftskritischen Implikationen, sondern daran, dass die Items erstmals eindeutig einem politischen Links-rechts-Schema zuzuordnen waren. Ob man die Wehrpflicht ablehnte oder in der Sowjetunion die Zukunft sah, ging über eine Untersuchung der Unterwerfungsbereitschaft hinaus – zu deutlich war der Inhalt der Aussagen im tagespolitischen Handgemenge verortet. Die A-Skala maß

eine politische, dezidiert antidemokratische Einstellung, nicht aber die individuellen Züge, welche anfällig für solche Einstellungen machen.

Von diesem Ansatz grenzte sich Detlef Oesterreich in seiner Forschung ab. Obwohl er am Autoritarismus als Persönlichkeitsmerkmal festhielt, ebnete er den Weg von einer psychoanalytischen zu einer lerntheoretischen Sozialisationstheorie (Oesterreich, 1974). Sein Fragebogen umfasst sieben Dimensionen: Angst vor Neuem, Aggression, Macht und Stärke, Konformität, Rigidität, Unterordnungs- und Anpassungsbereitschaft (Oesterreich, 1996, 1998), die ihm zufolge eine »autoritäre Basis-Reaktion« ermöglichen. Autoritarismus wird von ihm daher als Reaktionsmuster verstanden, welches situativ aktiviert wird, etwa als Antwort auf Krisen. Damit betonte Oesterreich, dass autoritäre Tendenzen unter bestimmten Bedingungen potenziell bei jedem Menschen aktivierbar sind. Er ging davon aus, dass vor allem Angst und Unsicherheitsgefühle zu einer »Flucht in die Sicherheit« (Oesterreich, 1996) führen können.

Zeitgleich mit ihm, aber international viel einflussreicher, erneuerte auch Bob Altemeyer das Konzept des Autoritarismus (Altemeyer, 1981). Zunächst reduzierte er die F-Skala auf die drei Dimensionen autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus, und bezeichnete das so gemessene Phänomen als »rechtsorientierten Autoritarismus« (*right-wing authoritarianism, RWA*). Sowohl die Kürzung der Skala als auch ihre Benennung haben sich bis heute in der Forschung gehalten. Dieser Erfolg wurde wahrscheinlich auch durch Altemeyers Konzeptualisierung des Autoritarismus mitbegünstigt. Mit ihm wird Autoritarismus als eine sich primär im Jugendalter entwickelnde, generalisierte Einstellung verstanden (Six et al., 2001). Von Konflikten und Widersprüchen, ob im Individuum oder in der Gesellschaft, ist seither nicht mehr die Rede. Die breite Rezeption von Altemeyer ging mit einer vollständigen Abkehr von den psychoanalytischen und gesellschaftskritischen Implikationen einher.

Allerdings hat diese Reduktion der Skala auf nur drei Dimensionen es nicht verhindert, die Ergebnisse des Fragebogens gesellschaftskritisch zu interpretieren, zumal die Aussagen noch immer nahezu identisch mit denen der F-Skala sind. Als problematischer erwies sich der Verzicht auf die übrigen Dimensionen, die andere Facetten des autoritären Syndroms messen. Das fällt gerade in jüngerer Zeit ins Auge, denn neben der großen Bereitschaft zu autoritären Aggressionen alarmiert die weite Verbreitung von Verschwörungsmythen. Diese haben noch einmal beson-

deren Zulauf erfahren, als Präventionsmaßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie ergriffen wurden, die das gesellschaftliche Leben bestimmen. Zwar ist kaum von der Hand zu weisen, dass die Einschränkungen der Grundrechte auch ein starkes Instrument diktatorischer Herrschaft sind und die Pandemie eine Legitimation sein kann, es zu nutzen, aber etliche der kolportierten Vorstellungen haben sich von der Realität komplett gelöst: etwa die Vorstellung, dass das Virus in der Welt sei, um die »Umvolkung« voranzutreiben oder damit ein ominöser »Q« die sinistere »Weltregierung« »kinderbluttrinkender Politiker« beenden kann. Kennzeichen solcher Verschwörungsmythen ist, dass bestimmte Personen oder Gruppen als besonders machtvoll phantasiert werden – ihnen wird unterstellt, das politische und gesellschaftliche (Welt-)Geschehen wesentlich zu steuern. Insbesondere tradierte antisemitische Motive sind hier kaum zu übersehen. Die Neigung, solchen Ideen Glauben zu schenken, ist also an und für sich nicht neu, wie ein Blick auf die lange Geschichte antisemitischer Verschwörungsmythen zeigt. In dem Glauben, zu wissen, wer das Weltgeschehen lenkt, tragen aber auch die aktuellen Verschwörungsmythen zur Reproduktion von Vorurteilen und Feindbildern bei. So werden gesamtgesellschaftliche Prozesse personifizierten Sündenböcken zugeschrieben.

Für das autoritäre Syndrom ist dabei von besonderem Interesse, wie das Bedürfnis nach Verschwörungsmythen eigentlich entsteht. In der sozialpsychologischen Forschung wird von einer Verschwörungs*mentalität* gesprochen (Graumann & Moscovici, 1987), wenn nicht der Mythos selbst, sondern der Wunsch bezeichnet werden soll, hinter komplexen politischen oder sozialen Ereignissen rational kalkulierende Personen oder Gruppen auszumachen, etwa »die Eliten« oder »geheime Mächte« (Imhoff & Decker, 2013). Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass Personen mit ausgeprägter Verschwörungsmentalität geneigt sind, vielen verschiedenen, sogar sich wechselseitig widersprechenden Verschwörungsmythen Glauben zu schenken (Wood et al., 2012). Wie schon dem Sodomasochismus liegt auch der Verschwörungsmentalität der Vorgang der Projektion zugrunde – in beiden Fällen werden eigene, aber unbewusste Impulse und Motive in der Außenwelt verortet. Auch die autoritäre Aggression kennt diesen Mechanismus: Eigene aggressive Impulse werden auf andere Menschen übertragen, um sie als legitime Wehrhaftigkeit ausleben zu können. Denselben Inhalt sehen wir in der Verschwörungsmentalität, wenn die

vermeintlich Verantwortlichen zum Ziel der Aggression und des Aufrufs zum »Widerstand« werden. Anders als oder ergänzend zu dem sadomasochistischen Wunsch zeigt sich hier jedoch die Phantasie eines unmittelbaren Bezugs dieser Mächte auf die eigene Person. Damit scheint etwas auf, was sich von der Projektion der eigenen Wünsche und Aggressionen auf »Sündenböcke« deutlich unterscheidet, denn beim Verschwörungsmythos geht es nicht mehr darum, das Ich zu stärken, sondern um die Umformung der Welt: In ihr soll das Realitätsprinzip nicht mehr gelten. Die Welt soll sich also den eigenen Wünschen anpassen. Psychoanalytisch gesprochen ist es der Sieg des Narzissmus über den Trieb, im Sadomasochismus äußert sich noch ein Begehren nach Differenz, in der Projektion geht es nur noch um deren Beseitigung zugunsten des Grandiositätserlebens.

Während sich Verschwörungsmythen klar auf das Gemeinwesen und damit die Politik beziehen, ist dies beim Aberglauben nicht der Fall. Wer annimmt, sein Schicksal in die Hände von guten Geistern legen zu können, hat nicht nur die Verbindung zur Realität, sondern auch die zur Politik aufgegeben. Dennoch war auch der Aberglaube eine der Dimensionen der F-Skala: als Glaube an »mystische oder phantastische äußere Determinanten des individuellen Schicksals« (Adorno, 1973, S. 55) und als »Tendenz, [...] die eigene Verantwortung äußeren, der eigenen Kontrolle entzogenen Kräften zuzuschreiben« (ebd., S. 56). Der Aberglaube war von Belang, weil er offenbar mit dem Ethnozentrismus zusammenhing, also der Disposition, als fremd oder anders wahrgenommene Menschen abzuwerten und die Eigengruppe aufzuwerten. Wie wir in einer Analyse von ALLBUS-Daten nachgewiesen haben, gilt dieser Zusammenhang noch heute (Huber & Yendell, 2019). Ähnlich wie bei der Verschwörungsmentalität spielt beim Aberglauben die Projektivität eine wichtige Rolle und ähnlich ist auch die psychische Funktion. Der Aberglaube löst die Ich-Schwäche – allerdings erst, nachdem »das Ich bereits »aufgegeben« hat« (Adorno, 1973, S. 56), also nicht mehr versucht, sich durch eine Autorität zu stützen. Doch das Fehlen der Prothese droht das Ich seiner Angst auszuliefern, weil es nicht fähig ist, komplizierte, aber dafür adäquate Interpretationen von der Realität in sein Denkschema aufzunehmen. In diesem Fall greift es zu »primitiven, vereinfachten Erklärungen von Geschehnissen« (ebd., S. 55). Verschiedene sozialpsychologische Studien geben Hinweise auf diese »Stützfunktion« des Aberglaubens für das Ich, denn sie bestätigen,

dass Aberglaube bzw. New-Age-Mythen Bedürfnisse nach Kontrolle bedienen (Irwin, 2000; Rudski, 2004; vgl. Kap. 9) und die Angst in einer als chaotisch und unvorhersehbar empfundenen Welt reduzieren (Roe & Bell, 2016).

Beim Aberglauben spielt die autoritäre Unterwerfung eine größere Rolle als bei der Verschwörungsmentalität. Beim Blick auf die Items der ursprünglichen F-Skala wird deutlich, dass es dort bereits Überschneidungen zur Dimension der autoritären Unterwürfigkeit gab: Items, die der Dimension *Aberglaube und Stereotypie* zugeordnet wurden, beinhalten eine klare Bejahung autoritärer Unterwürfigkeit;² andersherum wird die Unterwürfigkeits-Dimension mit der Zustimmung zu einem Glauben an unerklärliche Phänomene gemessen.³ Unterworfen wird sich dabei weniger den klassischen personifizierten Autoritäten, sondern der abstrakten Autorität des Schicksals. Das Schicksal wird hier zum Ersatz der frühkindlichen Eltern (Freud, 1930), deren Wohlwollen man sich mit der Einhaltung bestimmter Regeln und Rituale sichern konnte. Und je weniger das Ich in der Lage ist, sich von den Elterninstanzen abzugrenzen, desto mehr wird die Sicherung des Wohlwollens zu einer Notwendigkeit. Die autoritäre Lösung besteht daher selbst beim Aberglaube in der Verschmelzung mit der als allmächtig empfundenen Instanz des Schicksals und der Verleugnung der eigenen Ohnmacht. Für die damals postulierte These, dass der Aberglaube eine Dimension des Autoritären Charakters ist, liefert wiederum die Folgeforschung zahlreiche Belege: So haben abergläubische Menschen eine höhere Wahrscheinlichkeit, autoritäre Einstellungen zu entwickeln, zum Beispiel eine harte Law-und-Order-Politik zu fordern und Xenophobie auszubilden (Höllinger, 2004, 2017).

-
- 2 Die Aussage lautet: »Jeder Mensch sollte einen festen Glauben an eine übernatürliche Macht haben, die über ihm steht, der er gänzlich untertan ist und deren Entscheidungen er nicht in Frage stellt« (Adorno, 1973, S. 55).
 - 3 Die Aussage lautet: »Wissenschaften wie Chemie, Physik und Medizin haben die Menschen weit gebracht, aber es gibt viele bedeutsame Dinge, die der menschliche Geist wahrscheinlich niemals verstehen kann« (Adorno, 1973, S. 48).

Das autoritäre Syndrom – Sadomasochismus und Projektivität

Seit Beginn der Leipziger Autoritarismus Studien wurde neben dem Rechtsextremismus auch der Autoritarismus untersucht. Als wir im Jahr 2006 zum ersten Mal einen Fragebogen dazu einsetzten, enthielt er nur zwei Dimensionen: die autoritäre Unterwürfigkeit und die autoritäre Aggression. Beide fanden hohe Zustimmung unter den Befragten: Wegen »Kriminalität und sexueller Unmoral« wollten mehr als 70% »mit gewissen Leuten« »härter verfahren«, fast die Hälfte hielt den »unbedingten Gehorsam gegenüber einer Autorität« für die »wichtigste Eigenschaft« eines Menschen und fordert ihn von Kindern gegenüber ihren Eltern (Decker & Brähler, 2006, S. 66). Es zeigte sich, dass das autoritäre Syndrom in der Bevölkerung weiter verbreitet war als die offene Befürwortung einer Diktatur oder die Ausländerfeindlichkeit. Dieser bedrohliche Befund verwies auf die Anfälligkeit vieler Menschen für antidemokratische Forderungen auch jenseits eines klar rechtsextremen Denkens. Seit 2016 kommt in den Leipziger Autoritarismus Studien ein Fragebogen zum Einsatz, der es nun ermöglicht, die drei Elemente des autoritären Syndroms zu erfassen, die seit Altemeyer den Goldstandard der Messung darstellen: autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus (Beierlein et al., 2014, teilweise als gekürzte Version).

Ausgehend von unserer Argumentation, dass mit der Reduktion auf die autoritäre Aggression, die autoritäre Unterwürfigkeit und den Konventionalismus eine unzulässige Verkürzung des autoritären Syndroms stattgefunden hat, prüfen wir im Folgenden, ob durch die Einbeziehung der Dimensionen Aberglauben und Verschwörungsmentalität das autoritäre Syndrom korrekter erfasst werden kann. Für uns steht im Zentrum, den theoretisch begründeten Zusammenhang dieser nun fünf Dimensionen des autoritären Syndroms zu prüfen. Zu diesem Zweck haben wir ein Strukturgleichungsmodell berechnet. Dieses statistische Verfahren gestattet es, den Zusammenhang zwischen den fünf Dimensionen zu bestimmen und dabei die Strukturen zu beschreiben, die wir bis hierhin entwickelt haben. Gehören neben autoritärer Aggression, autoritärer Unterwürfigkeit und Konventionalismus auch Verschwörungsmentalität und Aberglaube zu diesem Syndrom? Und lassen sich diese Dimensionen den beschriebenen Elementen des Sadomasochismus und der Projektivität zuordnen?

All diesen Dimensionen ist gemeinsam, dass sie von einer Ich-Schwäche gekennzeichnet sind. Was sie unterscheidet, ist unserer Annahme nach die vorherrschende Umgangsweise mit dem Problem: Soll das Ich durch die Identifikation mit einer Autorität stabilisiert werden, wodurch die Psychodynamik aus Unterwerfung und Aggression freigesetzt wird? Oder wird das Bemühen um die Stärkung des Ichs aufgegeben und die Phantasie seiner Allmacht durch eine ozeanische Entgrenzung aufgerichtet? Wir haben argumentiert, dass im Aberglauben und der Verschwörungsmentalität die projektive Komponente des autoritären Syndroms stärker zum Tragen kommt, wodurch sich ein Teil der zugrundeliegenden Psychodynamik abbilden lässt. Gleichzeitig greifen wir damit auf die Konzepte des Autoritarismus zurück, welche ihn nicht als individuelle Einstellungsbereitschaft verstehen, sondern als gesellschaftlich-autoritäre Dynamik.

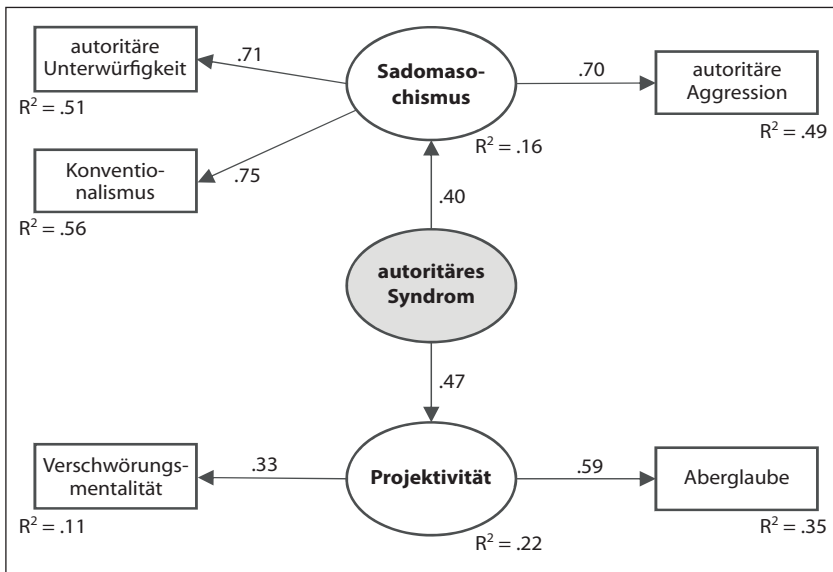
Das Ergebnis des Strukturgleichungsmodells bestätigt unsere Annahme, dass das autoritäre Syndrom aus fünf Dimensionen besteht. Gleichzeitig zeigt sich, dass sie sich um die Elemente des Sadoomasochismus und der Projektivität gruppieren lassen (siehe Grafik 1). Das autoritäre Syndrom setzt sich nach den vorliegenden Analysen also aus zwei Hauptdimensionen zusammen, zum einen aus dem *Sadomasochismus* (autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus), zum anderen aus der *Projektivität* (Verschwörungsmentalität und Aberglaube).

Im Strukturgleichungsmodell wurden signifikante Messfehler und die Korrelationen der Messfehler der Indikatoren untereinander berücksichtigt. Zunächst ist zu konstatieren, dass die Güte des berechneten Modells als hoch einzustufen ist.⁴

Die erste Hauptdimension *Sadomasochismus* findet ihren Ausdruck in den Dimensionen autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus und geht inhaltlich wie begrifflich auf die frühen Konzeptionen Fromms zur Genese des autoritären Syndroms zurück (Fromm, 1936).

4 Der Root Mean Square Error of Approximation (RMSEA) weist mit einem Wert unter der von Browne & Cudeck (1992, S. 239) empfohlenen Grenze von 0,05 (PCLOSE = .91) auf eine hohe Güte des Modells hin, ebenso wie der Comparative Fit Index (CFI) mit einem Wert von .992.

Grafik 1: Dimensionalität und Struktur des autoritären Syndroms



$N = 2.503$; standardisierte Beta-Werte; RMSEA = .037, LO = .022, HI = .053, PCLOSE = .908, CFI = .992; folgende Korrelationen von Fehlertermen wurden berücksichtigt: Verschwörungsmentalität und Sadomasochismus (.358), autoritäre Aggression und Konventionalismus (-.126); alle Koeffizienten höchst signifikant ($p < .01$)

Im Modell zeigt sich zwischen dem Konstrukt des autoritären Syndroms und dem Sadomasochismus mit einem Beta-Wert von .40 ein mittelstarker Zusammenhang ($R^2 = .16$). Nicht überraschend sind die Pfadkoeffizienten in Bezug auf den latenten Faktor Sadomasochismus homogen und variieren zwischen .70 und .75.

Die zweite Hauptdimension *Projektivität* findet ihren Ausdruck in den Dimensionen Verschwörungsmentalität und Aberglaube.

In beiden Fällen ist die Reaktion auf die Undurchschaubarkeit gesellschaftlicher Prozesse gleich, denn jeweils werden Sinn, Muster und Motive in der äußeren Umgebung gesucht und die Welt in Schwarz und Weiß, Gut und Böse gespalten. Doch während die Verschwörungsmentalität insbesondere Ausdruck einer Projektion negativer Impulse ist, finden wir bei Aberglauben einen projektiven Mechanismus, bei welchem der Wunsch nach Schutz, Kontrolle und Indifferenz nach außen verlagert wird. Wie oben ausgeführt, kommt es zur Unterwerfung und Selbstausslieferung

an das Schicksal oder andere Mächte, in der Hoffnung, dass man in ihrer Größe aufgehen kann und so der eigenen Ohnmacht entkommt. Die Stabilisierung des Ichs steht nicht mehr im Vordergrund. Zwischen dem autoritären Syndrom und der Projektivität besteht mit einem Beta-Wert von .49 ein ähnlich starker Zusammenhang wie zwischen dem autoritären Syndrom und dem Sadomasochismus ($R^2 = .22$). Die Pfadkoeffizienten in Bezug auf den latenten Faktor Projektivität liegen bei .33 bei der Verschwörungsmoralität und .59 beim Aberglauben. Damit bestätigt sich nicht nur der Zusammenhang dieser beiden Dimensionen mit den Hauptdimensionen, sondern auch deren Einheit als autoritäres Syndrom.

Was das Zusammenspiel der beiden Hauptdimensionen Sadomasochismus und Projektivität betrifft, schließen wir uns der ursprünglichen Konzeption des Syndromcharakters an: Die Dimensionen können zwar gemeinsam auftreten, aber es zeigt sich auch eine interindividuelle Variabilität in ihrer Ausprägung (siehe auch Adorno, 1973, S. 46). Folglich lassen sich unterschiedliche Ausprägungen des autoritären Syndroms beobachten, und je nachdem, welche Symptome stärker in den Vordergrund treten, ändert sich das Erscheinungsbild.

Verbreitung und Stärke des autoritären Syndroms

Im Folgenden werden die Befunde zum autoritären Syndrom in Deutschland 2020 vorgestellt und mit den Ergebnissen der vergangenen Erhebungen verglichen. Die Ergebnisdarstellung folgt den Hauptdimensionen Sadomasochismus und Projektivität.

Sadomasochismus

Autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus wurden in der LAS mit je drei Items erfasst (Beierlein et al., 2014). In der Auswertung (siehe Tab. 1) fällt zunächst auf, dass die Aussagen zur autoritären Aggression insgesamt die höchsten Zustimmungswerte erhalten. So stimmen über die Hälfte der Befragten zu, dass »Unruhestifter [...] deutlich zu spüren bekommen [sollten], dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind«. Jeweils etwa jeder Dritte findet, dass »gegen Außen-seiter und Nichtstuer« »mit aller Härte vorgegangen« und gesellschaftliche

Regeln »ohne Mitleid« durchgesetzt werden sollten. Der Unterwerfung unter Autoritäten wird insbesondere dann befürwortet, wenn diese Sicherheit versprechen: über 40% der Befragten unterstützen die Vorstellung, dass »starke Führungspersonen« gebraucht werden, »damit wir in der Gesellschaft sicher leben können«. Gleichwohl zeigt sich ein ambivalentes Verhältnis zu Führungspersonen im Allgemeinen: Etwa die Hälfte der Befragten lehnt es ab, »wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen« zu überlassen. Dem Festhalten an Traditionen gibt die Mehrheit der Befragten ihre Zustimmung (50,7%), und nur etwa jeder und jede dritte Befragte stimmt zu, dass bewährte Verhaltensweisen nicht Frage gestellt werden sollten.

Grafik 2 stellt die Verbreitung von autoritärer Aggression, autoritärer Unterwürfigkeit und Konventionalismus vergleichend für die Jahre 2016, 2018 und 2020 dar. Für diese Gegenüberstellung wurden nur jene Aussagen berücksichtigt, welche zu allen drei Erhebungszeitpunkten erfasst wurden. Für das gesamte Land zeigt sich eine Abnahme über alle drei Elemente. Gleichwohl bleiben die grundlegenden Muster erhalten.

So zeigt sich auch 2020, dass die Dimensionen des Sadomasochismus unter ostdeutschen Befragten mehr Akzeptanz finden als unter westdeutschen. Außerdem bleibt es dabei, dass die autoritäre Aggression die größte Zustimmung erfährt, gefolgt vom Konventionalismus und schließlich der autoritären Unterwürfigkeit.

Projektivität

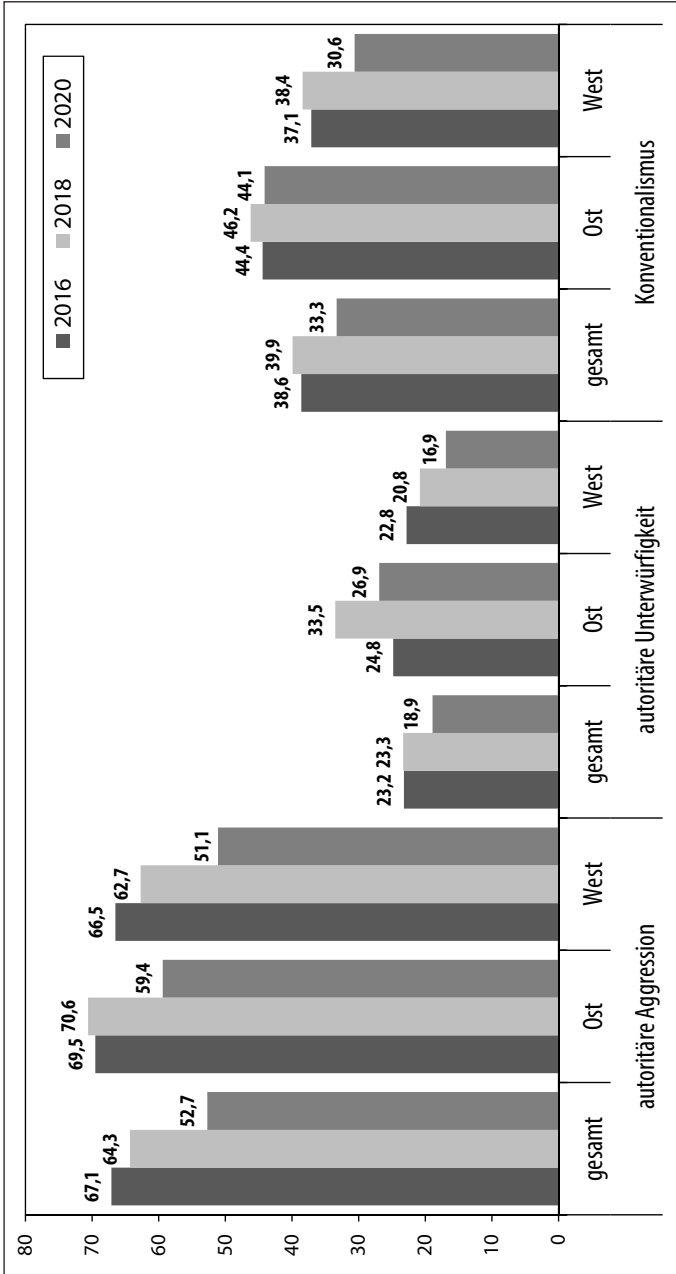
Die zweite Hauptdimension Projektivität setzt sich aus den Elementen Verschwörungsmentalität und Aberglauben zusammen. Ein Fragebogen zur Verschwörungsmentalität kam 2012, 2016, 2018 sowie in der diesjährigen Leipziger Autoritarismus Studie zum Einsatz (Imhoff & Bruder, 2004, gekürzt nach Imhoff & Decker, 2013). Tabelle 2 zeigt die Zustimmung zu den Aussagen. Etwa jede bzw. jeder dritte Befragte pflichtet der Idee bei, die meisten Menschen würden nicht erkennen, »in welchem Ausmaß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird«. Ebenfalls ein Drittel ist überzeugt, dass »Politiker und andere Führungspersonlichkeiten [...] nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte« sind. Dass es »geheime Organisationen gibt, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben«, meinen 38,1% der Befragten.

Tabelle 1: Zustimmung bzw. Ablehnung autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus 2020 (in %)

	stimme gar nicht/wenig zu	stimme etwas zu	stimme ziemlich/voll und ganz zu
autoritäre Aggression			
Gegen Außenseiter und Nichtsteuer sollte in der Gesellschaft mit aller Härte vorgegangen werden.	34,2	32,7	33,0
Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind.	21,5	25,7	52,7
Gesellschaftliche Regeln sollten ohne Mitleid durchgesetzt werden.	32,1	35,5	32,4
autoritäre Unterwürfigkeit			
Wir brauchen starke Führungspersonen, damit wir in der Gesellschaft sicher leben können.	27,2	29,0	43,7
Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen.	49,8	31,3	18,9
Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen, was wir tun können.	50,7	32,4	16,9
Konventionalismus			
Traditionen sollten unbedingt gepflegt und aufrechterhalten werden.	16,3	32,9	50,7
Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht in Frage gestellt werden.	32,7	34,0	33,3
Es ist immer das Beste, Dinge in der üblichen Art und Weise zu machen.	43,6	36,0	20,5

Skalierung: 1 = »stimme gar nicht zu«, 2 = »stimme wenig zu«, 3 = »stimme etwas zu«, 4 = »stimme ziemlich zu«, 5 = »stimme voll und ganz zu«; Interne Konsistenzen (Cronbachs Alpha): autoritäre Aggression, Cronbachs Alpha = .80; autoritäre Unterwürfigkeit, Cronbachs Alpha = .80; Konventionalismus, Cronbachs Alpha = .80

Grafik 2: Zustimmung zu autoritärer Aggression, autoritärer Unterwürfigkeit und Konventionalismus bundesweit und im Ost-West-Vergleich (in %)



2020: signifikante Unterschiede zwischen Ost- und West auf allen drei Elementen, Chi-Quadrat $p < .01$

2016 zu 2020: signifikante Unterschiede auf allen drei Elementen, Chi-Quadrat $p < .001$

2018 zu 2020: signifikante Unterschiede auf allen drei Elementen, Chi-Quadrat $p < .001$

Tabelle 2: Zustimmung bzw. Ablehnung zur Verschwörungsmentalität 2020 (in %)

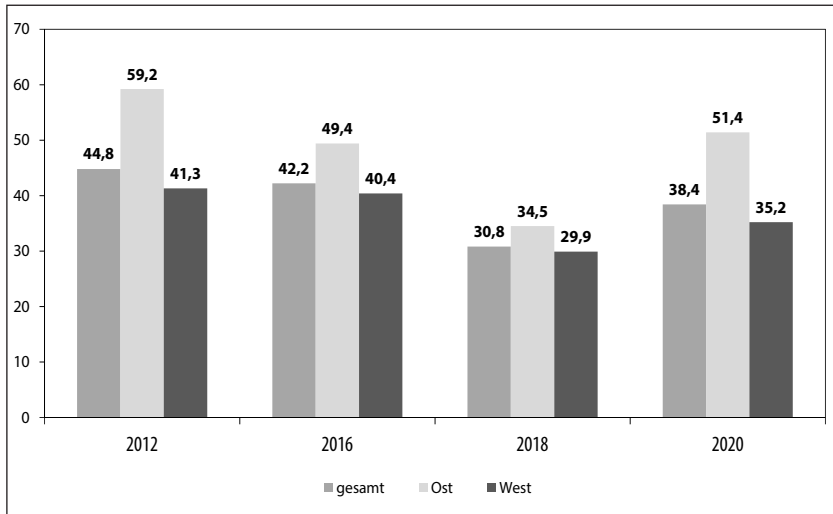
	stimme nicht zu (1–3)	(4)	stimme zu (5–7)
Die meisten Menschen erkennen nicht, in welchem Ausmaß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die im Geheimen ausgeheckt werden.	50,2	19,5	30,4
Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.	43,8	18,0	38,1
Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.	47,5	19,1	33,4

Skalierung: 1 = »stimme überhaupt nicht zu« bis 7 = »stimme voll und ganz zu«; Cronbachs Alpha = .91

Grafik 3 vergleicht die Verbreitung der Verschwörungsmentalität der Jahre 2012, 2016, 2018 und 2020. Abgebildet ist der Anteil an Befragten, die einen Wert größer 12 erreichen und damit eine mittlere Zustimmung über alle drei Aussagen. Im Vergleich zu 2018 hat in diesem Jahr die Verschwörungsmentalität wieder zugenommen, und dies besonders deutlich unter den ostdeutschen Befragten. Auch in den anderen Jahren – mit Ausnahme von 2018 – lagen die Werte der Ostdeutschen signifikant über denen der Westdeutschen. 2020 muss 38,4% aller Befragten im gesamten Land eine manifeste Verschwörungsmentalität attestiert werden. Obwohl der Wert damit noch signifikant unter dem Ausgangswert liegt, zeigt sich doch wieder eine deutliche Annäherung an die hohen Werte von 2012 (44,8%).

Die andere Dimension der Projektivität – der Aberglaube – wurde in der Erhebungswelle 2020 zum ersten Mal mit vier Items des ALLBUS-Fragebogens erhoben (ALLBUS, 2018). Tabelle 3 gibt die Zustimmungswerte wieder. Über 40% der Befragten halten Glücksbringer für wirkungsvoll, über 30% trauen Horoskopern korrekte Vorhersagen zu. Die Formen des Aberglaubens, die mit konkreten Personen in Verbindung gebracht werden, sind etwas weniger verbreitet, aber auch hier hält ein nicht unerheblicher Anteil der Befragten (über 20%) es für mindestens wahrscheinlich, dass es Wahrsager gibt, »die die Zukunft wirklich voraussehen können«, und Wunderheiler, die tatsächlich über »übernatürliche Heilkräfte« verfügen.

Grafik 3: Manifeste Verschwörungsmentalität 2012, 2016, 2018 und 2020 über drei Items zusammengefasst (in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Ost und West in den Jahren 2012, 2016 und 2020, Chi-Quadrat $p < .01$; 2012 zu 2020, 2016 zu 2020 und 2018 zu 2020: signifikante Unterschiede für Gesamtdeutschland, Chi-Quadrat $p < .01$

Tabelle 3: Zustimmung bzw. Ablehnung zum Aberglauben 2020 (in %)

	stimmt sicher nicht	stimmt wahrscheinlich nicht	stimmt wahrscheinlich	stimmt sicher
Glücksbringer bringen manchmal tatsächlich Glück.	29,2	29,1	34,9	6,8
Es gibt Wahrsager, die die Zukunft wirklich voraussehen können.	44,1	32,6	19,7	3,6
Manche Wunderheiler verfügen tatsächlich über übernatürliche Heilkräfte.	40,3	30,7	23,5	5,4
Das Sternzeichen bzw. das Geburtshoroskop eines Menschen hat einen Einfluss auf den Verlauf seines Lebens.	36,2	30,9	28,2	4,7

Skalierung: 1 = »stimmt sicher nicht«, 2 = »stimmt wahrscheinlich nicht«, 3 = »stimmt wahrscheinlich«, 4 = »stimmt sicher«; Cronbachs Alpha = .84

Zusammenfassung, Fazit und Einordnung

Die Verbreitung des autoritären Syndroms im Jahr 2020 zeigt, wie stark die Bereitschaft zu autoritären Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart ist. Mehr als die Hälfte der Bundesdeutschen offenbart autoritäre Aggressionen, gut jede bzw. jeder Fünfte sehnt sich nach einer starken Autorität, die Sicherheit und Stabilität bietet. Hoch ist auch der Konventionalismus, den ein Drittel der Befragten zu erkennen gibt. Verglichen mit den Vorjahren sind die Zustimmungswerte zu diesen Dimensionen, die dem Sadomasochismus zugeordnet werden, allerdings deutlich zurückgegangen. Eine mögliche Erklärung für diesen Rückgang der Aggressionen und der Unterwerfungsbereitschaft könnte sein, dass die Aussagen auf gegenwärtige Funktionseiliten abzielen. So ist aus der Forschung der autoritäre Rebell bekannt (vgl. Decker, Schuler & Brähler, 2018; Brunner, 2016), dessen Protest sich gegen »falsche« Autoritäten richtet. Dem liegt die Sehnsucht nach dem »starken Mann« zugrunde, die zum Beispiel eine weibliche Führungsfigur nicht erfüllen kann. Für diese Interpretation des Rückgangs spricht auch die große Akzeptanz der Forderung nach einer »starken Führungsperson«, besonders in Verbindung mit den geringeren Zustimmungswerten zum Gehorsam gegenüber existierenden Führungspersonen (vgl. Tab. 1). Im Grunde findet sich hier eine bereits aus der Vergangenheit bekannte Ablehnung der Bundesregierung in rechtsautoritären Milieus, die sich durch »Anti-Merkel«- oder »Merkel muss weg«-Forderungen ausdrückte. Das Ressentiment greift möglicherweise auch bei der »Anti-Drosten-Haltung«, also der Ablehnung von Autoritäten, die keine einfachen Antworten liefern, sondern auf die Unsicherheit auch wissenschaftlicher Erkenntnisse hinweisen. Der starke Anstieg der Verschwörungsmentalität muss auch im Zusammenhang dieses Ressentiments gegen die bestehenden Autoritäten gesehen werden. Die Dimensionen des autoritären Syndroms korrespondieren miteinander. Dies wäre auch ein erster Ansatzpunkt, um die Zusammensetzung der Demonstrationen gegen die COVID-19-Präventionsmaßnahmen zu erklären: Hier kommen Menschen zusammen, die auf der bewussten Ebene eigentlich unterschiedliche politische Ansichten vertreten, die aber durch ihre Verschwörungsmythologien und ihren Aberglauben geeint sind (vgl. Kap. 9). Die bereits seit langen Jahren hohe Verschwörungsmentalität zeigt, dass deren Existenz keine Reaktion auf die COVID-19-Pandemie

ist. Viel mehr tritt die Verschwörungsmentalität jetzt offen zu Tage, weil in ihr mehr als in Autoritäten die Angst kompensiert werden kann. Dass antimoderne und antiaufklärerische Bedürfnisse in der Bevölkerung so stark ausgeprägt sind, war schon immer ein Hinweis auf eine Gefährdung der Demokratie, selbst wenn die Inhalte zunächst unpolitisch erscheinen (vgl. Kap. 1). Nun werden sie politisch relevant.

Das Autoritarismus-Konzept ist zentral, sollen die anti-demokratischen Bewegungen und Einstellungen verstanden werden (Lederer, 2000; Oesterreich, 2000; Fuchs, 2003). Kein Wunder, dass auch immer wieder eine Renaissance dieser Erklärungstradition festgestellt wird (Funke, 1999). Dabei bedarf es immer wieder des Abgleichs, ob die wissenschaftlichen Methoden und theoretischen Konzepte den gesellschaftlichen Dynamiken angemessen sind. Die Auseinandersetzung um den Autoritarismus muss nicht nur hinsichtlich der Psychodynamik, Funktion und Bedeutung der autoritären Sehnsucht im Individuum immer wieder erneuert werden, sondern auch im Hinblick auf die Gesellschaft. Das gilt sowohl für die Bedürfnisse, die sich im autoritären Syndrom äußern, als auch für die gesellschaftlichen Institutionen, die als Vermittlungsinstanzen in der lebenslangen Sozialisation die Autonomie der Menschen beschränken, um ihre Funktion im gesellschaftlichen Betrieb sicher zu stellen.

Abschließend wollen wir die Befunde zu diesem Thema zusammentragen. Zunächst kann konstatiert werden, dass sich der Erziehungsstil in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Glück grundlegend geändert hat. Körperliche Züchtigung und offene Gewalt sind zwar noch nicht völlig verschwunden, aber sie gehören längst nicht mehr zum allgemeinen Erziehungsideal. Im Gegenteil, über die Generationen ist die Rolle der Eltern neu definiert worden, Prügel wurde durch emotionale Zuwendung abgelöst (Decker et al., 2012). Das ist eine Entwicklung, deren Stellenwert für eine liberale Demokratie nicht zu überschätzen ist. Selten in der Geschichte waren die Ziele der Pädagogik so sehr auf das Kindeswohl ausgerichtet. Das sagt allerdings viel mehr über die Geschichte der Erziehung als über die wünschenswerten und möglichen Lebensumstände von Kindern aus. Im Vordergrund der Erziehung stehen zwar nun nicht mehr Gehorsam und Disziplin, dafür aber Selbstkontrolle, Leistung, Kompetenzentwicklung und die Integration des Individuums in die verwaltete

Welt (Adorno, 1950; Türcke, 2012). Diese Ziele werden auch häufiger von gesellschaftlichen Institutionen wie Kindergarten, Schule, Universität und verschiedensten Medien vermittelt, und nicht mehr nur durch die Familie (Marcuse, 1963; Weyand, 2000). Die Sozialisation in eine »bürokratische Gesellschaft« (Jackson, 1975), wie sie der Bildungsforscher Philipp Jackson noch in den 1960er-Jahren nachzeichnete, ist abgelöst worden von einer individualisierten wie individualisierenden Sozialisation. Den Einzelnen stehen viele Lebensmöglichkeiten offen, doch tragen sie nun auch individuell Verantwortung für ihre Wahl (Doherty, 2006; Forneck, 2009). Damit haben sie die Freiheit, unter scheinbar unendlich vielen Möglichkeiten zu entscheiden, und sind gleichzeitig frei, die Konsequenzen aus einer falschen Investition in ihre Zukunft zu tragen: eine neue doppelte Freiheit. Die Ambivalenz, die mit solcher Art Autonomie verknüpft ist, wird in Krisenmomenten besonders virulent, wie beispielsweise in der COVID-19-Pandemie. Weder reichen die eigenen Ressourcen aus, um die Spannungen durch die Bedrohung auszuhalten, noch steht ein »starker Führer« zur Verfügung. Selbst wenn sich ein Politiker oder eine Politikerin so inszeniert, wäre die gewonnene Sicherheit angesichts der Herausforderungen nur mit propagandistischen Mitteln und auf Kosten der Realität aufrechtzuerhalten. In Demokratien stehen diese Mittel aber niemandem zur Verfügung. So ist nicht überraschend, dass gewissermaßen die »zweitbeste Fahrt« gesucht wird – ein projektiver Autoritarismus aus Verschwörungsmentalität und psychodynamischer Entgrenzung. Er sichert dann die letzte Zufluchtsstätte, auch wenn die Realitätsverleugnung das Ich weiter schwächt.

Offenbar wird die Gesellschaft also weiterhin – trotz der neuen Erziehungsideale – von einer autoritären Dynamik beherrscht. Dabei sind Veränderungen unabweisbar: Kinder stellen heute fest, dass der Vater nicht mehr die, durch Gesetze und alleiniges Einkommen, höchste Autorität ist. Im Gegenteil, in jenen Momenten, in denen einem Vater einfallen würde, als letzte Instanz aufzutreten, ist der Popanz für alle durchschaubar. Als erstes wahrscheinlich sogar für das kindliche Sensorium. Abhängig von der Klassenzugehörigkeit sind die Eltern selbst zur Unterwerfung unter mächtigere gesellschaftliche Autoritäten gezwungen. Neue außerfamiliäre Autoritäten wie Gleichaltrige und zeitgenössische Formen der Kulturindustrie, etwa Influencer und Influencerinnen, spielen immer früher eine immer wichtigere Rolle. Bei aller berechtigten Kritik an den Familien-

strukturen der patriarchalen Gesellschaft und den autoritären Bildungsinstitutionen ist in Vergessenheit geraten, dass sie zwar Vermittlungsinstanzen der gesellschaftlichen Ordnung gewesen sind, dies aber in einem beständigen »antagonistischen Verhältnis zur Gesellschaft« (Horkheimer, 1936, S. 403). In anderen Worten: Beide folgten immer auch ihrer Eigenlogik, die oft genug mit den Innovationskapriolen der Gesellschaft nicht vollends in Deckung zu bringen war. Heute dagegen ist die Familie in diesem Sinn kein Schutzraum mehr, denn die gesellschaftlichen Anforderungen brechen sehr früh in ihre Struktur ein. In der bürgerlichen Gesellschaft bildeten die Heranwachsenden zwar ein rigides Über-Ich aus, doch immerhin hatten sie die Möglichkeit, sich real mit dem autoritären Vater auseinanderzusetzen, sich von ihm zu lösen und so das eigene Ich zu stärken. Dagegen kann sich das spätmoderne Individuum von den außerfamiliären Autoritäten nicht derart befreien – sie sind zu abstrakt für eine reale Auseinandersetzung. Das Über-Ich, das sich an ihnen und nicht mehr am Vater ausbildet, ist noch stärker veräußerlicht. Es ist keine eigenständige Instanz und muss sich daher in viel stärkerem Maße an externen Autoritäten orientieren. Diese Autoritäten wechseln und stellen unterschiedliche Anforderungen, sodass das Individuum keinen festen Halt mehr in sich selbst findet – der *aufseingeleitete Charakter* ist entstanden (Riesman, 1964).

Die neuen Autoritäten sind aber ebenfalls gewaltvoll, und auch in einer »vaterlosen Gesellschaft« (Feder, 1919) ist die Sozialisation der Individuen mit hohen Kosten verbunden. In Anlehnung an Freuds Konzept der sekundären Massen, die sich nicht durch eine primäre Führungsperson, sondern um eine abstrakte Idee bilden, gehen wir davon aus, dass gegenwärtig die Idee einer starken Wirtschaft in Deutschland die Position einer sekundären Autorität einnimmt, und zwar spätestens seit dem »Wirtschaftswunder« der Nachkriegszeit. Die sekundäre Autorität erfüllt die Funktion einer »narzisstischen Plombe« (Decker, 2019), indem sie als Fetisch (Morgenthauer, 1974) oder Prothese (Fromm, 1936, S. 179) die Lücke schließt. Als die Autorität des »Führers« im postfaschistischen Deutschland aufgegeben werden musste, wurde sie durch eine andere autoritäre Dynamik abgelöst, die wir als »sekundären Autoritarismus« (Decker, 2019) bezeichnen haben. Das Wirtschaftswunder, das in den 1950er-Jahren im westlichen Teil Deutschlands Fahrt aufnahm, bot durch Identifikation mit der »starken nationalen Wirtschaft« den Ausgleich für den Verlust. Selbst heute kann die Autorität der »Wirtschaft« von den Gesellschaftsmitgliedern

Unterwerfung verlangen. Durch gewaltvolle Anpassung produziert sie genauso wie die Unterwerfung unter eine personelle Autorität Aggressionen, die dann auf jene Menschen projiziert werden, die diese wirtschaftliche Größe scheinbar gefährden, schwach sind oder die Phantasie wachrufen, »anders« zu sein oder nicht dazuzugehören.

Literatur

- Adorno, T. W. (1950). Types and Syndroms. In T. W. Adorno, E. Frenkel-Brunswick, D. J. Levinson & R. N. Sandford (Hrsg.), *The Authoritarian Personality* (S. 744–783). New York: Harper.
- Adorno, T. W. (1973). *Studien zum Autoritären Charakter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswick, E., Levinson, D. J. & Sanford, R. N. (Hrsg.) (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Harper.
- Altemeyer, B. (1981). *Right-Wing Authoritarianism*. Winnipeg: University of Manitoba Press.
- Beierlein, C., Asbrock, F., Kauff, M. & Schmidt, P. (2014). *Die Kurzskala Autoritarismus (KSA-3). Ein ökonomisches Messinstrument zur Erfassung dreier Subdimensionen autoritärer Einstellungen, GESIS Working Papers 35*. Mannheim: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- Browne, M. W. & Cudeck, R. (1992). Alternative Ways of Assessing Model Fit. *Sociological Methods & Research*, 21, 230–258.
- Brunner, M. (2016). Vom Ressentiment zum Massenwahn. Eine Einführung in die Sozialpsychologie des Antisemitismus und die Grenzen psychoanalytischer Erkenntnis. In C. Busch (Hrsg.), *Schiefheilungen: zeitgenössische Betrachtungen über Antisemitismus* (S. 14–35). Wiesbaden: Springer.
- Chasseguet-Smirgel, J. (1975). *Das Ichideal. Psychoanalytischer Essay über die »Krankheit der Idealität«*. Frankfurt am Main: Suhrkamp (1987).
- Christie, R. & Cook, P. (1958). A Guide to Published Literature Relating to the Authoritarian Personality though 1956. *Journal of Psychology*, 45, 171–199.
- Decker, O. (2019). Secondary authoritarianism – the economy and right-wing extremist attitudes in contemporary Germany. *Journal of Psychosocial Studies*, 12, 203–2013.
- Decker, O. & Brähler, E. (2000). Antisemitismus und Autoritarismus im vereinten Deutschland. *Psychosozial*, 24, 31–51.
- Decker, O. & Brähler, E. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: FES.
- Decker, O., Grave, T., Rothe, K., Weißmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (2012). Erinnerter Erziehungserfahrung und Erziehungsideale über die Generationen. Befunde aus Gruppendiskussionen und Repräsentativerhebungen. *Jahrbuch für Pädagogik*, 267–301.
- Decker, O., Schuler, J. & Brähler, E. (2018). Das autoritäre Syndrom heute. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 117–156). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Yendell, A. & Brähler, E. (2018). Anerkennung und autoritär Staatlichkeit. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 119–140). Gießen: Psychosozial.
- Doherty, R. A. (2006). Towards a Governmentality Analysis of Education Policy. In S. Weber & S. Maurer (Hrsg.), *Gouvernementalität und Erziehungswissenschaft* (S. 51–62). Wiesbaden: VS.

- Feder, P. (1919). *Zur Theorie der Revolution: Die vaterlose Gesellschaft*. Leipzig: Anzengruber Verlag.
- Forneck, H. (2009). Zur Gouvernementalität schulischer Zeitregimes. In M.-T. Schönbachler, R. Becker, A. Hollenstein & F. Osterwalder (Hrsg.), *Die Zeit der Pädagogik. Zeitperspektiven im erziehungswissenschaftlichen Diskurs* (S. 87–101). Bern: Haupt.
- Freud, S. (1930). Das Unbehagen in der Kultur. In A. Freud (Hrsg.), *Sigmund Freud - Gesammelte Werke Bd. XIV* (S. 419–506). Frankfurt am Main: Fischer.
- Freyhold, M. v. (1971). *Autoritarismus und politische Apathie: Analyse einer Skala zur Ermittlung autoritätsgebundener Verhaltensweisen*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Fromm, E. (1936). Studien über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil. In ders. (Hrsg.), *Gesamtausgabe, Bd. 1* (S. 139–187). Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Fuchs, M. (2003). Rechtsextremismus von Jugendlichen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 55, 654–678.
- Funke, F. (1999). Autoritarismus – Renaissance einer Erklärungstradition. In W. Frindte (Hrsg.), *Fremde – Freunde – Feindlichkeit* (S. 119–141). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Graumann, C. F. & Moscovici, S. (1987). Conspiracy: History and Social Psychology – A Synopsis. In dies. (Hrsg.), *Changing Conceptions of Conspiracy* (S. 245–251). Berlin: Springer.
- Höllinger, F. (2004). Does the counter-cultural character of New Age persist? Investigating social and political attitudes of New Age followers. *Journal of Contemporary Religion and New Age Studies*, 19, 289–309.
- Höllinger, F. (2017). Value orientations and social attitudes in the holistic milieu. *The British Journal of Sociology*, 68, 293–313.
- Horkheimer, M. (1936). Autorität und Familie. In G. Schmid Noerr (Hrsg.), *Max Horkheimer – Gesammelte Schriften Bd. 3 – Schriften 1931–1936* (S. 336–417). Frankfurt am Main: Fischer.
- Horkheimer, M., Fromm, E. & Marcuse, H. (1936). *Studien über Autorität und Familie*. Springe: zu Klampen (Reprint, 1987).
- Huber, S. & Yendell, A. (2019). Does religiosity matter? Explaining right-wing extremist attitudes and the vote for the Alternative for Germany (AfD). *Religion and Society in Central and Eastern Europe*, 12(1), 63–83. DOI: 10.20413/rascee.2019.12.1.63-82
- Imhoff, R. & Decker, O. (2013). Verschwörungsmentalität als Weltbild. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 146–162). Gießen: Psychosozial.
- Irwin, H. (2000). Belief in the Paranormal and a Sense of Control over Life. *European Journal of Parapsychology*, 15, 68–78.
- Jackson, P. W. (1975). Einübung in eine bürokratische Gesellschaft: Zur Funktion der sozialen Verkehrsform im Klassenzimmer. In J. Zinnecker (Hrsg.), *Der heimliche Lehrplan* (S. 19–34). Weinheim: Beltz.
- Lederer, G. (2000). Autoritarismus und Fremdenfeindlichkeit im deutsch-deutschen Vergleich. Ein Land mit zwei Sozialisationskulturen. In S. Rippl, C. Seipel & A. Kindervater (Hrsg.), *Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung* (S. 199–214). Opladen: Leske + Buderich.
- Marcuse, H. (1963). Das Veralten der Psychoanalyse. In ders. (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft 2* (S. 85–106). Suhrkamp: Frankfurt am Main (1970).
- Morgenthaler, F. (1974). Die Stellung der Perversionen in Metapsychologie und Technik. *Psyche – Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen*, 28, 1077–1088.
- Oesterreich, D. (1974). *Autoritarismus und Autonomie*. Stuttgart: Klett.
- Oesterreich, D. (1996). *Flucht in die Sicherheit: zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion*. Opladen: Leske + Budrich.

- Oesterreich, D. (1998). Ein neues Maß zur Messung autoritärer Charaktermerkmale. *Zeitschrift für Soziologie*, 29, 5–64.
- Oesterreich, D. (2000). Autoritäre Persönlichkeit und Sozialisation im Elternhaus: Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse. In S. Rippl, C. Seipel & A. Kindervater (Hrsg.), *Autoritarismus: Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung* (S. 69–92). Opladen: Leske + Buderich.
- Pollock, F. (Hrsg.) (1955). *Gruppenexperiment. Ein Studienbericht*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Reich, W. (1933). *Massenpsychologie des Faschismus: Der Originaltext von 1933*. Gießen: Psycho-sozial-Verlag (2020).
- Roe, C. A. & Bell, C. (2016). Paranormal Belief and Perceived Control over Life Events. *Journal of the Society for Psychological Research*, 80, 65–76.
- Riesman, D. (1950). *Die einsame Masse. Eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters*. Reinbek: Rowohlt.
- Rippl, S., Seipel, C. & Kindervater, A. (Hrsg.) (2000). *Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Rudski, J. (2004). The illusion of control, superstitious belief, and optimism. *Current Psychology*, 22(4), 306–315.
- Simmel, G. (1908). *Soziologie. Über die Formen der Vergesellschaftung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Six, B., Wolfradt, U. & Zick, A. (2001). Autoritarismus und Soziale Dominanzorientierung als generalisierte Einstellungen. *Zeitschrift für Politische Psychologie*, 9, 23–40.
- Türcke, C. (2012). *Hyperaktiv! Kritik der Aufmerksamkeitsdefizitkultur*. München: Beck.
- Weyand, J. (2000). Zur Aktualität der Theorie des autoritären Charakters. In Jour-Fixe-Initiative (Hrsg.), *Theorie des Faschismus – Kritik der Gesellschaft* (S. 55–76). Münster: Unrast-Verlag.
- Wood, M. J., Douglas, K. M. & Sutton, R. M. (2012). Dead and Alive: Beliefs in Contradictory Conspiracy Theories. *Social Psychological and Personality Science*, 3(6), 767–773.

7. Antisemitismus als antimodernes Ressentiment: Struktur und Verbreitung eines Weltbildes

Johannes Kiess, Oliver Decker, Ayline Heller & Elmar Brähler

Die Untersuchung des Antisemitismus ist ein zentraler Bestandteil unserer Studienreihe. Von der ersten Erhebung im Jahr 2002 an gehörte er als tradiertem Antisemitismus zu den Kerndimensionen der rechtsextremen Einstellung. In den Leipziger Autoritarismus Studien (LAS) 2012 und 2018 haben wir das Ressentiment gegen Jüdinnen und Juden genauer erforscht und weitere Ausdrucksformen des Antisemitismus in die Untersuchung aufgenommen (Decker et al., 2013; 2018). Auch in diesem Jahr widmen wir dem Thema besondere Aufmerksamkeit, wiederum indem wir zusätzliche Dimensionen hinzuziehen, aber auch, indem wir die verschiedenen Äußerungsformen des Antisemitismus zueinander in Beziehung setzen.

Die Entscheidung, dieses Ressentiment erneut in den Fokus zu rücken, hat nicht nur mit seiner zentralen Position in antidemokratischen und antiaufklärerischen Ideologien zu tun, sondern auch mit seinem großen Bedrohungspotenzial, das sich in den letzten Jahren wieder zunehmend realisiert hat: Das Bundesinnenministerium verzeichnet in seinem Bericht zur politisch motivierten Kriminalität für das Jahr 2019 2.032 Straftaten gegen jüdische Menschen und Einrichtungen, 2018 hatte die Zahl noch bei 1.799 und 2017 bei 1.504 gelegen (BMI, 2020). Doch nicht nur nimmt die Anzahl der registrierten antisemitischen Straftaten zu, sondern auch ihre Intensität, haben doch die antisemitischen Gewalt- und Straftaten eine lange nicht mehr dagewesene Zerstörungskraft erreicht. So versetzte der Terroranschlag auf eine Synagoge an Yom Kippur 2019 in Halle der bundesdeutschen Öffentlichkeit einen Schock – zumindest kurzfristig. In das teilweise überraschte Entsetzen über die Tat mischte sich schnell die Wut über genau diese Überraschtheit. Denn weite Teile der bundesdeutschen

Öffentlichkeit hatten seit Jahrzehnten rechtsextreme und antisemitische Gewalt- und Straftaten als Einzeltaten bagatellisiert und nicht als ein in der Gesellschaft wurzelndes Problem erkannt. Dieses Schwanken zwischen Entsetzen und Bagatellisierung lässt sich mit den Reaktionen auf das Attentat selbst illustrieren – etwa wenn es von der CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer als »Alarmzeichen« gewertet wird (Tagesspiegel, 2019). Die zahlreichen Alarmzeichen hätten in den Jahren zuvor wahrgenommen werden müssen, spätestens nach dem Attentat musste man aber erkennen: Der Ernstfall ist eingetreten.

In einem eindrücklichen Beitrag schildert der ehemalige ARD-Korrespondent Richard C. Schneider schon im September 2018 die Realität, wie sie sich für Jüdinnen und Juden in Europa darstellt:

Wer heute mit einer Kippa auf den Straßen Europas herumläuft, siehe das jüngste Beispiel aus Berlin, kann sich nicht mehr sicher sein, unangetastet zu bleiben. Juden müssen sich verstecken – oder hinter Stacheldraht und hohen Zäunen ihr jüdisches Leben führen, abgesichert durch Polizei und Sicherheitsdienste. Das ist das Europa des Jahres 2018. (Schneider, 2018, S. 82)

Vielfach ist in den letzten Jahren von einem neuen (MacShane, 2008; Heilbronn et al., 2019) oder – vielleicht zutreffender – wiederauflebenden (Rosenfeld, 2013) Antisemitismus in- und außerhalb Europas gesprochen worden, dem es Einhalt zu gebieten gilt.

Vergleicht man die hohe Zahl an antisemitisch motivierten Gewalttaten mit der Verbreitung von antisemitischen Ressentiments, zeigt sich auf den ersten Blick ein Widerspruch: eine Diskrepanz zwischen dem Rückgang antisemitischer Einstellungen einerseits (vgl. Kap. 2 sowie Decker et al., 2018) und der Zunahme antisemitischer Gewalt andererseits. Wie lässt sich dieses Paradox auflösen? Eine Erklärung besteht darin, dass es tatsächlich einen Rückgang der manifesten antisemitischen Einstellung in der Bevölkerung gibt, dass aber die Träger und Trägerinnen dieses Ressentiments radikaler geworden sind und eher zur Tat schreiten. Eine andere Erklärung hängt mit einem grundlegenden Problem von Wissenschaft zusammen: Empirischen Forschern und Sozialwissenschaftlerinnen ist vollkommen bewusst, dass nicht Gefundenes trotzdem existieren kann. Möglicherweise entgeht uns also aufgrund der seit mindestens den 1980er-Jahren wirksamen Ächtung des Antisemitismus dessen Verbreitung, weil

die Befragten ihren Antisemitismus nicht offen äußern (Bergmann & Erb, 1991). Darüber hinaus könnte es sein, dass sich mit der Sanktionierung des Antisemitismus in der Bundesrepublik seine Erscheinungsform verändert: Es sind nun andere Motive, in denen sich der Hass auf Juden und Jüdinnen äußert.

Unabhängig von seiner neuen Aktualität ist der Antisemitismus von kaum zu unterschätzender Bedeutung für den (gewalttätigen) Rechtsextremismus wie auch für die entsprechende Theoriebildung. Zum einen spielt der Antisemitismus bei fast allen rechtsextremen Taten eine explizite oder implizite Rolle. Der bereits erwähnte, offen antisemitische Anschlag von Halle und der Anschlag von Hanau sind nur zwei von täglich mehreren Beispielen dafür. Auch in Worten manifestiert sich Antisemitismus alltäglich im politischen Diskurs: So ist etwa zu hören, dass die migrationsbedingte politische Krise als »Umvolkungsplan« hyperventiliert wird und dass dahinter »dunkle Mächte«, »reiche Cliques« oder ganz explizit »die Juden« stecken. Nicht zuletzt während der COVID-19-Pandemie haben – wie in allen Krisenzeiten – Verschwörungstheorien Hochkonjunktur (siehe dazu Kap. 9), und auch sie kommen nicht ohne antisemitische Tropen aus. Zum anderen hat sich der Antisemitismus in unserer theoretischen Auseinandersetzung mehr und mehr als zentral erwiesen: Mit Detlef Claussen sprachen wir bereits »vom Antisemitismus als integralem Bestandteil der Alltagsreligion« (Claussen, 1992, S. 164ff.), welche der nur vordergründig säkularisierten Gesellschaft neues »Opium« zur Befriedigung unerfüllbarer Heilsversprechen bietet (Decker et al., 2013, S. 136). Im Antisemitismus verdichtet sich insofern besonders wirkungsvoll die autoritäre Dynamik (vgl. auch Kap. 6).

Im Folgenden legen wir zunächst unsere theoretischen Vorannahmen zu diesem Ressentiment dar (Ranc, 2016; Jensen, 2017; Decker et al., 2018). Die Forschung hatte bereits hervorgehoben, dass es sich beim Antisemitismus um ein eigenständiges Phänomen handelt, welches seit dem 19. Jahrhundert zu einer gleichermaßen antimodernen wie mörderischen Weltanschauung gehört (Stern, 1961; Mannheim, 1952). Und mit dem zum anderen auch in der Gegenwart wieder eine weit über den Antisemitismus hinausgehende, umfassende antimoderne und völkische Vorstellung von Gesellschaft codiert werden kann: Antisemitismus ist auch ein »kultureller Code« (Volkov, 1978, 2006; vgl. Kap. 1, Kap. 6), der eine Brückenfunktion zwischen verschiedenen nationalistisch-autoritären Milieus wahrnimmt.

Daran anschließend ist unsere Leitfrage, welche Ausprägungsformen der antisemitischen Weltanschauung unterschieden werden können und ob die Zustimmung zu den einzelnen, teilweise neu in die Untersuchung aufgenommenen Dimensionen Schlüsse auf die Dynamik dieser Weltanschauung zulässt. Im empirischen Teil dieses Kapitels beschreiben wir deshalb nicht nur die Verbreitung des Antisemitismus, sondern auch, wie seine unterschiedlichen Dimensionen zusammenhängen.

Das antisemitische Ressentiment als (antimoderne) Weltanschauung

Die International Holocaust Remembrance Alliance definiert Antisemitismus als

eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. [Er] richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. [...] Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. [...] Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass »die Dinge nicht richtig laufen«. (IHRA, 2016)

Neben der emotionalen Motivation, dem Hass auf Jüdinnen und Juden, und der paranoiden Fantasie ihrer Macht ist an dieser Definition bemerkenswert, was in ihr nicht enthalten ist: konkrete Motive der Antisemitinnen und Antisemiten. Dies ist eine Konsequenz aus der Erkenntnis, dass das antisemitische Ressentiment ein wandelbares Phänomen ist. Da Antisemitismus einem Bedürfnis folgt, findet er auch unterschiedliche Ausdrucksformen. Über die genannte Definition hinaus und auf das theoretische Verständnis des Phänomens bezogen ist uns wichtig zu betonen, dass Antisemitismus ohne konkrete Erfahrungen mit Jüdinnen und Juden entsteht. Schon in der Bezeichnung des Antisemitismus als Vorurteil ist ja ein gedanklicher Fehler enthalten, der das Verständnis der Funktion, das dieses Ressentiment für den Antisemiten hat, behindert: Vorurteile beruhen auf Stereotypen, die wiederum Verallgemeinerungen von konkreten Erfahrungen sind, die Menschen mit ihren Mitmenschen machen.

Die Erfahrung mit einem Angehörigen einer Gruppe wird auf alle Mitglieder dieser Gruppe übertragen. Vorurteile sind »falsche« Verallgemeinerungen, die zudem nicht aufgegeben werden können – soweit würde die Kennzeichnung des Antisemitismus als Vorurteil auch ein Wahrheitsmoment haben. Doch der Antisemitismus basiert *nicht* auf Erfahrung und ist dementsprechend auch nicht durch Erfahrung abzubauen. Er ist »das Gerücht über den Juden« (Adorno, 1954, S. 125), wie Theodor W. Adorno ihn einmal charakterisierte; er ist die Konstruktion, welche Jüdinnen und Juden erst zu »den Juden« macht (Klug, 2003, S. 124). Dabei unterstellen Antisemiten und Antisemitinnen ihnen nicht nur Andersartigkeit und Minderwertigkeit (wie bei anderen rassistischen Vorurteilen der Fall), sondern auch Börsartigkeit und Macht: »Nicht nur Ausmaß, sondern auch Qualität der den Juden zugeschriebenen Macht unterscheidet den Antisemitismus von anderen Formen des Rassismus. Die Juden stehen für eine ungeheuer machtvolle, unfassbare internationale Verschwörung« (Postone, 1982, S. 244). Deshalb eröffnet gerade dieser Machtaspekt den Blick auf die Funktion und besondere Rolle des Antisemitismus in der Dynamik des autoritären Syndroms (Decker et al., 2018, 184f.; siehe Kap. 6): In der durch Ambivalenz und Kontingenz geprägten Moderne kann die Fantasie vom »Juden« als finsterner Macht ein Gefühl von Kontrolle erzeugen, indem sie die Verantwortung für komplexe und unverstandene gesellschaftliche Zusammenhänge personalisiert.

Hermann Bahrs Einschätzung, Antisemiten und Antisemitinnen müssten sich »den Juden« erfinden, gäbe es sie nicht (Bahr, 1894), bewahrheitete sich nach der Shoah in der fortgesetzt weiten Verbreitung des Antisemitismus in Deutschland (z.B. Silbermann & Sallen, 1976). Damals war die Rede vom »Antisemitismus ohne Juden« (Silbermann, 1981, S. 79) wie auch vom »Antisemitismus ohne Antisemiten« (Marin, 1979), wobei hier die Schuldabwehr als Motiv und analytisch zu unterscheidende Dimension des Antisemitismus hinzutrat (siehe unten). In der Öffentlichkeit ist ohnehin meist vom »Antisemitismus der Anderen« (Hagen & Neuburger, 2020) zu lesen und zu hören: Die Mehrheitsgesellschaft, so die Prämisse, habe aus der Geschichte gelernt, sodass sich diese Ideologie nur noch bei den Ewiggestrigen, ganz rechts oder ganz links, und bei (muslimischen) Migrantinnen und Migranten finde. Damit wird der Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft externalisiert. Allerdings ist verschiedentlich gezeigt worden, wie er sich in dieser Mitte der Gesellschaft eben sehr wohl inter-

generationell tradiert (Bar-On, 1993; Rosenthal, 1997; Moré, 2013), also von der Tätergeneration an die Kinder und Enkel weitergegeben wird.

Ursprung und Dynamik des modernen Antisemitismus sind nicht bei den Jüdinnen und Juden, sondern bei den Antisemitinnen und Antisemiten zu suchen. Das war schon das Programm der *Studies in Prejudice*, herausgegeben von Max Horkheimer und Samuel H. Flowerman, und darin insbesondere der Untersuchung »*The Authoritarian Personality*« (Adorno et al., 1950; deutsch: *Der autoritäre Charakter: Studien zu Autorität und Vorurteil*). Ältere Theorien, die den Antisemitismus vorrangig bei »den Juden« (als Fremde), in ihrer Rolle als Minorität (Sündenbocktheorie) oder in Unterschiedlichkeiten, die die Antisemiten instinktiv erfassten, begründet sahen, sind mit der Shoah obsolet geworden (Silbermann, 1981, S. 78). Vielmehr stellt es sich als unverzichtbar heraus, die autoritäre Dynamik bei den Trägerinnen und Trägern des Antisemitismus gesellschaftstheoretisch einzubetten und sozialpsychologisch zu erklären.

Denn auch wenn der Antisemitismus kein Vorurteil ist, keine in die Irre gehende Kognition, ist er ohne Psychologie nicht zu verstehen. Werfen wir zunächst einen Blick auf die psychologische Bedeutung des Fremden: Von Sigmund Freud können wir lernen, dass es sich oft mit dem »allzu Vertrauten« deckt (Freud, 1919). Die eigenen durch soziale Normen unterdrückten Wünsche werden auf den Fremden – »den Juden« – projiziert. Dort erscheinen sie so verlockend wie bedrohlich (Graumann, 1997) und lassen sich bekämpfen, womit die Ordnung wiederhergestellt wird. Ähnliche Projektionen lassen sich für viele ausgegrenzte Gruppen finden, zum Beispiel wenn es heißt, dass »die Ausländer« gefährlich, unhygienisch oder faul seien. Auch die Unterstellung besonderer sexueller Erfüllung gehört in diesen Themenkreis: »Eigene Triebregungen, eigenes Unbewußtes oder Verdrängtes wird dem anderen zugeschrieben. Man wird damit den Anforderungen des eigenen Über-Ichs gerecht und findet zugleich Anlässe, unter dem Titel legitimer Strafe die eigenen aggressiven Neigungen auszulassen« (Adorno, 1955, S. 350). Für den Antisemiten lässt sich mit dem Psychoanalytiker Otto Fenichel zusammenfassen, dass er »in den Juden alles [sieht], was ihm Elend bringt – nicht nur seine gesellschaftlichen Unterdrücker, sondern auch seine eigenen unbewußten Triebe, die durch ihre gesellschaftlich erzwungene Verdrängung blutig, schmutzig und schrecklich geworden sind« (Fenichel, 1993, S. 55). Demzufolge kann durch die antisemitische Projektion lustvoll das im Anderen bekämpft werden, was

eigentlich im Selbst zu verorten wäre, dort jedoch auf Grund (internalisierter) gesellschaftlicher Normen als unzulässig empfunden wird. Dabei ist der Antisemit aber kein Irrer oder Psychotiker (Pohl, 2010, S. 62). Der Antisemitismus als »kollektive[s] Wahnsystem« bewahrt »nach der Einsicht Ernst Simmels offenbar die Einzelnen vor der offenen Psychose«, die sich daher »in anderen Regionen nur um so »realistischer« [...] verhalten« (Adorno, 1972, S. 463).

Der Antisemitismus ist keine Erfindung der Moderne, sondern baut auf eine lange Geschichte des – die längste Zeit christlichen – Antijudaismus auf. Die Figur des Fremden und mit ihrer Abwehr auch die Bewältigung des Eigenen standen von Beginn an in seinem Zentrum. So ist bis in die Gegenwart etwas vom christlichen Antijudaismus wirksam:

Mit der Imago des Juden hielt die christlich-bodenständige Mehrheit sich jahrhundertlang das Schreckbild »Ahasvers«, des heimat- und ruhelosen Wanderers, vor. Und die stets wiederholte Austreibung (und Auslöschung) der Heimatlosen sollte die Grenze zwischen den Ansässigen und den »Nomaden« markieren und die Pfahlbürger dessen versichern, daß sie selbst vor weiterem Aufbruch, vor Wandel und Neuanpassung gefeit seien. (Dahmer, 1993, S. 185)

Dennoch ist der moderne Antisemitismus nicht mit dem christlichen Antijudaismus identisch. Beim heute beobachtbaren Ressentiment gegen Jüdinnen und Juden handelt es sich dennoch – bei allen Kontinuitäten – um ein genuin modernes Phänomen, das sich als Reaktion auf die Moderne und ihre Effekte bildete. Weil diese Moderne mit all ihren Widersprüchen bis heute den Alltag der Menschen bestimmt, bleibt auch der Motor des Antisemitismus in Gang. Die Historikerin Shulamit Volkov (1978, 2006) und der Soziologe Klaus Holz (2001) sprechen deshalb von einer antimodernen Weltanschauung, für die der Antisemitismus als kultureller Code (Volkov, 1978, 2006) steht. Mit diesem Code wird die Moderne markiert, die sich an der Emanzipation von Jüdinnen und Juden (und anderen Gruppen, z.B. Frauen; vgl. Kap. 8) festmachen lässt. Die Reaktion auf diese Emanzipation ist also nicht auf die jüdischen Menschen zurückzuführen, sondern mit der »alten[n] Judenfeindschaft, Vorurteile[n] gegen die Minorität und Opposition gegen die Moderne überhaupt« zu erklären, wie die Historiker Thomas Nipperdey und Reinhardt Rürup formulieren (Nipperdey & Rürup, 1972, S. 136).

Hier trifft sich die Einschätzung der genannten Historikerinnen und Historiker mit zeitgenössischen soziologischen Beobachtungen, etwa von Georg Simmel. Moderne Vergesellschaftungsformen führen die Gesellschaft aus »ihrer festen, substantiellen und stabilen Form in den Zustand der Entwicklung, der Bewegung, der Labilität« (Simmel, 1896, S. 194). Dieser nie abgeschlossene Modernisierungsprozess wird als zunehmende Beschleunigung erfahren, mit der umzugehen voraussetzungsvoll ist. Insbesondere wenn sich die Heilsversprechen der Moderne als Illusion erweisen, ist die Wut über den erlittenen Zwang groß und schlägt in Regression um: Die Ressentiments Einzelner spiegeln die Irrationalität des ökonomischen Strebens wider (Decker & Kiess, 2013, S. 29).

Gleichzeitig ist der Antisemitismus mit einem anderen modernen Phänomen, dem Nationalismus, eng verbunden. Wie Klaus Holz ausführt, konstruiert dieser zunächst Nationen gegen Nationen (»wir gegen die«). Um die Kategorie Nation zu etablieren, wird aber ein Gegenbegriff benötigt, eine »nicht-nationale Nation«: Wenn Juden und Jüdinnen die Infragestellung der Ordnung der Welt personifizieren, wird ihre Bekämpfung zum probaten Mittel gegen die eigene Ungewissheit. In dieser Weltanschauung werden jüdische Menschen nicht einfach als eine andere »(Volks-)Gemeinschaft« konstruiert, sondern verkörpern die moderne, antagonistische Gesellschaft (Holz, 2001, S. 544). Ein historisches Beispiel hierfür bietet der Berliner Antisemitismustreit, dem nicht zuletzt der Begriff Antisemitismus entsprang. Diese war

vor allem eine deutsche Identitätsdebatte, eine Auseinandersetzung darum, was nach der 1871 erfolgten Reichsgründung und der rechtlichen Emanzipation der Juden das Selbstverständnis »Deutscher« zu sein und »deutscher Jude« zu sein, eigentlich bedeuten sollte und anhand welcher Kriterien sich diese Fragen beantworten ließen. (Benz, 2020, S. 53)

Bei der Nationenbildung geht es neben der eigenen Identität auch immer um die Abgrenzung des anderen und des Fremden. Der Soziologe Zygmunt Bauman stellt für den »modernen« Antisemitismus allerdings fest, dass sich die Figur des Fremden kategorial von der Gegenüberstellung von Freund und Feind unterscheidet (hier folgt er einem Gedanken von Georg Simmel, siehe Simmel, 1908, S. 509–512). Die Bedrohung durch Fremde ist demnach größer als die durch Feinde (Bauman, 2005, S. 95), denn einerseits bringt der Fremde »die bloße »Historizität« der Existenz

zum Vorschein« (ebd., S. 102), womit er die Menschen mit der Endlichkeit des Lebens konfrontiert, andererseits – und das ist hier zentral – stellt er die »Natürlichkeit« der Nation samt ihrer völkischen Identität infrage. Der Jude und die Jüdin sind für den Antisemiten »eine konstante Bedrohung für die Ordnung der Welt« (ebd., S. 101). In der im Berliner Antisemitismusstreit geführten Identitätsdebatte führt der Fremde – in Gestalt des Juden – die Fragilität der eigenen Identität vor Augen. Umgekehrt löst der Antisemitismus, natürlich nur scheinbar, das Ordnungsproblem der Moderne (Bauman, 1992). Vor allem schafft er, »wozu die Ökonomie nicht imstande ist: Gemeinschaft« (Claussen, 1994, S. 175).

Darin steckt die in der obigen Definition bereits angeklungene Einsicht, dass Antisemitismus einerseits rebellisch-aggressiv und andererseits abwehrend-autoritär sein kann: »Im Unbewußten der Antisemiten verkörpern die Juden gleichzeitig das, wogegen sie gern rebellieren möchten, und die rebellische Tendenz in ihnen selbst« (Fenichel, 1993, S. 45). Diese Beschreibung erinnert nicht zufällig an den klassischen autoritären Charakter, der üblicherweise mithilfe dreier Dimensionen analysiert wird: Unterwürfigkeit, Konventionalismus und Aggression bzw. Rebellion. Antisemitismus ist eine Äußerungsform der autoritären Dynamik (vgl. Kap. 6).

Die Dimensionalität des Antisemitismus

Um zu klären, wie sich die Diskrepanz zwischen der Abnahme antisemitischer Offenbarungsbereitschaft und der Zunahme antisemitischer Straf- und Gewalttaten verstehen lässt, müssen wir uns zunächst den Fragen widmen, wie sich eine antisemitische Weltanschauung äußert und wie die komplexen Funktionen des Ressentiments im Zahlenmaterial der LAS 2020 abgebildet werden. Die verschiedenen Erklärungsansätze verweisen dabei jeweils auch auf Desiderate in der Forschung. Im Folgenden werden die Dimensionen des tradierten, des Schuldabwehr-, des israelbezogenen sowie des Antisemitismus in der Umwegkommunikation vorgestellt und diskutiert.

In der Einstellungsforschung zu diesem Ressentiment stand lange der *tradierte Antisemitismus* im Vordergrund, der mit Items, die auf die projizierte Allmacht und grundsätzliche Fremdheit von Juden und Jüdinnen anspielen, gemessen wird. Hier zeigt sich ein Ansatzpunkt für die Erklä-

rung der eingangs erwähnten, zunächst widersprüchlichen Befunde, denn womöglich ist die Offenbarungsbereitschaft unter den Befragten gerade bei diesen Items gering. Die Artikulation des Antisemitismus erlebt seit 1945 einen historischen Wandel, für den verschiedene Elemente beschrieben worden sind (Bergmann & Erb, 1991; Beyer, 2015). Nachdem es bereits wenige Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik wieder zu antisemitischen Ausschreitungen kam, beschrieb Schönbach dies als *sekundären Antisemitismus* (Schönbach, 1961). Damit bezeichnete er ein psychisches Phänomen der Erinnerungs- und Schuldabwehr, mit dem die Folgegenerationen das Wissen um die Verbrechen ihrer Eltern handhabe. Um ein positives Bild der Eltern aufrechtzuerhalten, finde eine Projektion ihrer Schuld auf die Opfergruppe statt – auf Jüdinnen und Juden –, zum Beispiel durch die Unterstellung jüdischer Mitschuld und Kollaboration während der Shoah, durch den Vorwurf der Instrumentalisierung des Holocausts durch die Opfer oder durch die Relativierung deutscher Verbrechen bei gleichzeitiger Betonung der eigenen Verluste durch Bombardierung und Vertreibung. So erfährt das klassische antisemitische Ressentiment in dieser Form eine Motiverweiterung durch die Schuldabwehr in den Familien der Täterinnen und Mitläufer (Schönbach, 1961; siehe auch Moré, 2013). Etliche Ergebnisse der Einstellungsforschung weisen in der Tat darauf hin, dass diese Ausdrucksform des Antisemitismus große Zustimmung in der Bevölkerung erfährt (Decker et al., 2018). Auch äußert sich der Antisemitismus in rechtsextremen Parteien nicht zuletzt als fundamentale Ablehnung der Erinnerungskultur (Botsch, 2019; Rensmann, 2020). Weil diese Form des Antisemitismus letztlich nicht »sekundär« ist, verwenden wir im Folgenden den inhaltlich eindeutigeren Begriff des *Schuldabwehrantisemitismus*.

Eine weitere Ausdrucksform ist der *israelbezogene Antisemitismus*. In ihm äußert sich das Ressentiment als vermeintliche Kritik am Staat Israel. Dieser »neue« Antisemitismus (z.B. die Beiträge in Rosenfeld, 2013) richtet sich auch und gerade gegen diesen Staat, denn – so der Verdacht – die heute so wehrhaften Jüdinnen und Juden können wohl damals nicht ganz unschuldig gewesen sein. Im Übrigen ist der Antizionismus nicht erst neuerdings virulenter Ausdruck des Antisemitismus, vielmehr war er in der Bundesrepublik schon in den 1960er- und 1970er-Jahren zu beobachten (Silbermann & Sallen, 1976; Volkov, 2006). Mit ihm wird die israelische Politik dämonisiert, delegitimiert und mit doppelten Standards be-

wertet (Sharansky, 2013). Dabei werden verdeckte Elemente des tradierten Antisemitismus wie auch des Schuldabwehrantisemitismus artikuliert. Dadurch wird es möglich, die »Israelkritik« inhaltlich als antisemitisches Ressentiment zu identifizieren (Klug, 2003; Heyder et al., 2005; Decker & Celik, 2019). In diesem Kapitel können wir empirisch nachweisen, dass es sich beim israelbezogenen Antisemitismus durchaus – und entgegen anderslautenden Behauptungen in den immer wieder aufflammenden öffentlichen Debatten – um Antisemitismus handelt.

Der israelbezogene Antisemitismus ist eine milieuübergreifende Ideologie. Seine Brückenfunktion ergibt sich aus der Möglichkeit zur Umwegkommunikation für ganz verschiedene Submilieus. Während der Schuldabwehrantisemitismus eine spezifisch deutsche Erscheinungsform ist, gehört der israelbezogene zum ideologischen Kernbestand nationalistischer und antizionistischer Staaten im Nahen Osten (Arnold & König, 2016; Berek, 2018). Der Verweis auf die israelische Politik bietet sich daher für ganz verschiedene Gruppen an: Die höchsten Zustimmungswerte zum israelbezogenen Antisemitismus finden sich mittlerweile unter AfD-Wählerinnen und -Wählern und zum Beispiel Berlinerinnen und Berlinern mit muslimischer Religionszugehörigkeit (Decker & Celik, 2019). Dabei ist noch nicht vollständig geklärt, ob auch religiöse Beweggründe unter (speziell dogmatisch-fundamentalistischen) Musliminnen und Muslimen für antisemitische Einstellungen sorgen (Pickel et al., 2020). Auch jenseits eines religiösen Antisemitismus, nämlich innerhalb linker Bewegungen hat der israelbezogene Antisemitismus eine lange Tradition (Poliakov 1969) und verband sich in Deutschland früh mit einem Schuldabwehrantisemitismus (Haury 2019).

Eine weitere Äußerungsform des Antisemitismus ist die *Umwegkommunikation*, zum Beispiel durch bestimmte Spielarten der Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem, denen ein antisemitisches Ressentiment zugrunde liegt. In diesem Fall wird nicht vom »raffgierigen Juden« gesprochen, sondern vom »Ostküstenkapital«, von der »Wall-Street« oder schlicht von »US-Amerikanern«. Das Objekt ist also gleich, die Benennung aber umgelenkt. Denn seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, und noch einmal deutlicher seit den 1980er-Jahren, unterliegt der tradierte Antisemitismus in der Öffentlichkeit einer sozialen Ächtung. Das antisemitische Ressentiment wird deshalb in einer Kommunikationslatenz (Bergmann & Erb, 1991) gehalten, also nicht offen, sondern mit alternativen Ausdrucksmög-

lichkeiten geäußert. So gehört zum Beispiel die Verschwörungsmentalität (Graumann & Moscovici, 1987) zu den Äußerungsformen des Antisemitismus in der Umwegkommunikation, die auch heute wirkmächtig ist (siehe dazu Imhof & Decker, 2013; vgl. Kap. 9).

Zum Verständnis der Diskrepanz zwischen der hohen Zahl an antisemitisch motivierten Gewalttaten und abnehmenden Zustimmungswerten zu antisemitischen Aussagen in Umfragen lässt sich schließlich auch die Polarisierung und Radikalisierung der extremen Rechten heranziehen. Diese Beobachtung haben wir bereits in der LAS 2016 gemacht: Einerseits sind die demokratischen Milieus in den letzten 15 Jahren gewachsen, andererseits sind die extrem-rechten Milieus zwar geschrumpft, aber auch wesentlich radikaler geworden. Gerade in diesen politischen Milieus werden antisemitische Ressentiments genauso offen befürwortet wie die Anwendung von Gewalt (Decker & Brähler, 2016). Da die Gefahr besteht, dass Antisemitismus wieder zu einem einigenden Faktor vor allem in der extremen Rechten wird, mit dem man sich als radikal zu erkennen gibt, müssen die latente (vorsichtige, teilweise Zustimmung) und manifeste (explizite Zustimmung und Offenbarung) Verbreitung genauso wie die unterschiedlichen Ausdrucksformen des Antisemitismus Untersuchungsgegenstand sein. Denn eine sich demokratisierende Gesellschaft kann ein massives Antisemitismusproblem entwickeln, wenn ihre radikalsten Gegner über dieses Thema zusammenfinden und den Antisemitismus nutzen, um sich zu mobilisieren.

Diese Befunde zeigen nicht zuletzt, dass es auch zukünftig notwendig ist, den Antisemitismus in seiner Wandelbarkeit zu erfassen. Während insbesondere der Schuldabwehrantisemitismus eng an die Identitätspolitik der sich als »deutsch« empfindenden Gesellschaftsschichten gebunden bleibt, sind die Funktionen des Antisemitismus in den verschiedenen migrantischen Milieus noch weitgehend unerforscht und finden auch in der schulischen wie in der politischen Bildungsarbeit sowie in der Gedenk- und Erinnerungskultur bislang nur am Rande Beachtung.

Verbreitung des antisemitischen Ressentiments

Auf Grundlage der skizzierten Überlegungen haben wir in der LAS 2020 zusätzlich zum tradierten Antisemitismus, der seit 2002 durchgängig alle

zwei Jahre erhoben wird, drei weitere Fragebögen mit je drei Items eingesetzt: Ein Fragebogen misst den Schuldabwehrantisemitismus, ein zweiter den israelbezogenen und ein dritter den tradierten Antisemitismus in der Umwegkommunikation. Bevor wir die Faktorenstruktur des Fragebogens und damit auch den Zusammenhang der Antisemitismus-Formen untereinander prüfen, beschreiben wir die Zustimmung zu den einzelnen Items in Deutschland 2020 und stellen für die schon länger eingesetzten Items die Veränderungen über die Zeit dar.

In Tabelle 1 sind alle 2020 eingesetzten Items aufgeführt. Die Befragten wurden gebeten, sich zu deren Inhalt zu positionieren. Dafür standen ihnen die Antwortmöglichkeiten »lehne voll und ganz ab«, »lehne überwiegend ab«, »teils/teils«, »stimme überwiegend zu« und »stimme voll und ganz zu« zur Verfügung (Skalierung 1 bis 5).

Tabelle 1: Dimensionen des Antisemitismus und eingesetzte Items

Aussage	eingesetzt
tradiertes Antisemitismus	
1 Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	von 2002 bis 2020
2 Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	von 2002 bis 2020
3 Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	von 2002 bis 2020
tradiertes Antisemitismus in der Umwegkommunikation	
4 Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Juden unangenehm sind.	1999 ¹ , 2002 ¹ , 2003, 2018, 2020
5 Über die Juden sollte man besser nicht sprechen.	2020
6 Juden gehören selbstverständlich zur deutschen Bevölkerung.	2020
Schuldabwehrantisemitismus	
7 Es macht mich wütend, dass die Vertreibung der Deutschen und die Bombardierung deutscher Städte immer als kleinere Verbrechen angesehen werden.	2012, 2018, 2020
8 Reparationsforderungen an Deutschland nützen oft gar nicht den Opfern, sondern einer Holocaust-Industrie von findigen Anwälten.	2012, 2018, 2020
9 Wir sollten uns lieber gegenwärtigen Problemen widmen als Ereignissen, die mehr als 70 Jahre vergangen sind.	2012, 2018, 2020

Fortsetzung Tabelle 1

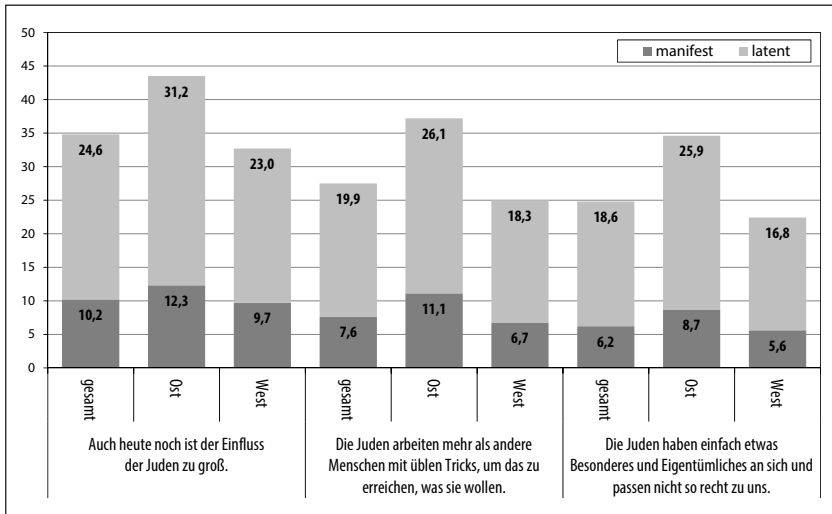
Aussage	eingesetzt
israelbezogener Antisemitismus	
10 Israels Politik in Palästina ist genauso schlimm wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg.	2020
11 Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.	2012, 2018, 2020
12 Auch andere Nationen mögen ihre Schattenseiten haben, aber die Verbrechen Israels wiegen am schwersten.	2020

¹ In den Erhebungen 1999 und 2002 wurde eine andere Skalierung verwendet. Wir verzichten deshalb unten auf eine Darstellung.

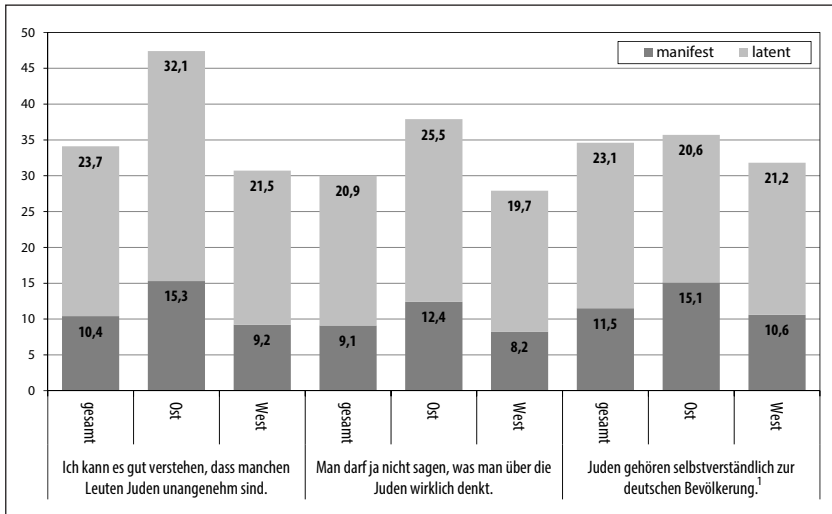
In Grafik 1 ist die manifeste (Antwortkategorien »stimme überwiegend zu« und »stimme voll und ganz zu« zusammengefasst) sowie die latente (Antwortkategorie »teils/teils«) Zustimmung zu den drei Items des tradierten Antisemitismus abgebildet. Die manifeste Zustimmung von 7,6 bis 10,2% je Item in Gesamtdeutschland (im Osten durchgehend 3 Prozentpunkte mehr als im Westen) ist schon für sich genommen beunruhigend. Mindestens ebenso schwer wiegt allerdings die Häufigkeit, mit der »teils/teils« Antworten gewählt werden, also die hohe latente Zustimmung zu diesen klassisch antisemitischen Aussagen.

Grafik 2 zeigt die Zustimmungswerte zu Aussagen des tradierten Antisemitismus in der Umwegkommunikation. Diese Items ähneln thematisch jenen der ersten Dimension, geben den Befragten jedoch die Möglichkeit, ihr Ressentiment gegen Jüdinnen und Juden indirekt zu äußern. Zu beachten ist, dass die letzte Aussage keinen antisemitischen Inhalt hat, sie ist also umgekehrt gepolt, um auch die Ablehnung einer positiven Aussage mit zu erfassen. In der Grafik wird deshalb die latente und manifeste Ablehnung dieser Aussage dargestellt. Jeweils etwa 10% der Befragten stimmen den antisemitischen Aussagen zu: Sie können verstehen, wenn Jüdinnen und Juden als unangenehm empfunden werden, und denken, dass man über sie nicht sprechen sollte; zudem sind sie der Ansicht, diese gehörten nicht zur deutschen Bevölkerung. Ist die manifeste Zustimmung hier ähnlich ausgeprägt wie beim tradierten Antisemitismus, beunruhigt aber auch die hohe latente Zustimmung (Antwortkategorie »teils/teils«) von jeweils über 20%. Wieder zeigen sich Ost-West-Unterschiede: Sowohl die manifeste als auch die latente Zustimmung liegt im Osten durchgehend höher.

Grafik 1: Manifeste und latente Zustimmung zum tradierten Antisemitismus



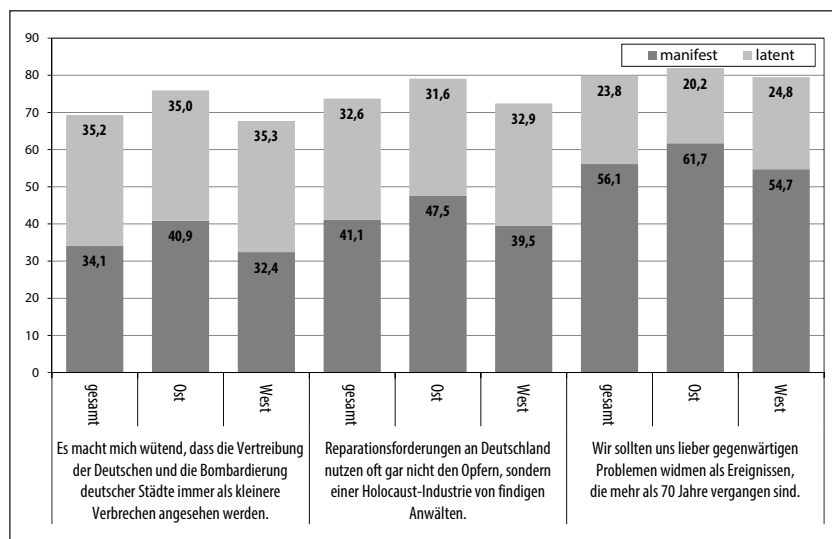
Grafik 2: Manifeste und latente Zustimmung zum tradierten Antisemitismus in der Umwegkommunikation



¹ Bei den abgebildeten Prozentwerten handelt es sich in diesem Fall um die latente und manifeste Ablehnung.

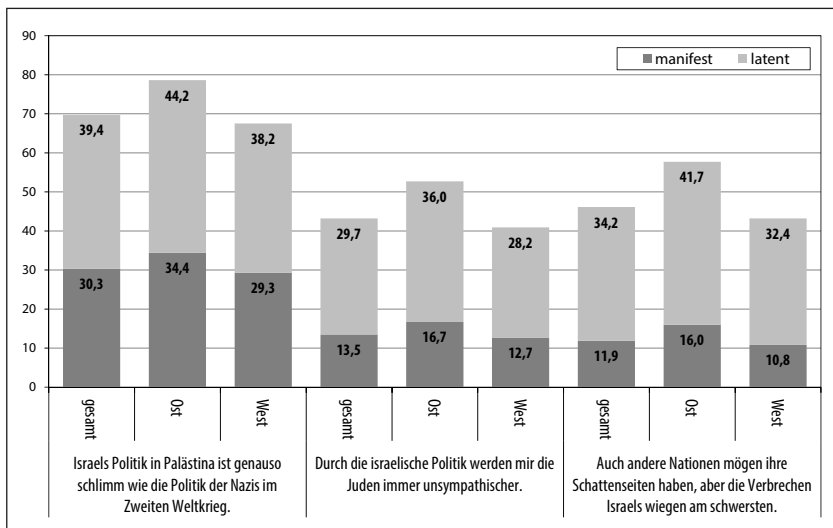
Die Zustimmungswerte zum Schuldabwehrantisemitismus sind in Grafik 3 dargestellt. Sie sind erwartungsgemäß deutlich höher als beim tradierten Antisemitismus in Grafik 1. Jeder bzw. jede dritte Befragte bejaht explizit, dass die Bombardierung deutscher Städte und die Vertreibung der Deutschen »immer als kleinere Verbrechen angesehen werden« (in Ostdeutschland sind es sogar 40%). Hinzukommen noch weitere 35,2%, die dieser Aussage zumindest teilweise etwas abgewinnen können. Diese Relativierung der Shoah lehnt umgekehrt aber nur jede bzw. jeder Dritte ab. Über 40% sind zudem der Meinung, dass heutige Reparationszahlungen nur mehr »einer Holocaust-Industrie von findigen Anwälten« nützen, nicht aber den eigentlichen Opfern. Auch diese Aussage wird nur von einer Minderheit, etwa jedem bzw. jeder Vierten, abgelehnt. Schließlich sind deutlich über 50% der Meinung, man solle sich heute lieber mit gegenwärtigen Problemen anstelle von vergangenen Ereignissen beschäftigen. Weitere 20% stimmen dem teilweise zu. Demnach ist Forderung nach einem »Schlusstrich« in der deutschen Beschäftigung mit der Vergangenheit heute sehr weit verbreitet, in Ostdeutschland über alle drei Aussagen hinweg etwas mehr als in Westdeutschland.

Grafik 3: Manifeste und latente Zustimmung zum Schuldabwehrantisemitismus



Grafik 4 verschafft einen Überblick über die Zustimmung zum israelbezogenen Antisemitismus. 30,3% der Befragten setzen die israelische Politik explizit mit jener der Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg gleich (34,4% im Osten, 29,3% im Westen). Weitere 40% stimmen dieser Gleichsetzung noch teilweise zu, und wieder lehnt nicht einmal jede bzw. jeder Dritte diese Aussage ab. Die beiden Aussagen »Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer« und »Auch andere Nationen mögen ihre Schattenseiten haben, aber die Verbrechen Israels wiegen am schwersten« erhalten weniger manifeste Zustimmung (11,9% in Gesamtdeutschland), doch auch diese Ansicht erweist sich als weit verbreitet, zählt man die »teils/teils«-Antworten von einem Drittel der Befragten hinzu. Bei allen drei Fragen ist sowohl die manifeste als auch die latente Zustimmung in Ostdeutschland höher.

Grafik 4: Manifeste und latente Zustimmung zum israelbezogenen Antisemitismus



Schließlich wollen wir für die Items, die wir bereits in früheren Erhebungen eingesetzt haben, Veränderungen im Zeitverlauf berichten. Auf die Entwicklung der Zustimmung zum »tradierten Antisemitismus« sind wir bereits in Kapitel 2 eingegangen. Für vier weitere in 2020 eingesetzte Items liegen uns Vergleichswerte aus dem Jahr 2012 und für fünf auch aus

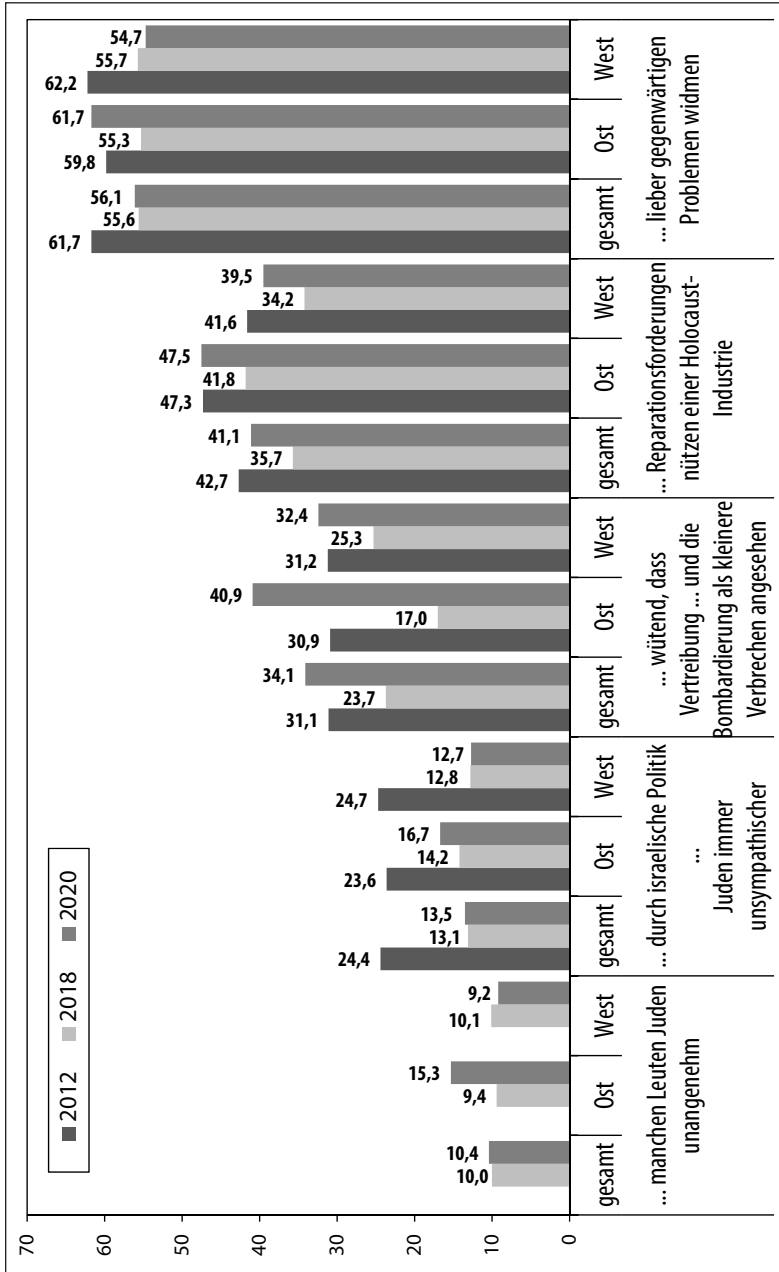
dem Jahr 2018 vor (Grafik 5). Die Zustimmung zum ersten Item, das zur Dimension »tradiertes Antisemitismus in der Umwegkommunikation« gehört, ist in Gesamtdeutschland etwa gleichgeblieben, im Osten allerdings von 2018 zu 2020 deutlich angestiegen. Das zweite Item aus der Dimension des »israelbezogenen Antisemitismus« erhielt im Jahr 2012 von einem Viertel der Befragten manifeste Zustimmung. Dieser Wert ist 2018 um fast die Hälfte gesunken und verbleibt 2020 auf ähnlichem Niveau. Die drei Items der Dimension »Schuldabwehrantisemitismus« hingegen erhalten wieder ähnlich hohe manifeste Zustimmung wie 2012, nachdem sie 2018 etwas zurückgegangen war. Auch wenn wir nicht bei allen verwendeten Items auf einen langen Vergleichszeitraum zurückgreifen können, wird im Vergleich zu der von 2002 bis 2020 durchgehend erhobenen Dimension des tradierten Antisemitismus deutlich, dass die zusätzlichen Dimensionen stärkeren Konjunkturen unterworfen sind. Für ein Monitoring des Antisemitismus ist dies aus zweierlei Hinsicht relevant: Zum einen erklärt sich so teilweise der Widerspruch zwischen sinkender Zustimmung zum tradierten Antisemitismus und virulenter Gefährdungslage, zum anderen steht die Dynamik der Dimensionen in einer historischen Linie mit der im theoretischen Teil des Kapitels thematisierten Wandelbarkeit des Antisemitismus.

Struktur des antisemitischen Ressentiments: Tradiertes, Schuldabwehr- und israelbezogener Antisemitismus

Um zu überprüfen, ob die jeweils drei Aussagen je Dimension auch trennscharf den Antisemitismus messen, ob es Überschneidungen zwischen ihnen gibt und wie stark die Dimensionen statistisch miteinander zusammenhängen, haben wir verschiedene statistische Verfahren eingesetzt. Zuerst haben wir die Reliabilität des Fragebogens in Form seiner internen Konsistenz anhand des Kennwertes McDonalds Omega (ω) ermittelt (McDonald, 1999),¹ danach die Dimensionen des Fragebogens mithilfe einer konfirmatorischen Faktorenanalyse überprüft. Diese Faktorenanalyse

1 Der Kennwert ω eignet sich besonders für komplexe Modelle, da er im Gegensatz zum üblichen Kennwert Cronbachs α dazu in der Lage ist, Mehrdimensionalität zu berücksichtigen.

Grafik 5: Manifeste Zustimmung zu einzelnen Items im Zeitverlauf



se erlaubt es, im Gegensatz zu explorativen Verfahren, komplexe, aus der Theorie abgeleitete Modelle mit empirischen Daten zu testen und ihren Erklärungswert anhand der Passgenauigkeit zu überprüfen. Dafür werden verschiedene Passungsmaße, sogenannte *Fit-Indizes*, herangezogen, die Aufschluss darüber geben können, wie gut das jeweilige Modell die Daten abzubilden vermag.² Außerdem lässt sich mithilfe von standardisierten Faktorladungen erkennen, wie stark die Verbindung zwischen den einzelnen Aussagen und den übergeordneten Dimensionen bzw. dem Gesamtphänomen Antisemitismus ausfällt. Die Faktorladungen beschreiben gemeinsame Varianzanteile und lassen sich wie Korrelationen interpretieren – je näher der Wert gegen 1 geht, desto höher ist die Überlappung.

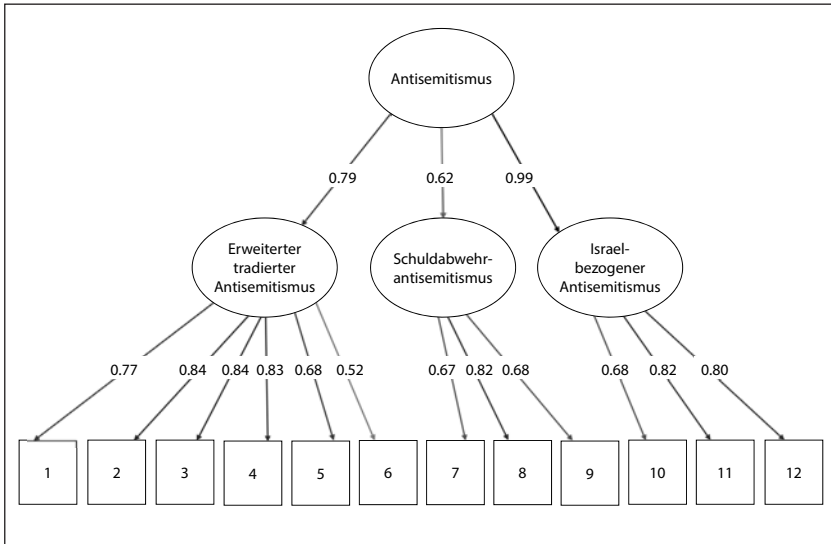
Zur Überprüfung haben wir *a priori* drei alternative Modelle entworfen: Als »Nullmodell« bezeichnen wir ein Modell, bei dem alle zwölf Aussagen ohne weitere Differenzierung unter das Phänomen Antisemitismus subsumiert werden. Für das Nullmodell erwarten wir eine schlechte Passung, da es die im vorherigen Abschnitt begründeten Dimensionen nicht abbildet. Es dient lediglich zu Vergleichszwecken. Ein zweites mögliches Modell (Modell 1) enthält die vier Dimensionen, welche in der Tabelle 1 beschrieben sind: *tradierten Antisemitismus*, wie er auch im Rahmen des Rechtsextremismusfragebogens erhoben wird, *tradierten Antisemitismus in der Umwegkommunikation*, *Schuldabwehrantisemitismus* und *israelbezogenen Antisemitismus*.

Da die beiden Dimensionen des tradierten Antisemitismus sich sowohl in der Item-Formulierung als auch in ihren Inhalten überschneiden, wurden sie in einem weiteren Modell zu einer Dimension zusammengefasst, dem *erweiterten tradierten Antisemitismus*. Schuldabwehr- und israelbezogener Antisemitismus bleiben in diesem Modell als einzelne Dimensionen

2 In der Regel werden solche Modelle als gut oder adäquat eingestuft, deren χ^2 bzw. χ^2 geteilt durch die Anzahl der Freiheitsgrade (*df*) möglichst klein ausfällt. Der *Comparative-Fit-Index* (CFI), der *Tucker-Lewis-Index* (TLI) und *Goodness-of-Fit-Index* (GFI) werden bei Werten $> .95$ als adäquat und bei Werten $> .95$ als gut bewertet. Für die Indices *standardized root mean square residual* (SRMR) sowie *root mean square error of approximation* (RMSEA) werden besonders niedrige Werte angestrebt. Werte $< .08$ gelten hier als adäquat und $< .05$ als gut (Schermelleh-Engel et al., 2003). Die Beschaffenheit der Stichprobe, wie Verteilungseigenschaften und Stichprobengröße, kann jedoch Einfluss auf die Einschätzung dieser Werte nehmen. In der vorliegenden Analyse werden daher robuste Varianten der jeweiligen Fit-Indizes berichtet, die zum Beispiel dafür geeignet sind, Verletzungen der Normalverteilung zu berücksichtigen (Brosseau-Liard & Savalei, 2014; Brosseau-Liard et al., 2012).

erhalten (Modell 2, siehe Grafik 6). Für beide Modelle, sowohl für jenes mit drei als auch für das mit vier Dimensionen wurde ein übergeordneter Faktor, *Antisemitismus*, angenommen. Als nächstes wollen wir einen Blick auf die Daten werfen.

Grafik 6: 3-Dimensionen-Modell des antisemitischen Weltbildes



Anmerkung: Die Pfadkoeffizienten bilden die standardisierten Faktorladungen ab. Die Varianz der latenten Variablen wurde für die Analyse auf 1 gesetzt. Eigene Berechnungen mit $N = 2.354$ und *maximum-likelihood*-Schätzmethode

149 Personen der Gesamtstichprobe (siehe Kap. 2) mussten aufgrund fehlender Werte aus den folgenden Analysen ausgeschlossen werden. Die Kennwerte der internen Konsistenz lagen je nach Modell im adäquaten bis sehr guten Bereich. Tabelle 2 zeigt, dass der tradierte Antisemitismus in der Umwegkommunikation die niedrigsten Werte erzielt ($\omega = .75$). Durch die Zusammenfassung zum erweiterten tradierten Antisemitismus erhöht sich die Reliabilität beider Skalen (der tradierte Antisemitismus besitzt bereits eine sehr hohe interne Konsistenz), was als erstes Anzeichen für die inhaltliche Zusammengehörigkeit dieser sechs Items gewertet werden kann. Die niedrigste interne Konsistenz im zweiten Modell erzielt die Dimension Schuldabwehrantisemitismus mit $\omega = .77$. Auch dieser Wert ist

als gut einzuschätzen, was heißt, dass die drei Items ein Konstrukt messen, das inhaltlich als Schuldabwehrantisemitismus bezeichnet werden kann. Ebenso verhält es sich mit dem israelbezogenen Antisemitismus ($\omega = .81$). Die Gesamtskala, die alle eingesetzten Items beinhaltet, erreicht in beiden Modellen eine sehr gute interne Konsistenz von $\omega = .92$. Es liegt demnach nahe, dass hier tatsächlich auf drei Dimensionen ein einheitliches Konstrukt Antisemitismus gemessen wird.

Tabelle 2: Interne Konsistenz (McDonalds Omega) der einzelnen Dimensionen des Antisemitismus

	tradiert Antisemitismus	tradiert Antisemitismus in Umweg- kommunikation	Schuldabwehr Antisemitismus	israelbezogener Antisemitismus	Gesamtskala
Modell 1	.86	.75	.77	.81	.92
Modell 2	.88		.77	.81	.92

N = 2.354 nach Ausschluss der fehlenden Werte

Tabelle 3 gibt die *Fit-Indizes* der einzelnen Modelle wieder. Auch hier zeigt sich, dass die Modelle 1 und 2 die Daten adäquat und außerdem deutlich besser als das Nullmodell abbilden können. Lediglich der RMSEA im ersten Modell ergibt einen leicht erhöhten Wert. Im Vergleich der Modelle 1 und 2 wird deutlich, dass das zweite Modell, das lediglich drei Dimensionen annimmt und somit sogar weniger komplex ist, bessere Werte in der Modellgüte erzielt, als das Modell mit vier Dimensionen. Eine statistische Prüfung mittels eines χ^2 -Tests ergab, dass dieser Unterschied signifikant ist. Wie bereits angedeutet, spricht dies dafür, den tradierten Antisemitismus in der Umwegkommunikation nicht getrennt zu betrachten.

Tabelle 3: Fit-Indizes der drei Modelle

	χ^2 (df)	χ^2 / df	CFI	SRMR	RMSEA (90%CI)	TLI	GFI
Nullmodell	2080.59 (54)	38.53	.810	.092	.146 (.141–.152)	.768	.798
Modell 1	661.54 (50)	13.23	.944	.061	.083 (.077–.088)	.926	.937
Modell 2	630.98 (51)	12.37	.946	.048	.080 (.075–.086)	.930	.942

Anmerkung: *df* = Anzahl der Freiheitsgrade; CFI = *Comparative-Fit-Index*; SRMR = *standardized root mean square residual*; RMSEA (CI) = *root mean square error of approximation* (Konfidenzintervall); TLI = *Tucker-Lewis-Index*; GFI = *Goodness-of-Fit-Index*
Berechnungen mit $N = 2.354$ und maximum-Likelihood-Schätzmethode

Zuletzt lassen sich auch die standardisierten Faktorladungen des Modells interpretieren (siehe Grafik 6). Dazu müssen die in der Grafik enthaltenen Ladungen quadriert werden, um den Prozentsatz der geteilten Varianz zu erhalten. Die sehr hohe Faktorladung der Aussagen zum israelbezogenen Antisemitismus auf das Gesamtphänomen Antisemitismus von .99 bedeutet inhaltlich (nach Quadrierung), dass 98% der Varianz des israelbezogenen Antisemitismus deckungsgleich mit dem Gesamtphänomen Antisemitismus sind. Auch wenn der Schuldabwehrantisemitismus in der deutschen Bevölkerung am weitesten verbreitet ist, kommt dem israelbezogenen (momentan) eine wichtige Rolle als kultureller Code zu. Auch der erweiterte tradierte Antisemitismus weist mit 62,4% geteilter Varianz starke Überschneidungen mit dem Gesamtphänomen auf. Lediglich die Assoziation des Schuldabwehrantisemitismus ist mit 38,4% geteilter Varianz vergleichsweise gering – ein Indiz dafür, dass diese Dimension besonders durch andere, im Modell nicht enthaltene Faktoren mitbestimmt wird. Dies kann zu einem Teil auch auf die Verteilungseigenschaften der drei Dimensionen zurückgeführt werden. Der Schuldabwehrantisemitismus ist im Gegensatz zu den anderen beiden Dimensionen deutlich weiter verbreitet und weniger schief verteilt. Solche Eigenschaften können sich in der Faktoranalyse niederschlagen. Auch die Ladungen der Einzelitems auf die jeweiligen Dimensionen sind erwartungsgemäß hoch. Allein das Item »Juden gehören selbstverständlich zur deutschen Bevölkerung« zeigt mit einer Ladung von .52 nur eine geringe Assoziation mit dem erweiterten tradierten Antisemitismus als Dimension. Die negative Polung des Items könnte hier einen Einfluss auf das Antwortverhalten und somit

auch auf die Ladung haben. Alle anderen Ladungen liegen im akzeptablen bis guten Bereich.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass die Modelle hier für Gesamtdeutschland dargestellt wurden. Eine getrennte Berechnung für Ost und West ergibt, dass die Dimensionalität in Ostdeutschland so nicht aufrechtzuerhalten ist, weil der israelbezogene und der Schuldabwehrantisemitismus sich hier nicht klar voneinander trennen lassen. Es ist wahrscheinlich, dass dies mitunter an anderen Formen von Verdrängung und Abwehr zu DDR-Zeiten liegt. Aber auch die Nachwendeerfahrungen der letzten 30 Jahre, die oftmals von Arbeitslosigkeit, Massenabwanderung und individuellen Entwertungsgefühlen geprägt sind, könnten hier eine Rolle spielen. Die inzwischen zahlreichen Forschungsergebnisse zu diesem Thema können an dieser Stelle nicht ausführlich gewürdigt werden. Trotz der abweichenden Dimensionalität lässt sich aber auch für Ostdeutschland ein übergeordnetes Gesamtphänomen Antisemitismus nachweisen. Unser präferiertes Modell 2 ergibt für Ostdeutschland immer noch zufriedenstellende Werte bei den Gütekriterien.

Um den Zusammenhang der unterschiedlichen Dimensionen des Antisemitismus besser zu veranschaulichen, sind in den Tabellen 4 und 5 für Ost- und Westdeutschland getrennt die Interskalenkorrelationen abgebildet. Die Zusammenhangsmaße sind in allen Fällen sehr deutlich ausgeprägt. Es bestätigt sich, dass die statistischen Zusammenhänge in Ostdeutschland etwas schwächer sind. Alle Zusammenhänge erweisen sich jedoch als signifikant und wie erwartet hoch, sodass von einem zusammenhängenden Phänomen Antisemitismus ausgegangen werden kann, das gleichermaßen aus den drei Dimensionen besteht. Zusammengefasst untermauern unsere Berechnungen sowohl die Vermutung einer zusammenhängenden Weltanschauung als auch den Anspruch, die Dimensionalität und Wandelbarkeit des Antisemitismus anhand unserer Daten veranschaulichen zu können.

Tabelle 4: Interskalenkorrelation der Dimensionen des Antisemitismus für Ostdeutschland

	Schuldabwehr- antisemitismus	israelbezogener Antisemitismus
israelbezogener Antisemitismus	.479**	
<i>N</i>	491	
erweiterter tradiert Antisemitismus	.372**	.607**
<i>N</i>	491	492

Pearson-Korrelationen mit paarweisem Fallausschluss ** $p < .01$

Tabelle 5: Interskalenkorrelation der Dimensionen des Antisemitismus für Westdeutschland

	Schuldabwehr- antisemitismus	israelbezogener Antisemitismus
israelbezogener Antisemitismus	.523**	
<i>N</i>	1.951	
erweiterter tradiert Antisemitismus	.400**	.645**
<i>N</i>	1.958	1.945

Pearson-Korrelationen mit paarweisem Fallausschluss ** $p < .01$

Ausgewählte Einflussfaktoren auf die Dimensionen des antisemitischen Weltbilds

Die folgenden Betrachtungen sollen Aufschluss darüber geben, wie verbreitet die drei Dimensionen der antisemitischen Einstellung in verschiedenen statistischen Gruppen sind. Dafür wurde für jede Person ein Gesamtsummenwert der jeweiligen Skala gebildet, der die Zustimmung zu den einzelnen Items abbildet.³ Befragte mit einem Cut-Off-Wert größer

3 Für den israelbezogenen und den Schuldabwehrantisemitismus wurden maximal ein, für den erweiterten tradierten Antisemitismus bis zu zwei fehlende Werte durch den Mittelwert der anderen Items ergänzt. Der Summenscore wurde dann gerundet.

oder gleich 12 (israelbezogener und Schuldabwehrantisemitismus) bzw. 24 (erweiterter tradierter Antisemitismus) zeigten in unserem Sinne dabei manifest antisemitische Einstellungen der jeweiligen Dimension.⁴

Wirft man einen Blick auf den Anteil an Personen mit manifest antisemitischen Einstellungen in Gruppen mit verschiedenen soziodemografischen Merkmalen, so wird evident, dass nur im Fall des Schuldabwehrantisemitismus statistisch signifikante Unterschiede in den Altersgruppen bestehen (Tab. 6). Dabei erzielt die Gruppe der 31- bis 60-Jährigen die höchsten Werte, die der 14- bis 30-Jährigen die niedrigsten. Eine feinere Aufschlüsselung (nicht dargestellt) ergibt, dass die Gruppe der 35- bis 45-Jährigen mit über 37% den höchsten Anteil manifest antisemitisch Eingestellter aufweist – also die Gruppe, die zum Zeitpunkt des Mauerfalls und der deutschen Einheit gerade im Kindes- und Jugendalter war. Dies ist auch im Lichte der verschiedenen Passungsgüte unserer Modelle in Ost- und Westdeutschland sowie der generell höheren Zustimmungswerte in Ostdeutschland relevant, weil es darauf hinweist, dass diese Erfahrungen für die Herausbildung antisemitischer Einstellungen relevant sein könnten. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind statistisch nicht signifikant, Männer zeigen aber der Tendenz nach eine höhere Zustimmung, besonders in Bezug auf Schuldabwehr- und israelbezogenen Antisemitismus. Ein deutlicher Unterschied findet sich beim formalen Bildungsabschluss: Unter den Befragten, die mindestens das Abitur als höchsten Bildungsabschluss angaben, war der Anteil der Personen mit manifest antisemitischen Einstellungen in allen Dimensionen signifikant geringer. Spiegelbildlich dazu hängen Arbeitslosigkeitserfahrungen dagegen mit erhöhten Antisemitismuswerten zusammen. Unter den Personen mit einer solchen Erfahrung ist der Anteil derer mit manifest antisemitischen Einstellungen in allen Dimensionen höher, wobei der Wert bei wiederholter Arbeitslosigkeit noch einmal deutlich ansteigt.

4 Dies entspricht im Mittel einem Wert von 4 (»stimme überwiegend zu«) auf einer fünfstufigen Antwortskala, die je Item eingesetzt wurde.

Tabelle 6: Prozentualer Anteil manifester Zustimmung zum Antisemitismus in den drei Dimensionen in verschiedenen soziodemografischen Gruppen

	Schuldabwehr- antisemitismus		israelbezogener Antisemitismus		erweiterter tradiierter Antisemitismus	
	%	N	%	N	%	N
Altersgruppen						
14–30 Jahre	25,0**	152	9,4	57	2,5	16
31–60 Jahre	34,8	451	8,7	112	3,3	36
ab 61 Jahre	27,7	156	9,8	55	2,4	14
Geschlecht						
weiblich	29,1	381	7,9	102	2,7	36
männlich	32,7	378	10,6	122	2,6	30
Abschluss						
Abitur	19,8**	149	6,0**	45	1,5*	11
kein Abitur	35,5	607	10,6	179	3,2	55
Arbeitslosigkeits- erfahrung						
nie	28,8**	361	7,2**	90	2,1*	26
einfach	29,9	156	9,7	50	2,7	14
mehrfach	37,5	195	13,5	70	4,6	24
Erhebungsgebiet						
Ost	39,3**	194	12,0*	59	5,4**	27
West	28,6	565	8,4	165	2,0	39

Aus Gründen der Darstellbarkeit wurde an dieser Stelle auf die Nennung der jeweiligen Stichprobengrößen verzichtet. Pearsons Chi-Quadrat ** p < .01, * p < .05

Tabelle 7 setzt die Religionszugehörigkeit und antisemitische Einstellungen zueinander in Beziehung. Während sich im Schuldabwehrantisemitismus nur geringfügige Unterschiede zeigen – die Befragten ohne Religionszugehörigkeit weisen hier den höchsten, Angehörige muslimischer Gemeinschaften sowie der evangelischen Kirche einen niedrigeren Anteil manifest antisemitisch eingestellter Personen auf –, fällt die drastische Zustimmungsrate zu israelbezogenem Antisemitismus unter den Angehörigen islamischer Religionsgemeinschaften ins Auge. Bei über 40% der Befragten dieser Gruppe finden sich manifeste israelbezogene antisemitische Einstellungen. Fast ein Zehntel der Personen ohne Religionszugehörigkeit

weist ebenfalls solche Einstellungen auf, was zwar relativ gesehen niedriger, aber in absoluten Zahlen sogar noch besorgniserregender ist. In Bezug auf den erweiterten tradierten Antisemitismus müssen die Ergebnisse in der Tabelle mit Vorsicht interpretiert werden, da hier die Fallzahlen der einzelnen Ausprägungen sehr gering werden. In der Tendenz ist die manifeste Zustimmung zu diesen Aussagen bei Mitgliedern der evangelischen und katholischen Kirche jedoch weniger häufig als in den anderen Glaubensgemeinschaften oder unter den Konfessionslosen. Mithilfe einer Varianzanalyse (die nicht nur die wenigen Fälle mit starker Ausprägung des Merkmals tradierter Antisemitismus umfasst) lässt sich diese Interpretation stützen. Hier zeigt sich auch eine niedrigere Zustimmung (oder höhere Ablehnung) der evangelischen gegenüber den katholischen Kirchenmitgliedern.

Tabelle 7: Prozentualer Anteil manifester Zustimmung zum Antisemitismus in den drei Dimensionen nach Religionszugehörigkeit

	Schuldabwehr-antisemitismus* (N = 2.423)		israelbezogener Antisemitismus** (N = 2.405)		erweiterter tradierter Antisemitismus ² (N = 2.424)	
	%	N	%	N	%	N
katholische Kirche	31,2	214	7,1	48	1,5	10
evangelische Kirche	27,0	171	5,2	33	1,4	9
islamische Religionsgemeinschaft	27,8	32	40,5	47	4,3	5
andere ¹	27,8	27	7,3	7	4,3	4
keine	34,1	304	9,4	83	4,0	36

¹ Unter »andere« wurden andere christliche Gemeindegewöhnliche, jüdische, buddhistische und hinduistische Befragte gefasst.

² Wegen zu geringer Fallzahlen wurde hier von einer statistischen Signifikanzprüfung abgesehen. Pearsons Chi-Quadrat ***p < .01, *p < .05

Wie Tabelle 8 zu entnehmen ist, wirkt sich auch die Einschätzung der ökonomischen Lage auf antisemitische Einstellungen aus. Da, wo die eigene und die nationale Wirtschaftslage positiv beurteilt wird, sind antisemitische Denkmuster seltener. Dabei sind die Unterschiede immens: Unter

denjenigen, die die nationale Wirtschaftslage als »schlecht« einschätzen, ist der Anteil an Personen mit manifester Zustimmung zum erweiterten tradierten Antisemitismus mehr als drei Mal so hoch als unter denen, die die nationale Wirtschaft als »gut« oder zumindest »teils/teils« bewerten. Personen, die die eigene Lage als schlecht einschätzen, sind zwar ebenfalls häufiger manifest antisemitisch eingestellt als solche, die ihre Lage als gut einschätzen. Der Unterschied ist aber nicht so ausgeprägt wie bei der nationalen Wirtschaftslage.

Tabelle 8: Prozentualer Anteil manifester Zustimmung zum Antisemitismus in den drei Dimensionen nach Einschätzung der persönlichen und nationalen Wirtschaftslage

	Schuldabwehr- antisemitismus**		israelbezogener Antisemitismus**		erweiterter tradiertes Antisemitismus**	
	%	N	%	N	%	N
persönliche Wirtschaftslage						
»gut« oder »teils/teils«	29,9	603	8,4	168	2,2	44
»schlecht«	37,8	145	14	53	5,5	21
nationale Wirtschaftslage						
»gut« oder »teils/teils«	26,9	446	6,9	113	1,6	26
»schlecht«	40,1	286	13,9	98	5,1	36

Aus Gründen der Darstellbarkeit wurde an dieser Stelle auf die Nennung der jeweiligen Stichprobengrößen verzichtet. Pearsons Chi-Quadrat ** $p < .01$, * $p < .05$

Dieser Befund bildet einen interessanten Gegensatz zur tatsächlichen individuellen wirtschaftlichen Situation, wie sie durch das Äquivalenzeinkommen gemessen werden kann (Tab. 9).⁵ Zwar nimmt der Anteil an

5 Für die Berechnung des Äquivalenzeinkommens wird das gesamte Haushaltseinkommen – nach Anzahl und Alter der Haushaltsmitglieder gewichtet – so verteilt, dass jeder Person derselbe Lebensstandard ermöglicht würde. Diese Art der Einkommensermittlung erlaubt es, auch die unter 18-Jährigen, die meist noch nicht über ein eigenes Einkommen verfügen, in den Berechnungen zu berücksichtigen.

Personen, die manifeste Zustimmung zum erweiterten tradierten Antisemitismus äußern, mit höherem Einkommen tendenziell ab, aber in Bezug auf den israelbezogenen Antisemitismus ist die Situation weniger eindeutig. In den beiden Gruppen mit niedrigeren Einkommen (bis 2.000 Euro) stimmt jeder bzw. jede Zehnte den Aussagen manifest zu, in den beiden höheren Einkommensgruppen liegt der Wert weit darunter. Der Schuldabwehrantisemitismus dagegen verteilt sich relativ gleichmäßig über alle Einkommensgruppen.

Tabelle 9: Prozentualer Anteil manifester Zustimmung zum Antisemitismus in den drei Dimensionen nach Äquivalenzeinkommen

	Schuldabwehr-antisemitismus (N = 2.287)		israelbezogener Antisemitismus** (N = 2.271)		erweiterter tradiert Antisemitismus* (N = 2.292)	
	%	N	%	N	%	N
bis 1.000 Euro	30,3	100	10,3	34	5,1	17
> 1.000–2.000 Euro	34,0	317	11,6	107	3,0	28
> 2.000–3.000 Euro	29,3	167	6,4	36	1,9	11
> 3.000 Euro	29,6	135	7,0	32	1,5	7

Pearsons Chi-Quadrat **p < .01, *p < .05

Wie erwartet, zeigen sich auch Unterschiede in Bezug auf die berichtete Wahlintention (Tab. 10). Die einzelnen Stichproben sind wegen der Aufspaltung in Untergruppen teils sehr klein geworden, sodass die Ergebnisse in Bezug auf den israelbezogenen und erweiterten tradierten Antisemitismus statistisch nicht aussagekräftig sind. Eine Tendenz ist dennoch augenscheinlich: Die potenzielle Wählerschaft der AfD weist den größten Anteil an Personen mit manifest antisemitischen Einstellungen auf, die der Grünen dagegen den geringsten – und das über alle Dimensionen hinweg. Selbst den Items zum erweiterten tradierten Antisemitismus stimmt fast ein Zehntel der Befragten mit der Wahlpräferenz AfD manifest zu. Lässt man die AfD- und die Nichtwähler und -wählerinnen einmal beiseite, zeigen sich weitere interessante Tendenzen: Der Schuldabwehrantisemitismus ist unter den Anhängerinnen und Anhängern von CDU/CSU und FDP am stärksten verbreitet (jeweils ca. 28%); beim israelbezogenen Anti-

semitismus kommt die Wählerschaft von SPD und CDU/CSU mit jeweils etwa 10% auf die höchsten Werte. Um unsere Interpretation abzusichern haben wir auch hier eine Varianzanalyse durchgeführt. Post-hoc-Analysen nach Games Howell ergeben innerhalb der Gruppe derer, die wahrscheinlich zur Wahl gehen würde, einen signifikant höheren Mittelwert in der potenziellen AfD-Wählerschaft im Vergleich zu allen anderen Gruppen *außer* der FDP. Die Werte der Gruppe mit den Grünen als Parteipräferenz liegen niedriger als die der anderen Gruppen.

Tabelle 10: Prozentualer Anteil manifester Zustimmung zum Antisemitismus in den drei Dimensionen nach Parteipräferenz (sogenannte Sonntagsfrage)

	Schuldabwehr- antisemitismus** (N = 1.993)		israelbezogener Antisemitismus ¹ (N = 1.978)		erweiterter tradiert Antisemitismus ¹ (N = 1.994)	
	%	N	%	N	%	N
CDU/CSU	28,7	120	9,7	40	1,4	6
SPD	24,9	58	10,3	24	2,1	5
FDP	28,3	13	4,3	2	4,3	2
Grüne	15,1	36	2,1	5	0	0
Die Linke	25,4	30	5,1	6	1,7	2
AfD	62,7	64	17,6	18	9,8	10
Parteiwahl unsicher	28,8	70	7,4	18	2,9	7
Wahlteilnahme unklar	35,9	102	9,3	26	4,3	12
keine Wahlteilnahme	42,4	132	14,2	44	4,5	14

¹ Wegen zu geringer Fallzahlen wurde hier von einer statistischen Signifikanzprüfung abgesehen. Pearsons Chi-Quadrat **p < .01, *p < .05

Zuletzt wurde die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen nach Selbsteinschätzung im politischen Spektrum untersucht (Tab. 11). Je weiter rechts sich die Befragten positionieren, desto größer wird der Anteil derer, die den Items zum Schuldabwehrantisemitismus manifest zustimmen. Das überrascht insofern kaum, als zum Beispiel Forderungen nach einem »Schlussstrich« meist aus dem rechten bis rechtsextremen Spektrum kommen. Auch beim israelbezogenen und erweiterten tradierten Antisemitis-

mus ist die Zustimmung unter denen am größten, die sich als »rechts« oder »rechts außen« verstehen. In diesen beiden Dimensionen hat aber auch die Gruppe höhere Werte als die »Mitte«, die sich »links außen« einordnet – allerdings längst nicht in dem Maße wie die beiden »rechten« Gruppen. Das weitaus größte Potenzial an Antisemitinnen und Antisemiten ist – insbesondere mit Blick auf den Schuldabwehrantisemitismus – vor allem rechts zu suchen, wenngleich festzuhalten ist: Keine politische Selbstverortung, keine Wählerschaft und auch keine soziale Gruppe ist völlig frei vom Antisemitismus.

Tabelle 11: Prozentualer Anteil manifester Zustimmung zum Antisemitismus in den drei Dimensionen nach Selbstverortung im politischen Links-rechts-Spektrum

	Schuldabwehr-antisemitismus** (N = 2.368)		israelbezogener Antisemitismus** (N = 2.354)		erweiterter tradiert Antisemitismus** (N = 2.363)	
	%	N	%	N	%	N
links außen	16,6	36	11,7	25	4,1	9
links	20,9	129	7,2	44	1,0	6
Mitte	32,1	367	7,4	84	1,8	20
rechts	49,3	167	14,7	50	5,9	20
rechts außen	66,7	34	26,0	13	17,6	9

Pearsons Chi-Quadrat **p < .01, *p < .05

Zusammenfassung und Diskussion

In diesem Kapitel sind wir von der Annahme ausgegangen, dass der Antisemitismus als kultureller Code für eine umfassende Weltanschauung steht (Volkov, 1978). Außerdem wollten wir prüfen, ob sich unterschiedliche Formen des Antisemitismus statistisch nachweisen lassen und wie sie miteinander interagieren. Zunächst konnten wir zeigen, dass die unterschiedlichen Ausdrucksformen des Antisemitismus – der tradierte (mit und ohne Umwegkommunikation), der israelbezogene und der Schuldabwehrantisemitismus – eng miteinander verbunden sind. Vor allem konnten wir nachweisen, dass es tatsächlich eine Dimension des israelbezogenen Anti-

semitismus gibt, die sich inhaltlich abgrenzen lässt, die aber auch in enger Beziehung zum Gesamtkonstrukt und den weiteren erfassten Dimensionen des Antisemitismus steht. Für die öffentliche Diskussion dürfte dieser empirische Befund besonders relevant sein, stellt sich doch immer wieder die Frage, ob es sich hierbei nicht doch nur um »berechtigte Kritik« an der Politik eines Nationalstaates handele. Unsere Daten, insbesondere die Zustimmungswerte zu den Holocaust relativierenden und Israel dämonisierenden Items des israelbezogenen Antisemitismus (Grafik 4), zeigen jedoch deutlich das Ressentiment, das bestimmte Formen der »Kritik« antreibt (siehe die Beiträge in Rosenfeld, 2013). Auch, dass der israelbezogene Antisemitismus im politischen Spektrum links außen gepflegt wird (wenn auch seltener als rechts und vor allem rechts außen), sollte für Debatten sorgen. Insgesamt handelt es sich beim israelbezogenen Antisemitismus allerdings um ein weniger verbreitetes Phänomen, besonders im Vergleich zum Schuldabwehrantisemitismus, der eine wesentlich breitere Basis in vielen politischen Milieus hat.

Die Ergebnisse weisen insgesamt auf die Dimensionalität und die historische Wandlungsfähigkeit des Antisemitismus hin. In unserem Datensatz lassen sich diese vor allem von den Schwankungen der Zustimmungsraten im Zeitverlauf und aus den Unterschieden zwischen Ost und West ableiten. Deshalb sollten auch die Modelle, die wir für 2020 berechnet haben, unbedingt im Zeitverlauf überprüft werden. Wie in Ost- und Westdeutschland mit Antisemitismus umgegangen wurde und wird, schlägt sich nicht nur in unterschiedlichen Zustimmungsraten der verschiedenen Äußerungsformen nieder, sondern wirkt sich in unseren Berechnungen auch auf die Passung der Modelle aus. Außerdem verweist der hohe Anteil manifest antisemitisch eingestellter Personen unter denjenigen, die beim Fall der Mauer im Jugendalter waren, darauf, dass gesellschaftliche Umbruchserfahrungen Auswirkungen auf antisemitische Einstellungen haben können.

Unsere Analysen zeigen zudem, dass der Antisemitismus vor allem für das rechte politische Spektrum (operationalisiert als Partei-Affinität und Selbstverortung auf einer Links-rechts-Skala) ein kultureller Code ist. Unter Rechten ist der Antisemitismus wesentlich verbreiteter, besonders in der Form des Schuldabwehrantisemitismus, der sehr hohe Zustimmung erfährt. Diese Ballung antisemitischer Einstellungen in den rechten Milieus könnte in Verbindung mit der beobachteten Radikalisierung am rechten

Rand und der Polarisierung der Gesellschaft (Decker & Brähler, 2016) erklären, warum antisemitische Straftaten zunehmen, obwohl die Verbreitung des tradierten Antisemitismus auf der Einstellungsebene insgesamt eher rückläufig ist. Weil der Antisemitismus verbunden ist mit weiteren antiemanzipativen Ideologien (Heller et al., 2020; siehe Kap. 2) und auf der Zurückweisung von bzw. Angst vor der Ambivalenz, Komplexität und Labilität der modernen Gesellschaft aufbaut, liegt die Bezeichnung als antimodernes Ressentiment nahe. Mit dem Antisemitismus wird die Ablehnung der modernen Gesellschaft transportiert, weshalb Shukamit Volkov Antisemitismus auch als kulturellen Code beschreibt (Kap. 1).

Neben der Parteipräferenz ließ sich auch die Einschätzung der eigenen und der nationalen wirtschaftlichen Lage als Faktor identifizieren, der eng mit dem Antisemitismus zusammenhängt. Wer die wirtschaftliche Lage pessimistisch einschätzt, nutzt offenbar den Antisemitismus, um – via Projektion und Personalisierung – ein Gefühl von Kontrolle zurückzuerlangen. Gegenüber der Einschätzung der ökonomischen Situation ist die tatsächliche Höhe des zur Verfügung stehenden Einkommens weniger relevant: Hier geht es also um subjektiv empfundene Deprivation, etwa um Verlustängste und Gefühle von Benachteiligung, nicht aber um Deprivation in einem absoluten Sinn. Zusätzlich erwiesen sich auch die Zusammenhänge zwischen Antisemitismus und Bildung, Arbeitslosigkeitserfahrung und Erhebungsgebiet als statistisch bedeutsam. Das Alter hingegen ist nur beim Schuldabwehrantisemitismus relevant, während unter Jüngeren der Wunsch nach einem »Schlussstrich« und andere geschichtsrevisionistische Ansichten weniger verbreitet sind. Dies ist zumindest ein kleines, für die Zukunft positives Zeichen, auf das die politische Bildungsarbeit aufbauen kann.

Die Religionszugehörigkeit ist in zweierlei Hinsicht interessant: Zum einen sind Konfessionslose tendenziell eher antisemitisch eingestellt als konfessionell Gebundene, was teilweise mit der höheren Verbreitung im säkularisierten Ostdeutschland zusammenhängen kann. Auf jeden Fall spricht dieser Befund eher gegen eine besondere Relevanz eines (christlich-)religiös motivierten Antisemitismus. Zum anderen zeigt sich, dass der israelbezogene Antisemitismus unter Angehörigen islamischer Religionsgemeinschaften besonders viel Zustimmung erfährt. Ob dies an der Religionszugehörigkeit selbst liegt oder an anderen Sozialisationserfahrungen, etwa in israelfeindlichen Herkunftsländern, können wir an dieser Stelle

aufgrund der niedrigen Fallzahlen nicht näher bestimmen. Die Verortung des Antisemitismus der nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaft als »Antisemitismus der Anderen« (Hagen & Neuburger, 2020), verbietet sich allerdings schon aufgrund der besonders großen Verbreitung des Ressentiments unter Konfessionslosen: In absoluten Zahlen ist der israelbezogene Antisemitismus der Konfessionslosen größer als der der Angehörigen islamischer Gemeinden. Auch in diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass unsere Untersuchung den israelbezogenen Antisemitismus als Teil und Äußerungsform des antisemitischen Ressentiments bestätigt hat.

Literatur

- Adorno, T. W. (1954). *Minima Moralia*. In R. Tiedemann (Hrsg.), *Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften Bd. 4*. Frankfurt am Main: Suhrkamp (2003).
- Adorno, T. W. (1955). Schuld und Abwehr. In F. Pollock (Hrsg.), *Gruppenexperiment* (S. 275–428). Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Adorno, T. W. (1972). Bemerkungen über Politik und Neurose. In ders., *Soziologische Schriften I* (S. 459–465). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sanford, R. N. (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Harper & Brothers.
- Arnold, S. & König, J. (2016). *Flucht und Antisemitismus. Erste Hinweise zu Erscheinungsformen von Antisemitismus bei Geflüchteten und mögliche Umgangsstrategien. Qualitative Befragung von Expert_innen und Geflüchteten. Expertise für den Expertenkreis Antisemitismus*. Berlin: Humboldt Universität Berlin.
- Bahr, H. (1894). *Der Antisemitismus. Ein internationales Interview*. Berlin: S. Fischer.
- Bar-On, D. (1993). *Die Last des Schweigens. Gespräche mit Kindern von Nazi-Tätern*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Bauman, Z. (1992). *Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Bauman, Z. (2005). *Moderne und Ambivalenz: das Ende der Eindeutigkeit*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Benz, W. (2020). *Antisemitismus. Präsenz und Tradition eines Ressentiments*. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.
- Berek, M. (2018). *Antisemitism and Immigration in Western Europe Today. Is there a Connection? The Case of Germany*. Berlin: Foundation Remembrance, Responsibility and Future (EVZ).
- Bergmann, W. & Erb, R. (1991). *Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946–1989*. Opladen: Leske + Budrich.
- Beyer, H. (2015). Theorien des Antisemitismus: Eine Systematisierung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 67(3), 573–589.
- Botsch, G. (2019). Der »Bomben-Holocaust« von Dresden. Die NPD als antisemitische Partei. In S. Salzborn (Hrsg.), *Antisemitismus seit 9/11* (S. 179–196). Baden-Baden: Nomos.
- Brousseau-Liard, P. E. & Savalei, V. (2014). Adjusting incremental fit indices for nonnormality. *Multivariate Behavioral Research*, 49(5), 460–470.

- Brosseau-Liard, P. E., Savalei, V. & Li, L. (2012). An investigation of the sample performance of two nonnormality corrections for RMSEA. *Multivariate Behavioral Research*, 47(6), 904–930.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (2020). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2019. Bundesweite Fallzahlen*. Veröffentlicht am 12.05.2020. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/pmk-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=11 (10.09.2020).
- Claussen, D. (1992). Die antisemitische Alltagsreligion. Hinweise für eine psychoanalytisch aufgeklärte Gesellschaftskritik. In W. Bohleber & J. S. Kafka (Hrsg.), *Antisemitismus* (S. 163–170). Bielefeld: Aisthesis Verlag.
- Claussen, D. (1994). *Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Dahmer, H. (1993). Nachwort zur deutschen Ausgabe Antisemitismus gestern und heute. In E. Simmel (Hrsg.), *Antisemitismus* (S. 179–199). Frankfurt am Main: Fischer.
- Decker, O. & Brähler, E. (2016). Ein Jahrzehnt der Politisierung: Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte – autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland* (S. 95–135). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O. & Celik, K. (2019). Antisemitismus in der Berliner Bevölkerung. In G. Pickel, K. Reimer-Gordinskaya & O. Decker (Hrsg.), *Der Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie* (S. 50–67). Springer: zu Klampen Verlag.
- Decker, O. & Kiess, J. (2013). Moderne Zeiten. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsbeschreibung* (S. 13–30). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2013). Traditionslinien der Moderne. In dies. (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsbeschreibung* (S. 97–144). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2018). Antisemitische Ressentiments in Deutschland: Verbreitung und Ursachen. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 179–216). Gießen: Psychosozial.
- Fenichel, O. (1993). Elemente einer psychoanalytischen Theorie des Antisemitismus. In E. Simmel (Hrsg.), *Antisemitismus* (S. 35–57). Frankfurt am Main: Fischer.
- Freud, S. (1919). Das Unheimliche. In A. Freud (Hrsg.), *Sigmund Freud – Gesammelte Werke Bd. XII* (S. 227–278). Frankfurt am Main: Fischer.
- Graumann, C. F. (1997). Die Erfahrung des Fremden. Lockung und Bedrohung. In A. Mummen-dey & B. Simon (Hrsg.), *Identität und Verschiedenheit. Zur Sozialpsychologie der Identität in komplexen Gesellschaften* (S. 39–62). Bern: Huber.
- Graumann, C. F. & Moscovici, S. (1987). Conspiracy: History and social psychology – A synopsis. *Changing conceptions of conspiracy* (S. 245–251). Berlin: Springer.
- Hagen, N. & Neuburger, T. (2020). Antisemitismus der Anderen? – Einleitende Überlegungen. In dies. (Hrsg.), *Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft Theoretische Überlegungen, Empirische Fallbeispiele, Pädagogische Praxis* (S. 9–19). Innsbruck: Innsbruck University Press.
- Haury, T. (2019). *Antisemitismus von Links. Facetten der Judenfeindschaft*. Berlin: Aktion Courage e.V.
- Heilbronn, C., Rabinovici, D. & Sznajder, N. (2019). *Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte*. Bonn: bpb.
- Heller, A., Brähler, E. & Decker, O. (2020). Rechtsextremismus – ein einheitliches Konstrukt? Ein Beitrag zur Frage der Operationalisierung anhand des Fragebogens Rechtsextremismus – Leipziger Form (FR-LF). In A. Heller, O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Prekärer Zusammenhalt*.

- Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland* (S. 151–172). Gießen: Psychosozial.
- Heyder, A., Iser, J. & Schmidt, P. (2005). Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände – Bd. 3* (S. 144–165). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Holz, K. (2001). *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Imhof, R. & Decker, O. (2013). Verschwörungsmentalität als Weltbild. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 146–162). Gießen: Psychosozial.
- International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) (2016). *Arbeitsdefinition von Antisemitismus*. Verabschiedet am 26.05.2016. <https://www.holocaustremembrance.com/de/node/196> (10.09.2020).
- Jensen, U. (2017). *Zornpolitik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Klug, B. (2003). The collective Jew. Israel and the new antisemitism. *Patterns of Prejudice*, 37(1), 117–138.
- MacShane, D. (2008). *Globalising Hatred: The New Antisemitism*. London: Weidenfeld & Nicholson.
- McDonald, R. (1999). *Test Theory: A Unified Treatment*. Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum.
- Mannheim, K. (1952). *Konservatismus: ein Beitrag zur Soziologie des Wissens*. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp (1984).
- Marin, B. (1979). Ein historisch neuartiger »Antisemitismus ohne Antisemiten«? Beobachtungen und Thesen am Beispiel Österreichs nach 1945. *Geschichte und Gesellschaft*, 5, 545–569.
- Moré, A. (2013). Die unbewusste Weitergabe von Traumata und Schuldverstrickungen an nachfolgende Generationen. *Journal für Psychologie*, 21(2). <https://www.journal-fuer-psychologie.de/index.php/jfp/article/view/268/310> (21.08.2020).
- Nipperdey, T. & Rürup, R. (1972). Antisemitismus. In O. Brunner, W. Conze & R. Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe Bd. 1* (S. 129–153). Stuttgart: Klett-Cotta.
- Pickel, G., Celik, K., Schuler, J. & Decker, O. (2020). Bedrohungsempfinden als Quelle gruppenbezogener Vorurteile durch Religionen in einer heterogenen Stadtgesellschaft. Analysen des Berlinmonitors. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 4(1), 1–37.
- Pohl, R. (2010). Der antisemitische Wahn. Aktuelle Ansätze zur Psychoanalyse einer sozialen Pathologie. In W. Stender, G. Follert & M. Özdoğan (Hrsg.), *Konstellationen des Antisemitismus* (S. 41–68). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Poliakov, L. (1969). *Vom Antizionismus zum Antisemitismus*. Freiburg: Ca-Ira-Verlag (1992).
- Postone, M. (1982). Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch. In D. Diner (Hrsg.), *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz* (S. 242–254). Frankfurt am Main: Fischer (1988).
- Ranc, J. (2016). »Eventuell nicht gewollter Antisemitismus.« *Zur Kommunikation antijüdischer Ressentiments unter deutschen Durchschnittsbürgern*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Rensmann, L. (2020). Die Mobilisierung des Ressentiments. Zur Analyse des Antisemitismus in der AfD. In A. Heller, O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland* (S. 309–342). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Rosenfeld, A. H. (2013). *Resurgent Antisemitism. Global Perspectives*. Bloomington/Indianapolis: Indiana University Press.
- Rosenthal, G. (1997). *Der Holocaust im Leben von drei Generationen: Familien von Überlebenden der Shoah und von Nazi-Tätern*. Gießen: Psychosozial.

- Schermelleh-Engel, K., Moosbrugger, H. & Müller, H. (2003). Evaluating the fit of structural equation models: Tests of significance and descriptive goodness-of-fit measures. *Methods of Psychological Research Online*, 8, 23–74.
- Schneider, R. C. (2018). Von Orbán bis Corbyn: Die neue Normalität des Antisemitismus. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2018/9, 74–82.
- Schönbach, P. (1961). *Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Sharansky, N. (2013). *Der 3D-Test auf Antisemitismus: Dämonisierung, doppelte Standards, Delegitimierung. CFCA - Das Koordinierungsforum zur Bekämpfung des Antisemitismus*. <https://antisemitism.org.il/de/82464/> (09.07.2020).
- Silbermann, A. (1981). *Der ungeliebte Jude. Zur Soziologie des Antisemitismus*. Zürich: Edition Interfrom.
- Silbermann, A. & Sallen, H. (1976). Latenter Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 28, 706–723.
- Simmel, G. (1896). Das Geld in der modernen Cultur. In H.-J. Dahme & D. P. Frisby (Hrsg.), *Georg Simmel. Aufsätze und Abhandlungen 1894–1900* (S. 178–196). Frankfurt am Main: Suhrkamp (1992).
- Simmel, G. (1908). *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Sontheimer, K. (1962). *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik: Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933*. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag (1978).
- Stern, F. (1961). *Kulturpessimismus als Politische Gefahr: Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland*. Stuttgart: Klett-Cotta (2018).
- Tagesspiegel (2019). »Traurig und wütend«. *Reaktionen auf die Tat von Halle*. Veröffentlicht am 09.10.2019. <https://www.tagesspiegel.de/politik/reaktionen-auf-die-tat-von-halle-traurig-und-wuetend/25101066.html> (10.09.2020).
- Volkov, S. (1978). Antisemitism as a Cultural Code. Reflections on the History and Historiography of Antisemitism in Imperial Germany. *The Leo Baeck Institute Year Book*, 23(1), 25–46.
- Volkov, S. (2006). Readjusting Cultural Codes: Reflections on Anti-Semitism and Anti-Zionism. *Journal of Israeli History*, 25(1), 51–62.

8. Antifeminismus – das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene

Charlotte Höcker, Gert Pickel & Oliver Decker

Antifeminismus als Facette im Autoritarismus?

Was in dieser Gesellschaft ließ den Attentäter von Halle¹ glauben, dass er für seine Tat akzeptiert und mit offenen Armen empfangen werden würde? Mit dieser Frage kontextualisiert Sabrina (2020), Augenzeugin des Anschlags, ihren Erfahrungsbericht aus der Synagoge in Halle. Sie antwortet gesellschaftsanalytisch, indem sie die mediale Berichterstattung einbezieht:

Beside of this passivity or this victimization this immediate victimization there was also a sense of focus on the jews that leaves out the fact that the Anschlag in Halle was not only an antisemitic attack but also an anti-feminist and a racist attack. The first person in the line of fire was a woman. And the way that he talks about this woman is: »I don't feel bad for killing her because how dare she speak back to me that's not her place«. (Sabrina, 2020; Augenzeugin des Anschlags in Halle am 09.10.2019 und Nebenklägerin im Prozess)

Ihre Antwort liegt also in der Existenz und im Zusammenwirken von Antisemitismus, Rassismus und Antifeminismus. Obwohl Antisemitismus und Rassismus zu den einschlägigen Themen der Rechtsextremismus- und Autoritarismusforschung gehören (z.B. Decker & Brähler, 2006; 2016; 2018, S. 66–68; Decker et al., 2018, S. 192–201; Zick et al., 2019, S. 121–126), wurden Geschlechterverhältnisse und Antifeminismus in

1 Nach dem Versuch eines Anschlags auf die Synagoge in Halle am Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag (am 09.10.2019), tötete der schwer bewaffnete Attentäter zwei Menschen (Jana L. und Kevin S.).

diesem Zusammenhang bislang wenig beachtet (Anderson, 2015; Axeli-Knapp, 2012; Autor*innenkollektiv FE.IN, 2019; FIPU, 2019; Umrath, 2019). Die Erhebungen zu Sexismus fragen meist lediglich klassische Rollenbilder ab und dringen nicht in die Reichweite antifeministischer Einstellungen vor (Zick et al., 2019, S. 71–72, 83). Dass diese empirische wie theoretische Leerstelle zum Verständnis extrem rechter und autoritärer Dynamiken jedoch eine beachtliche Relevanz besitzt, wird spätestens mit der Lektüre der Manifeste aktueller rechtsterroristischer Attentate² oder in rechtspopulistischen Argumentationsstrategien und ihrer großen öffentlichen Sichtbarkeit erkennbar (z.B. Culina, 2018, S. 96–101; Lang, 2015, S. 176–178). Auch der hohe Stellenwert, den die AfD ihrer antifeministischen Geschlechterpolitik einräumt, belegt die Mobilisierungskraft des Themas für die Parteipolitik (Lang, 2017). In der Zivilgesellschaft organisieren sich ebenfalls antifeministische Strukturen, etwa in der konservativ, christlich fundamentalistischen und in Teilen völkisch nationalistischen »Lebensschutzbewegung«, die sich zuletzt beispielsweise im sächsischen Erzgebirgskreis organisierte (Achtelik, 2018; Notz, 2019). Mit dieser Aufzählung wird deutlich: Der Schwerpunkt der bisherigen Antifeminismusforschung liegt auf der Akteursebene, sie fokussiert sich also bisher auf antifeministisch Handelnde und deren organisierte Strukturen, nicht aber auf antifeministische Einstellungen und Ressentiments. Diese aber ziehen sich durch alle Bereiche des Alltagslebens: Antifeministische Aussagen finden sich in Internet-Memes, Foren, Chats, Kunst und Musik, aber auch im Schul- und Berufsleben, in Partnerschaften, Familien und Freundschaftsbeziehungen. Öffentliche wie private Diskurse bringen immer wieder antifeministische Haltungen zutage. Hinter diesen Einstellungen vermuten wir tieferliegende Ressentiments, welche eng mit anderen Ideologien und Rassismen verbunden sind (siehe z.B. Grubner, 2019) und die unter bestimmten Bedingungen an die Oberfläche kommen.

-
- 2** Das Auftreten rechtsterroristischer Attentate und rechtsextremer Morde hat sich in den vergangenen zwei Jahren in Deutschland, aber auch im internationalen Raum verdichtet. Neben dem Mord an Walter Lübcke am 1. Juni 2019 in Kassel und dem o.g. Attentat in Halle wurden in Hanau am 19. Februar 2020 mehrere Menschen im Umfeld von Shishabars und einem Kiosk getötet (Ferhat U., Mercedes K., Sedat G., Gökhan G., Hamza K., Kaloyan V., Vili P., Said H., Fatih S. und Gabriele R.). Dabei fallen immer wieder rechtsextreme Internetnetzwerke auf, in denen sich die Attentäter über Verschwörungstheorien und extrem rechte Weltanschauungen austauschen und in denen misogynie und antifeministische Motive eine wesentliche Rolle spielen (Kracher, 2019; Sanders, 2019).

Im vorliegenden Kapitel untersuchen wir mit den Möglichkeiten der empirischen Einstellungsforschung antifeministische Ressentiments dort, wo sie zwar manifest vorhanden sind, sich jedoch nicht überall in organisierten Zusammenhängen materialisiert haben: in der Mitte der Gesellschaft. Dazu stellen wir erste repräsentative Ergebnisse zur Existenz und Verankerung von Antifeminismus in der deutschen Bevölkerung vor. Sie beruhen auf einer *Skala zur quantitativen Erfassung antifeministischer Ressentiments*, die wir neu entwickelt haben. Sie erfasst Antifeminismus und Sexismus auf der Einstellungsebene und ermöglicht, die Häufigkeiten und Beziehungen der Einstellungen einschätzen zu können. Die Skala berücksichtigt ferner unterschiedliche Varianten und Dimensionen des Antifeminismus, um der Breite des Phänomens gerecht zu werden. Nach der Identifikation antifeministischer Ressentiments analysieren wir Zusammenhänge zu anderen gruppenbezogenen Abwertungsbereitschaften sowie Einflussfaktoren des Antifeminismus in Deutschland. Dies umfasst auch die Betrachtung ideologischer Verschränkungen, zum Beispiel über Zusammenhänge zwischen Antifeminismus und Autoritarismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft, womit wir die Relevanz antifeministischer Ideologien für aktuelle rechtspopulistische bis -terroristische Entwicklungen einschätzen wollen.

Unsere empirischen Analysen werden von folgenden *Fragen* geleitet: Wie häufig und wie verbreitet sind antifeministische Einstellungen in Deutschland? Welche Menschen neigen am ehesten zu Antifeminismus? Mit welchen Indikatoren lässt sich Antifeminismus auf der Einstellungsebene quantitativ belastbar und nachhaltig erfassen? In welchem Verhältnis steht Antifeminismus zu Antisemitismus, Rassismus und weiteren Formen menschenfeindlicher Abwertungen und Ideologien der Ungleichwertigkeit?

Antifeminismus als Forschungsproblem – Definition, Konzeption, Formen und Verschränkungen

Bevor wir zur empirischen Erfassung des Phänomens Antifeminismus kommen, ist allerdings zu diskutieren, was Antifeminismus eigentlich ist. Generell beschreibt er eine organisierte Gegnerschaft zu feministischen Emanzipationsbestrebungen, besitzt eine lange Tradition und hat sich als antimoderne und antiemanzipatorische Reaktion auf Feminismus, Frauen-

bewegung und Gleichstellungsbemühungen entwickelt (Dohm, 1902; auch Maurer, 2019, S. 83–86). Wie die feministischen Bewegungen unterliegen auch die antifeministischen Felder und Strukturen zeithistorischen und räumlichen Schwankungen. Formierte sich der frühe Antifeminismus gezielt gegen die Frauenbewegung, positionieren sich heutige antifeministische Argumentationen meist heteronormativ³ gegen die Auspluralisierung sexueller, geschlechtlicher und familiärer Lebensformen (Lang & Peters, 2018; Maihofer & Schutzbach, 2015, S. 204–206). Typisch ist die Ablehnung und zielstrebige Bekämpfung feministischer Errungenschaften und Gleichstellungsmaßnahmen auf der sprachlichen Ebene. Mit der Formel: »Gender Studies = Gender Mainstreaming = Feminismus = Staatsräson« (Hark & Villa, 2015, S. 23) wird Gender-Mainstreaming zur Projektionsfläche verschwörungstheoretischer Annahmen einer »Machtübernahme der Frauen« im Sinne eines Ressentiments. Damit zeigen sich erste Verbindungen von antifeministischen Einstellungen zu rechtsextremen und rechtspopulistischen politischen Strömungen und zur Politisierung des Antifeminismus. Die zunehmenden Selbstbestimmungs- und Reproduktionsrechte von Frauen werden in Beziehung zu »volksfernen Eliten« gestellt und gelten als Bedrohung der »natürlichen Ordnung«. Dieses Bedrohungsszenario verlangt aus Sicht rechtspopulistischer wie rechtsextremer Kräfte – am besten organisierte – Gegenwehr (Lang, 2015). Auf diese Weise wird eine diskursive Stimmung erzeugt, die mitunter als Erklärung für den neuen Rechtsterrorismus herangezogen werden könnte. Unter dem Vorwand, völkische »Frauenrechte« zu vertreten, betreiben extrem rechte Gruppen nicht nur einen »Kampf um Begriffe« oder ihre Abtreibungsgegnerschaft, sondern greifen auch die Rechte nicht-heterosexueller, trans- und intergeschlechtlicher Menschen sowie Ressourcen (etwa Frauenhäuser) an und rechtfertigen nicht zuletzt Rassismus mit dem Schutz deutscher Frauen (Autor*innenkollektiv FE.IN, 2019). Damit sind einige Themen von Personengruppen skizziert, die jenseits von parteipolitischen Überlegungen innerhalb der Gesellschaft für antifeministische Positionen ansprechbar zu sein scheinen (siehe auch Tab. 2).⁴

3 Heteronormativität bedeutet, dass heterosexuelle Partnerschaften und bürgerliche (weiße) Kleinfamilien mit traditionellen Geschlechterrollen als Norm gesetzt und andere Lebensweisen diskriminiert werden (Lang & Peters, 2018).

4 Wir konzentrieren uns im vorliegenden Kapitel auf den Antifeminismus. Gleichwohl kommt dabei auch der Antigenderismus in den Blick, denn beide Vorstellungswelten überschnei-

Die Einordnung des Antifeminismus als ein Ressentiment, bzw. als »Symptom« des Unbehagens in der (Post-)Moderne, schließt an die Ausführungen von Theodor W. Adorno et al. zum »Dilemma des Antisemiten« in den »Studien zum autoritären Charakter« (1973) an. In dieser Deutungsweise erfüllen die projektiven, externalisierenden und entwertenden Elemente des Antifeminismus eine »ökonomische Funktion in der Psyche des Subjekts« (Adorno et al., 1973, S. 135), welches nach Eindeutigkeit und männlich hegemonialer Ordnung strebt. Antifeministische Strukturen bekämpfen die Begriffe, Ressourcen und Rechte von Frauen und LGBTIQ und richten sich gegen die (queer-)feministischen Bestrebungen nach Selbstbestimmung, Repräsentanz und Gleichstellung (Autor*innenkollektiv FE.IN, 2019). Antifeminismus ist zugleich in vielfältige gesellschaftliche Macht-, Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse und -ideologien eingebettet (ebd.; Stögner, 2017). Hier sind Verschränkungen mit anderen Ressentiments wirksam, was daran deutlich wird, dass antifeministische bzw. misogynne Gewalt nicht alle Frauen im selben Maße betrifft, sondern insbesondere jüdische und Schwarze Frauen, Frauen of Colour und/oder mit Migrationsgeschichte, sozial marginalisierte und alleinlebende sowie lesbische oder queere Frauen, aber auch Inter- und Transgender (Crenshaw, 1989; Manne, 2019).

Dabei ist auch die Verwobenheit von Antifeminismus, Misogynie, Sexismus und Frauenfeindlichkeit zu beachten, die bislang theoretisch kaum und teilweise widersprüchlich bestimmt ist (Planert, 1998; Manne, 2019; Autor*innenkollektiv FE.IN, 2019). Die Abwertung und Kontrolle von Frauen und ihre Unterwerfung unter die männliche Hegemonie kann in antifeministischer Gewalt münden, findet allerdings schon in unscheinbaren Phänomenen Ausdruck, etwa der Nicht-Wahrnehmung der alltäglichen Unterdrückung und Marginalisierung von Frauen, der Abwertung und Abspaltung der »weiblichen Sphäre« (z.B. im geringen gesellschaftli-

den sich vielfältig. Verwenden wir den Begriff Antigenderismus, bezeichnen wir damit die Ablehnung des Genderkonzeptes – und damit auch von Geschlechtergerechtigkeit –, die auf der Annahme beruht, die Kategorie Geschlecht sei nicht sozial konstruiert, sondern rein biologisch. Antigenderismus wird als moderne Spielart des historisch tradierten Antifeminismus behandelt (Streichhahn, 2020). Dabei ist uns bewusst, dass der Begriff »Antigenderismus« durch die Verwendung durch rechtsautoritäre Kräfte auch zum Kampfbegriff geworden ist. Diese Vereinnahmung kann aber nicht die Verwendbarkeit für die präzise Abbildung einer politischen Position überdecken (siehe auch Autor*innenkollektiv FE.IN, 2019; Hark & Villa, 2015).

chen Stellenwert von »Frauensachen« und Reproduktionsarbeit), in der Verteidigung der traditionellen Geschlechterordnung gegenüber feministischen Interessen und in der Ablehnung der »Verweiblichung« der Gesellschaft. Die Philosophin Kate Manne (2019) hebt in ihrer Definition der Misogynie die moralische Unterscheidung von »guten« und »schlechten« Frauen hervor (ebd., S. 146). Diese Praxis kann bereits deutlich autoritär markiert werden und mündet zum Teil im Versuch, die »schlechten« Frauen zu bestrafen. Die Züchtigungsversuche können sich von Gewaltandrohungen bis hin zu (sexueller/sexualisierter) Gewalt, tätlichen Übergriffen und letztlich Feminiziden oder versuchten Morden an Frauen steigern (Autor*innenkollektiv FE.IN, 2019; Kracher, 2019; Schutzbach, 2018). Manne (2019) versteht diese Züchtigungen als aggressive Praktiken der Unterwerfung von Widersacherinnen einer patriarchalen Ordnung, womit ihre Definition der Misogynie gängigen Definitionen des Antifeminismus sehr nahekommt (ebd. S. 127ff.). In Anlehnung an Herrad Schenk (1988) definiert die Historikerin Ute Planert (1998) Antifeminismus und Frauenfeindlichkeit in Abgrenzung zu Misogynie. Letztere sieht sie als fest in der abendländischen Kultur verankerte Vorstellung einer ontologischen Minderwertigkeit von Frauen (ebd., S. 12). Frauenfeindlichkeit besteht für sie aus absichtsvollen Handlungen und politischen Praktiken, mit denen die Diskriminierung von Frauen umgesetzt wird (ebd.). Folgt man Planert, ist Antifeminismus eine unmittelbare Reaktion auf Emanzipationsansprüche von Frauen und kann in einem Diskurs hegemonialer Männlichkeit, wie in Grafik 1 illustriert, als Hemmung (Bewegungsebene), aber auch als Indikator (phänomenologische Ebene) feministischer Bestrebungen gelesen werden (ebd.; Schutzbach, 2018). Jede Form der Gewalt gegen Frauen steht im Widerspruch zu feministischen und demokratischen Bestrebungen. Die Motive müssen jedoch nicht explizit antifeministisch sein, Misogynie, Sexismus oder Frauenfeindlichkeit bieten häufig hinreichende Erklärungen für das entsprechende Verhalten. Dabei sollte beachtet werden, dass auch lesbisch, schwul, trans-, inter- und queere Emanzipationsbewegungen sowie kritisch-männliche Auseinandersetzungen durch den politischen Antifeminismus adressiert und bekämpft werden.

Grafik 1: Bezüge zwischen Feminismen und Antifeminismen⁵



Gleichwohl scheint es nicht den einen Antifeminismus zu geben, sondern ein vielschichtiges Phänomen mit unterschiedlichen Facetten, ebenso wie es auch eine Vielzahl an Feminismen gibt. So verwies bereits Hedwig Dohm (1902) auf unterschiedliche antifeministische Typen bzw. Kategorien (Maurer, 2019, S. 99) und arbeitete Bezüge zu antisemitischen, rechtsnationalen und konservativen Personengruppen heraus, die von der späteren Forschung aufgegriffen und weiter differenziert wurden (Hermann, 2020; Lang & Peters, 2018; Schutzbach, 2018; Siri, 2015; Volkov, 2001). Der aktuelle organisierte Antifeminismus hat eine große Spannweite: von Parteien (z.B. FPÖ, AfD) über neurechte und rechtsnationale Bewegungen (z.B. Pegida, Identitäre Bewegung, Burschenschaften), Männerrechtsbewegungen (z.B. MANNdat), religiös-fundamentalistische und dogmatische Kreise (z.B. Lebensschutzbewegung) bis hin zu parteiübergreifenden,

5 Auch wenn sich auf der Ebene der Phänomenbeschreibung die Singularform eignet, wird an dieser Stelle die Pluralform gewählt, um auf die Vielgestaltigkeit feministischer Bestrebungen und Bewegungen (z.B. materialistisch, queer, Schwarz, jüdisch, intersektional, antidiskriminierungsorientiert, liberal oder radikal) und ihrer antifeministischen Entgegnungen zu verweisen.

neoliberalen und konservativen Bündnissen (Bruns, 2008; Goetz, 2018; Lang & Peters, 2018). Deswegen ist zu vermuten, dass antifeministische Positionen ganz unterschiedliche Einstellungen und affektive Ebenen ansprechen. Wir betrachten Antifeminismus daher als Komplex mit teilweise sich ergänzenden, teilweise widersprüchlichen psychodynamischen und sozialen Aspekten sowie mit vielfältigen ideologischen und emotionalen Bedeutungen, Schauplätzen und Handelnden. In Tabelle 1 haben wir in Anlehnung an aktuelle Diskurse eine schematische Einordnung antifeministischer Formen, Ideologien und Argumentationsmuster vorgenommen (FIPU, 2019; Kracher, 2019; Lang, 2019; Näser-Lather, 2019; Schutzbach, 2018).

Tabelle 1: Konzeptionelle Typologisierung von Formen des Antifeminismus

Form	Ideologie	Argumentation
neoliberaler Antifeminismus	Individualismus, Meritokratie	Leistungs- statt Gleichstellungsförderung, »erfolgslose Frauen sind selbst schuld, verpassten ihre Chancen«
konservativer Antifeminismus	Tradition und konservative bzw. (fundamentalistische) religiöse Werte erhalten, Stabilität und Sicherheit	Feminismus als »Bedrohung der traditionellen und stabilisierenden (religiösen) Ordnung, der Kleinfamilie und der Geschlechterrollen«
männerbündischer Antifeminismus	Idealisierung und Bestärkung traditioneller Männlichkeit, misogynen Hassprojektionen und Angst vor Frauen	Unterscheidung »guter« und »schlechter« Frauen, Versuch der Zähmung von »gefallenen Frauen«, Drohungen, körperliche und psychische Gewalt
rechtsnationaler Antifeminismus	natürliche Ordnung, autochthone Familienideale, Furcht vor dem »Volkstod«	biologistische Verteidigung der Geschlechterrollen, rassistische Idealisierung der »guten deutschen Frau und Mutter«
verschwörungstheoretischer Antifeminismus	antifeministische, antisemitische und rassistische Ressentiments als Welterklärung	z.B. »Umvolkungstheorie«, »Genderlobby«, »Genderwahn«

Neben einem traditionsorientierten Antifeminismus, der im konservativen Bereich angesiedelt ist, und dem klassischen Sexismus, der mit dem moderneren Rollenverständnis hadert, findet sich ein neoliberaler Antifeminis-

mus, der das Argument der individuellen Leistungsorientierung gegenüber der Frauenförderung in der Gleichstellungspolitik ausspielt. Doch damit nicht genug. Insbesondere die Dimensionen des männerbündischen, des rechtsnationalen und des verschwörungstheoretischen Antifeminismus lassen breite Anknüpfungsflächen für antisemitische und rassistische Ressentiments sowie für rechtsextreme Mobilisierungen vermuten. Dabei unterscheiden sich die Antifeminismen zwar in ihren Elementen, weisen aber auch Verschränkungen auf der Akteursebene auf. Ob sich die Formen des Antifeminismus auch in den Einstellungen manifestieren, werden die folgenden Analysen zeigen.

Die Messung von Antifeminismus

Bislang wurde Antifeminismus kaum empirisch erforscht, obwohl er in der Öffentlichkeit zunehmend diskutiert wird. Allgemein fällt auf, dass Indikatoren für das Phänomen in Bevölkerungsumfragen fast vollständig fehlen. In der Regel finden sich nur wenige Items zum Sexismus, die zwar mit antifeministischen Positionen in Beziehung stehen, sie aber nur indirekt ansprechen (siehe Zick et al., 2019, S. 72–73). Gleichzeitig scheinen entsprechende Fragestellungen zu Sexismus und Antifeminismus durchaus einen eigenen Bereich innerhalb breiter Abwertungsstrategien aufzuspannen und können als Anknüpfungspunkt für die Erfassung antifeministischer Vorurteile und Ressentiments dienen. So identifizierten zum Beispiel die Daten des Berlin-Monitors deutliche Ressentiments gegen Gleichstellungspolitiken (Pickel et al., 2019, S. 29 ff.). Um dem Phänomen Antifeminismus angemessen empirisch-methodisch zu begegnen, haben wir in der Leipziger Autoritarismus Studie 2020 ein eigenes Instrument entwickelt. Tabelle 2 listet links die Indikatoren auf, mit denen wir die in Tabelle 1 genannten Dimensionen operationalisiert haben.

Da die Erfassung eines derzeit noch unspezifischen Phänomens testbedürftig ist, haben wir eine explorative Faktorenanalyse durchgeführt (Tab. 2). Sie erbringt auf den ersten Zugriff eine Lösung mit zwei Dimensionen: zum einen Diskriminierungsbewusstsein und Antidiskriminierungsorientierung (Profeminismus), zum anderen antifeministische (Antifeminismus) und sexistische Überzeugungen (Sexismus). Doch schnell wird deutlich, dass sich diese beiden Dimensionen statistisch nur schwer

zu einer Dimension des Antifeminismus zusammenführen lassen, auch wenn zwischen ihnen bivariate Beziehungen bestehen. Betrachten wir die Erklärungskraft und die Item-Responsivitäten und ziehen zusätzlich die inhaltliche Plausibilität heran, entstehen Zweifel, ob wir es hier mit *einer* Dimension zu tun haben. Da selbst bei einer *zweidimensionalen* Lösung einige der verwendeten Variablen nicht hinreichend aufgeklärt werden und auch die Eigenwerte entsprechende Hinweise geben, empfiehlt sich nach den Ergebnissen der Faktorenanalyse eine *dreidimensionale Lösung* (Tab. 2). Diese ist robust, und die ermittelten Dimensionen erreichen auch jede für sich gute Skalenwerte und Inter-Item-Beziehungen in einer Reliabilitätsanalyse. Die Faktorenanalyse ermittelt über Strukturvergleiche zusammengehörige und divergierende Dimensionen des Antwortverhaltens in Umfragedaten. Die Reliabilitätsanalyse prüft eine Skala ausgewählter Indikatoren hinsichtlich ihrer Reliabilität der Abbildung eines dahinterliegenden latenten Phänomens (Pickel & Pickel, 2018, S. 182–191).

Tabelle 2: Faktorenanalyse der Aussagen zu Antifeminismus und Sexismus

	Faktor 1 (Antifeminismus)	Faktor 2 (Sexismus)	Faktor 3 (Profeminismus)
Frauen übertreiben ihre Schilderungen über sexualisierte Gewalt häufig, um Vorteile aus der Situation zu schlagen.	.83		
Durch den Feminismus werden die gesellschaftliche Harmonie und Ordnung gestört.	.77		
Frauen, die mit ihren Forderungen zu weit gehen, müssen sich nicht wundern, wenn sie wieder in ihre Schranken gewiesen werden.	.75		
Frauen machen sich in der Politik häufig lächerlich.	.69		
Eine Frau, die sich mehr auf ihren Beruf als auf Haushalt und Kinder konzentriert, sollte kein schlechtes Gewissen haben.*		–.86	

Fortsetzung Tabelle 2

	Faktor 1 (Antifeminismus)	Faktor 2 (Sexismus)	Faktor 3 (Profeminismus)
Die Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle als Ehefrau und Mutter besinnen.		.70	
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei der Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.		.68	
Frauen, die sich gegen eine Familie und Kinder entscheiden, empfinde ich als egoistisch.	.22	.64	
Die Diskriminierung von Frauen ist in Deutschland immer noch ein Problem.			.88
Die jetzige Beschäftigungspolitik benachteiligt die Frauen.			.80
Die Diskriminierung und Benachteiligung von Frauen muss unbedingt behoben werden.			.74

Schiefwinklige Faktorenanalyse (*oblimin*); dreifaktorielle Lösung bei Eigenwertkriterium = .90; kumuliertes Gesamterklärungspotenzial 63%; ausgewiesen Faktorladungen in der Mustermatrix; * aufgrund anderer Erhebungsform in der Darstellung gedreht

Inhaltlich plausibel ist die Unterscheidung zwischen einem männerbündisch, rechtsnational geprägten *Antifeminismus* und einem klassischen *Sexismus*, der auf traditionellen, verbreitet heteronormativen Rollenzuschreibungen beruht. Heitmeyer (2002) definiert Sexismus folgendermaßen:

Sexismus betont die Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Sinne einer Demonstration der Überlegenheit des Mannes und fixierter Rollenzuweisungen an Frauen. Sexismus ist ein Sonderfall, weil es hierbei nicht, wie bei den anderen Gruppen, um die Ungleichwertigkeit einer zahlenmäßigen Minderheit, sondern einer Mehrheit der Bevölkerung geht. (Heitmeyer, 2002, S. 20–21)

Das unter dem Terminus »klassischer Sexismus« behandelte Phänomen ist aus Studien der Familienforschung (siehe *International Social Survey Program-*

me, *Changing Family and Gender Roles*) bekannt und hebt auf die als »natürlich« angesehene, biologistisch erklärte Rollenteilung zwischen Mann und Frau ab. Als dritter Faktor etabliert sich – unerwartet – eine Sensibilität für die Diskriminierung von Frauen in Verbindung mit der Bereitschaft, diese abzubauen und im besten Falle sogar aufzuheben. Wir bezeichnen diese im Folgenden als *Profeminismus*, auch wenn die vielschichtigen Feminismen in den Skalen nur schematisch durch antidiskriminierungsorientierte Einstellungen abgebildet werden konnten.

Tabelle 3: Messindikatoren Antifeminismus, Sexismus und Profeminismus⁶

Skala/Item in LAS 2020	Phänomen bzw. latente Dimension	Herkunft des Items
Skala Antifeminismus (Reliabilität: Cronbachs $\alpha = .80$)		
Frauen machen sich in der Politik häufig lächerlich.	Antifeminismus (konservativ)	neu, Eigenkonstruktion
Frauen, die mit ihren Forderungen zu weit gehen, müssen sich nicht wundern, wenn sie wieder in ihre Schranken gewiesen werden.	Antifeminismus (männerbündisch)	neu, Eigenkonstruktion
Frauen übertreiben ihre Schilderungen über sexualisierte Gewalt häufig, um Vorteile aus der Situation zu schlagen.	Antifeminismus (männerbündisch)	neu, Eigenkonstruktion
Durch den Feminismus werden die gesellschaftliche Harmonie und Ordnung gestört.	Antifeminismus (rechtsnational)	neu, Eigenkonstruktion
Skala Sexismus (Reliabilität: Cronbachs $\alpha = .79$)		
Eine Frau, die sich mehr auf ihren Beruf als um ihre Kinder kümmert, sollte kein schlechtes Gewissen haben.	(Anti-)Sexismus	neu, Eigenkonstruktion AG PKKM*
Die Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle als Ehefrau und Mutter besinnen.	Sexismus	Geschlechterrollen, klassischer Sexismus**
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei der Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.	Sexismus	Geschlechterrollen, klassischer Sexismus**

⁶ Die Konstruktion der Items für die Skala zu Antifeminismus erfolgte von Charlotte Höcker in Zusammenarbeit mit Hannah Eitel und Oliver Decker.

Fortsetzung Tabelle 3

Skala/Item in LAS 2020	Phänomen bzw. latente Dimension	Herkunft des Items
Frauen, die sich gegen eine Familie und Kinder entscheiden, empfinde ich als egoistisch.	Sexismus	neu, Eigenkonstruktion
Skala Profeminismus (Reliabilität: Cronbachs $\alpha = .75$)		
Die Diskriminierung von Frauen ist in Deutschland immer noch ein Problem.	Profeminismus (Diskriminierungsbewusstsein)	neu, Eigenkonstruktion
Die jetzige Beschäftigungspolitik benachteiligt die Frauen.	Profeminismus (Diskriminierungsbewusstsein)	neu, Eigenkonstruktion
Die Diskriminierung und Benachteiligung von Frauen muss unbedingt behoben werden.	Profeminismus (Antidiskriminierungsorientierung)	neu, Eigenkonstruktion

* In der Arbeitsgruppe des Projektes »Politische Kultur und Kirchenmitgliedschaft« (PKKM) sind als Projektleiter Gert Pickel sowie Antje Buche, Oliver Decker, Stefan Huber, Antonius Liedhegener, Susanne Pickel, Hilke Rebenstorf und Alexander Yendell beteiligt.

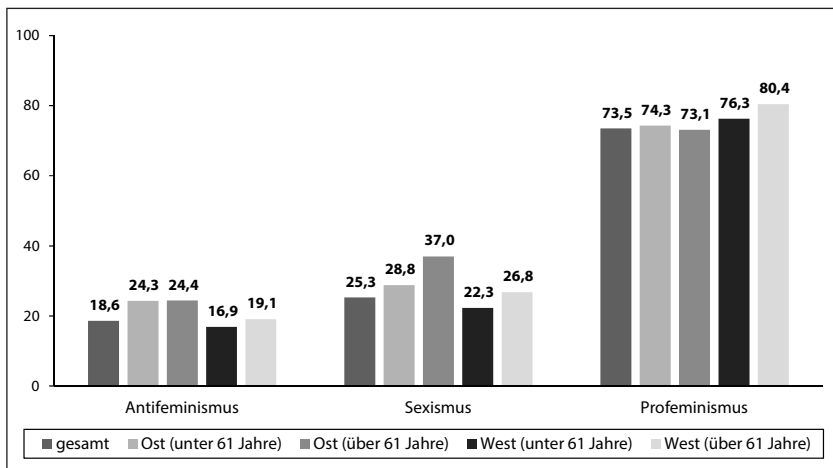
** siehe Heitmeyer (2002), S. 20–21

Die dritte Dimension (Profeminismus) unterscheidet sich deutlich von den anderen beiden (Antifeminismus und Sexismus), zwischen denen jedoch eine beachtliche Binnenkorrelation von .53 besteht, was auf massive Überschneidungen bei diesen Einstellungen hindeutet. Genau genommen sind die Aussagen zu Sexismus und Antifeminismus mit einem mittleren Cronbachs Alpha von .64 sogar zu einer Skala kombinierbar, wenn man die Dimension Profeminismus unberücksichtigt lässt. Inhaltlich heißt das: Sexistische und antifeministische Positionen liegen oft nah beieinander. Dennoch ist es sinnvoll, in der Analyse von drei Dimensionen auszugehen, da dies bei der Erklärung weiterführt. Dies belegen auch Skalentestungen und Reliabilitätsanalysen. So ergeben sich nach der Durchführung einer Faktoren- und Itemanalyse drei robuste Skalen. Tabelle 3 stellt sie Skalen und ausformulierten Items sowie die zugrundeliegenden Phänomene dar. Die Items können nun einzeln oder als dimensionale Abbildungen für Darstellungen und Berechnungen verwendet werden.

Die Verbreitung von Antifeminismus

Die Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studie 2020 zeigen, dass der Antifeminismus in Deutschland weit verbreitet ist. Über ein Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung (47,3% der Männer und 28,7% der Frauen) stimmt zumindest einer antifeministischen Aussage zu. Zwar sinkt der Anteil bei der Betrachtung überzeugter antifeministischer Einstellungen bei Nutzung der Skala auf knapp mehr als ein Fünftel der Befragten, trotzdem bleibt Antifeminismus auf der Einstellungsebene ein relevantes gesellschaftliches Problem. Dies trifft sogar noch etwas stärker für sexistische Einstellungen oder dem Festhalten an traditionellen Rollenbildern zu. In Grafik 2 sind die prozentualen Häufigkeiten geschlossen antifeministischer, sexistischer und profeministischer Weltbilder (überwiegende Zustimmung zu allen Items) in Deutschland nach Altersgruppen dargestellt.

Grafik 2: Häufigkeit von geschlossen antifeministischen, sexistischen und profeministischen Weltbildern in Deutschland, differenziert nach Alter in Ost und West (in %)



Etwa drei Viertel der Befragten (73,5%) erkennen eine Diskriminierung von Frauen und möchten diese auch beheben. Diese hohen Werte des Profeminismus stützen das Bild einer breiten Anerkennung von Gleich-

stellung und Gleichwertigkeit der Geschlechter in Deutschland. Damit lässt sich für eine deutliche Mehrheit sagen, dass sich die Sensibilität für die Problematik durchgesetzt hat, was aber noch nicht zwingend eine progressive Antidiskriminierungspraxis beinhaltet. Gleichzeitig sind große Gruppen an Personen erkennbar, die sexistisch oder antifeministisch denken. Besonders häufig sind antifeministische und insbesondere sexistische Weltbilder in der Gruppe der über 61-jährigen Ostdeutschen; andersherum sind profeministische Einstellungen bei ihnen besonders selten. Auch in der Gruppe der jüngeren Ostdeutschen (unter 61 Jahre) ist Antifeminismus kaum weniger verbreitet. Allerdings finden sich bei ihnen etwas seltener sexistische und geringfügig häufiger profeministische Weltbilder. In der Gruppe der unter 61-jährigen Westdeutschen sind profeministische Weltbilder etwas häufiger als bei den Ostdeutschen, was für die Auswirkungen der langen Tradition feministischer Bewegungen in Westdeutschland spricht. Antifeministische und sexistische Weltbilder sind hier im Vergleich zu den ostdeutschen Gruppen und den älteren Westdeutschen seltener. Die profeministischen Weltbilder sind in der Gruppe der über 61-jährigen Westdeutschen am häufigsten, was zeigt, dass ein profeministisches Weltbild durchaus mit sexistischen und antifeministischen Weltbildern einhergehen kann. Diese Beobachtung passt zur aktuellen Entwicklung, dass Diskurse und Themen der feministischen Bewegung von verschiedenen Gruppen, auch von Rechten, besetzt werden, um Frauen für ihre Projekte zu mobilisieren und ihnen darin (pseudo-)emanzipative Angebote zu machen (Autor*innenkollektiv FE.IN, 2019). Die Ergebnisse widersprechen der verbreiteten Vorstellung, dass die Gleichstellung in den neuen Bundesländern fortgeschrittener sei, weil viele der heute im Osten lebenden Menschen noch in der DDR sozialisiert wurden – einem Staat, der an formaler Gleichstellung orientiert war. Aktuell bestätigt sich diese Annahme nicht, was an Veränderungen oder einfach einer Fehldeutung der Sozialisationswirkungen in Ostdeutschland liegen könnte.

Antifeministische, sexistische und profeministische Einstellungen sind nicht gleichmäßig über die deutsche Bevölkerung verteilt, vielmehr werden markante soziodemografische Unterschiede deutlich (Tab. 4). Zwar zeigen die Ergebnisse, dass antifeministische Überzeugungen über die Geschlechter, Sozialisationsorte, Altersgruppen, Einkommenslagen und Bildungsgrade hinweg existieren, allerdings sind sie häufiger bei Männern und Menschen mit formal niedriger Bildung und seltener unter Frauen

und Menschen mit Abitur. Insgesamt weist jeder vierte Mann und jede zehnte Frau in Deutschland ein geschlossen antifeministisches Weltbild auf. Das überrascht nicht, handelt es sich beim Antifeminismus doch im Wesentlichen um ein Problem von Männern, das aus der Angst vor Macht- und Kontrollverlust, aus Verunsicherung im Männerbild und der Projektion dieser Ängste auf den sie gefährdenden Feminismus erwächst (Anderson, 2015, S. 50–51, 76–78). Speziell beim Rollenverständnis (Sexismus) wirkt sich der Bildungsgrad in entscheidender Weise aus. Doch auch ein kleinerer Anteil der Frauen ist offensichtlich in Sorge um ihr (traditionelles) Lebensmodell und neigt, wenn durch das emanzipatorische Begehren anderer Frauen bedroht, zu antifeministischen (12,0%) und sexistischen (21,0%) Positionen.

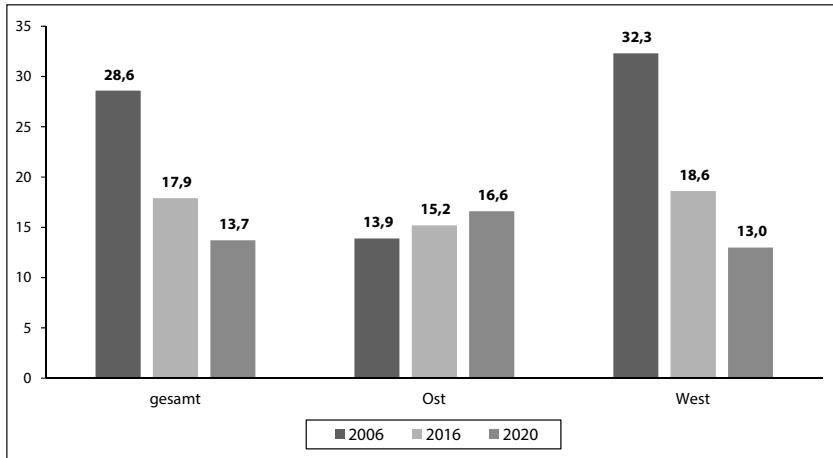
Tabelle 4: Antifeminismus, Sexismus und Profeminismus nach soziodemografischen Merkmalen (in %)

	Antifeminismus	Sexismus	Profeminismus
Geschlecht			
männlich (N = 1.173)	27,3	31,9	66,8
weiblich (N = 1.329)	12,0	21,0	83,7
Wohnort in Deutschland			
Ost (N = 538)	24,3	30,6	74,0
West (N = 1.722)	17,4	23,3	77,2
Altersgruppen			
14–30 Jahre (N = 617)	19,1	24,8	74,4
31–60 Jahre (N = 1.314)	18,6	25,0	75,7
ab 61 Jahre (N = 572)	20,5	30,1	77,4
monatliches Einkommen			
< 750 € (N = 80)	22,5	33,8	77,5
750–1.250 € (N = 263)	19,8	28,1	76,0
1.250–2.000 € (N = 475)	23,6	28,0	77,3
> 2.000 € (N = 1.493)	17,5	24,3	75,6
formaler Bildungsgrad			
kein Abitur (N = 1.733)	22,7	30,4	74,9
Abitur (N = 763)	10,9	16,3	77,7

Insgesamt bleiben diese Einstellungen aber weitgehend ein Männerphänomen. Relativ wenig Einfluss auf die drei Dimensionen besitzen Einkommen und ökonomische Möglichkeiten. Selbst wenn neoliberale Marktverhältnisse die Konkurrenzsituation zwischen Männern und Frauen verschärfen, bleibt die geringe Varianz von Antifeminismus und Sexismus auch entlang der Einkommensgruppen recht stabil.

Was die längeren Entwicklungslinien betrifft, liegen uns zum Antifeminismus bislang keine Langzeitdaten zum Vergleich vor, denn wir haben die Items (Tab. 4) für die Leipziger Autoritarismus Studie 2020 überwiegend neu konstruiert und mit der Vielzahl von Variablen erst ein breiteres Instrumentarium zur Messung des Antifeminismus geschaffen. Anders sieht es beim Sexismus aus. Bereits in den *Leipziger »Mitte«-Studien* 2006 und 2016 wurde ein Instrument zur Messung von Sexismus und Profeminismus eingesetzt, das unter dem Begriff »Sexismus« interpretiert wurde. Den Probanden waren in diesen Erhebungen vier Aussagen zur Beurteilung vorgelegt worden: »Die Diskriminierung von Frauen ist in Deutschland immer noch ein Problem«, »Die jetzige Beschäftigungspolitik benachteiligt die Frauen«, »Die Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter konzentrieren« und »Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen«; die ersten beiden Aussagen bezogen sich also auf den Umstand der Diskriminierung allgemein und den Zugang zum Arbeitsmarkt, die anderen beiden auf tradierte sexistische Forderungen (Decker et al., 2016, S. 58). Obwohl sich die damals verwendeten Indikatoren nun in zwei Dimensionen aufspalten – statt der einen Dimension Sexismus gibt es mit unserer Weiterentwicklung nun die beiden Dimensionen Sexismus und Profeminismus –, ist es durch eine Kombination der früher verwendeten Variablen zu einem Index möglich, Zeitvergleiche durchzuführen. Um exakter zu differenzieren, nennen wir das zuvor gemessene Konstrukt »Sexismus (frühere Erfassung)«. Bei der Betrachtung der Daten in Grafik 3 sehen wir im Zeitverlauf deutliche Veränderungen, vor allem das Rollenverständnis in Westdeutschland betreffend. Im Westen fanden die gemessenen Aussagen 2006 immerhin 32,3% Zustimmung, 2020 nur noch 13,0% – der Sexismus ging also massiv zurück. Im Osten lagen die Zustimmungswerte bereits 2006 bei nur 13,9% und stiegen bis 2020 leicht auf 16,6% an.

Grafik 3: Zustimmungswerte zur Skala »Sexismus (frühere Fassung)« 2006–2020 (in %)



Ausgewiesene Werte sind Zustimmungswerte zur Skala »Sexismus (frühere Erfassung)« (siehe auch Decker et al., 2016, S. 58) in den Jahren 2006, 2016 und 2020

Dieses Ergebnis deckt sich mit anderen Datensätzen, zum Beispiel mit der Erhebung von Zick et al., die ebenfalls einen massiven Rückgang des auf Rollenbilder bezogenen Sexismus seit 2002 feststellt (2019, S. 83). Gleichzeitig können wir eine erhöhte Sensibilität für die Diskriminierung von Frauen in Westdeutschland feststellen. Insgesamt lässt sich also eine positive Entwicklung der Wahrnehmung von Diskriminierung und Veränderungen von Rollenbildern als einem gesellschaftlichen Wandel erkennen. Inwieweit das allerdings dem stark politisch geprägten Antifeminismus entgegenwirkt, bleibt an dieser Stelle offen. Möglicherweise hilft es weiter, mehr über die Gründe für antifeministische Ressentiments und sexistische Einstellungen zu erfahren. Dem wollen wir im folgenden Abschnitt nachgehen.

Erklärungsfaktoren des Antifeminismus

Warum entwickeln Menschen eine antifeministische Weltsicht? Dazu sind verschiedene Hypothesen möglich. Ordnen wir den Feminismus als eine emanzipative Bewegung ein, mit der absichtsvollen Demokratisierung

des Geschlechterverhältnisses und der Bekämpfung von Ungleichheitsverhältnissen sowie der kulturell tradierten Misogynie und Frauenfeindschaft (Grafik 1; Anderson, 2015; Benhabib et al., 1993; Butler, 1990; Millet, 1959), dann gerät er in Konflikt mit dem Wunsch, eine traditionelle, heteronormative Gesellschaftsordnung zu bewahren. Nicht nur stellt ein kultureller feministischer Turn traditionelle Werte und Beziehungsweisen infrage, sondern die Bekämpfung männlicher Herrschafts- und Machtvorzüge geht auch mit einem Verlust an Vorrechten, Ressourcen und gesellschaftlichem Ansehen für Männer einher. Aus männlich-hegemonialer und konservativer Perspektive gibt es somit durchaus objektive Gründe, gegen den Feminismus vorzugehen – und antifeministische Ressentiments zu entwickeln. Darüber hinaus ist anzunehmen, dass traditionalistische oder konservative Wertvorstellungen antifeministische Einstellungen bestärken. Da ein konservatives oder dogmatisches Verständnis von Religiosität den Rollenerwartungen des Antifeminismus nahesteht, wären auch in dogmatischen christlichen und muslimischen Gemeinden stärkere Abwehrhaltungen gegen den Feminismus nicht überraschend. Zudem kann Antifeminismus ein Bestandteil von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder Rassismus sein (Benedict, 2019; Rattansi, 2007). Folgt man dieser Linie, liegt es nahe, auf autoritäre Einstellungen als eine Triebkraft für Antifeminismus zu setzen. Und noch ein anderer Grund führt in diese Richtung: Antifeminismus kann als symptomatische Reaktion auf Modernisierungsprozesse – insbesondere auf die Infragestellung der Geschlechterordnung – verstanden werden. Die antifeministische Weltsicht dient dann der reaktionären Verteidigung einer als autonom und stabil erlebten männlichen Subjektposition (Theweleit, 1993; Pohl, 2012) und verhindert damit eine progressive Auseinandersetzung mit der fortschreitenden Auflösung der Geschlechterordnung. Dabei ist Antifeminismus doppelt attraktiv: Zum einen werden Schuldige für die komplexen Anforderungen moderner Geschlechterspannungen identifiziert (z.B. Feministinnen und jüdische Eliten), zum anderen wird das stabilisierende Identitätsangebot (Geschlechterrollen) geschützt und durch rassistische Körper- und Familienpolitiken zusätzlich aufgewertet (Autor*innenkollektiv FE.IN, 2019). Außerdem sind antifeministische Abwehrreaktionen in die Strukturen der kapitalistischen Ökonomie mit neoliberalen, konkurrenzorientierten Maßnahmen zur Leistungs- und Effizienzsteigerung eingebettet, die einer demokratischen, feministischen und antidiskriminierungsorientierten

Entwicklung widersprechen (Frazer, 2009; Schutzbach, 2018). Auch bei den Effekten des formalen Bildungsniveaus auf antifeministische Einstellungen scheinen diese gesellschaftlichen Verhältnisse wirksam zu sein. Die Bewusstwerdung und progressive Auseinandersetzung mit Ungleichheitsverhältnissen und -ideologien braucht die Möglichkeit zu längeren individuellen Entwicklungsphasen, die in einer längeren Ausbildungszeit selbstverständlicher gegeben ist. So kann mit zunehmender Ausbildung eine höhere Sensibilität für Fragen der Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit entstehen. Im Folgenden (Tab. 5) testen wir mit linearen Regressionsanalysen auf die Kennzeichnungsfaktoren und Unterskalen des Antifeminismus die Einflussgrade unterschiedlicher Konstrukte.

Tabelle 5: Einflussfaktoren der Dimensionen Antifeminismus, Sexismus und Profeminismus

	Antifeminismus	Sexismus	Profeminismus
Geschlecht (Richtung: Frau)	-.23	-.15	+.23
Familienstand (geschieden)	n.s.	-.06	n.s.
Familienstand (verheiratet)	n.s.	+.05	n.s.
Familienstand (ledig)	n.s.	-.05	+.06
Alter	+.06	+.06	n.s.
Haushaltseinkommen	-.05	-n.s.	n.s.
Bildungsniveau (hohe formale Bildung)	-.05	-.06	n.s.
Bildungsniveau (niedrige formale Bildung)	n.s.	+.06	n.s.
konfessionslos	-.05	-.08	n.s.
katholisch	n.s.	n.s.	n.s.
evangelisch	n.s.	n.s.	n.s.
muslimisch	n.s.	+.16	n.s.
Wohnort (Richtung: Ostdeutschland)	n.s.	n.s.	-.06
soziale Dominanzorientierung	+.20	+.23	-.19
Autoritarismus	+.16	+.14	-.07
Verschwörungsmentalität	+.13	+.10	-.08

Fortsetzung Tabelle 5

	Antifeminismus	Sexismus	Profeminismus
Ideologische Links-rechts-Orientierung (Ausrichtung rechts)	+07	n.s.	-.07.
Sozialvertrauen	-.06	-.05	n.s.
Demokratielegitimität	-.04	-.04	-.06
Vertrauen in den Bundestag	n.s.	n.s.	n.s.
wirtschaftliche Effektivität/ Einschätzung eigene wirtschaftliche Lage	n.s.	n.s.	n.s.
politische Effektivität/ kein Einfluss auf Politik	n.s.	n.s.	n.s.
R-Quadrat	R = .31	R = .27	R = .14

Berechnungen mit linearen Regressionsanalysen; ausgewiesen standardisierte beta-Werte der Regression; hier: n.s. = kein signifikanter Bezug, ausgewiesen Werte ab $r = .05$

Tabelle 5 stellt die Ergebnisse der Regressionsanalysen dar. Zum einen erweist sich, dass die Unterscheidung in die drei Dimensionen Antifeminismus, Sexismus und Profeminismus sinnvoll ist, denn neben Überschneidungen in den Erklärungsstrukturen zeigen sich markante Differenzen. *Antifeministische Einstellungen* lassen sich – wenig überraschend – vor allem durch den Einflussfaktor Männlichkeit erklären. Gegen antifeministische Einstellungen wirken vor allem ein höheres Haushaltseinkommen, ein formal höherer Bildungsabschluss und Sozialvertrauen. Allerdings sind diese Effekte ausgesprochen schwach. Sich auf feministische Entwicklungen einzulassen, setzt Vertrauen in die Umwelt und in andere Menschen voraus. Wer dagegen unter Bedrohungsängsten leidet und sich vor dem Verlust der eigenen Stellung und Dominanz fürchtet, ist offenbar anfälliger für antifeministische Ressentiments. Dies belegt der zweitstärkste Erklärungsfaktor: die soziale Dominanzorientierung (Sidanius & Pratto, 1999; Jonas et al., 2014, S. 513–515), die mit der wahrgenommenen Bedrohung der männlichen Hegemonie verbunden ist. Ähnliches zeigt sich bei als bedrohlich wahrgenommenen Veränderungen in heteronormativen Geschlechterbeziehungen (Andrejewski et al., 2016, S. 27–32).

Der auf die Geschlechterrollen fokussierte *Sexismus* zeigt eine ähnliche Struktur wie der Antifeminismus. Allerdings manifestieren sich hier

statistische Wirkungen des Familienstandes, die für den Antifeminismus keine Bedeutung haben: So lehnen nach wie vor verheiratete oder dauerhaft zusammenlebende Paaren und Familien die gerechte Aufteilung von produktiven und reproduktiven Tätigkeiten unter den Geschlechtern am häufigsten ab. Hier gewinnen Fragen der Rollenverteilung an Virulenz: Zwar lehnt man die weiblichen Gleichberechtigungsbestrebungen nicht grundsätzlich ab, findet sie möglicherweise sogar legitim und will gern den Imagegewinn eines progressiven Menschen mitnehmen, doch in der eigenen Familie ist einem die traditionelle Rollenverteilung doch am angenehmsten. Ein höherer Bildungsstand sensibilisiert für Geschlechtergerechtigkeit und macht eine Öffnung der Rollenzuweisungen in der Familie wahrscheinlicher. In Bezug auf religiöse Gruppen zeigen sich folgende Effekte: Einerseits wirkt Konfessionslosigkeit negativ, andererseits die Zugehörigkeit zur islamischen Religionsgemeinschaft positiv auf den Sexismus. Deutlicher noch als beim Antifeminismus wirkt sich die soziale Dominanzorientierung auf Sexismus aus, während der Einfluss von Autoritarismus und der Offenheit für Verschwörungstheorien etwas zurücktreten.

Dass der Antifeminismus eine stark politisch geprägte Positionierung darstellt, zeigen die beachtlichen statistischen Effekte von Verschwörungsmentalität und Autoritarismus. Autoritäre Einstellungen und eine Verschwörungsmentalität erweisen sich als zentrale Triebkräfte für antifeministische Einstellungen und besitzen gleichzeitig eine hohe Relevanz für den Sexismus – hängen beide Vorstellungswelten doch eng mit traditionellen Rollenbildern zusammen (siehe auch Zick et al., 2019, S. 220). Wer sich auf der Skala der politischen Ideologien rechts positioniert, ist auch eher antifeministisch eingestellt – während dieser Effekt für den Sexismus nicht gilt. Erst beim Profeminismus gewinnt die politische Einordnung wieder an Relevanz: Wer sich links einordnet, ist eher profeministisch. Während (sexistische) Rollenbilder weniger ein politisches, als ein individuelles und gruppenspezifisches Problem zu sein scheinen, sind generelle Haltungen zur feministischen Bewegung ohne Zweifel ein Kernbestand politischer Auseinandersetzung. Insgesamt wird Sexismus in erheblichem Umfang von einer Kombination aus Männlichkeitsvorstellungen und Ängsten um deren Verlust in einer sich demokratisierenden und modernisierenden Gesellschaft getragen, während antifeministische Ressentiments politisch-ideologische Positionen verfolgen.

Die Ergebnisse zum Profeminismus weichen hiervon deutlich ab. Zunächst ist die Erklärungskraft dieser Dimension insgesamt niedriger als die der beiden anderen. Auch die einzelnen Einflussfaktoren schlagen weniger zu Buche: Besonders die Offenheit für Verschwörungstheorien oder die Einschätzung, ob Frauen in der Gesellschaft diskriminiert werden, besitzen kaum Relevanz für die Entstehung profeministischer Einstellungen. Vielmehr scheint es sich um eine grundsätzliche Haltung, eine relativ kontingente individuelle Überzeugung zu handeln. Nur wenige Faktoren lassen sich hier überhaupt ausmachen: So zeigt sich ein negativer Effekt bei Ostdeutschen, bei Menschen mit eher rechter politischer Ideologie und bei (älteren) Männern. In die Richtung einer kontingenten Einstellung deuten auch die fehlenden Effekte des Bildungsniveaus. Angesichts der eingangs präsentierten Häufigkeiten bedarf dieses Ergebnis weiterer Forschung. Gerade der Kontrast zu den Strukturen, die Antifeminismus und Sexismus erklären, untermauert die Heterogenität der drei Dimensionen – und die Richtigkeit der Faktorenanalyse.

An den Regressionsanalysen ist ferner bemerkenswert, dass weder die Einschätzung der gegenwärtigen ökonomischen Lage, noch die Wahrnehmung zu geringen politischen Einflussmöglichkeiten statistische Relevanz für die Dimensionen Antifeminismus und Sexismus besitzen. Indikatoren für die demokratische politische Kultur (wie das Vertrauen in den Bundestag und der Legitimität der Demokratie) wirken nur leicht hemmend auf antifeministische Überzeugungen und sind gegenüber anderen Einflussfaktoren als nachgeordnet einzustufen. Auch wenn ein sexistisches Rollenverständnis in der Politik den sozialen Status von Frauen enorm beeinflussen kann, so ist der Einfluss der sozialen Lage auf die Ausbildung sexistischer und antifeministischer Ressentiments als gering einzustufen. Insbesondere die geschlechtliche Sozialisation, sowie weitere psychosoziale Faktoren (Soziale Dominanzorientierung, Autoritarismus und Verschwörungsmentalität) scheinen ausschlaggebende Anknüpfungspunkte für die Politisierung sexistischer und antifeministischer Ressentiments zu sein.

Politische Folgen von antifeministischen und sexistischen Einstellungen

Die Verbreitung antifeministischer Einstellungen bleibt nicht ohne Folgen, ist doch gerade diese Einstellungsdimension – nach der Ablehnung von Migration, der Abwertung von Geflüchteten und dem antimuslimischen Rassismus – das am häufigsten verwendete Mobilisierungsargument von rechtspopulistischen und rechtsextremen Bewegungen. Auch die AfD kann ihre teilweise rechtsextreme Wählerschaft mit diesen Themen erreichen (Decker, 2018, S. 26–31; Pickel & Yendell, 2018, S. 234–235). In ihrem Parteiprogramm nimmt zum Beispiel die Forderung, an den Universitäten die Lehrstühle in den Gender Studies abzuschaffen, beachtlichen Raum ein; die öffentlichen Verlautbarungen gegen einen »Gender-Wahn« sind kaum zu zählen. Andere Parteien, im Besonderen die Grünen und Die Linke, haben in den vergangenen Jahren dagegen profeministische Kampagnen in ihrer politischen Arbeit forciert. Doch wie spiegeln sich die Parteiprogramme und Mobilisierungskampagnen in der Wählerschaft wider?

Tabelle 6 zeigt die Unterschiede in den Häufigkeiten antifeministischer und sexistischer Ressentiments nach Parteipräferenz. Deutlich wird, dass die Wählerschaft der Grünen besonders selten antifeministisch (5,4%) und sexistisch (14,6%) denkt. Sexismus ist unter denjenigen, die angeben die CDU/CSU oder die AfD zu wählen, mit jeweils 31,7% gleich häufig, während jene, die nicht zur Wahl gehen, hier den Spitzenwert von 33,3% erreichen. Antifeminismus dagegen ist nur in der Wählerschaft der AfD ausgeprägt (46,2%). Bei ihr ist auch der Profeminismus signifikant seltener als bei den Wählerschaften aller anderen Parteien. Während also Sexismus bei der AfD-Wählerschaft leicht überrepräsentiert ist, wird diese Einstellung auch von anderen gesellschaftlichen Gruppen geteilt, etwa dort, wo konservative und traditionelle Familien- und Rollenbilder auf Sympathie stoßen, und weniger in öffentlichen politischen Debatten als im privaten Raum. Anders verhält es sich mit Antifeminismus. Zusammen mit der Ablehnung von Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsmaßnahmen ist er Teil eines politischen Programms, das insbesondere – und dies erfolgreich mobilisierend – von rechtspopulistischen, rechtsradikalen und rechtsextremen Parteien und ihrer Wählerschaft vorangetrieben wird.

Tabelle 6: Antifeminismus, Profeminismus und Sexismus, politische und religiöse Selbsteinschätzung (in %)

	Antifeminismus	Sexismus	Profeminismus
Parteipräferenz			
CDU/CSU (N = 419)	19,6	31,7	72,8
SPD (N = 235)	15,7	23,8	81,7
FDP (N = 46)	15,2	15,2	73,9
Die Linke (N = 119)	12,6	18,5	84,9
Grüne (N = 236)	5,4	14,6	83,7
AfD (N = 104)	46,2	31,7	56,7
Nichtwahl (N = 318)	27,7	33,3	73,6
andere Partei (N = 75)	24,0	21,3	69,3
weiß nicht (N = 532)	18,5	25,3	77,2
Religionszugehörigkeit			
katholische Kirche (N = 694)	18,9	27,4	76,5
evangelische Kirche (N = 641)	15,1	21,5	79,7
evangelische Freikirche (N = 35)	25,7	22,9	65,7
islamische Religionsgemeinschaft (N = 117)	31,6	52,1	65,0
keine Religion/Konfession (N = 903)	20,2	24,4	75,3

Zur Interpretation der Daten lohnt es sich auch, auf die Religionszugehörigkeit zurückzugreifen, denn eine geläufige These ist ja, dass gerade Religion und Religiosität traditionelle Rollenbilder verteidigt (Thiessen, 2015, S. 159–161). Diese Annahme wird von unseren Daten nur in Teilen bestätigt (Tab. 6). Sie trifft auf Mitglieder evangelischer Freikirchen und islamischer Religionsgemeinschaften zu – bei ihnen sind antifeministische Einstellungen tatsächlich häufiger und profeministische Einstellungen seltener als im Durchschnitt. In diesen Gruppen finden sich in der Regel auch höhere Zustimmungswerte zu traditionellen und konservativen Werten sowie ein größerer Anteil dogmatisch Glaubender als in anderen Religionsgemeinschaften (Liedhegener et al., 2019; Pickel et al., 2020b, S. 172–176). Offenbar wirkt vor allem der *Dogmatismus* Gleichberechtigungsbestrebungen entgegen, und nicht per se Religiosität oder Religions-

zugehörigkeit. Zwar ist ein auf Tradition ausgerichteter Sexismus in Teilen der islamischen Religionsgemeinschaft offensichtlich stark vertreten, aber diese historisch bedingte Verankerung mündet nicht zwangsläufig in antifeministische Ressentiments oder eine inhaltliche Ferne zum Profeminismus. Auch bleibt die Häufigkeit, mit der muslimische Befragte antifeministischen Aussagen zustimmen, hinter den Werten der AfD-Wählerschaft zurück (31,6% versus 46,2%), und mehr Befragte muslimischen Glaubens schließen sich profeministischen Aussagen an (65,0%) als jene mit Nähe zur AfD (56,7%). Diese Ergebnisse nehmen dem rechtsextremen Argument den Wind aus den Segeln, die Rechte der Frauen müssten »vor dem Islam geschützt werden« (Pickel, 2018; Pickel et al., 2020a, S. 37–41, 60–67). Eher weisen die Ergebnisse auf die Bedrohung des demokratischen Zusammenlebens durch die AfD hin – ihre rechtsradikalen Positionen selbst sind es, die feministische und frauenbewegte Errungenschaften gefährden.

Tabelle 7: Korrelationen der Skalen Gewaltbereitschaft, Autoritarismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus mit den Skalen Antifeminismus, Sexismus und Profeminismus unter Kontrolle des Einflusses von Alter und Geschlecht

Skala/Item	Antifeminismus	Sexismus	Profeminismus
Rechtsextremismus	.51	.39	-.20
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	.40	.34	-.18
Chauvinismus	.42	.31	-.17
Ausländerfeindlichkeit	.44	.28	-.16
Antisemitismus	.44	.38	-.15
Sozialdarwinismus	.44	.38	-.19
Verharmlosung des NS	.37	.25	-.17
Autoritarismus	.35	.32	-.18
autoritäre Aggression	.27	.23	-.15
autoritäre Unterwürfigkeit	.27	.26	-.13
autoritärer Konventionalismus	.32	.28	-.16
Gewaltbereitschaft	.31	.20	-.10

für alle Korrelationen gilt: $p < .001$ (zweiseitig); eigene Berechnungen auf Grundlage der neuen und der etablierten Skalen Gewaltbereitschaft, Autoritarismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus (siehe Kap. 2)

Für diese Schlussfolgerung geben die Daten der Leipziger Autoritarismus Studie 2020 noch weitere Hinweise. So belegen die Korrelationen in Tabelle 7 einen starken statistischen Zusammenhang zwischen der Gesamtskala Rechtsextremismus und antifeministischen Einstellungen (siehe auch Cohen, 1992). Alle Dimensionen des Rechtsextremismus korrelieren moderat positiv mit Antifeminismus und Sexismus, besonders hoch sind die Zusammenhänge in den Dimensionen Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Sozialdarwinismus. In dieses Ergebnis reiht sich die historische und aktuelle Beobachtung, dass sich antisemitische und antifeministische Ressentiments in einem deutsch-nationalistischen Männlichkeitskult verschränken (Volkov, 2001, S. 71ff.), wobei auch die Verschränkungen mit querefeindlichen Ressentiments zu beachten sind (Ott, 2020). Diese Kultivierung von Männlichkeit ist teils instrumentell machterhaltend, teils externalisierend irrational, da passive und bedrohliche Aspekte der eigenen Geschlechtlichkeit und Sexualität in die »Anderen« projiziert und dort bekämpft werden (Pohl, 2012; Theweleit, 1993). Mit Blick auf die milieuübergreifende und verbindende Funktion des Antifeminismus prägte Shulamit Volkov (2001) den Begriff des »kulturellen Codes«. Ähnlich dem Antisemitismus fungiert Antifeminismus demzufolge als ein Erkennungsmerkmal für eine, teils völkisch ausgerichtete, antimoderne Allianz (FIPU, 2019). Die Gesamtskala Rechtsextremismus korreliert ebenfalls moderat mit Sexismus und schwach negativ mit Profeminismus. Bei der Betrachtung der Unterdimensionen des Rechtsextremismus sind die moderaten Zusammenhänge zwischen Sexismus und der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Antisemitismus und Sozialdarwinismus hervorzuheben.

Auch die Gesamtskala Autoritarismus korreliert moderat positiv mit Antifeminismus und Sexismus. Die Dimensionen autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus korrelieren jeweils für sich ebenfalls mindestens gering mit Antifeminismus und Sexismus. Ausschlaggebend scheint jedoch die moderate Korrelation des autoritären Konventionalismus mit Antifeminismus, was dafür spricht, dass Antifeminismus mit dem Festhalten an einer bekannten Ordnung einhergeht. Gleichzeitig wird deutlich, dass antifeministische Ressentiments vor allem mit politischen Aspekten rechtsradikaler und rechtsextremistischer Denkweisen korrespondieren, wohingegen subjektive Dispositionen – wie autoritäre Überzeugungen – dahinter zurücktreten. Dies entspricht den bereits präsentierten Ergebnissen in der Regressionsanalyse (Tab. 5).

Beachtlich ist überdies, dass Gewaltbereitschaft moderat mit Antifeminismus und noch gering mit Sexismus korreliert. Diese Tendenz zur Gewaltbereitschaft der antifeministisch (und in Teilen sexistisch) eingestellten Befragten ist insbesondere mit Blick auf einen organisierten Antifeminismus und sein Gewalt- und Bedrohungspotenzial bedenklich. Antifeministische Einstellungen sind damit keineswegs eine Lappalie, sondern ein fundamentales Element rechtsradikalen und rechtsextremistischen Denkens sowie Teil ihrer Taktik und Strategie. Der Zusammenhang gilt in beiden Richtungen: Wer rechtsextrem ist, neigt zum Antifeminismus, und wer antifeministisch ist, neigt zum Rechtsextremismus. Mit unseren Daten ist die Kausalität der statistischen Zusammenhänge noch nicht vollständig zu erklären. Plausibel erscheint die Annahme, dass der Zuwendung zu rechten Gruppierungen und der Entwicklung rechtsextremer Einstellungen zumindest eine gewisse Offenheit für antifeministische Positionen vorausgeht.

Antifeminismus: Ein antimodernes und antidemokratisches Phänomen

Wie dieses Kapitel gezeigt hat, stellt der Antifeminismus ein in Teilen der deutschen Bevölkerung verankertes *politisches Phänomen* dar. Nicht nur haben 27,3% der Männer und 12,0% der Frauen ein manifest antifeministisches Weltbild, auch bettet sich dieses Einstellungsmuster fließend in ein rechtspopuläres, rechtsradikales und rechtsextremes Argumentationsgeflecht ein. Diese Verzahnung wird durch verschiedene Zusammenhangsanalysen in der LAS 2020 eindrücklich belegt. Das wesentliche Ziel des Antifeminismus ist es, den demokratischen Prozess zu verhindern, der aktuell die Auspluralisierung und Auflösung der traditionellen Geschlechterordnung sowie der Emanzipation von Frauen aus gesellschaftlichen Ungleichheits-, Macht- und Herrschaftsverhältnissen anstrebt. Diese Blockadehaltung spricht Menschen in der deutschen Bevölkerung an. Die beachtlichen Bezüge zu autoritären Einstellungen, insbesondere zum Konventionalismus, aber vor allem die hohe Wirksamkeit sozialer Dominanzorientierungen können als Hinweis für diese Schlussfolgerungen dienen: Die Ängste von Männern, ihre gesellschaftliche Vormachtstellung gegenüber Frauen zu verlieren, sind die Grundlage sowohl für antifeministische und sexisti-

sche Einstellungen als auch für die Ablehnung von Antidiskriminierungsmaßnahmen und für die Abwertung anderer sozialer Gruppen (dies zeigen die Bezüge zu Antisemitismus und Muslimfeindschaft).

Menschen mit antifeministischen Einstellungen sind in Deutschland zwar eine *Minderheit*, die durch organisierten Antifeminismus mobilisierbar ist, aber weder eine besonders kleine, noch eine unsichtbare. Für antifeministische Ressentiments sind insbesondere Männer anfällig, aber auch Personen mit einem geringen formalen Bildungsabschluss sowie einer Tendenz zu Verschwörungsmentalität, Autoritarismus und Rechts extremismus. Auch religiöser Dogmatismus und vor allem ein fehlendes Vertrauen in sich selbst und in andere Menschen (Sozialvertrauen) bestärkt antifeministische und sexistische Einstellungen. Beachtlich ist die Wirkung einer Verschwörungsmentalität: Wer bereit ist, überall Verschwörungen zu sehen, sieht sie auch beim Abbau traditioneller Rollenbilder am Werk – auch dies lässt sich dann als Verschwörung liberaler Eliten deuten. Unsere Ergebnisse zeigen auch: Antifeminismus kann nicht ohne seine Verschränkungen mit Antisemitismus und Rassismus verstanden werden. Somit ist eine Nähe zu rechtsextremen Positionen gegeben. Antifeministische Strukturen und Bewegungen formieren sich dementsprechend verstärkt in der Wählerschaft der AfD, was angesichts der antifeministischen Positionen dieser Partei, die zu ihren durchschlagenden Mobilisierungsfaktoren zählen, nicht überrascht. Der verschwörungstheoretische und rechtsnationale Antifeminismus bedroht den demokratischen Pluralismus, der männerbündische und politische Antifeminismus schlägt dagegen die Brücke zu Ungleichwertigkeitsvorstellungen, rechtsextremem Gedanken- und Nationalismus.

Die Ablehnung einer »übertriebenen Gleichstellungspolitik«, des »Gender-Wahns« und der Wunsch nach deren Abschaffung, dem Schutz der »guten deutschen Frau« und der konventionellen Familie, sexistische Witze und »Männerweisheiten« reichen weiter in die Bevölkerung hinein als Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Ein Grund dafür ist die enge Verbindung zwischen antifeministischen Ressentiments und dem auf den Erhalt traditioneller Rollenbilder ausgerichteten *Sexismus*. Er verteidigt durch Verweise auf eine biologische und natürliche Geschlechterordnung die hegemoniale Männlichkeit und ihre Verhaltensideale. Dass diese Vorstellungen in den Köpfen der deutschen Bevölkerung nicht zwingend mit Antifeminismus zusammenfallen, zeigen die Dimensions-

analysen (Tab. 2) der Leipziger Autoritarismus Studie 2020. So werden antifeministische Einstellungen weit stärker politisch, sexistische dagegen durch Traditionsbewusstsein, Autoritätsglauben und Konventionalismus angetrieben. Gleichwohl bestärken sich beide Dimensionen gegenseitig. Dabei stimmt es grundsätzlich optimistisch, dass drei Viertel der Bevölkerung mittlerweile eine hohe Sensibilität für die Diskriminierung von Frauen bekunden, auch wenn dies nicht im Widerspruch zu Antifeminismus und Sexismus stehen muss. Auch dies zeigt die Dimensionsanalyse.

Gerade wegen seiner breiten Anschlussfähigkeit muss der Antifeminismus als eine fundamentale Bedrohung demokratischer und moderner Entwicklungen im Sinne der Emanzipation und Freiheit von Lebensentwürfen begriffen werden. Auch wenn sich der organisierte Antifeminismus aktuell vor allem gegen die Genderforschung und weitreichende Aspekte der Gleichstellungspolitik richtet, wohnt ihm die grundsätzliche Ablehnung der demokratischen Aushandlung der Geschlechterverhältnisse und der Emanzipation inne. Dies mündet in Kämpfen um Ressourcen, Rechte und Repräsentation, die zuvor von sozialen Bewegungen mühsam erstritten wurden. Die Ergebnisse verweisen auch auf die Gefahr, dass das antifeministische Selbstverständnis einer legitimen »Zurechtweisung von Frauen, die zu viel verlangen«, also Frauen, die nach gesellschaftlicher Teilhabe und der Durchsetzung ihrer Forderungen streben, potenziell mit Gewalt realisiert werden kann.

Fest steht nach den vorgelegten Analysen, dass es sich beim Antifeminismus um ein triftiges Problem handelt, das sich im rechtsradikalen und rechtsextremen Milieu – auch als ein Identifikations- und Identitätsmerkmal – stabilisiert hat. Dennoch darf es nicht als partikulares Problem der extremen Rechten abgetan werden. Antifeministische und sexistische Einstellungen sind kein Sonderphänomen, sondern in allen Bereichen der Gesellschaft verbreitet und bieten insbesondere für Männer, aber auch für einige Frauen einen Anknüpfungspunkt für antidemokratische und speziell antipluralistische Positionierungen. Dabei gilt es, die Unterscheidungen zwischen der Anerkennung von einem Profeminismus einerseits und dem politischen Antifeminismus sowie dem traditionsorientierten Sexismus andererseits genauso zu berücksichtigen wie die Relevanz der jeweiligen Zustimmungswerte in der Bevölkerung – stellen letztere doch in der Allgemeinheit das entscheidende Mobilisierungspotenzial gegen eine liberale pluralistische Demokratie und das Projekt der Emanzipation.

Eine geschlechterreflektierte Perspektive kann, das haben unsere Analysen deutlich gezeigt, die Rechtsextremismus- und Autoritarismus-Forschung um eine wesentliche Analyseebene erweitern. So scheint es auch zukünftig geboten, die Bedrohungspotenziale antifeministischer und sexistischer Einstellungen in die Analysen rechtsextremer und autoritärer Dynamiken zu integrieren und ihre Genese sowie ihre Verschränkungen mit anderen Ideologien und Machtverhältnissen noch tiefergehend zu analysieren.

Literatur

- Achtelik, K. (2018). Für Föten und Werte. In J. Lang & U. Peters (Hrsg.), *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt* (S. 117–138). Hamburg: Marta Press.
- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. & Sanford, N. (1973). *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Anderson, K. J. (2015). *Modern Misogyny. Anti-Feminism in a Post-Feminist Era*. Oxford: Oxford University Press.
- Andrejewski, S., Frindte, W. & Geschke, D. (2016). Der Einfluss von rechtsgerichtetem Autoritarismus und sozialer Dominanzorientierung auf homophobe Einstellungen. *Journal for Deradicalization*, 7, 26–67.
- Autor*innenkollektiv FE.IN (2019). *Frauen*Rechte und Frauen*Hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt*. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Axeli-Knapp, G. (2012). Konstellationen von Kritischer Theorie und Geschlechterforschung. In G. Axeli-Knapp (Hrsg.), *Im Widerstreit* (S. 175–192). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Benedict, R. (2019 [orig. 1940]). *Race. Science and Politics*. Athens: University of Georgia Press.
- Benhabib, S., Butler, J., Cornell, D. & Frazer, N. (1993). *Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bruns, C. (2008). *Politik des Eros. Der Männerbund in Wissenschaft, Politik und Jugendkultur (1880–1934)*. Hamburg: Böhlau.
- Butler, J. (1990). *Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity*. London: Routledge.
- Cohen, J. (1992). A Power Primer. *Psychological Bulletin* 1(112), 155–159.
- Crenshaw, K. (1989). Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. *The University of Chicago Legal Forum*, 140, 139–167.
- Culina, K. (2018). Verschwörungsdenken, Antifeminismus, Antisemitismus. Die Zeitschrift Compact als antifeministisches Diskursorgan. In J. Lang & U. Peters (Hrsg.), *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt* (S. 91–115). Hamburg: Marta Press.
- Decker, O. (2018). Flucht ins Autoritäre. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 15–64). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O. & Brähler, E. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, O. & Brähler, E. (2016). *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

- Decker, O. & Brähler, E. (2018). *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J., Eggers, E. & Brähler E. (2016). Die Mitte-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland* (S. 23–66). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kies, J. & Brähler, E. (2018). Antisemitische Ressentiments in Deutschland. Verbreitung und Ursachen. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 179–216). Gießen: Psychosozial.
- Dohm, H. (1902). *Die Antifeministen*. Berlin: Dümmlers Verlagsbuchhandlung.
- FIPU (2019). *Rechtsextremismus – Band 3: Geschlechterreflektierte Perspektiven*. Wien: Mandelbaum.
- Frazier, N. (2009). Feminism, Capitalism and the Cunning of History. *New Left Review*, 56/2, 5–20.
- Goetz, J. (2018). Vergemeinschaftet durch das Abverlangen von Standhalten und Beherrschung. Männerbund, Mensur und Antifeminismus bei deutschen Burschenschaften. In J. Lang & U. Peters (Hrsg.), *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt* (S. 189–210). Hamburg: Marta Press.
- Grubner, B. (2019). Antifeminismus und Rassismus. Denkhorizonte zum Verständnis einer beunruhigenden Liaison. In M. Lather-Näser, A. L. Oldemeier & D. Beck (Hrsg.), *Backlash?! Antifeminismus in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft* (S. 39–62). Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag.
- Hark, S. & Villa, P.-I. (2015). *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzung*. Bielefeld: transcript.
- Heitmeyer, W. (2002). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände 1* (S. 15–36). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (2005). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002, 2003 und 2004. *Berliner Forum Gewaltprävention*, 20, 1–20.
- Hermann, M. (2020). Antimoderner Abwehrkampf – zum Zusammenhang von Antisemitismus und Antifeminismus. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie, Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft – Schwerpunkt: Kontinuitäten* (S. 26–35). Jena: Amadeu Antonio Stiftung.
- Jonas, K., Stroebe, W. & Hewstone, M. (2014). *Sozialpsychologie* (6. Aufl.). Heidelberg: Springer.
- Kracher, V. (2019). Menschen töten und sich selbst leidtun. <https://www.tagesspiegel.de/politik/tatverdaechtiger-aus-halle-menschen-toeten-und-sich-selbst-leid tun/25104378.html> (23.10.2019).
- Lang, J. (2015). Familie und Vaterland in der Krise. Der extrem rechte Diskurs um Gender. In S. Hark & P.-I. Villa (2015), *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzung* (S. 167–182). Bielefeld: transcript.
- Lang, J. (2017). Feindbild Feminismus: Familien- und Geschlechterpolitik in der AfD. In S. Grigat (Hrsg.), *AfD & FPÖ: Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder* (S. 61–78). Baden-Baden: Nomos.
- Lang, J. (2019). *Geschlecht als Kampfarena*. <https://www.weiterdenken.de/de/2019/07/03/geschlecht-als-kampfarena> (07.05.2020).
- Lang, J. & Peters, U. (2018). Antifeminismus in Deutschland. Einführung und Einordnung des Phänomens. In J. Lang & U. Peters (Hrsg.), *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt* (S. 13–36). Hamburg: Marta Press.
- Liedhegener, A., Pickel, G., Odermatt, A., Yendell, A. & Jaeckel, Y. (2019). *Wie Religion uns trennt und verbindet. Befunde einer Repräsentativbefragung zur gesellschaftlichen Rolle von reli-*

- giösen und sozialen Identitäten in Deutschland und der Schweiz 2019*. Luzern: Universität Luzern.
- Maihofer, A. & Schutzbach, F. (2015). Vom Antifeminismus zum Anti-Genderismus. Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz. In S. Hark & P.-I. Villa (Hrsg.), *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzung* (S. 201–218). Bielefeld: transcript.
- Manne, K. (2019). *Down Girl – Die Logik der Misogynie*. Berlin: Suhrkamp.
- Maurer, S. (2019). Die Antifeministen (1902). Hedwig Dohms frühe Analyse eines politischen Phänomens. In M. Näser-Lather, A. L. Oldemeier & D. Beck (Hrsg.), *Backlash?! Antifeminismus in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft* (S. 93–101). Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag.
- Millet, K. (1959). *Sexual Politics*. New York: Doubleday.
- Näser-Lather, M., Oldemeier, A. L. & Beck, D. (2019). Die Gesichter des Janus. Antifeminismus zwischen Backlash und anderer Moderne. In M. Näser-Lather, A. L. Oldemeier & D. Beck (Hrsg.), *Backlash?! Antifeminismus in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft* (S. 7–38). Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag.
- Notz, G. (2019). Der Antifeminismus der selbst ernannten »Lebensschützer«. In M. Näser-Lather, A. L. Oldemeier & D. Beck (Hrsg.), *Backlash?! Antifeminismus in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft* (S. 235–258). Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag.
- Ott, M. (2020). Dasein im Widerspruch. Die Verschränkungen von Vergangenheitsabwehr, Homofeindlichkeit und Antisemitismus und ihre Folgen für queer-jüdisches Leben. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie, Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft – Schwerpunkt: Kontinuitäten* (S. 36–47). Jena: Amadeu Antonio Stiftung.
- Pickel, G. (2018). Religion als Ressource für Rechtspopulismus? Zwischen Wahlverwandtschaften und Fremdzuschreibungen. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik (ZRGP)*, 2(2), 277–312.
- Pickel, G., Celik, K., Schuler, J. & Decker, O. (2020a). Bedrohungsempfinden als Quelle gruppenbezogener Vorurteile durch Religionen in einer heterogenen Stadtgesellschaft. Analysen des Berlinmonitors. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 4(1), 7–43.
- Pickel, G., Liedhegener, A., Jaeckel, Y., Odermatt, A. & Yendell, A. (2020b). Religiöse Identitäten und Vorurteile in Deutschland und der Schweiz – Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 4(1), 149–196.
- Pickel, G., Reimer-Gordinskaya, K. & Decker, O. (2019). *Der Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie*. Berlin: zu Klampen.
- Pickel, S. & Pickel, G. (2018). *Empirische Politikforschung. Einführung in die Methoden der Politikwissenschaft*. Berlin: Walter de Gruyter.
- Planert, U. (1998). *Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. <http://dx.doi.org/10.13109/9783666357879>.
- Pohl, R. (2012). Männer – das benachteiligte Geschlecht? *Gruppenpsychotherapie und Gruppendynamik*, 48(3), 296–324. DOI: 10.13109/grup.2012.48.3.296.
- Rattansi, A. (2007). *Racism. A Very Short Introduction*. Oxford: Oxford University Press.
- Rippl, S. & Seipel, C. (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70/1, 237–254.
- Sabrina (2020, 21. Juli). *Prozessauftakt gegen den Attentäter von Halle – Zeugin und Nebenklägerin blickt kritisch zurück*. [YouTube]. <https://www.youtube.com/watch?v=AdqlecPj-LQ> (01.09.2020).
- Sanders, E. (2019). Normen im Ausnahmezustand geschlechtlich konnotierte Identitätsange-

- bote und Feindbilder im Rechtsterrorismus. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie, Schriftenreihe des Instituts für Demokratie- und Zivilgesellschaft – Schwerpunkt: Rechtsterrorismus* (S. 118–131). Jena: Amadeu Antonio Stiftung.
- Schenk, H. (1988). *Die feministische Herausforderung: 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland*. München: Beck.
- Schutzbach, F. (2018). Gerechtigkeit zum Nulltarif? Worum es bei Anti-Feminismus und Gender-Kritik geht. <https://www.gwi-boell.de/de/2018/02/16/gerechtigkeit-zum-nulltarif-worum-es-bei-anti-feminismus-und-gender-kritik-geht> (23.10.2019).
- Sidanius, J. & Pratto, F. (1999). *Social dominance: An intergroup theory of social hierarchy and oppression*. New York: Cambridge University Press.
- Siri, J. (2015). Paradoxien konservativen Protestes. Das Beispiel der Bewegungen gegen Gleichstellung in der BRD. In S. Hark & P.-I. Villa (Hrsg.), *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzung* (S. 239–256). Bielefeld: transcript.
- Stögner, K. (2017). »Intersektionalität von Ideologien« – Antisemitismus, Sexismus und das Verhältnis von Gesellschaft und Natur. *Psychologie & Gesellschaftskritik*, 41(2), 25–45.
- Streichhahn, V. (2020). Antifeminismus damals und heute: eine Geschichte ohne Ende? In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie, Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft – Schwerpunkt: Kontinuitäten* (S. 14–25). Jena: Amadeu Antonio Stiftung.
- Theweleit, K. (1993). *Männerphantasien. Teil 2: Männerkörper – zur Psychoanalyse des weißen Terrors*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Thiessen, B. (2015). Gender Trouble Evangelisch. Analyse und Standortbestimmung. In S. Hark & P.-I. Villa (Hrsg.), *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzung* (S. 149–166). Bielefeld: transcript.
- Umrath, B. (2019). *Geschlecht, Familie, Sexualität: die Entwicklung der Kritischen Theorie aus der Perspektive sozialwissenschaftlicher Geschlechterforschung*. Frankfurt am Main: Campus.
- Volkov, S. (2001). *Das jüdische Projekt der Moderne. Zehn Essays*. München: Beck.
- Zick, A., Berghan, W. & Mokros, N. (2019). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2018/19. In A. Zick, B. Küpper & W. Berghan (Hrsg.), *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 53–115). Bonn: Dietz Verlag.

9. Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie

Clara Schließler, Nele Hellweg & Oliver Decker

Während der COVID-19-Pandemie konnten wir beobachten, wie eine zwar konstante, aber bis dahin relativ wenig beachtete Protestbewegung neuen Zulauf bekommen hat. Diese »Montagsdemonstrationen« entstanden 2014 aus Anlass des Krieges in der Ukraine als Antikriegsbewegung. Bereits zu Anfang wurde ihnen eine »rechts-affine« Ideologie attestiert, doch verortet sich die Bewegung dem eigenen Selbstverständnis nach teils politisch rechts und teils politisch links (Daphie et al., 2014). Früh fielen aber nicht nur extrem-rechte Redner wie Jürgen Elsässer auf, sondern auch Verschwörungsideologen wie Ken Jebsen. Auch im Kern antisemitische Ressentiments wurden schnell sichtbar: So ergaben Befragungen, dass die Bewegung ihre Kritik gegen ein »raffendes Kapital« richtet, das mit der US-amerikanischen Bundesbank Federal Reserve assoziiert wurde (Daphie et al., 2014, S. 17). Kurz: Schon seit einigen Jahren fanden sich in mal kleinerer, mal größerer Zahl Menschen zu Demonstrationen ein, die sich selbst als »Querfront« begriffen und deren Kitt nicht zuletzt eine Verschwörungsmentalität war. Seitdem konnte sich die Bewegung in Form von »Montagsmahnwachen« zumindest in Teilen institutionalisieren. Auf diesem Weg bot sie eine Plattform für die Vernetzung von Menschen, deren Gesellschaftsvorstellung stark anti-liberale und autoritäre Züge annahm und antisemitische Ressentiments einschloss (Storz, 2016). Als sich zu Beginn der COVID-19-Pandemie zunächst nur wenige kritische Stimmen meldeten oder Gehör verschaffen konnten, konnte diese Protestbewegung von den bestehenden Organisationsformen genauso profitieren, wie vom Bedürfnis der Menschen nach Kontrolle und überschaubaren Erklärungen. Mit leichter Verzögerung setzte auch in den Medien die

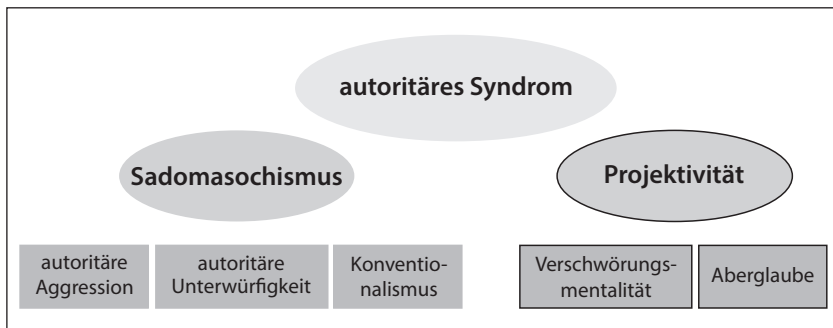
Auseinandersetzung mit den ergriffenen Schutzmaßnahmen, den sozialen Ursachen und politischen Folgen der Pandemie ein: So meldet sich der ehemalige Bundesverfassungsrichter Hans-Jürgen Papier unter der Überschrift »Dann hat der Rechtsstaat abgedankt« in der Süddeutschen Zeitung vom 2. April 2020 zu Wort und kurz darauf die Landesverfassungsrichterin und Autorin Juli Zeh, die dort »Handy-Tracking, Denunziation und die Politik der Angst« (5. April 2020) kritisierte.

Aber dadurch war die Bewegung nicht weniger erfolgreich, die sich unter dem Vorzeichen der Verschwörung zusammengefunden hatte.

Am 29. April 2020 konnte ein Bündnis unter Beteiligung der extremen Rechten – wie der NPD oder des »Volkslehrers« Nikolai Nehrling – über 50.000 Teilnehmende unter der Losung »Tag der Freiheit: Ich bin dabei« auf die Straße bringen. Es gelang und gelingt bis heute, Zehntausende für Demonstrationen zu mobilisieren.

Wie bereits Adorno et al. (1973) in den »Studien zum autoritären Charakter« postulierten und wie auch wir in Kapitel 6 ausgeführt haben, sind sowohl der Aberglaube als auch die Verschwörungsmentalität Elemente des autoritären Syndroms und als solche die latente Dimension der *Projektivität*. Beide zeichnen sich durch eine Tendenz zu fehlgeleiteten Zuschreibungen aus: Eigene unerwünschte, ambivalente oder beängstigende Eigenschaften und Gefühle erscheinen dann als Attribute anderer Gruppen oder äußerer Instanzen. Eine zweite latente Dimension des autoritären Syndroms ist der *Sadomasochismus*, welche die Elemente autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus umfasst.

Grafik 1: Das autoritäre Syndrom (vgl. Kap. 6)



In diesem Kapitel sollen die beiden Elemente der *Projektivitäts*-Dimension vor dem Hintergrund der aktuellen COVID-19-Pandemie genauer untersucht werden. Das liegt nahe, lässt sich doch in den Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie die Kopräsenz von Verschwörungserzählungen und abergläubischen bzw. esoterischen Deutungen der Krise gut beobachten. Da erstens Verschwörungserzählungen oft als Umwegkommunikation oder lavierte Form von antisemitischen aber auch rassistischen und anderen antidemokratischen Haltungen dienen (Thórisdóttir et al., 2020) und zweitens bei den Protesten eine verbreitete Ablehnung vorherrscht, sich im politischen Links-rechts-Spektrum einzuordnen (Querfront), können diese Zusammenkünfte zur Arena für rechte Radikalisierung werden (vgl. Simonsen, 2020). Das Thema bedarf also einer genaueren Überprüfung.

Im ersten Schritt werden wir zeigen, wie die beiden *projektiven* Elemente des autoritären Syndroms – Aberglaube (bzw. Esoterik) und Verschwörungsmentalität – und das Hybrid der beiden, *conspirationality*, in der deutschen Bevölkerung verbreitet und mit welchen politischen Einstellungen sie assoziiert sind. In einem zweiten Schritt betrachten wir die *Projektivität* vor dem Hintergrund der aktuellen COVID-19-Pandemie. Welchen Einfluss haben Verschwörungserzählungen und Aberglaube unter dem Eindruck einer Bedrohung auf die politischen Einstellungen der Menschen? Wie kommt es zum Schulterchluss der verschiedenen Milieus in den Protesten gegen die COVID-19-Maßnahmen? Und welche Bedürfnisse und Motive liegen dem zugrunde?

Elemente der *Projektivität*

Es gibt keine einheitliche wissenschaftliche Definition von Aberglauben und Esoterik, und auch die dem Esoterischen Zugeneigten sind sich uneinig, was für sie dazugehört und was nicht. Die Schwierigkeit liegt darin begründet, dass Esoterik seit Ende des 19. Jahrhunderts als Oberbegriff für diverse Strömungen dient (Hanegraaff, 2012). Dazu zählen unter anderem Theosophie, Anthroposophie, New Age, Neuheidentum und verschiedene »neue religiöse Bewegungen« (Barker, 2015), aber auch abergläubische Praktiken wie Astrologie, Wahrsagen und Geisterglaube. Wichtiger Katalysator für die zeitgenössische westliche Esoterik war das Klima

der kulturrevolutionären Proteste und die (Bürgerrechts-)Bewegung der 1960er-Jahre mit seinen politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Liberalisierungsbestrebungen: Der Wunsch, sich aus bürgerlichen Zwängen und Tabus zu befreien, verband sich mit der Suche nach alternativen Lebensformen, wobei sich eine vom modernen Denken beeinflusste Form der Esoterik, das New Age, entwickelte (Hanegraaff, 1996). Eine Definition der festen Kernelemente der Esoterik wurde mittlerweile in der wissenschaftlichen Literatur zugunsten eines diskurstheoretischen Verständnisses aufgegeben (Bergunder, 2010, S. 16; Bogdan, 2010; Otto, 2013). Daher wollen wir in diesem Kapitel der sehr weit gefassten Begriffsbestimmung von K. von Stuckrad (2005) folgen, der *westliche Esoterik* als besonderes Wissen versteht, das sowohl durch Bücher, Symbole und Rituale als auch durch Selbsterfahrung vermittelt werden kann und mithilfe dessen eine übernatürliche Erkenntnis oder Erlösung aus der menschlich-materiellen Welt (Gnosis) angestrebt wird. *Aberglaube* spielt dabei häufig, aber nicht immer eine Rolle.

In der vorliegenden Studie wurde *Aberglaube* mit vier Items aus dem ALLBUS-Fragebogen (ALLBUS, 2018) erhoben, die den Glauben an Glücksbringer, Wahrsagerei, Wunderheiler und Astrologie auf einer vierstufigen Antwortskala von »stimmt sicher« zu »stimmt sicher nicht« messen. Die Aussagen sind so formuliert, dass sie sich insbesondere vom christlichen Glauben absetzen. Mit diesen vier Items werden zunächst keine eigenen, primären okkulten oder spirituellen Erfahrungen abgefragt. Vielmehr gibt die Zustimmung zu ihnen Hinweise auf das, was Theodor W. Adorno »sekundären Aberglauben« (Adorno, 1962) genannt hat, das heißt einen Aberglauben aus »zweiter Hand«, der auf die Vermittlung durch andere (z.B. Wahrsagerinnen oder Horoskope) angewiesen ist und keinen direkten Zugang zu einer ursprünglichen Erkenntnisquelle hat. Auch die Undurchschaubarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse kann abergläubisch auf das Schicksal oder eine göttliche Kraft projiziert werden – auf Autoritäten also, denen man sich freiwillig unterwirft (ebd.). Aus dieser empfundenen Verschmelzung mit der größeren Macht erwachsen Gefühle von Kontrolle und narzisstische Omnipotenzfantasien, die tatsächliche Ohnmachtserfahrungen abwehren helfen (Magnin & Rychner, 1996).

Um *esoterische Neigungen* zu erfassen, haben wir zwei Items konstruiert, die die Zustimmung zu zeitgenössischen esoterischen Motiven in Bezug auf Krisensituationen messen. Sie unterscheiden sich von den Aber-

glaube-Items darin, dass sie nicht nur auf den Glauben an bestimmte übernatürliche Phänomene verweisen, sondern auch auf eine metaphysische Weltanschauung, das heißt auf die Annahme einer beseelten Natur mit Subjektcharakter, die den Menschen den Weg zu einem (positiv besetzten) Urzustand weist; aber auch auf *millennialism*, also die Hoffnung auf eine neue Epoche (z.B. das Wassermann-Zeitalter), die einen besseren – weil natürlicheren oder bewussteren – Zustand mit sich bringt, wenngleich sie oft durch eine apokalyptische Phase des Chaos angekündigt wird. Die Esoterik-Items lauten:

- »Die gegenwärtigen Krisen kündigen ein neues Zeitalter an.«
- »Katastrophen und Krankheiten sind eine Mahnung der Natur, wieder zurück zu unserem Ursprung zu finden.«

Der Begriff *Verschwörungsmentalität* (Moscovici, 1987) bezeichnet die grundlegende Bereitschaft, hinter gesellschaftlichen und politischen Phänomenen ein intendiertes und geheimes Handeln kleiner, mächtiger Gruppen zu vermuten. Er zielt nicht darauf ab, eine kritisch-rationale Haltung zu diskreditieren, die sich darum bemüht, intransparente Strukturen sichtbar zu machen. Problematisch wird es jedoch, wenn gesellschaftliche Prozesse nicht auf die sozialen Bedingungen des Handelns zurückgeführt, sondern reflexartig personalisiert werden. Dies sei an einem Beispiel veranschaulicht: Die vorherrschende Art des Wirtschaftens ist derzeit auf Akkumulation von Kapital angelegt. Daher kann man entweder die Widersprüche *kritisieren*, unter denen die Menschen deshalb handeln müssen, oder man kann sie *personalisieren*, also Einzelpersonen unterstellen, heimlich den Lauf der Welt zu bestimmen. Nur im zweiten Fall liegt eine Verschwörungs-ideologie vor. Sie verschafft ihren Trägerinnen und Trägern das Gefühl von Sicherheit und Kontrolle, weil sie die scheinbaren Machenschaften zu durchschauen glauben und überzeugt sind, den »Feind« identifizieren zu können. Zur Verschwörungs-ideologie muss niemand verführt werden, wie manchmal fälschlich angenommen, denn sie entspringt einem Bedürfnis, das durch gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Deprivations-erfahrungen bedingt ist (Imhoff & Decker, 2013). Dieses Bedürfnis wird in der Sozialpsychologie als *Verschwörungsmentalität* bezeichnet, womit der Eigenantrieb der Menschen zu solchen Ideologien betont und als Untersuchungsfeld handhabbar wird. Wir messen dieses Bedürfnis mit einer gekürzten Version der *Conspiracy Mentality Scale* (Imhoff & Bruder, 2014;

vgl. Kap. 6) mit folgenden drei Items und einer fünfstufigen Antwortskala von »trifft überhaupt nicht zu« bis »trifft voll und ganz zu«:

- »Die meisten Menschen erkennen nicht, in welchem Ausmaß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die im Geheimen ausgeheckt werden.«
- »Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.«
- »Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.«

Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität: Verteilung in Deutschland

Sowohl abergläubische als auch esoterische Ansichten sind in der Bevölkerung weit verbreitet: 13,9% der Befragten stimmen den Aussagen zum Glauben an Glücksbringer, Wahrsagerei, Wunderheiler und Astrologie zu, 52,4% sind der Ansicht, dass die gegenwärtigen Krisen ein neues Zeitalter ankündigen, und 52,2% bejahen das esoterische Motiv über eine Natur, die die Menschen mit den gegenwärtigen Krisen ermahne¹. Die Werte zur Verschwörungsmentalität sind noch beeindruckender, denn gleich 66,2% stimmen den Items zu: 20,4% haben eine stark ausgeprägte, 45,8% eine latente Bereitschaft, in der Welt Verschwörungen wahrzunehmen (für die Entwicklung seit 2012 und zu Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland siehe Kap. 6, S. 202)².

Wie die Elemente der *Projektivitäts*-Dimension des autoritären Charakters in Deutschland verteilt sind, zeigt Tabelle 1. Sie stellt die Zusammenhänge zwischen Aberglauben, Verschwörungsmentalität, ausgewählten soziodemografischen Merkmalen, politischer Selbstverortung und Deprivationserfahrungen dar. Während mehr als doppelt so viele Frauen (18,4%) wie Männer (8,8%) abergläubisch sind, unterscheiden sich die Geschlechter in Bezug auf die Verschwörungsmentalität nicht signifikant.

1 Als manifest abergläubisch wurde definiert, wer bei allen vier Items mindestens mit »stimmt wahrscheinlich« antwortete. Zustimmung zu den Esoterik-Items wurde festgestellt, wenn sie mindestens »trifft etwas zu« angegeben haben.

2 Manifeste Verschwörungsmentalität liegt vor, wenn ein Wert größer 15 erreicht wurde, d.h. wenn die Befragten auf einer siebenstufigen Skala von 1 = »stimme überhaupt nicht zu« bis 7 = »stimme voll und ganz zu« über alle drei Items hinweg mindestens den Wert 5 angekreuzt haben.

Die Verschwörungsmentalität ist jedoch signifikant häufiger unter Menschen ohne Abitur (24,0% im Vergleich zu 12,3% bei denen mit Abitur) und bei jenen mit geringem Einkommen: So ist sie bei einem Viertel der Befragten mit einem monatlichen Einkommen unter 1.000 Euro zu finden. Das gilt jedoch nicht für den Aberglauben, der sich zwischen den Einkommensgruppen und den Befragten mit und ohne Abitur nicht unterscheidet. Blicken wir auf das Alter, sehen wir, dass beide Elemente bei jüngeren Menschen tendenziell häufiger anzutreffen sind als bei älteren. Die Altersgruppe der über 64-Jährigen hat die niedrigsten Werte in Bezug auf Aberglauben (8,1%) und Verschwörungsmentalität (15,4%). Unterschiede zwischen Aberglauben und Verschwörungsmentalität gibt es auch in Bezug auf die Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands, der Parteipräferenz, der politischen Selbsteinschätzung und der Legitimation des politischen Systems³. Sie alle hängen nicht mit dem Aberglauben zusammen, wohl aber mit der Verschwörungsmentalität: Vor allem Menschen, die sich selbst als rechts bzw. rechts außen einschätzen, und Wählerinnen und Wähler der AfD sowie Nichtwählende zeigen hier besonders hohe Zustimmungswerte. Allerdings stimmen auch fast 20% der Befragten aus der »politischen Mitte« Aussagen wie »Politiker und andere Führungspersonlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehen Mächte« zu, was auf eine weite Verbreitung des Phänomens in der Gesamtgesellschaft hinweist. Auch die negative Aussicht auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands in einem Jahr und die Einschätzung, das politische System der BRD habe keine Legitimation, hängen mit Verschwörungsmentalität zusammen: Über ein Drittel der Befragten, die kein Vertrauen in die Institutionen des Verfassungsstaates der BRD haben, und über ein Fünftel derjenigen, die die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands schlechter als heute einschätzen, neigen zum Verschwörungdenken. Gemeinsamkeiten von Verschwörungsmentalität und Aberglauben zeigen sich hingegen bei der subjektiven Einschätzung von politischer Deprivation, fehlender Anerkennung und der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage: Wer das Gefühl hat, als Bürgerin oder Bürger nicht anerkannt zu werden⁴,

3 Gemessen mit angegebenem Vertrauen in gesellschaftliche und Verfassungsinstitutionen (Verfassungsgericht, Bundesregierung, Bundestag, politische Parteien, Polizei).

4 Items: »Im Umgang mit Behörden und Ämtern fühle ich mich oft ausgeliefert«, »Manchmal fühle ich mich wie ein Mensch zweiter Klasse behandelt«, »Manchmal habe ich den Eindruck, meine Rechte bestehen nur auf dem Papier«.

politisch keinen Einfluss zu haben⁵ und die eigene wirtschaftliche Lage sei schlecht, neigt stärker zum Aberglauben wie auch zur Verschwörungsmentalität.

Tabelle 1: Elemente der Dimension *Projektivität*, soziodemografische Merkmale, subjektive Einschätzungen politischer und wirtschaftlicher Themen sowie verschiedener Deprivationserfahrungen (in %)

	Aberglaube	Verschwörungsmentalität
Geschlecht	**	nicht signifikant
männlich	8,8	22,1
weiblich	18,4	19,0
divers	0	0
Altersgruppen	**	**
bis 24 Jahre	17,0	19,1
25–44 Jahre	14,8	24,5
45–64 Jahre	14,6	19,8
ab 64 Jahre	8,1	15,4
formaler Bildungsgrad	nicht signifikant	**
kein Abitur	14,6	24,0
Abitur	12,3	12,3
Äquivalenzeinkommen	nicht signifikant	**
bis 1000 €	15,1	25,2
>1000–2000 €	15,3	23,3
>2000–3000 €	12,3	19,0
>3000 €	13,3	13,7
Anerkennung als Bürger bzw. Bürgerin	**	**
(eher) hohes Anerkennungsgefühl	10,9	8,4
teil/teils	17,4	17,7
(eher) kein Anerkennungsgefühl	15,0	34,7
politische Deprivation	**	**
(eher) nicht politisch depriviert	11,8	12,5
(eher) politisch depriviert	15,5	26,2

5 Items: »Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut«, »Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren«.

Fortsetzung Tabelle 1

	Aberglaube	Verschwörungsmentalität
Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage heute	*	**
(sehr) gut	12,2	16,3
teils/teils	16,0	21,1
(sehr) schlecht	15,3	32,3
Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands in einem Jahr	nicht signifikant	**
besser als heute	13,8	16,0
gleichbleibend	15,7	17,7
schlechter als heute	13,0	22,3
Legitimation des politischen Systems	nicht signifikant	**
ist (eher) legitimiert	14,5	12,4
ist (eher) nicht legitimiert	12,7	37,6
politische Selbsteinschätzung	nicht signifikant	**
links außen	13,7	21,8
links	13,0	15,2
Mitte	14,3	18,7
rechts	13,8	29,9
rechts außen	17,6	49,0
Parteipräferenz	nicht signifikant	**
CDU/CSU	11,0	11,7
SPD	15,5	17,4
FDP	21,7	19,6
Grüne	8,0	6,3
Die Linke	9,4	21,2
AfD	9,7	52,9
Nichtwähler und Nichtwählerinnen	16,1	32,2

Pearsons Chi-Quadrat **p < .01, *p < .05

Es zeigt sich, dass Aberglaube – anders als Verschwörungsmentalität – nicht mit solchen Variablen zusammenhängt, die manifeste Positionen zu politischen und gesellschaftlichen Themen abfragen (z.B. Einschätzungen

der wirtschaftlichen Lage Deutschlands, Legitimation des politischen Systems, Selbstverortung im links-rechts-Spektrum). Das passt zum Befund, dass Aberglaube zunächst nicht mit bestimmten politischen Inhalten verknüpft ist. Aberglaube verstehen wir deshalb als die weniger oder noch nicht politisierte Form der *Projektivität* im Rahmen des autoritären Syndroms. Die Erfahrung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Deprivation scheint jedoch sowohl die Menschen mit Aberglauben als auch jene mit Verschwörungsmentalität zu prägen.

Conspirativity

Über Zusammenhänge zwischen der Verschwörungsmentalität und Esoterik bzw. Aberglauben wurde bereits oft berichtet (Darwin et al., 2011; Lobato et al., 2014; Swami et al., 2011). Alle drei können jedoch auch zusammen in Form der sogenannten *conspirativity* bei ein und derselben Person auftreten. Das Konzept vereint die Grundüberzeugungen, dass eine kleine Gruppe heimlich versuche, die politische und soziale Ordnung zu kontrollieren, und dass sich die Menschheit momentan in einem Wandel hin zu einer höheren Form von Bewusstsein, einem neuen Zeitalter befinde (Ward & Voas, 2011). Mit dieser Studie wird erstmals die Verbreitung von *conspirativity* in Deutschland erfasst; dazu haben wir diejenigen Befragten addiert, die hohe Zustimmungswerte zur Verschwörungsmentalität, zum Aberglauben und zum esoterischen Motiv des *millennialism* aufwiesen⁶. Im Ergebnis zeigen insgesamt 5,1% der Befragten eine starke Neigung zu *conspirativity*. Diese Fusionierung ist jedoch weder neu noch überraschend (Asprem & Dyrendal, 2015), lassen sich doch zahlreiche Verbindungslinien von Verschwörungsmentalität und Aberglauben bzw. Esoterik finden: Die drei geteilten Grundüberzeugungen »Nichts passiert durch Zufall«, »Nichts ist wie es scheint« und »Alles ist miteinander verbunden« (Asprem & Dyrendal, 2015) fassen die Gemeinsamkeiten von Verschwörungsmentalität und esoterischem Aberglauben auf einer beschreibenden Ebene gut zusammen. Beide »Denkformen« sind durch eine erhöhte Bereitschaft gekennzeichnet, in der Welt bestimmte Zeichen zu finden, das heißt anzunehmen, dass Phänomene aufgrund ähnlicher Ge-

6 Aufgrund der schlechten internen Konsistenzen der zwei Esoterik-Items (Cronbachs Alpha = .60) wurde nur das Item inkludiert, das theoretisch am besten passt.

stalt oder Struktur aufeinander Einfluss nehmen können oder miteinander in Beziehung stehen (Prooijen et al., 2018). Dieses Erkennen von Mustern ist eine Eigenschaft des menschlichen Geistes, die hier allerdings »überaktiviert« ist, da die ebenfalls menschliche Fähigkeit zu Differenzierung und rationalem Denken dabei zugunsten bestimmter psychischer *Bedürfnisse* verloren geht. Für die Analyse dieser Bedürfnisse erscheint die psychoanalytische Sozialpsychologie besonders geeignet, da sie den Schwerpunkt auf psychodynamische Prozesse legt, die der Bereitschaft für eine projektive Weltanschauung zugrunde liegen, während sie gleichzeitig die Bedeutung objektiver Gesellschaftsbedingungen betont, unter denen sich eine solche Psychodynamik entwickelt (Adorno, 2019).

Um diese Bedürfnisse genauer in den Blick zu nehmen, bedarf es zunächst eines kurzen Exkurses. Verschwörungserzählungen, Esoterik und Aberglaube entfalteten sich vor dem Hintergrund und in enger Interaktion mit den Rationalisierungsprozessen der Säkularisierung und der Aufklärung (Butter, 2019; Neugebauer-Wölk & Meumann, 2013). Diese gemeinsame Entwicklung von Aufklärung und Esoterik bzw. Aufklärung und Verschwörungstheorien kann hier nicht im Einzelnen nachgezeichnet werden⁷, dennoch ist die Rolle der Rationalität und ihrer Fehlentwicklungen in der (spät-)kapitalistischen Gesellschaft für das Verständnis der beiden Phänomene hilfreich. Vor dem Hintergrund der kapitalistischen Vergesellschaftung wird der Anspruch der Aufklärung viel zu oft auf instrumentelle Vernunft und Zweckrationalität reduziert (Horkheimer, 1947). Esoterik und Aberglaube lassen sich daher auch als Suche nach etwas anderem verstehen, das die Lücke füllt, die unsere auf Markrationalität reduzierte Gesellschaft hinterlässt: die Suche nach Sinn und Wahrheit. Insofern zeigen sich in diesem Phänomen auch ethische Fragen. Wenn Esoterik folglich als »das Andere der Aufklärung« (Neugebauer-Wölk & Meumann, 2013, S. 11) verstanden werden kann, dann kann die Verschwörungsmentalität analog dazu als Übertreibung oder Pervertierung von Aufklärung gedacht werden. Der Glaube an Verschwörungserzählungen füllt allerdings keine Lücke in ethischer Hinsicht, sondern versucht – mit einer Art »Hyper-Rationalität« –, der Wahrheit mit einer übertriebenen Bereitschaft für logisches Denken, falsche Deduktionen und dem Duktus positivistischer Wissenschaft und

7 Für weitere Ausführungen zur gemeinsamen Entwicklung von Esoterik und Aufklärung siehe Neugebauer-Wölk & Meumann (2013).

Faktenbesessenheit auf die Spur zu kommen (Heins, 2007). Hier zeigt sich die Kehrseite des seit der Aufklärung geltenden Anspruchs, dass »wissenschaftliches Wissen und vernunftgeleitete Aufklärung allen anderen Formen des Weltzugangs« (Nell, 2013, S. 294) überlegen sein solle. Daraus lässt sich auch die abwehrende Haltung gegenüber den Formen etablierter Rationalität ableiten, wie etwa der Wissenschaft, den öffentlich-rechtlichen Medien oder den »Mainstream«-Diskursen bestimmter als elitär wahrgenommener Expertinnen und Experten. Dahinter steht das Bedürfnis, die eigene Ohnmacht abzuwehren und die Undurchschaubarkeit der Verhältnisse zu verleugnen (Postone, 1982). Die überfordernde Komplexität des gesellschaftlichen Lebens lässt sich mit einem manichäischen Weltbild reduzieren – also indem man eine eindeutige Aufteilung in Gut und Böse vornimmt. Im Verschwörungsdenken ist das Böse allerdings durch Projektion auf bestimmte Gruppen personifiziert, während es im Esoterischen oder Abergläubischen eher als allgemeines Prinzip verstanden wird, das auf die »böse deformierende« Gesellschaft – im Gegensatz zur »guten Natur« oder zum Schicksal – projiziert wird (Seeburger, 2019). Vor allem (neu-)rechte esoterische Strömungen pflegen zudem das Narrativ einer modernitätskritischen, teilweise gegenkulturellen Opposition zu einem »Establishment«, das – getrennt von jeglicher Verbindung zu »alten Werten und Weisheiten« – nur noch der Vernunft verfallen ist. Es enthält also einen einseitig positiven, anachronistischen Bezug zu altem Wissen, alten Ordnungssystemen und ursprünglichen Lebensformen (Erdheim, 1998), weil diese eine Zeit heraufbeschwören, in der der Weltzugang weniger abstrakt und die eigene Handlungsfähigkeit durch konkretes, unmittelbares Wissen größer erscheint. Die Aufklärung und die mit ihr zusammenhängenden Säkularisierungsprozesse haben in diesem Narrativ zu einer Entzauberung und Entspiritualisierung der Welt, zu Kapitalismus, Individualismus und Universalismus beigetragen (Senholt, 2014). Darin liegt auch das antisemitische Potenzial, das der Verschwörungsmentalität strukturell innewohnt, sind die kleinen Gruppen von mächtigen »Puppenspielern« doch oft »jüdische Finanziers«. Aber auch bei esoterischen Abergläubischen finden antisemitische Ressentiments durch die modernitätsskeptische Einstellung zumindest Anknüpfungspunkte. Denn der moderne Antisemitismus speist sich aus einem Bild »des Juden«, der für den massiv expandierenden Kapitalismus verantwortlich sei und damit auch für die materialistische Kultur, fehlgehende gesellschaftliche Umstrukturierungen, ökonomische Krisen (Pos-

tone, 1982) und die aus alledem resultierende entfremdende Gesellschaft. Zudem spielt die Annahme eines grundlegenden dreistufigen Entwicklungsprozesses eine große Rolle in verschiedenen Milieus – in völkischen, esoterischen und spirituellen genauso wie in Verschwörungskreisen – und stellt damit eine von mehreren inhaltlichen Brücken zwischen ihnen dar. Zusammengefasst unter dem Begriff des *millennial conspiracism* (Robertson, 2016) geht die Forschung davon aus, dass hier eine positiv überhöhte, jedoch verlorene Vergangenheit imaginiert wird, die einer schädlichen Gegenwart weichen musste. Nur durch katastrophenartige Übergangsprozesse sei es möglich, eine verheißungsvolle Zukunft zu erreichen, in der die Menschheit zu den ewigen Wahrheiten eines Ursprungszustandes zurückfinden könne (Barth, 2011; Wiedemann, 2016). Die affirmative Haltung zu diesen apokalyptischen Szenarien legt nahe, dass in ihnen auch immer ein Aspekt von »Angstlust« (vgl. Balint, 1960), also ein aus der Angst entstehendes lustvolles Erleben, enthalten ist.

Wichtig ist jedoch, dass weder die Verschwörungs- noch die Esoterik-Milieus sämtliche Aspekte der Moderne ablehnen. Vielmehr handelt es sich um ein *Narrativ*, das Angst, Überforderung und Ohnmacht bindet und dem (regressiven) Wunsch Raum gibt, in einer als kontrollierbar empfundenen Welt oder einem versöhnten (Ur-)Zustand mit der Natur zu leben.

Ein weiteres Bedürfnis, das Verschwörungsmentalität und Aberglaube erfüllen können, ist die Kompensation von narzisstischen Kränkungen, die von Erfahrungen der Ohnmacht und der Handlungsunfähigkeit provoziert werden. Die Möglichkeit zur narzisstischen Befriedigung zählt sowohl für Menschen mit Verschwörungsmentalität als auch für jene mit esoterischem Aberglauben: Das Selbstbild, Trägerin oder Träger von Wissen über geheime Verschwörungen und Machtsysteme zu sein, und das Gefühl, Zugang zum Schicksal oder zu einer göttlichen Natur zu haben, ermöglichen es, sich selbst gewissermaßen als Teil einer Elite zu verstehen, die – im Gegensatz zu den »schlafenden« Massen – »erwacht« sei. So wird die Kränkung, die in einer kapitalistischen Vergesellschaftung regelmäßig produziert wird, in der narzisstischen Überhöhung der eigenen Gruppe der »Erwachten« oder »Wissenden« abgefedert. In Opposition zu Wissenschaft und »Mainstream«-Öffentlichkeit nähern sich beide jedoch dem »Feind«, indem sie dessen Formsprache aufgreifen. So bemühen sich die Anhänger und Anhängerinnen beider Strömungen häufig um einen pseudowissenschaftlichen Stil mit vielen Zitaten oder Rekursen auf (quanten-)physikalische

»Beweise« spiritueller Phänomene. Dabei können Verschwörungserzählungen als Hilfskonstruktion für esoterische Überzeugungen dienen (Asprem & Dyrendal, 2015). Das wird insbesondere in Bezug auf die COVID-19-Pandemie deutlich: Die Annahme eines von Bill Gates geleiteten internationalen Impfkartells kann dann beispielsweise erklären, warum »unterdrücktes Wissen«, zum Beispiel über Naturheilmethoden und die Wirklosigkeit oder Gefahr von Impfungen, nicht an die Öffentlichkeit gelangt.

Verschwörungsmentalität und Aberglaube können also als Versuch verstanden werden, mit der realen Undurchschaubarkeit und Ohnmacht angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse umzugehen. Sie sind Symptome der Spätmoderne, nicht aber die Lösung der durch die aktuellen Verhältnisse verursachten Entfremdung.

Projektivität und politische Einstellungen: Aberglaube und Verschwörungsmentalität als Vermittler von Rechtsextremismus

Betrachten wir die »Querfront«-Strategie, wie sie von der extremen Rechten bei den COVID-19-Protesten genutzt wird, stellt sich die Frage, ob von ihnen eine Gefahr für die Demokratie ausgeht. Wie sieht es mit dem Zusammenhang zwischen der Neigung zu Verschwörungsmentalität und Aberglauben und antidemokratischen Einstellungen aus? Die subjektive Einschätzung von gesellschaftlicher Ohnmacht und politischer Handlungsunfähigkeit sind neuralgische Punkte für eine repräsentative Demokratie und gelten als gesicherte Einflussfaktoren für die Entstehung antidemokratischer Einstellungen. So kann Rechtsextremismus gut durch Indikatoren vorhergesagt werden, zu denen zum Beispiel die fehlende Anerkennung als Bürgerin oder Bürger, aber auch politische und wirtschaftliche Deprivation zählen (Decker et al., 2018). Allerdings wird nicht jede Person, die subjektive Ohnmacht und Handlungsunfähigkeit erfährt, antidemokratisch. Daher ist es ratsam, differenzierter zu untersuchen, welche zugrundeliegenden sozialpsychologischen Variablen den Zusammenhang vermitteln. Zu diesem Zweck haben wir Mediationsanalysen⁸ berechnet, mit denen wir überprü-

8 Die Analysen wurden mit PROCESS (Hayes, 2018) durchgeführt, welches lineare Regressionen nach der Methode der kleinsten Quadrate verwendet, um unstandardisierte Pfadko-

fen, ob (1) der Einfluss des Gefühls fehlender Anerkennung, des Gefühls politischer Deprivation und der negativen Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage die Ausprägung des Rechtsextremismus⁹ vorhersagt und ob (2) dieser direkte Effekt durch die *projektiven* Elemente des autoritären Syndroms, Verschwörungsmentalität oder Aberglaube, vermittelt wird.

In allen Modellen konnte der direkte Effekt der drei Deprivationsvariablen einzeln auf Rechtsextremismus bestätigt werden. Unter Betrachtung des jeweiligen Mediators Aberglaube oder Verschwörungsmentalität sank in allen getesteten Modellen der direkte Effekt auf Rechtsextremismus signifikant. Bei Betrachtung der indirekten Effekte fällt auf, dass durch Verschwörungsmentalität als Mediator mehr des direkten Effekts der Deprivationsvariablen auf Rechtsextremismus erklärt werden kann, als durch Aberglauben als Mediator. Wir konnten feststellen, dass das Verhältnis zwischen je fehlender Anerkennung, politischer Deprivation sowie negativer Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Rechtsextremismus durch je Verschwörungsmentalität bzw. Aberglauben partiell vermittelt wird. Die direkten und indirekten Effekte sind in Tabelle 2 dargestellt.

Die Mediationsanalyse belegt die große Bedeutung von Verschwörungsmentalität und Aberglauben für das Zustandekommen der rechtsextremen Einstellung. Ein Teil des Zusammenhangs zwischen den Variablen gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Deprivation und rechtsextremer Einstellung kann durch die Wirkung der beiden projektiven Elemente erklärt werden. Dass Verschwörungsideologien und Aberglaube ein potenzielles Einfallstor für rechte Radikalisierung sind, liegt nahe, bedarf aber weiterer Untersuchungen (vgl. Simonsen, 2020).

effizienten des totalen, direkten und indirekten Effekts zu ermitteln. Von einer Mediation wurde ausgegangen, wenn das Konfidenzintervall keine Null einschloss. Zur Testung wurde Bootstrapping mit 5.000 Iterationen genutzt. Alle Variablen wurden vor der Analyse z-standardisiert.

9 Rechtsextremismus wurde mit dem kürzlich erneut validierten *Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF)* gemessen (Heller et al., in Druck).

Tabelle 2: Direkte und indirekte Effekte der Mediationsanalyse

Deprivationsvariablen	direkter Effekt auf Rechts-extremismus (b)	indirekter Effekt (b) und 95% Konfidenzintervall (CI)	
		Aberglaube	Verschwörungs-mentalität
fehlende Anerkennung	b = 0.129 **	b = 0.006, CI = [0.002; 0.011]	b = 0.197, CI = [0.174; 0.222]
politische Deprivation	b = 0.159 **	b = 0.005, CI = [0.002; 0.010]	b = 0.161, CI = [0.137; 0.185]
negative Einschätzung eigener wirtschaftlicher Lage	b = 0.041 **	b = 0.004, CI = [0.001; 0.009]	b = 0.120, CI = [0.097; 0.145]

**p < .01, *p < .05

Projektivität in Zeiten der Krise: Verschwörungsmentalität, Aberglaube und COVID-19

Wie entwickeln sich rechtsextreme Einstellungen und die beiden *projektiven* Elemente des autoritären Syndroms, Verschwörungsmentalität und Aberglaube, in der aktuellen COVID-19-Krise? Dieser Frage können wir mit den Daten der LAS 2020 nachgehen, denn der Zeitraum der diesjährigen Erhebung lag zwischen dem 2. Mai und dem 29. Juni. Die Befragten standen also unter dem Eindruck der Allgegenwart der Pandemie mit ihren teilweise unvorhersehbaren, teilweise bereits verheerenden Auswirkungen auf Gesundheit und Wirtschaft. Es ist aber auch der Zeitraum, in dem erste Lockerungen geplant und je nach Bundesland durchgeführt wurden und in dem die Zahl der täglichen Neuinfektionen unter 1.000 sank.

COVID-19 als Bedrohung

Zunächst untersuchen wir, inwieweit sich die Befragten in Deutschland von der Pandemie bedroht fühlen. Die erste Aussage misst die Bedrohungswahrnehmung für den sozialen Nahbereich, die zweite die Einschätzung der Folgen für die Kultur.

Tabelle 3: Bedrohungsgefühle durch COVID-19 (in %)¹⁰

	trifft (überhaupt) nicht zu	teils/teils	trifft (voll und ganz) zu
Die Corona-Pandemie hat wahrscheinlich schlimme Folgen für mich und die Menschen in meiner Umgebung.	23,5	35,0	41,5
Die Corona-Pandemie wird unsere Kultur nachhaltig verändern.	14,5	25,8	59,6

Zudem berechnen wir einfache Korrelationen, um die Zusammenhänge zwischen der Bedrohungswahrnehmung durch COVID-19 und den beiden *projektiven* Elementen des autoritären Syndroms zu untersuchen (Tab. 4).

Tabelle 4: Bedrohungswahrnehmung durch COVID-19 im Zusammenhang mit Verschwörungsmentalität und Aberglauben

	Aberglaube	Verschwörungsmentalität
Die Corona-Pandemie hat wahrscheinlich schlimme Folgen für mich und die Menschen in meiner Umgebung.	.040*	.109**
Die Corona-Pandemie wird unsere Kultur nachhaltig verändern.	.089**	.154**

Zusammenhangsmaß Pearsons r , ** $p < .01$, * $p < .05$; Interpretation nach Cohen (1988) Pearsons $r = .1$: schwache Korrelation, Pearsons $r = .3$: mittlere Korrelation, Pearsons $r = .5$: starke Korrelation

Die Ergebnisse zeigen eher schwache, jedoch signifikante Zusammenhänge zwischen den zwei Bedrohungsisems und je Verschwörungsmentalität und Aberglauben. Sie weisen in dieselbe Richtung wie die bisherige Forschung zur *Compensatory Control Theory (CCT)*: Diese Kontrolltheorie beschreibt die Tendenz, bei Kontrollverlust, Stress oder Bedrohung an eine übernatürliche Macht zu glauben (Keinan, 2002; z.B. Landau et al., 2015;

10 Die Befragten konnten auf einer fünfstufigen Skala von »trifft überhaupt nicht zu« bis »trifft voll und ganz zu« antworten.

Lillqvist & Lindeman, 1998), fälschlicherweise Muster und Zusammenhänge zu erkennen (Whitson & Galinsky, 2008) oder Verschwörungen zu vermuten (Newheiser et al., 2011; Whitson et al., 2019). Weitere nicht-experimentelle Studien konnten zeigen, dass magisches Denken – also der Glaube daran, dass die eigenen Gedanken, Handlungen oder Worte die physische Realität jenseits von naturwissenschaftlichen Gesetzen verändern können – während der ökonomischen Krisen zwischen den beiden Weltkriegen in Deutschland um sich griff (Padgett & Jorgenson, 1982), aber auch im Golfkrieg 1991, und dort vor allem in den Regionen, die besonders stark von Bomben bedroht waren (Keinan, 1994). Da magisches Denken eine normale Entwicklungsstufe der Kindheit ist, kann der Rückfall auf diese Wahrnehmungsart als Regression auf eine frühere Entwicklungsstufe verstanden werden: In diesem Fall reagieren Erwachsene auf Bedrohung und Stress, indem sie in eine Kontrollillusion flüchten. Dass die Korrelationen relativ niedrig sind, kann am Gegeneffekt bedingt sein, denn Verschwörungsmentalität und Aberglaube kompensieren ja teilweise Kontrollverlust, Stress und Bedrohungsgefühle, wodurch sich der Zusammenhang abgeschwächt (Prooijen & Acker, 2015). Es gibt Hinweise darauf, dass der Zusammenhang von Kontrollverlust und der Tendenz zum Aberglauben auch von anderen Faktoren abhängt, zum Beispiel von der Stärke des individuellen Kontrollbedürfnisses (Miguel et al., 2012).

COVID-19 als Verschwörung

Am 1. und 2. Mai 2020 fanden die ersten größeren Demonstrationen gegen die COVID-19-Maßnahmen in Berlin statt, am Wochenende vom 9. und 10. Mai kamen in mehreren deutschen Städten nach offiziellen Angaben bis zu 15.000 Menschen zusammen (Tagesschau, 2020). Zwar gilt die Zusammensetzung der »Hygiene-Demonstrationen« als sehr divers – neben manifesten Rechtsextremen, Antidemokraten und Antisemiten sind auch Teilnehmende mit nur vagen Bezügen zu einer politischen Ideologie darunter. Die dort präsenten Themen – Impfgegnerschaft, Wissenschaftsskeptizismus (insbesondere gegen Schulmedizin und Virologie), Misstrauen gegenüber »Mainstream-Medien« und offiziellen Erklärungen zur Herkunft des Virus, sowie die Angst vor einer angeblich drohenden autoritären Diktatur – ermöglichen jedoch offensichtlich einen Schulterchluss zwischen Milieus mit Verschwörungsmentalität und esoterisch-abergläu-

bischen Neigungen. Auf den Demonstrationen und in den einschlägigen Social-Media-Plattformen finden sich deutliche Verknüpfungen von Verschwörungstheoretischen und esoterischen Motiven: So wird das Virus einerseits als hoffnungsvolles Zeichen für ein neues Zeitalter begrüßt und werden friedliche Massenmeditationen als Beitrag zur Virusbekämpfung gesehen, während das Virus gleichzeitig und von denselben Menschen für die Verschwörung einer globalen Elite gehalten wird, die eine »Neue Weltordnung« zu installieren versucht. Auch wenn nur eine Befragung der Protestierenden die Teilnehmenden einordnen kann, ist es uns doch auf Grundlage der Daten der LAS 2020 möglich, die Verbreitung von Verschwörungsmentalität und Aberglaube in der Gesamtbevölkerung und ihren Stellenwert in Bezug auf COVID-19 zu dokumentieren. Anhand zweier Items haben wir Verschwörungserzählungen über das Virus in der für Deutschland repräsentativen Stichprobe abgefragt (Tab. 5): »Die Hintergründe der COVID-19-Pandemie werden nie ans Licht der Öffentlichkeit kommen« und »Die Corona-Krise wurde so groß geredet, damit einige wenige davon profitieren können«.

Tabelle 5: Zustimmung zu spezifischen Verschwörungserzählungen über COVID-19 (in %) ¹¹

	gesamt		Ost		West	
	aus-geprägt	stark aus-geprägt	aus-geprägt	stark aus-geprägt	aus-geprägt	stark aus-geprägt
Die Hintergründe der Corona-Pandemie werden nie ans Licht der Öffentlichkeit kommen.	14,6	47,8	15,7	54,4	14,3	46,2
Die Corona-Krise wurde so groß geredet, damit einige wenige davon profitieren können.	15,4	33,0	20,0	44,4	14,2	30,1

11 Die Befragten konnten auf einer fünfstufigen Skala von »trifft überhaupt nicht zu« bis »trifft voll und ganz zu« antworten. Die Zustimmung wurde als »ausgeprägt« definiert, wenn die Befragten bei allen Items mindestens die mittlere Antwortkategorie angekreuzt haben, »stark ausgeprägt« war die Zustimmung, wenn sie zu beiden Items über die mittlere Antwortkategorie hinausging.

Im Folgenden soll es darum gehen, welche sozialpsychologischen Merkmale oder Bedürfnisse dazu führen, dass Menschen diesen Aussagen zustimmen.

Mithilfe einer multiplen linearen Regression (Tab. 6) lässt sich der Einfluss verschiedener Indikatoren auf die Zustimmung zu Verschwörungserzählungen über COVID-19 zeigen. Für die lineare Regressionsanalyse wurden folgende Indikatoren getestet: die zwei Elemente der Autoritarismus-Dimension *Projektivität* (Verschwörungsmentalität und Aberglauben), die drei Elemente der Autoritarismus-Dimension *Sadomasochismus* (autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit, Konventionalismus), die wahrgenommene Bedrohung für den sozialen Nahbereich durch COVID-19, fehlende Legitimation des politischen Systems sowie Geschlecht und Alter.

Tabelle 6: Regressionsmodell zur Aufklärung der Zustimmung zu Verschwörungserzählungen über COVID-19

Indikator	Regressionskoeffizient	Beta	p
Verschwörungsmentalität	.415	.565	**
Aberglauben	.059	.044	**
Bedrohung COVID-19 sozialer Nahbereich	.062	.017	**
autoritäre Aggression	.140	.105	**
autoritäre Unterwürfigkeit	nicht signifikant		
Konventionalismus	.213	.150	**
fehlende Legitimation des politischen Systems	.198	.148	**
Geschlecht	.256	.032	**
Alter	-.271	-.064	*

**p < .01, *p < .05

Das Gesamtmodell mit einem korrigierten R^2 von .549 besitzt eine für die sozialwissenschaftliche Forschung hohe erklärte Varianz. Das wichtigste Ergebnis dieser Regressionsanalyse ist, dass eine generelle Verschwörungsmentalität die Zustimmung zu konkreten Verschwörungserzählungen über COVID-19 am stärksten beeinflusst (Beta = .565, **p). Am zweitstärksten ist die Erklärungskraft von Konventionalismus (Beta = .15, **p),

dicht gefolgt von fehlender Legitimation des politischen Systems (Beta = .148, **p) und autoritärer Aggression (Beta = .105, **p). Auch Alter (Beta = -.064, *p) und Aberglaube (Beta = .044, **p) beeinflussen die Zustimmung zu Verschwörungserzählungen rund um COVID-19. Schwach, aber noch signifikant sind der Einfluss des Geschlechts und der Wahrnehmung von COVID-19 als Bedrohung für den sozialen Nahbereich. Das negative Vorzeichen vor den Beta-Werten von Alter und Geschlecht lässt sich so interpretieren, dass junges Alter und männliches Geschlecht den Glaube an COVID-19-Verschwörungen stärker beeinflussen

Demnach kann die Annahme, COVID-19 sei eine Verschwörung, vor allem sehr gut dadurch erklärt werden, dass gesellschaftliche und politische Institutionen, wie das Verfassungsgericht oder der Bundestag, für nicht legitim gehalten werden und dass Elemente des autoritären Syndroms vorhanden sind: Dass die Verschwörungsmentalität und der Aberglaube dazu beitragen, verwundert dabei nicht, liegt projektives Mustererkennen doch den Verschwörungserzählungen generell zugrunde. Allerdings bedingen auch Konventionalismus, das heißt die Überzeugung, dass »[b]ewährte Verhaltensweisen nicht in Frage gestellt werden [sollten]«¹², und autoritäre Aggression, also die Überzeugung, dass »gesellschaftliche Regeln [...] ohne Mitleid durchgesetzt werden [sollten]«¹³, maßgeblich den Glauben an COVID-19-Verschwörungen. Konventionalismus könnte deswegen einen so starken Einfluss haben, weil es für Menschen, die sich an starre Regeln und Altbewährtes halten, besonders schwer ist, sich an den durch die Pandemie veränderten Alltag anzupassen, und es ihnen deswegen hilft, die Unkontrollierbarkeit und die Gefahren dieser Pandemie zu leugnen. Der statistische Einfluss von autoritärer Aggression findet seinen konkreten Niederschlag in esoterischen und Verschwörungs-Narrativen: Hierzu zählt die Vorstellung, ein »gesundes« Immunsystem oder alternative Medizin reichten zur Abwehr des Virus aus, oder die Idee, Alte würden ohnehin bald sterben und sie »künstlich« am Leben zu erhalten, sei unnatürlich und kostspielig – eine Sichtweise, die sozialdarwinistische Tendenzen in sich trägt. Hier greifen also Ungleichheitsvorstellungen, und die autoritäre Aggression richtet sich – klassisch – gegen schwächere Gruppen. Dass die Zustimmung zu COVID-19-Verschwörungserzählungen mit vier von

12 Beispiel-Item der Skala »Konventionalismus«.

13 Beispiel-Item der Skala »autoritäre Aggression«.

fünf Kernelementen des autoritären Syndroms einhergeht, mag mit Blick auf die öffentlichen Verlautbarungen von »Corona-Skeptikern und -Skeptikerinnen« verwundern, bedienen sie doch das Narrativ der um Demokratie und freie Meinungsäußerung besorgten, scheinbar antiautoritären »Widerstandskämpfer«.

Interessant ist auch, dass das dritte Element der Dimension *Sadomasochismus*, autoritäre Unterwürfigkeit, die Zustimmung zu COVID-19-Verschwörungen nicht gut erklären kann. Eine mögliche Begründung dafür könnte in der Itemformulierung der Skala liegen. Autoritäre Unterwürfigkeit wird mit drei Aussagen gemessen, die eher die Unterwerfung unter klassische, etablierte Autoritäten misst (z.B. »Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen«). Das macht es gerade für Personen mit einem establishmentkritischen, widerständigen Selbstbild schwer, den Items zuzustimmen. Um mögliche andere Spielarten der autoritären Unterwürfigkeit zu erheben, bedarf es eventuell einer Anpassung der Messinstrumente. Trotzdem legt das statistische Modell nahe: Der Glaube an eine COVID-19-Verschwörung geht mit klassisch autoritären Dispositionen einher. Wie ist das zu erklären?

Pseudo-antiautoritärer Autoritarismus

Schon Adorno et al. (1973) haben die Schwierigkeit beschrieben, zwischen einem wirklich unautoritären Menschen und dem rebellischen Typ des autoritären Charakters zu unterscheiden. Der »Rebell« gehe nur »pseudo-revolutionär« (ebd., S. 328) gegen die Autoritäten vor, die in seinen Augen schwach sind. In einer pluralen Demokratie sind das jene politischen Institutionen, die durch komplizierte demokratische Prozesse mit verschiedensten Akteuren verhandeln, statt autoritär durchzuregieren. Der »regressive Rebell« (vgl. Nachtwey & Heumann, 2019) befreit sich dabei zwar vielleicht von der Autorität etablierter politischer Institutionen und Akteure, eventuell jedoch nur, um sich in diesem Zuge anderen, besseren, weil stärker erscheinenden Autoritäten zu unterwerfen. Im Fall von Menschen mit Verschwörungsmentalität sind das zum Beispiel »Theorien« alternativer Medien oder von der Öffentlichkeit diskreditierter Persönlichkeiten, denn es ist auffällig, dass diejenigen, die eine Verschwörungsmentalität aufweisen, angebotene Gegenerzählungen genauso unkritisch akzeptieren, wie sie es den von ihnen so bezeichneten »Schlafschafen« in Bezug auf die

»Mainstream«-Meinung vorwerfen. Im Fall von Menschen, die zu einem esoterischen oder abergläubischen Weltbild neigen, fällt die Ablehnung einer etablierten Autorität mit der Unterwerfung unter die Autorität der Natur, der Sterne oder einer anderen übernatürlichen Macht zusammen. Diese Autorität hat den Vorteil, nie zu schwach zu sein, weil sie – anders als personifizierte Autoritäten – nicht an der Realität gemessen werden können. Zu glauben, COVID-19 sei eine Verschwörung, ist also laut unseren Daten nicht besonders demokratisch, rebellisch, unkonventionell oder friedlich und damit vor allem nicht per se anti-autoritär.

Fazit

Die autoritäre Dimension der *Projektivität* mit ihren Elementen Verschwörungsmentalität und Aberglaube sind in Deutschland weit verbreitet. Beide Elemente sind wichtige sozialpsychologische Komponenten in der Vermittlung von antidemokratischen Einstellungen. Ob Menschen, die unter gesellschaftlicher, politischer oder wirtschaftlicher Deprivation leiden, zum Rechtsextremismus tendieren, hängt maßgeblich damit zusammen, inwieweit sie ihre Probleme projektiv, das heißt mit der Ausbildung einer Verschwörungsmentalität oder von Aberglauben bearbeiten. Aberglaube hat dabei im Vergleich den schwächeren Einfluss. Er ist nicht mit politischer Selbstverortung im links-rechts-Spektrum, mit Parteipräferenz, mit Rechtsextremismus und mit konkreten Verschwörungen assoziiert, die Verschwörungsmentalität allerdings schon. Trifft esoterischer Aberglauben in Arenen wie den Protesten gegen COVID-19-Maßnahmen auf Verschwörungsmentalität, besteht die Gefahr, dass das geteilte Unbehagen regressiv und autoritär bearbeitet und eine »Querfront« gebildet wird. Die geteilten Grundüberzeugungen »Nichts passiert durch Zufall«, »Nichts ist wie es scheint« und »Alles ist miteinander verbunden« könnten dann politisch aufgeladen und im Sinne von antidemokratischen, rechts-extremen oder antisemitischen Deutungsmustern interpretiert werden. Die Rebellion gegen COVID-19-Maßnahmen wäre dann keine demokratische, widerständige oder antiautoritäre, sondern lediglich eine pseudo-antiautoritäre Rebellion.

Literatur

- Adorno, T. W. (1962). Aberglaube aus zweiter Hand. In *Gesammelte Schriften, Bd. 8* (S. 147–176). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, T. W. (2019). *Bemerkungen zu »The Authoritarian Personality« und weitere Texte* (E.-M. Ziege, Hrsg.). Berlin: Suhrkamp.
- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sanford, R. N. (1973). *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- ALLBUS (2018). *Fragebogen: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2018*. Mannheim: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- Asprem, E. & Dyrendal, A. (2015). Conspiratoriality Reconsidered: How Surprising and How New is the Confluence of Spirituality and Conspiracy Theory? *Journal of Contemporary Religion*, 30(3), 367–382.
- Balint, M. (1960). *Angstlust und Regression*. Stuttgart: Klett Cotta.
- Barker, E. (2015). New Religious Movements. In G. Ritzer (Hrsg.), *The Blackwell Encyclopedia of Sociology*. Oxford: John Wiley & Sons.
- Barth, C. (2011). *Esoterik – Die Suche nach dem Selbst: Sozialpsychologische Studien zu einer Form moderner Religiosität*. Bielefeld: transcript.
- Bergunder, M. (2010). What is Esotericism? Cultural Studies Approaches and the Problems of Definition in Religious Studies. *Method & Theory in the Study of Religion*, 22(1), 9–36.
- Bogdan, H. (2010). New Perspectives on Western Esotericism. *Nova Religio: The Journal of Alternative and Emergent Religions*, 13(3), 97–105.
- Butter, M. (2019). *»Nichts ist wie es scheint«: Über Verschwörungstheorien*. Berlin: Suhrkamp.
- Cohen, J. (1988). *Statistical Power Analysis for the Behavioral Sciences*. Hillsdale, N.J.: L. Erlbaum Associates.
- Daphie, P., Rucht, D., Stuppert, W., Teune, S. & Ullrich, P. (2014). *Occupy Frieden. Eine Befragung der Teilnehmer der »Mahnwachen für den Frieden«*. Berlin: Verein für Protest- und Bewegungsforschung.
- Darwin, H., Neave, N. & Holmes, J. (2011). Belief in conspiracy theories. The role of paranormal belief, paranoid ideation and schizotypy. *Personality and Individual Differences*, 50(8), 1289–1293.
- Decker, O., Yendell, A. & Brähler, E. (2018). Anerkennung und autoritäre Staatlichkeit. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 157–178). Gießen: Psychosozial.
- Erdheim, M. (1998). Adoleszenz, Esoterik und Faschismus. In E. Modena (Hrsg.), *Das Faschismus-Syndrom. Psychoanalyse der Neuen Rechten in Europa* (S. 311–129). Gießen: Psychosozial.
- Hanegraaff, W. J. (1996). *New Age Religion and Western Culture: Esotericism in the Mirror of Secular Thought*. New York: Brill.
- Hanegraaff, W. J. (2012). *Esotericism and the Academy: Rejected Knowledge in Western Culture*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hayes, A. F. (2018). *Methodology in the Social Sciences*. New York: Guilford Press.
- Heins, V. (2007). Critical theory and the traps of conspiracy thinking. *Philosophy & Social Criticism*, 33(7), 787–801.
- Heller, A., Brähler, E. & Decker, O. (in Druck). Rechtsextremismus – ein einheitliches Konstrukt? Der Fragebogens Rechtsextremismus – Leipziger Form (FR-LF). In A. Heller, O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland*. Gießen: Psychosozial.

- Horkheimer, M. (1947). Zur Kritik der instrumentellen Vernunft. In G. Schmid Noerr (Hrsg.), *Max Horkheimer – Gesammelte Schriften, Bd. 6* (S. 21–186). Frankfurt am Main: Fischer.
- Imhoff, R. & Bruder, M. (2014). Speaking (un-)truth to power: Conspiracy mentality as a generalised political attitude. *European Journal of Personality*, 28(1), 25–43.
- Imhoff, R. & Decker, O. (2013). Verschwörungsmentalität als Weltbild. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte* (S. 146–161). Gießen: Psychosozial.
- Keinan, G. (1994). Effects of stress and tolerance of ambiguity on magical thinking. *Journal of Personality and Social Psychology*, 67(1), 48–55.
- Keinan, G. (2002). The effects of stress and desire for control on superstitious behavior. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 28(1), 102–108.
- Landau, M. J., Kay, A. C. & Whitson, J. A. (2015). Compensatory control and the appeal of a structured world. *Psychological Bulletin*, 141(3), 694–722. <https://doi.org/10.1037/a0038703>
- Lillqvist, O. & Lindeman, M. (1998). Belief in Astrology as a Strategy For Self-Verification and Coping With Negative Life-Events. *European Psychologist*, 3(3), 202–208.
- Lobato, E., Mendoza, J., Sims, V. & Chin, M. (2014). Examining the Relationship Between Conspiracy Theories, Paranormal Beliefs, and Pseudoscience Acceptance Among a University Population. *Applied Cognitive Psychology*, 28(5), 617–625.
- Magnin, C. & Rychner, M. (1996). *Allmacht – Ohnmacht. Zur Strukturlogik der Esoterik*. Bern: Institut für Soziologie.
- Miguel, J. de, Martin, N. & Marquez, M.-O. (2012). Relationships between the desire of control and superstition. *Estudios De Psicologia*, 33(2), 219–230.
- Moscovici, S. (1987). The Conspiracy Mentality. In C. F. Graumann (Hrsg.), *Changing Conceptions of Conspiracy* (S. 151–170). New York: Springer.
- Nachtwey, O. & Heumann, M. (2019). Regressive Rebellen und autoritäre Innovatoren: Typen des neuen Autoritarismus. In K. Dörre, H. Rosa, K. Becker, S. Bose & B. Seyd (Hrsg.), *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften* (S. 435–453). Berlin: Springer.
- Nell, W. (2013). Traditionsbezüge der Esoterik und die Dialektik der Aufklärung. Zum Stellenwert und zur Strahlkraft esoterischen Wissens bei Theodor W. Adorno und in der Kritischen Theorie. In M. Neugebauer-Wölk, R. Geffarth & M. Meumann (Hrsg.), *Aufklärung und Esoterik. Wege in die Moderne* (S. 291–308). Berlin: de Gruyter.
- Neugebauer-Wölk, M. & Meumann, M. (2013). Aufklärung – Esoterik – Moderne. Konzeptionelle Überlegungen zur Einführung. In M. Neugebauer-Wölk, R. Geffarth & M. Meumann (Hrsg.), *Aufklärung und Esoterik: Wege in die Moderne* (S. 1–34). Berlin: de Gruyter.
- Newheiser, A.-K., Farias, M. & Tausch, N. (2011). The functional nature of conspiracy beliefs: Examining the underpinnings of belief in the Da Vinci Code conspiracy. *Personality and Individual Differences*, 51(8), 1007–1011.
- Otto, B.-C. (2013). Discourse theory trumps discourse theory: Wouter Hanegraaff's Esotericism and the Academy. *Religion*, 43(2), 231–240.
- Padgett, V. R. & Jorgenson, D. O. (1982). Superstition and Economic Threat: Germany, 1918–1940. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 8(4), 736–741.
- Papier, H.-J. (2020, April 2). Dann hat der Rechtsstaat abgedankt. *Süddeutsche Zeitung*, S. 2.
- Postone, M. (1982). Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch. In D. Diner (Hrsg.), *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz* (S. 242–254). Frankfurt am Main: Fischer.
- Prooijen, J.-W. van & Acker, M. (2015). The Influence of Control on Belief in Conspiracy Theories: Conceptual and Applied Extensions. *Applied Cognitive Psychology*, 29(5), 753–761.
- Prooijen, J.-W. van, Douglas, K. M. & Inocencio, C. D. (2018). Connecting the dots: Illusory pattern perception predicts belief in conspiracies and the supernatural. *European Journal of Social Psychology*, 48(3), 320–335.

- Robertson, D. G. (2016). *UFOs, Conspiracy Theories and the New Age: Millennial conspiracism*. London: Bloomsbury Academic.
- Seeburger, J. (2019). Notwendig esoterisches Bewusstsein. Bemerkungen zur Esoterik und zum Ideologiebegriff. In N. Burzan (Hrsg.), *Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen. Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen 2018*.
- Senholt, J. C. (2014). Radical Politics and Political Esotericism: The Adaptation of Esoteric Discourse within the Radical Right. In E. Aspren & K. Granholm (Hrsg.), *Contemporary Esotericism* (S. 244–264). London: Routledge.
- Simonsen, K. B. (2020). Antisemitism and Conspiracism. In M. Butter & P. Knight (Hrsg.), *Routledge Handbook of Conspiracy Theories* (S. 357–370). London: Routledge.
- Storz, W. (2016). »... und meine Zielgruppe ist das Volk«: »Querfront« – Karriere eines publizistisch-journalistischen Netzwerks. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- Stuckrad, K. von (2005). *Western Esotericism: A Brief History of Secret Knowledge*. London: Equinox Publishing.
- Swami, V., Coles, R., Stieger, S., Pietschnig, J., Furnham, A., Rehim, S. & Voracek, M. (2011). Conspiracist Ideation in Britain and Austria: Evidence of a Monological Belief System and Associations Between Individual Psychological Differences and Real-World and Fictitious Conspiracy Theories. *British Journal of Psychology*, 102(3), 443–463.
- Tagesschau (2020). Tausende bei Demos gegen Corona-Regeln. <https://www.tagesschau.de/inland/corona-demos-103.html> (24.08.2020).
- Thórisdóttir, H., Mari, S. & Krouwel, A. (2020). Conspiracy theories, political ideology and political behaviour. In M. Butter & P. Knight (Hrsg.), *Routledge Handbook of Conspiracy Theories* (S. 304–316). London: Routledge.
- Ward, C. & Voas, D. (2011). The Emergence of Conspirituality. *Journal of Contemporary Religion*, 26(1), 103–121.
- Whitson, J. A. & Galinsky, A. D. (2008). Lacking Control Increases Illusory Pattern Perception. *Science*, 322(ta), 115–117.
- Whitson, J. A., Kim, J., Wang, C. S., Menon, T. & Webster, B. D. (2019). Regulatory Focus and Conspiratorial Perceptions: The Importance of Personal Control. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 45(1), 3–15.
- Wiedemann, F. (2016). Das Verhältnis der extremen Rechten zur Religion. In F. Virchow, M. Langebach & A. Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 511–532). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Zeh, J. (2020, April 5). Die Bestrafungstaktik ist bedenklich. *Süddeutsche Zeitung*. Abgerufen von <https://www.sueddeutsche.de/kultur/juli-zeh-corona-interview-1.4867094?reduced=true>

Zum Stand der Zivilgesellschaft

Die vier Kapitel zum Stand der Zivilgesellschaft

10. Kinder und Kindertagesstätten
11. Dreißig Jahre Mauerfall
12. Zwischen Tradition und Moderne
13. Antiziganismus im Ländle

sind nur in der gedruckten Fassung der Leipziger Autoritarismus Studie zu finden

Übersicht aller bisher erschienenen Studien dieser Reihe 2002–2018

Oliver Decker, Oskar Niedermayer & Elmar Brähler (2003). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung. *Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin*, 1, 65–77.

Oliver Decker & Elmar Brähler (2005). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschehen*, 42, 8–17.

Oliver Decker & Elmar Brähler (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Unter Mitarbeit von Norman Geissler. Berlin: FES.

Oliver Decker, Katharina Rothe, Marliese Weißmann, Norman Geissler & Elmar Brähler (2008). *Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen*. Unter Mitarbeit von Franziska Göpner & Kathleen Pöge. Berlin: FES.

Oliver Decker & Elmar Brähler (2008). *Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2008*. Unter Mitarbeit von Johannes Kiess. Berlin: FES.

Oliver Decker, Johannes Kiess, Marliese Weißmann & Elmar Brähler (2010). *Die Mitte in der Krise*. Springe: zu Klampen (2012).

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2012). *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2012*. Bonn: Dietz.

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2013). *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*. Gießen: Psychosozial.

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2014). *Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014*. Universität Leipzig (http://www.uni-leipzig.de/~kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf).

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2015). *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus*. Gießen: Psychosozial.

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2016). *Die enthemmte Mitte. Rechtsextreme und autoritäre Einstellungen in Deutschland*. Gießen: Psychosozial.

Oliver Decker & Elmar Brähler (Hrsg.) (2018). *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen: Psychosozial.

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. ELMAR BRÄHLER war von 1994 bis zu seiner Emeritierung 2013 Leiter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig. Seitdem ist er Gastwissenschaftler an der Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz. Er leitet dort das BMBF-Verbundprojekt »DDR-Vergangenheit und psychische Gesundheit: Risiko- und Schutzfaktoren«.

KAZIM CELIK, M.A., studierte Politikwissenschaft mit Schwerpunkt auf Vergleichender Politikwissenschaft und Politischer Theorie an der Universität Duisburg-Essen. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt »Berlin-Monitor« und seit 2019 Mitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig.

Prof. Dr. OLIVER DECKER studierte Psychologie, Soziologie und Philosophie an der Freien Universität Berlin. Er ist Professor für Sozialpsychologie und interkulturelle Praxis an der Sigmund Freud Universität Berlin, Direktor des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung sowie des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts, beide Universität Leipzig, und Co-Sprecher des Graduiertenkollegs »Rechtspopulismus«. 2015 war er Gastprofessor am Department Critical Theory and the Arts der School of Visual Arts in New York, 2019 Gastprofessor am Institut für Soziologie der Universität Wien. Seit 2002 leitet er zusammen mit Elmar Brähler die Leipziger Autoritarismus Studien, seit 2005 veranstaltet er mit Christoph Türcke die Tagungsreihe »Kritische Theorie – Psychoana-

lytische Praxis«. 2018 erschien das von ihm herausgegebene zweibändige Lehrbuch *Sozialpsychologie und Sozialtheorie* im Springer-Verlag.

CHANA DISCHEREIT, M.A., studierte an den Universitäten in Heidelberg und Berlin und erwarb ihren Abschluss in Zukunftsforschung. Sie ist Referentin beim Landesverband Deutscher Sinti und Roma in Baden-Württemberg (VDSR-BW) für die Bereiche Bildung, Presse, Kultur und Wissenschaft. Sie engagiert sich seit Jahren gegen Rassismus, insbesondere im Zusammenhang mit der Mordserie des NSU.

BARBARA HANDKE, M.A., studierte Anglistik und Soziologie in Rostock und Leipzig. Sie ist Lektorin für geistes- und sozialwissenschaftliche Texte und Dozentin für wissenschaftliches Schreiben. Ihr Roman *Wo ist Norden* (2018) thematisiert die Anomie-Erfahrung der 1990er-Jahre in Ostdeutschland. In ihrer Erzählung *Sommergäste* (2019) untersucht sie die Frage, wie sich Freiheit für Menschen mit wenigen Möglichkeiten gestalten lässt.

AYLINE HELLER, M.Sc., studierte in Frankfurt am Main Psychologie und Linguistik. Sie ist Vorstandsmitglied der Gesellschaft für psychoanalytische Sozialpsychologie e.V. und forscht als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg Universität in Mainz im Rahmen ihrer Promotion zum Thema »Politische Einstellungen und Politisierung in Ostdeutschland: Konzepte und Determinanten von Rechtsextremismus und Autoritarismus im Spannungsfeld der DDR-Vergangenheit«.

NELE HELLWEG, M.Sc., studierte Psychologie in Leipzig und Chemnitz und arbeitet als wissenschaftliche Hilfskraft am Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung in der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig.

CHARLOTTE HÖCKER, M.Sc., ist Psychologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie an der Universität Leipzig sowie im Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung. In ihrer Forschung be-

trachtet sie antidemokratische und autoritäre Entwicklungen, insbesondere Antifeminismus, aus sozialpsychologischer Perspektive. Wichtig ist ihr dabei auch ein Blick auf gegenwärtige Emanzipationsbestrebungen.

Dr. JOHANNES KIESS ist Soziologe und PostDoc am Lehrstuhl für vergleichende Kulturosoziologie und politische Soziologie Europas an der Universität Siegen sowie Stellvertreter des Direktors am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung an der Universität Leipzig. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Soziologie (insbesondere Rechtsextremismus), industrielle Beziehungen und Europasozio­logie.

JULIANE LANG, M.A. der Gender Studies und Erziehungswissenschaft, arbeitet wissenschaftlich, journalistisch und in der politischen Bildungsarbeit zur extremen Rechten und Geschlecht. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehört der Antifeminismus als Scharnier zwischen bürgerlicher und extremer Rechter. Aktuell arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Gießen zu »Weiblichkeitskonstruktionen und Vorstellungen von Mutterschaft bei Protagonistinnen der völkisch-nationalistischen Rechten – Perspektiven für eine geschlechtersensible politische Bildung«.

LYDIA LIERKE, M.A. (ausstehend), ist Politikwissenschaftlerin und Mitarbeiterin bei der Akademie für politische Bildung bei der Rosa Luxemburg Stiftung im Arbeitsfeld Migration. Zudem ist sie Mitglied der »Initiative 6. April« in Kassel und unterstützte 2017 das NSU-Tribunal in Köln. Sie forscht zur Migrationspolitik in der DDR und ihren Einfluss auf die ostdeutsche Gesellschaft. Gemeinsam mit Massimo Perinelli ist sie Herausgeberin des Buchs *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive* (2020).

Dr. MASSIMO PERINELLI ist Historiker, lebt in Berlin und arbeitet als Referent für Migration in der Rosa Luxemburg Stiftung. Er ist langjähriges Mitglied von Kanak Attak, Mitbegründer der Initiative »Keupstraße ist überall« und hat das Tribunal »NSU-Komplex auflösen« 2017 und 2019 mitinitiiert. An der Universität zu Köln hatte er zuvor viele Jahre zur Geschichte der USA, zu Sexualitätsgeschichte sowie zu Rassismus und migrantischen Kämpfen geforscht, gelehrt und publiziert. Er ist Herausgeber des Bandes *Die Macht der Migration* (2018) und, zusammen mit Lydia Lier-

ke, des Bandes *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive* (2020).

Prof. Dr. GERT PICKEL, Professor für Religions- und Kirchensoziologie am Institut für Praktische Theologie der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig. Er ist seit Gründung Mitglied im Vorstand des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig und ein Sprecher des Leipziger Forschungsinstitutes Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Er arbeitet zu Themen der politischen Kulturforschung, zu gruppenbezogenen Vorurteilen gegenüber religiösen Gruppen und ihren Mitgliedern sowie zu religiösen kollektiven Identitäten und deren Wirkungen auf politische Identitäten. Weitere Forschungsschwerpunkte sind die empirische Einstellungsforschung und die Demokratieforschung.

Prof. Dr. SUSANNE PICKEL, Professorin für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Vergleichende Politikwissenschaft, Fakultät für Gesellschaftswissenschaften an der Universität Duisburg-Essen. Sie leitet derzeit den durch das BMBF geförderten Forschungsverbund »Radikaler Islam versus Radikaler Anti-Islam« und arbeitet zu Themen der politischen Kulturforschung, der Demokratieforschung, der empirischen Einstellungsforschung, Antiziganismus und Transitional Justice.

Prof. Dr. KATRIN REIMER-GORDINSKAYA, Dipl.-Psych., studierte an der FU Berlin und wurde dort 2011 promoviert. Sie arbeitete in der außerschulischen Bildung und ist Professorin für kindliche Entwicklung, Bildung und Sozialisation an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Am dortigen Kompetenzzentrum Frühe Bildung (KFB) fungiert sie als stellvertretende Direktorin und leitete ein Forschungsprojekt zu Prozessen der Inklusion und Exklusion in Kindertageseinrichtungen.

CLARA SCHLIESSLER, M.Sc., Psychologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig und Mitglied im Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung in Leipzig. Ihre Forschungsschwerpunkte sind psychoanalytische Sozialforschung und transkulturelle Psychologie.

ANDRE SCHMIDT, M.A., ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt »Konfliktraum Hamburg« an der Universität Leipzig und Mitglied im Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Soziologie und empirische Sozialforschung.

JULIA SCHULER, M.Sc., ist Psychologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt an der Universität Leipzig und Vorstandsmitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig. Derzeit forscht sie zu antidemokratischen und autoritären Dynamiken sowie politischen Teilhabe- und Handlungsmöglichkeiten.

Dr. ALEXANDER YENDELL ist Soziologe und forscht im Leipziger Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt zu den Themen religiöse Pluralität, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus, politischer Protest, Gewalt und soziale Ungleichheit. Er ist Sprecher der Sektion Religionssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Vorstandsmitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig und Mitglied des Research Centre Global Dynamics. Yendell ist zurzeit Co-Leiter der Forschungsprojekte »Kirchenmitgliedschaft und politische Kultur«, »Konflikt und Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft – Gewaltvolle Dynamiken und gruppenbezogene Abwertung« und »Akteure und Kulturen der (revolutionären/transformativen) Gesellschaftsgestaltung«.



Psychosozial-Verlag

Ayline Heller, Oliver Decker, Elmar Brähler (Hg.)

Prekärer Zusammenhalt
Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders
in Deutschland



2020 · 362 Seiten · Broschur
ISBN 978-3-8379-3050-4

Die Demokratie in Deutschland steht unter Druck: Soziale und kulturelle Ungleichheit, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie von vielen Seiten infrage gestellte demokratische Grundwerte machen es notwendig, Vereinigungs- und Integrationsprozesse nach 1989 von Neuem zu beleuchten.

Im Dialog zwischen Theorie und empirischer Analyse vermessen die Autor_innen das Feld neuer und alter Bruchlinien im demokratischen Diskurs, zeigen die Ambivalenzen des gesellschaftlichen Zusammenhalts auf und nehmen dabei insbesondere rechtspopulistische und rechtsextreme Denkmuster in den Blick. Indem die Autor_innen die fragile Annäherung von Ost und West und die gegenwärtig viel beschworenen Gefahren für die Demokratie auf diese Weise zusammendenken, ermöglichen sie die fundierte Bestandsaufnahme einer prekär gewordenen Solidarität.

Mit Beiträgen von Marc Allroggen, Laura Beckmann, Hendrik Berth, Manfred Beutel, Elmar Brähler, Johanna Brückner, Oliver Decker, Jörg M. Fegert, Daniel Gloris, Ayline Heller, Johannes Kiess, Sören Kliem, Yvonne Krieg, Dominic Kudlacek, Lars Rensmann, Peter Schmidt, Silke Schmidt, Julia Schuler, Yve Stöbel-Richter, Ana Nanette Tibubos, Wolf Wagner, Stefan Weick, Hans-Jürgen Wirth, Andreas Witt, Alexander Yendell, Markus Zenger und Carolin-Theresa Ziemer

Walltorstr. 10 · 35390 Gießen · Tel. 0641-969978-18 · Fax 0641-969978-19
bestellung@psychosozial-verlag.de · www.psychosozial-verlag.de

Auf Grundlage der Ergebnisse einer 2020 durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsumfrage zeigen die Autorinnen und Autoren, wie stark sich die Gesellschaft polarisiert und wie sehr sich die extreme Rechte inzwischen radikalisiert hat. Dass ihr dabei dennoch mittels Antisemitismus, Verschwörungsmythen und Antifeminismus der Anschluss an die gesellschaftliche Mitte gelingt, verdeutlicht, wie groß die Herausforderungen sind, vor denen wir alle stehen.

Seit 2002 berichtet die Studiengruppe um Oliver Decker und Elmar Brähler über die rechtsextreme Einstellung in Deutschland. In den Leipziger Autoritarismus Studien, einem der

wichtigsten Barometer zur politischen Kultur, untersuchen die Forscherinnen und Forscher die Verbreitung antidemokratischer Ressentiments in der Mitte der Gesellschaft und thematisieren die damit verbundenen Gefahren für die Demokratie.

Mit Beiträgen von Elmar Brähler, Kazim Celik, Oliver Decker, Chana Dischereit, Barbara Handke, Ayline Heller, Nele Hellweg, Charlotte Höcker, Johannes Kiess, Julia Lang, Lydia Lierke, Massimo Perinelli, Gert Pickel, Susanne Pickel, Katrin Reimer-Gordinskaya, Clara Schließler, Andre Schmidt, Julia Schuler und Alexander Yendell

Oliver Decker, Prof. Dr., ist Professor für Sozialpsychologie und interkulturelle Praxis an der Sigmund Freud Universität Berlin und Direktor des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung sowie des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts an der Universität Leipzig. Seit 2002 leitet er zusammen mit Elmar Brähler die Leipziger Autoritarismus Studien.

Elmar Brähler, Prof. Dr. rer. biol. hum. habil., war bis zu seiner Emeritierung 2013 Leiter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig. Seitdem ist er Gastwissenschaftler an der Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz.